23. Jahrgang 1975 / 2. Heft / April

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

AUS DEM INHALT

ROBERT F. WHEELER
Zur Spaltung der USPD im Herbst 1920

FRAUKE HEARD-BEY
Staatswerdung in arabischen Ölexportländern

DETLEF BRANDES
Die deutsche Reaktion auf die Prager Demonstrationen im Herbst 1939

DOKUMENTATION
Die KPD in der Illegalität
Rechenschaftsbericht einer Bezirksleitung aus dem Jahre 1934

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml
Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b
Tel. 089/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Robert F. Wheeler . . Die „21 Bedingungen" und die Spaltung der USPD im Herbst 1920 117

Frauke Heard-Bey . . Der Prozeß der Staatswerdung in arabischen Ölexportländern 155

MISZELLE

Detlef Brandes . . . . Die deutsche Reaktion auf die Prager Demonstration im Oktober und November 1939 210

DOKUMENTATION

Die KPD in der Illegalität. Rechenschaftsbericht einer Bezirksleitung aus dem Jahre 1934 (*Günter Plum*) 219

BIBLIOGRAPHIE *21*

Diesem Heft liegen Prospeke des Verlags F. Bruckmann KG, München, Pädagogischer Verlag Schwann GmbH, Düsseldorf, und der Stadt Köln bei. Wir bitten um Ihre Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2151-1. Preis des Einzelheftes DM 14.– = sfr. 16.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 42.– = sfr. 50.40, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 34.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 67.60; für Studenten DM 59.60 (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Georg Appl, Wemding/Schwaben

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

23. Jahrgang 1975 Nr. 2

ROBERT F. WHEELER

DIE „21 BEDINGUNGEN" UND DIE SPALTUNG DER USPD IM HERBST 1920

Zur Meinungsbildung der Basis

Da Historiker, bewußt oder unbewußt, dazu neigen, die Vergangenheit aus der Sicht der Gegenwart oder der jüngsten Vergangenheit zu betrachten, besteht die Gefahr, daß die Geschichte eine Art Wissenschaft von den Siegern wird. Oft scheint es geradezu, als würde die Geschichte vor allem geschrieben, um historische Entwicklungen zu rechtfertigen – post hoc, ergo propter hoc – statt sie zu verstehen. Der historische „Verlierer" wird größtenteils ignoriert bzw. aus der Sicht der „Sieger" analysiert[1]. Ein Beispiel dafür ist die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)[2]. Man könnte den Eindruck gewinnen, die Spaltung dieser Partei 1920 sei letzten Endes übereinstimmend beurteilt worden; jedenfalls betrachten Kommunisten wie Sozialdemokraten den Zerfall der USPD als eine Selbstverständlichkeit[3]. Aus angeblich unüberbrück-

[1] Auf dem internationalen Symposium in Bochum im Juni 1973 (vgl. Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 618 ff.) stellte Gerald D. Feldman den Wert solcher „Verlierer-Forschung" besonders in bezug auf die deutsche Novemberrevolution infrage und plädierte dafür, den Akzent auf die Frage „How the victors won" zu legen.

[2] Der Verfasser ist Hans Mommsen für die Überarbeitung des Manuskripts, sowie Prof. Reinhard Rürup und Dr. Hermann Rupieper für Hinweise und Hilfestellungen dankbar. Dank schuldet er ferner der Alexander von Humboldt-Stiftung für die Unterstützung seiner Forschung.

[3] Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Neuausg. Frankfurt/M. 1969; bes. S. 24 f. und 117 ff., wo er von der „notwendigen" bzw. „längst fälligen Spaltung der USPD" spricht; einen ähnlichen Standpunkt vertritt Erich Matthias in: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Bd. I S. LXXVII, Düsseldorf 1969. Ein Übertritt Hugo Haases und Wilhelm Dittmanns (d. h. des sogenannten „rechten Flügels" der USPD) zur SPD hätte im November/Dezember 1918 den „Klärungsprozeß in der Arbeiterbewegung" gefördert. Für DDR-Wissenschaftler, wie Arnold Reisberg (Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 395), ist die USPD „vom Anfang an keine einheitliche Partei gewesen, in ihr gab es einen auf die Dauer unüberwindlichen Gegensatz zwischen den rechten Führern und dem linken Flügel". Eberhard Schultz (Rolle und Anteil des linken Flügels der USPD im ehemaligen Regierungsbezirk Halle-Merseburg bei der Herausbildung und

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

baren Gegensätzen innerhalb der USPD wird geschlossen, die Partei sei von Anfang an lebensunfähig gewesen. Als Beweise dafür werden die stürmischen Auseinandersetzungen auf den USPD-Parteitagen, die Ende 1920 vollzogene Vereinigung des „linken" Flügels mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sowie die Verschmelzung des „rechten" Flügels mit der Mehrheitssozialdemokratie 1922 angeführt. Unbeachtet bleibt dabei, daß „stürmische Auseinandersetzungen" auch ein Zeichen besonderer Lebenskraft sein können, zumal wenn man in Betracht zieht, daß die USPD im allgemeinen in der Lage war, von den heftigen innerparteilichen Diskussionen doch zu verbindlichen Ergebnissen zu gelangen[4], und daß die Spaltung der USPD von 1920 sowie deren endgültiger Zerfall zwei Jahre später auf äußere Faktoren zurückzuführen sind. Ebenso wird häufig die Tatsache übersehen, daß die USPD 1920 immerhin fast 900 000 Mitglieder zählte und bei den Reichstagswahlen etwa fünf Millionen Stimmen erhielt, so daß der Eindruck entstehen konnte, es sei nur eine Frage der Zeit, bis die Unabhängigen die Führung der deutschen Arbeiterbewegung übernehmen würden[5]. Zudem besaß die USPD Ende 1919 bestimmenden Einfluß in der größten Industriegewerkschaft Deutschlands, dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV). Warum dennoch gerade die dynamischste Arbeiterpartei dieser Periode, die USPD, zerfallen mußte, anstelle der sektiererischen KPD[6] oder der „verkalkten" SPD[7], ist eine bis heute weitgehend vernachlässigte Frage.

Verglichen mit dem Zeitpunkt ihrer Gründung im April 1917 oder ihrer Teilnahme an der Regierung der Volksbeauftragten im Winter 1918/19, bot die USPD im Frühsommer 1920 ein relativ geschlossenes Bild[8]. Die inneren Meinungsverschiedenheiten über das Räteproblem, den Parlamentarismus, die Dik-

---

Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei [1917–1920], Phil. Diss. Halle 1969, S. 6) behauptet, daß die USPD „schon bei ihrer Gründung den Keim ihres Untergangs enthielt".

[4] Von den drei Namen, die die „unüberbrückbaren Gegensätze" innerhalb der USPD bei ihrer Gründung personifizierten, Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg hatten sich Bernstein und Luxemburg freiwillig von der USPD getrennt. Kautsky blieb nach 1919 ohne nennenswerten Einfluß und war de facto ausgeschieden.

[5] Trotz der Unterdrückung der USPD durch die Militärbehörden in und nach dem Kriege und der Schwierigkeit, ihre Organisation binnen kurzer Zeit aufzubauen, war die USPD, wie die Reichstagswahlergebnisse vom 6. Juni 1920 zeigen, schon im Sommer 1920 in mehreren Großstädten und Industriebezirken Deutschlands die führende Arbeiterpartei; vgl. Statistik des Deutschen Reiches Bd. 291, I/II.

[6] Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Neuausg. Frankfurt/M. 1969, beschreibt die KPD von 1920 als „nicht viel mehr als eine revolutionäre Sekte" (S. 154), bezeichnet die USPD hingegen als „Massenpartei" und mächtige Organisation (S. 154 und 156).

[7] Siehe Richard N. Hunt, German Social Democracy 1918–1933, Chicago 1970, S. 244 ff.

[8] Im Gegensatz zu KPD und SPD war der USPD dieser Klärungsprozeß ohne Mitglieder-, bzw. Wählerverluste gelungen, ja sie wuchs weiter an. Vgl. die Untersuchung des Verfassers: The Independent Social Democratic Party and the Internationals, An Examination of Socialist Internationalism in Germany 1915–1923, phil. Diss., Pittsburgh 1970, die demnächst in überarbeiteter Form im Propyläen-Verlag, Berlin, erscheinen wird.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tatur des Proletariats, die Frage der Anwendung putschistischer Taktiken konnten durch freie Diskussion größtenteils überwunden werden. Das einzige Problem, das immer wieder Schwierigkeiten schuf, war die seit Jahren heftg erörterte Frage einer neuen militanten Internationale. Doch auch in dieser Beziehung schien eine einvernehmliche Lösung möglich: Anfang Juli 1920 fuhr eine Delegation nach Rußland, um mit dem Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) zu verhandeln. Dadurch würde, so meinte man, eine wesentliche organisatorische Voraussetzung für die seit langem in der Partei geforderte „Internationale der Tat" geschaffen werden. Stattdessen kehrte Ende August eine gespaltene USPD-Delegation mit dem Programm einer Bolschewisierung der Internationale nach Deutschland zurück, den 21 Bedingungen" zur Aufnahme in die Dritte Internationale. Die Bedingungen bewirkten, wie Lenin und die EKKI-Führung es vorausgesehen hatten, die Spaltung der USPD. Doch trug dieser „Differenzierungsprozeß" keineswegs zu jener Klärung und Stärkung der revolutionären Linken bei, die Lenin beabsichtigt hatte; er führte vielmehr zu einer anhaltenden Verwirrung und permanenten Schwächung des linken Flügels der Arbeiterbewegung. Der Glaube, die „revolutionäre Massenpartei"[9], die aus der Vereinigung eines großen Teils der USPD mit der Rest-KPD entstehen sollte, würde ein gleichwertiger Ersatz für die alte USPD sein, erwies sich im Laufe der Weimarer Republik als Illusion.

Die Reaktion der Unabhängigen Sozialdemokraten auf die „21 Bedingungen", die die unmittelbare Ursache ihrer Spaltung wurden, steht im Vordergrund der folgenden Analyse. Fast alle bisherigen Arbeiten, die diese Themen behandeln[10],

---

[9] Vgl. Arnold Reisberg, a. a. O., S. 417. „Mit der Vereinigung der USPD und der KPD hatte das deutsche Proletariat zum *erstenmal wieder* [Hervorhebung vom Verf.] eine revolutionäre Massenpartei."

[10] Außer den schon erwähnten Arbeiten von Reisberg und Schultz vgl. James W.Hulse, The Forming of the Communist International, Stanford 1964; Branko Lazitch and Milorad M. Drachkovitch, Lenin and the Comintern, Stanford 1972; Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie 1903–1920, Berlin 1967; David Morgan, The German Independent Social Democratic Party 1918–1922, Phil. Diss., Oxford 1969; Dan L. Morrill, The Comintern and the German Independent Social Democratic Party, in: Historian 1970, H. 2, S. 191–209; Horst Naumann, Die Bedeutung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen für die Vereinigung des revolutionären Flügels der USPD mit der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1960, H. 3, S. 466–487; A. J. Ryder, The Independent Social Democratic Party and the German Revolution, 1917–1920, Phil. Diss. London 1958; Albert Shirk-Lindemann, The Problem of the Communist International for French and German Socialism 1919–1920, Phil. Diss. Harvard 1968. Vgl. dagegen Naumann, Der Kampf des revolutionären Flügels der USPD für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD, Phil. Diss. Berlin-(Ost) 1961; und die regionalen Untersuchungen von Heinz Meirritz, Die Herausbildung einer revolutionären Massenpartei im ehemaligen Land Mecklenburg-Schwerin unter besonderer Berücksichtigung der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD (1917–1920), Phil. Diss. Rostock 1965; Gustav Sieber, Der Kampf der Linken in der USPD um die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands in Thüringen (Januar 1919 bis Dezember 1920), Diplomarbeit, Jena 1956; Ewald Buchsbaum, Die Linksentwick-

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

leiden – obschon sie damit noch nicht ihren Wert verlieren[11] – an dem gleichen Mangel: sie beschränken sich auf die Führungsspitzen und ignorieren die Basis. Für eine Untersuchung der „Basis" – von ihr zu sprechen, ohne sie zu analysieren, ist in den letzten Jahren Mode geworden – bietet sich aber die USPD als ein besonders gutes Beispiel an.

Bis zu ihrer Spaltung war die USPD stark dezentralisiert. Die „21 Bedingungen" lösten nun innerhalb der Partei eine breite Debatte aus, die wegen ihrer Dauer und Intensität in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einmalig dasteht, und damit die Möglichkeit bietet, Aussagen über die Meinungsbildung an der Basis zu machen, wie sie sonst selten sind. Ihr ging zwar eine breite und rege Diskussion über sozialistischen Internationalismus voraus. Jedoch stellte die Diskussion, die auf die Bekanntmachung der „21 Bedingungen" folgte, auch für die Verhältnisse in der USPD etwas Außergewöhnliches dar, was offenbar auf den Charakter der Bedingungen selbst und ihre Formulierung auf den Zweiten Weltkongreß der Komintern im Juli und August 1920 zurückzuführen ist. Die Aufnahmebedingungen waren das wichtigste Ergebnis des Zweiten Weltkrongresses, obwohl sie erst in letzter Minute auf die Tagesordnung gesetzt[12] und erst kurz vor der Eröffnung unter der Rubrik „Leitsätze des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale" in der Zeitschrift „Kommunistische Internationale" veröffentlicht wurden[13]. Dieser Entwurf, der größtenteils von Lenin stammen soll[14], enthielt 19 „Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale" und war deutlich von der Erfahrung der Bolschewiki in Rußland, aber auch von außerrussischen Ereignissen, insbesondere den Vorgängen in Ungarn, beeinflußt[15]. Er lief auf eine straffe Disziplinierung und Organisation der revolutionären Arbeiterbewegung sowie die Entfernung aller nichtrevolutionären Elemente hinaus, um die Revolution in Mittel- und Westeuropa, die nach Meinung der Komintern-Führung und der Bolschewiki unmittelbar bevorstand, zu fördern. Die Bedingungen verlangten von allen in die III. Internationale eintretenden Parteien, rückwirkend auch von allen Mitgliedsparteien, (1) „kommunistische" Agitation und Propaganda zu treiben, (2) alle

---

lung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920, Phil. Diss. Halle 1965; W. Pöhland, Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ost-Thüringen von 1914–1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären Flügels der USPD, Phil. Diss. Halle 1965; und Manfred Kitze, Zur Auseinandersetzung über den Anschluß an die Kommunistische Internationale in der Berliner USPD-Organisation in: Wissenschaftliche Zeitschrift Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg, 1971, H. 2, S. 1–14.

[11] Letzteres gilt insbesondere für die Arbeiten von Morgan und Shirk-Lindemann.

[12] Vgl. G. Sinowjew, Brennende Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung in: Die Kommunistische Internationale, Nr. 11, 1920, S. 1817 (Petrograder Ausgabe) bzw. S. 54 (Hamburger Ausgabe).

[13] Ebenda, Nr. 12, 1920, S. 2005–2010 (Petrograd) oder S. 10–15 (Hamburg).

[14] W. I. Lenin, Werke Bd. XXXI, Berlin 1964, S. 193–199. Siehe auch G. Sinowjew, Die 21 Bedingungen der Leninschen Komintern, Berlin o. J., S. 2.

[15] Rudolf L. Tokès, Bela Kun and the Hungarian Soviet Republic, New York 1967, S. 221 f.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„reformistischen" und „zentristischen" Führer und Funktionäre durch „Kommunisten" zu ersetzen, (3) einen illegalen Apparat zur Vorbereitung des Bürgerkriegs zu begründen, (4) innerhalb des Militärs Zellen aufzubauen und illegale Agitation zu betreiben, (5) systematisch unter den Landarbeitern und Bauern zu agitieren, (6) jede Form des „Sozial-Patriotismus" oder des „Pazifismus" abzulehnen und die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus zu proklamieren. Ferner forderten sie (7) den Bruch mit jeder „reformistischen" und „zentristischen" Politik sowie mit allen „notorischen Reformisten" wie Turati und Modigliani, (8) die Verurteilung jeder Form des Kolonialismus sowie die Unterstützung der unterdrückten Kolonialvölker. (9) Innerhalb der Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Arbeiterorganisationen sollten „kommunistische Zellen" gebildet, (10) gegenüber der „gelben" Amsterdamer Internationale die „roten" Gewerkschaften unterstützt, (11) alle unzuverlässigen parlamentarischen Abgeordneten entfernt und die parlamentarische Fraktion dem Zentralkomitee der Partei untergeordnet werden. Alle Parteizeitungen und Verlage seien (12) unter zentraler Kontrolle zu stellen, (13) die Partei „auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus" in „eiserner Disziplin" zu reorganisieren; um alle „kleinbürgerlichen Elemente" auszuschalten, sollten (14) periodische „Reinigungen" durchgeführt werden. Die angeschlossenen Parteien hatten (15) allen Sowjet-Republiken „bedingungslosen Beistand" zu leisten, sie waren (16) verpflichtet, unter Berücksichtigung besonderer nationaler Verhältnisse ein kommunistisches Parteiprogramm im Geiste der Prinzipien der III. Internationale auszuarbeiten, (17) alle Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und des EKKI als bindend anzuerkennen, (18) sich den Namen Kommunistische Partei (Sektion der Kommunistischen Internationale) zu geben und schließlich (19) einen außerordentlichen Parteitag kurz nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zur Annahme dieser Bedingungen einzuberufen.

Als der EKKI-Vorsitzende, Grigor Sinowjew, nach mehrtägigen Ausschuß-Verhandlungen am 29. Juli die Bedingungen in leicht veränderter Form dem Kongreß vorlegte[16], wies er auf die Notwendigkeit hin, die III. Internationale aus einer Art Propaganda-Büro in eine militante, tatkräftige Organisation umzuwandeln. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse eine zentralistische Institution geschaffen werden, die von jeglichen „zentristischen" und „reformistischen" Elementen befreit sei. Sinowjews Bemerkungen fanden die allgemeine Zustimmung des Kongresses, der vor dem Hintergrund der erfolgreichen Abwehr des polnischen Angriffs auf

---

[16] Der Zweite Kongreß der Kommunistischen Internationalen, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 235 ff. Die Änderungen betreffen u. a. Ziffer 12, die mit 1 verbunden war, so daß die Nummern 13 bis 18 jetzt 12 bis 17 lauten; in Ziffer 7 war anstelle von „notorischen Reformisten" nunmehr von „notorischen Opportunisten" die Rede; der neue Punkt 18 verlangte, daß sich alle Mitgliederparteien verpflichteten, die wichtigen Dokumente des EKKI in führenden Presseorganen zu veröffentlichen.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Ukraine und der Gegenoffensive der Roten Armee stattfand[17]. Für die meisten Kongreß-Teilnehmer war es nur eine Frage der Zeit, bis die Weltrevolution erreicht sein würde, und sie waren bereit, alles zu tun, um diese Entwicklung zu beschleunigen. Dazu gehörte auch die Umstrukturierung der III. Internationale. Schon am folgenden Tage wurden die Aufnahmebedingungen mit allen gegen zwei Stimmen angenommen, womit die Frage erledigt zu sein schien. Die französische Delegation reiste mit diesem Eindruck ab[18]. Doch der Schein trog. Eine Woche später setzte nämlich die Kongreßleitung einige zusätzliche Bedingungen unter recht merkwürdigen Umständen durch und bewirkte damit eine wesentliche Verschärfung der Aufnahmebedingungen[19]. Eine der neuen Bedingungen stammte von Lenin selbst und verlangte von allen Parteien, die der III. Internationalen beitreten wollten, daß „nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihres Zentralkomitees und aller wichtigen zentralen Parteikörperschaften aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale eindeutig für den Anschluß an die Kommunistische Internationale öffentlich ausgesprochen haben"[20]. Eine weitere, nunmehr die 21. Bedingung, die ursprünglich von dem ultralinken Italiener, Amadeo Bordiga, vorgeschlagen worden war, sah vor, daß alle Mitglieder von Parteien, die der III. Internationalen bereits angehörten oder noch beitreten wollten, aber ein kommunistisches Programm ablehnten bzw. auf dem außerordentlichen Parteitag gegen die Aufnahmebedingungen stimmten, auszuschließen seien[21].

Daß sich die Führung der Komintern für eine Verschärfung der Aufnahmebedingungen entschied, war wohl namentlich auf das relativ geschlossene Auftreten der USPD-Delegation zurückzuführen. Trotz der vielfältigen Versuche der Komintern, den „Differenzierungsprozeß" innerhalb der USPD-Delegation zu fördern, d. h. die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den vier Unabhängigen Sozialdemokraten, den „gemäßigten" Artur Crispien und Wilhelm Dittmann und den „radikalen" Ernst Däumig und Walter Stoecker, zu vergrößern, kam es nach der Verabschiedung der ursprünglichen Aufnahmebedingungen am

---

[17] E. H. Carr, The Bolshevik Revolution 1917–1923, Bd. III, Baltimore 1966, S. 192, und Hulse, a. a. O., S. 192.

[18] Die französischen Delegierten waren Marcel Cachin und L. O. Frossard.

[19] Vgl. Der Zweite Kongreß, a. a. O., S. 656 ff.; Hulse, a. a. O., S. 210 f., sowie Lazitch und Drachkovitch, a. a. O., S. 333, haben einen Fehler im Verhandlungsprotokoll übersehen und gelangten zu der falschen Schlußfolgerung, die endgültige Fassung der Aufnahmebedingungen sei bereits am 30. 7. angenommen worden. Die Andeutung F. Borkenaus, World Communism, A History of the Communist International, Ann Arbor 1962, S. 195 ff., die Verschärfung habe darin bestanden, daß neue Bedingungen hinsichtlich Reinigungen und Gewerkschaften hinzukamen, trifft nicht zu. Solche Bedingungen waren schon im ersten Entwurf enthalten, der im wesentlichen unverändert am 30. Juli angenommen wurde.

[20] Siehe Lenin, a. a. O., S. 200.

[21] Vgl. Der Zweite Kongreß, a. a. O., S. 285. Zu dieser Verschärfung der Aufnahmebedingungen gehörte auch die Einbeziehung Rudolf Hilferdings in die Liste der „notorischen Opportunisten" (Kautsky befand sich schon seit der ersten Änderung auf dieser Liste).

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

30. Juli nicht zu der angestrebten Spaltung dieser Delegation[22]. Das Auftreten Crispiens und Dittmanns auf dem Kongreß, sowohl gegenüber dem EKKI wie im privaten Kontakt, bestärkte jedoch die Komintern-Führung und besonders Lenin in der Meinung, daß für solche „Kautskyaner" kein Platz in der III. Internationale sei[23]. Um die Spaltung der USPD-Delegation zu forcieren, kam es daher zur Verschärfung der Aufnahmebedingungen[24].

Obwohl die verschärften Bedingungen noch etwas abgeschwächt wurden, bevor die Delegierten sie am 6. August, kurz vor Ende des Kongresses, verabschiedeten[25], reichte ihre endgültige Fassung aus, um die Einheitsfront der vier Unabhängigen Sozialdemokraten, die bisher nach außen hin einigermaßen intakt geblieben war, zu durchbrechen. Dies geschah allerdings erst nach Schluß des Kongresses auf einer Sitzung des EKKI am 9. August, in der die USPD-Vertreter zu den verschärften Aufnahmebedingungen Stellung nahmen[26]. Crispien und Dittmann lehnten sie ab; Däumig und Stoecker nahmen sie im Interesse der revolutionären Entwicklung an. Um die Spaltung weiter zu fördern, trafen sich kurz vor der Abreise der USPD-Delegation am 13. August der KPD-Vorsitzende, Paul Levi, und Vertreter des

---

[22] Zur Enttäuschung Sinowjews und Radeks darüber s. ebd., S. 385–400. Die Versuche, die USPD-Delegation zu spalten, begannen schon bei deren Eintreffen in Moskau. Dazu gehört auch, daß die USPD-Delegation nie Gelegenheit hatte, sich geschlossen mit Lenin zu treffen, der jedoch mit einzelnen Delegationsmitgliedern verhandelte; Protokoll der Reichskonferenz der USPD vom 1. bis 3. September 1920 zu Berlin, Berlin o. J., S. 14 und 224 (künftig zitiert als Reichskonferenz), sowie Helmut Stoecker, Walter Stoecker, Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers 1891–1920, Berlin (Ost) 1970, S. 232. Crispien und Dittmann bekamen ein Zimmer vom Organisationskomitee des Kongresses zugeteilt, Däumig und Stoecker ein anderes (s. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Dittmann Erinnerungen, S. 1117). Während Däumig und Stoecker, wie den meisten Kongreßteilnehmern wegen der großen Hitze „buntfarbige Rubaschkas" – leichte russische Hemden – zugeteilt wurden, war „der Vorrat erschöpft", als sich Crispien und Dittmann dafür meldeten. S. Jacob Walcher, Zum II. KI-Kongreß delegiert, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1970, H. 1, S. 91.

[23] Vgl. Stoecker, a. a. O., S. 233, und Walcher, a. a. O., S. 91 f.; G. Sinowjew, Zwölf Tage in Deutschland, Hamburg 1921, S. 35, meinte allerdings, daß Crispien und Dittmann „wohl bereit wären, Kautsky aus der Partei auszuschließen".

[24] Der entsprechende Vorschlag von Bordiga war auch gegen Giacinto Serrati gerichtet, der gegen die endgültige Fassung der Aufnahmebedingungen gestimmt haben soll. Vgl. Reichskonferenz, a. a. O., S. 28.

[25] Die Änderungen bestanden darin, daß Punkt 21 sich nur auf diejenigen bezog, die die Verpflichtungen und Leitsätze der Komintern „grundsätzlich" ablehnten, und daß dem EKKI durch Punkt 20 das Recht gegeben wurde, „Ausnahmen" bei den Bedingungen 7 und 20 zu machen. Eine wirkliche Entschärfung war das nicht. Ob Punkt 19 des ursprünglichen Entwurfs bereits am 30. 7. oder erst am 6. 8. angenommen wurde, ist nicht klar. Jedenfalls bedeutete er keine Verschärfung.

[26] Der ausführliche Bericht über diese Sitzung stammt von Crispien in Reichskonferenz, a. a. O., S. 28–33. Vgl. auch P. L. (Paul Levi), Dittmann-Crispien in Moskau und Berlin, in: Die rote Fahne, Nr. 172 vom 12. 9. 1920, und Bulletin Communiste, Nr. 34–35 vom 7. 10. 1920, S. 25. Das „Protokoll der 3. Exekutivsitzung vom 9. August 1920" befindet sich im Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau, Reisberg a. a. O., S. 569, Anm. 84.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

EKKI insgeheim mit Däumig und Stoecker[27]. Es kam zu dem Beschluß, besondere Maßnahmen zur Gestaltung und Organisation der USPD-„Linken" zu treffen, wobei die Bildung eines Aktionsausschusses von USPD und KPD erwogen wurde. Die Spaltung der USPD-Delegation, die sich erst nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationalen vollzog, zog diejenige der Partei notwendig nach sich.

Solange die Parteidelegation sich in Rußland befand, herrschte in der USPD-Öffentlichkeit relatives Stillschweigen über die Frage der Internationale. Offenbar wollten die meisten Unabhängigen Sozialdemokraten abwarten, bis ihre Vertreter zurückkehrten und die Ergebnisse ihrer Verhandlungen bekanntgaben. Andererseits war mit dieser Stille eine gewisse Spannung verbunden, wie sich deutlich in einigen Presse-Debatten zeigte, die sich an unvollständigen bzw. falschen Meldungen über den Verlauf des Moskauer Kongresses entzündeten. Eine dieser Kontroversen entstand über die ursprüngliche Fassung der Eintritts-Bedingungen, die offenbar zum Teil bekanntgeworden war, wohl aufgrund von Mitteilungen der französischen Delegierten, die den Kongreß vorzeitig verließen[28]. Die endgültigen Aufnahmebedingungen wurden in Deutschland und in Westeuropa erst nach der Rückkehr der USPD-Delegation mitgeteilt. Am 24. August, weniger als 24 Stunden nach ihrem Eintreffen in Berlin, erstatteten nämlich die vier Delegierten der Zentralleitung der Partei Bericht[29]. Tags darauf erschienen die „21 Bedingungen" in der Berliner „Freiheit"[30], der größten USPD-Zeitung, und wenig später auf Anweisung der Zentralleitung auch in den übrigen Partei-Blättern[31]. Ferner wurden die übrigen Entscheidungen des Moskauer Kongresses sowie Berichte von Crispien, Däumig, Dittmann und Stoecker veröffentlicht. Die gegebenen Informationen versetzten die USPD-Mitgliedschaft in starke Erregung.

Hierfür sorgten nicht nur die Resolutionen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale und die Aufsätze der USPD-Delegierten, sondern auch die Kommentare in den Parteizeitungen sowie die Stellungnahme der Parteifunktio-

---

[27] Nachlaß Paul Levi, P 126/6 (Bericht von Levi über den II. Weltkongreß auf der Zentralausschußsitzung der KPD vom 25. August 1920), im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

[28] Vgl. den Bericht „Annäherung an Moskau" im Halleschen Volksblatt Nr. 188 vom 13. 8. 1920 dazu die kritische Äußerung der Leipziger Volkszeitung, Nr. 161 vom 16. 8. 1920 und die Zustimmung der Erfurter Tribüne, Nr. 144 vom 18. 8. 1920. Voraus ging aufgrund einer Meldung in der SPD- und in der bürgerlichen Presse, wonach die Komintern den Eintritt der USPD abgelehnt habe, ein scharfer Meinungsaustausch zwischen der Bergischen Arbeiterstimme in Solingen und dem Nürnberger Sozialdemokraten (vgl. dort Nr. 189 vom 14. 8. 1920). Die USPD-Rheinland-Pfalz beschloß am 23. August, wohl aufgrund von Berichten aus Frankreich, alle Beschlüsse des II. Kongresses anzunehmen, was von der Berliner Freiheit, Nr. 358 vom 31. 8. 1920 und der Kieler Republik, Nr. 193 vom 2. 9. 1920 als „voreilig" bezeichnet wurde.

[29] Dittmann, Erinnerungen, a. a. O., S. 1150, und Freiheit Nr. 348 vom 25. 8. 1920. Nach Dittmann soll sich die Mehrheit gegen die „21 Bedingungen" ausgesprochen haben.

[30] Nr. 348 vom 25. 8. 1920.

[31] Ebd. Der Unabhängige Sozialdemokratische Zeitungsdienst verbreitete das gesamte Material.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

näre auf der Reichskonferenz, die vom 1. bis 3. September stattfand[32]. Die erste Welle der Reaktion auf die „21 Bedingungen" war überwiegend negativ. Noch bevor die USPD-Vertrauensmänner von der Reichskonferenz zurückkehrten, auf der sich die Mehrheit der Teilnehmer gegen die Annahme der Bedingungen aussprach[33], hatten mehr als zwei Drittel der kommentierenden Parteipresse die Bedingungen abgelehnt[34]. Die Kritik an ihnen war jedoch keineswegs auf die Redakteure und Funktionäre beschränkt geblieben. Unmittelbar nach der Reichskonferenz wurden hunderte von Mitgliederversammlungen einberufen; sie nahmen zu den Entscheidungen des II. Kongresses weithin positiv Stellung. Und zwar standen, wie man aus den gegensätzlichen Erklärungen ersieht, die Parteifunktionäre den Bedingungen im allgemeinen ziemlich kritisch gegenüber, wohingegen die aktive Mitgliedschaft, die die Mitgliederversammlungen beherrschte, überwiegend den Beschlüssen des II. Kongresses zustimmte.

Indes sollte die endgültige Entscheidung nicht in Pressekommentaren, Funktionärskonferenzen und Mitgliederversammlungen fallen; sie wurde vielmehr dem für Oktober einberufenen Parteitag übertragen, dessen Delegierte aus Urwahlen nach dem Verhältniswahlrecht hervorgehen sollten[35]. Damit sollte die Frage der „21 Bedingungen" letzten Endes durch eine Art Urabstimmung der Mitgliedschaft und nicht allein von Funktionären oder Aktivisten entschieden werden[36]. Diese

---

[32] Auf ihrer Sitzung vom 24. August beschloß die Parteileitung, sich einer früheren Resolution der USPD-Reichstagsfraktion anzuschließen und eine Reichskonferenz einzuberufen. Zur Kritik daran vgl. z. B. den Augsburger Volkswillen, Nr. 198 vom 30. 8. 1920, und Anna Geyer, Für Referenten, Nr. 1 vom 21. 10. 1920.

[33] Die Leipziger Volkszeitung, Nr. 178 vom 4. 9. 1920, berichtete von einer Zweidrittelmehrheit, das Volksrecht (Frankfurt/M.), Nr. 198 vom 7. 9. 1920, von einer großen Mehrheit; Eugen Prager, Geschichte der USPD, Berlin 1922, S. 222, schätzt „daß die übergroße Mehrheit ... sich gegen die Annahme der Bedingungen ausgesprochen" habe. Die Vermutung von Lazitch und Drachkovitch, a. a. O., S. 425, daß die Mehrheit der gesamten Partei ursprünglich gegen die Annahme gewesen sei, ist jedoch nicht zu beweisen.

[34] Bis zum Abschluß der Reichskonferenz nahmen die in folgenden aufgeführten USPD-Zeitungen zu den Aufnahmebedingungen negativ Stellung: Leipziger Volkszeitung, Volkszeitung für das Vogtland (Plauen), Unabhängige Volkszeitung (Dresden), Oberfränkische Volkszeitung (Hof), Republik (Kiel), Freiheit (Berlin), Magdeburger Volkszeitung, Freiheit (Braunschweig), Der Kampf (München), Der Kämpfer (Stettin), Nordhäuser Volkszeitung, Volkszeitung (Düsseldorf), Volkstribüne (Elberfeld-Barmen), Hessische Arbeiter-Zeitung (Kassel), Sozialistische Republik (Karlsruhe), Elbinger Volksstimme, Ostthüringische Tribüne (Gera), Tribüne (Mannheim) und die Wahrheit (Zittau). Positiv sprachen sich aus: Volksblatt (Halle), Sozialdemokrat (Stuttgart), Schlesische Arbeiter-Zeitung (Breslau), Volkswille (Augsburg), Tribüne (Erfurt), Ruhr-Echo (Essen) und Hamburger Volkszeitung. Manche Parteiblätter nahmen erst nach der Reichskonferenz Stellung, einige Redaktionen lehnten es ab, eine Meinung zu äußern. Es ist klar ersichtlich, daß der größte Teil der USPD-Presse gegenüber den Aufnahmebedingungen kritisch eingestellt war.

[35] Freiheit, Nr. 374, 388 und 412 vom 9. und 17. 9. u. 1. 10. 1920. (Vgl. auch Anm. 57).

[36] Schon am 13. 8. 1920 verlangte das Hallesche Volksblatt, Nr. 188, eine „Urabstimmung unter den gesamten Mitgliedern der Partei", falls, „der scharf nach links gerichtete Massenwille auf dem Parteitag nicht klar genug zum Ausdruck kommen sollte"; auch die Tribüne (Erfurt), Nr. 155 vom 31. 8. 1920, forderte eine Urabstimmung.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Form innerparteilicher Willensbildung sowie die in den Wochen vor der Wahl sich überall verschärfende Debatte innerhalb der Organisationen trugen wesentlich dazu bei, daß zum Zeitpunkt des Parteitags die Fronten – hie Befürworter, dort Gegner der „21 Bedingungen" – weitgehend feststanden[37]. Es fällt auf, daß nur ganz wenige Unabhängige Sozialdemokraten, und zwar auch nur wenige ehemalige Anhänger der III. Internationale, die Aufnahme-Bedingungen begeistert begrüßten. Wohl gab es zu Beginn der Debatte Ultraradikale, wie die Redaktionen der „Hamburger Volks-Zeitung"[38] und des Augsburger „Volkswille[n]"[39], die den Bedingungen zujubelten, weil sie darin ein Mittel sahen, um die „Opportunisten" in der Partei zu bekämpfen und „Klarheit" über deren Zielsetzung zu schaffen; doch ist offenbar nur eine Minderheit der Partei dieser Meinung gewesen. Paradoxerweise wurde freilich der erwähnte Gesichtspunkt von dem äußersten rechten Flügel der USPD, welcher Moskau seit eh und je bekämpfte, offenbar insgeheim geteilt, wobei sicherlich Schadenfreude, aber auch die Überlegung mitspielte, daß die „21 Bedingungen" eine gewaltige Waffe gegen den Anschluß an die III. Internationale darstellten. Die alten Gegner der Komintern gehörten begreiflicherweise zu den schärfsten Kritikern der von ihnen als „Moskauer Diktat" bezeichneten Aufnahmebedingungen. Die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" griff die „21 Bedingungen" mit der Begründung an, sie bedeuteten die Vernichtung der USPD, das Aufgehen der Partei in der KPD und die Unterwerfung der Organisation unter die Diktatur des EKKI[40]. Gleichzeitig rief sie zur Gründung einer neuen Internationale auf, der alle Parteien angehören sollten, die die Bedingungen ablehnten. Im Grunde erwarteten nicht nur Ultralinke sondern auch traditionelle Befürworter der II. Internationale von den Aufnahmebedingungen „Klarheit", allerdings in dem Sinne, daß der Zwang zur Stellungnahme die „verkappten Kommunisten" innerhalb der USPD offenbaren würde[41].

Die Mehrheit der Partei begegnete der anstehenden Entscheidung eher mit Abneigung, was selbst bei denjenigen „Parteifrommen" deutlich wird, welche die „21 Bedingungen" trotz einiger Bedenken hinzunehmen bereit waren. Die meisten Anhänger der III. Internationale hätten die Aufnahmebedingungen am liebsten ignoriert. So gab einer der Parteivorsitzenden, Ernst Däumig, kurz nach seiner Rückkehr aus Rußland seine Zustimmung zu den Beschlüssen des II. Kongresses der Komintern bekannt, ohne die „21 Bedingungen" direkt zu erwähnen[42]. Das

---

[37] Diese Entwicklung war auch von den zunehmend persönlich geführten Auseinandersetzungen beeinflußt, die sich trotz wiederholter Mahnungen zur Sachlichkeit immer mehr ausbreiteten.

[38] „Hinein in die kommunistische Internationale", Auszüge in: Freiheit, Nr. 358 vom 31. 8. 1920.

[39] Die USP und die Dritte Internationale", Nr. 198 vom 30. 8. 1920.

[40] „Das Moskauer Diktat", Nr. 169 vom 25. 8. 1920.

[41] Vgl. Alfred Henke, Mitglied des USPD-Beirats und Reichstagsabgeordneter: „Sein oder Nichtsein der USPD?" in: Bremer Arbeiter-Zeitung, Nr. 200 vom 1. 9. 1920.

[42] „Die USPD und die dritte Internationale", in: Freiheit, Nr. 351 vom 26. 8. 1920. Däumig schrieb diesen Aufsatz auf dem Rückweg von Moskau und wollte ihn gleich nach seinem

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war mehr als ein Vertuschungsversuch; vielmehr hoffte Däumig offenbar, die Auseinandersetzung über den Anschluß der USPD an die III. Internationale nicht über organisatorische, sondern über prinzipielle Fragen führen zu können. Diese Tendenz galt in vieler Hinsicht auch für Paul Levi, den Vorsitzenden der KPD[43], und beide standen damit nicht allein.

Der „Geist der Diktatur des Proletariats" und nicht die „Form" der Aufnahmebedingungen sei für die Frage der Annahme oder Ablehnung entscheidend, so meinte Bruno Bottige, der Unterbezirkssekretär für Anhalt, in der „Magdeburger Volkszeitung"[44]. Paul Böttcher, Beiratsmitglied aus Stuttgart, maß den „21 Bedingungen" nur sekundäre Bedeutung gegenüber dem Programm der III. Internationale bei[45]. Eine ähnliche Meinung vertrat der Parteisekretär Walter Stoecker; er lobte die Entscheidung des II. Kongresses, die in Übereinstimmung mit den „Grundsätzen des revolutionären Marxismus" stehe, und er beschrieb die III. Internationale als die „Internationale der Tat"[46]. Stoecker sah sich jedoch wegen der zunehmenden Pressepolemik gegen die „21 Bedingungen" genötigt, diese auch ausdrücklich zu verteidigen. Er betonte – und dies sollte bald zur Standardrechtfertigung der Bedingungen werden – die Notwendigkeit einer straffen Zentralisierung sowohl der Partei als auch der Internationale, die den „internationalen Generalstab aller nationalen proletarischen Armeen" bilden sollte. Stoecker suchte die „Säuberungsbedingungen", insbesondere Punkt 7, mit der Bemerkung herunterzuspielen, daß das Programm der III. Internationale mit dem der USPD prinzipiell übereinstimme – auch die Kritiker der Aufnahmebedingungen sahen sich in dieser Beziehung zu Lippenbekenntnissen genötigt – und daß es in der USPD keinen Platz für Leute gebe, die die III. Internationale „grundsätzlich" ablehnten. Parteisekretär Wilhelm Koenen, der im ganzen mit Stoecker übereinstimmte, versuchte jedoch, den Kritikern der Aufnahmebedingungen mit dem Hinweis darauf entgegenzukommen, daß gemäß Punkt 20 der „21 Bedingungen" das EKKI Ausnahmen machen könnte[47]. Koenen zufolge waren sich die Vertreter der III. Internationale trotz des scharfen Tons der Bedingungen dieser Notwendigkeit durchaus bewußt.

Ähnlich argumentierte das Hallesche „Volksblatt", das die III. Internationale seit jeher unterstützt hatte[48], wenn es seinen Lesern riet, die beim ersten Blick

---

Eintreffen in Berlin veröffentlichen lassen. Der Chefredakteur der Freiheit, Rudolf Hilferding, bestand jedoch darauf, daß dieser erst gedruckt werden könne, nachdem die Delegierten ihre Berichte an die Zentralleitung abgegeben hätten (Dittmann Erinnerungen, a. a. O., S. 1150), so daß Däumigs positive Stellungnahme erst nach der negativen der Leipziger Volkszeitung vom 25. August erschien.

[43] Der Zweite Kongreß, a. a. O., S. 354 ff., und Nachlaß Paul Levi, a. a. O., P 126–6.

[44] „Für und wider die Dritte Internationale", Nr. 204 vom 1. 9. 1920.

[45] „Die Bedingungen Moskaus" in: Der Sozialdemokrat (Stuttgart), Nr. 200 vom 28. 8. 1920.

[46] „Unsere Partei und die Dritte Internationale", in Freiheit, Nr. 357, 359, 361 u. 381, vom 30. u. 31. 8. und 1. u. 13. 9. 1920.

[47] „Die Aufnahmebedingungen der Dritten Internationalen", in Volksblatt, Nr. 200 vom 27. 8. 1920.

[48] „Diktatur? Geist und Organisationsform" Nr. 199 vom 26. 8. 1920.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„ungeheuerlich" erscheinenden Bedingungen nicht von einem formalistisch-mechanistischen und organisatorisch-bürokratischen Standpunkt aus zu beurteilen, sondern im Rahmen der großen historischen Frage, ob wir „eine Kampfpartei für die Diktatur des Proletariats werden" oder „geruhsame Verehrer des heiligen Demokratius bleiben" wollen. Die ebenfalls für die III. Internationale eintretende „Tribüne" in Erfurt betrachtete die Aufnahmebedingungen als „bittere Enttäuschung", aber gleich dem Halleschen „Volksblatt" meinte die Parteizeitung, sie dürften nicht emotional betrachtet werden[49]. Im großen und ganzen erblickte man in den „21 Bedingungen" eine logische Konsequenz der angestrebten Diktatur des Proletariats; erschienen auch einige Bedingungen als fragwürdig, so wurde in der Zentralisation als solcher doch eine politische Notwendigkeit gesehen[50].

Beschränkte sich das Erfurter Parteiorgan auf die Andeutung, daß die Entschärfung einiger Bedingungen wünschenswert sei, so gab es eine Reihe von früheren Anhängern eines Anschlusses an die III. Internationale, die sich offen für eine Revision der Bedingungen einsetzten. Zu ihnen gehörte zunächst auch der Führer des ultralinken Flügels im Bezirk Mecklenburg, Herbert von Mayenburg; er wandte sich in der Rostocker „Volkswacht" gegen eine Überzentralisation und verlangte darüber hinaus Garantien gegen den Mißbrauch der in den Bedingungen vorgesehenen Vollmachten für die Komintern[51]. Desgleichen kritisierte Gustav Lugenhain, der zuvor den Anschluß an die III. Internationale verteidigt hatte, im Zeitzer „Volksboten" die „Säuberungs- und Gewerkschafts-Bedingungen" und verlangte ihre Änderung, um einer „weiteren Zerreißung der revolutionären Arbeiterschaft" vorzubeugen[52].

Neben den Anhängern der III. Internationale, die die Bedingungen begrüßten, und den alten Gegnern Moskaus sowie den letztgenannten Gruppen, die sich entweder passiv unterwarfen oder die Änderung der Aufnahmebedingungen verlangten, hatten noch weitere Parteimitglieder gehofft, mit Hilfe der Komintern eine „Internationale der Tat" begründen zu können; nun mußten sie befürchten, daß dies durch die Bedingungen verhindert würde. Zu solchen Enttäuschten gehörte die „Unabhängige Volkszeitung" in Dresden, die sich dem Glauben hingab, daß direkte Kontakte zwischen der USPD und Moskau die bestehenden Mißverständnisse beseitigen und den Weg zum Anschluß der USPD an die III. Internationale

---

[49] „Welchen Weg gehen wir?", Nr. 155 vom 31. 8. 1920.

[50] Paul Petzold, Redakteur der Tribüne verglich die „21 Bedingungen" mit dem Versailler Frieden, die beide angenommen werden müßten, aber allmählich durch die deutsche Realität verändert werden würden.

[51] „Zur Frage der Internationale", Nr. 146 vom 3. 9. 1920; Mayenburg, der Vorsitzende der USPD-Fraktion im Schweriner Landtag, stimmte auf dem Leipziger Parteitag für Anschluß an die III. Internationale.

[52] „Die Dritte Internationale", Nr. 204 vom 3. 9. 1920; Lugenhain gehörte zur Delegation des Bezirks Halle, die auf dem Leipziger Parteitag nicht nur für Anschluß an die III. Internationale stimmte, sondern auch gegen den von der Kongreßmehrheit angenommenen Kompromißvorschlag.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

freimachen könnten[53]. Das USPD-Organ für Ostsachsen bezeichnete die Moskauer Forderungen als „unannehmbar"; als besonders abstoßend erschienen ihr jene Punkte, die eine Überzentralisierung sowie die Einräumung diktatorischer Macht an eine kleine Führungsgruppe zur Folge haben müßten; dies würde die kommunistische Kontrolle über Partei und Presse bedeuten und sich gegen die Freien Gewerkschaften richten. Die „21 Bedingungen" würden daher die Entstehung einer einheitlichen revolutionären Internationale für unabsehbare Zeit hinausschieben. Als „unmöglich" und „nicht revolutionär" wurden die Aufnahmebedingungen von Paul Sauerbrey, einem ehemaligen Sympathisanten Moskaus, in der Elberfeld-Barmer „Volkstribüne" hingestellt[54]. Die Bedingungen seien zu sehr von der russischen Erfahrung der Bolschewiki beeinflußt und befänden sich in vieler Beziehung im Widerspruch zur westeuropäischen Wirklichkeit; sie würden daher die Revolutionierung der westeuropäischen Arbeiterschaft gefährden.

Auch die Hoffnungen des Parteivorsitzenden Artur Crispien, daß aus den Verhandlungen mit der III. Internationale „eine internationale Vereinigung aller revolutionären Parteien" hervorgehen könnte, wurden durch die 21 Bedingungen gründlich enttäuscht. Als früherer Anhänger Rosa Luxemburgs hielt Crispien einen gewissen Zentralismus in der Führung der Internationale für notwendig; ihm mißfiel jedoch die Preisgabe jeglicher Unabhängigkeit durch die Mitgliedsparteien[55]. Was Moskau verlangte, war in seinen Augen nicht weniger als die „despotische Herrschaft einer obersten ‚Bonzenschicht' über eine Masse geistiger Eunuchen". Nicht nur wegen der Bedingungen, sondern auch aufgrund seiner Erfahrungen in Rußland zeigte sich ferner der Sekretär der Partei, Wilhelm Dittmann, enttäuscht. Das geht insbesondere aus seinen „Enthüllungen" über die russische Wirtschaftslage hervor, die die angeblichen Illusionen der deutschen Arbeiter über Sowjetrußland beseitigen und damit eine objektivere Atmosphäre für die Erörterung der „21 Bedingungen" schaffen sollten[56]. Dittmann bewirkte jedoch gerade das Gegenteil; als erfahrener Politiker hätte er dies voraussehen müssen, doch hatte ihn die Verbitterung über die Haltung Moskaus blind gemacht. Die Veröffentlichung Dittmanns untergrub nicht nur seine eigene Glaubwürdigkeit, sondern auch die anderer Kritiker der Bedingungen; denn von nun an galt er bei vielen unabhängigen Sozialdemokraten als „Antibolschewik". Die „Enthüllungen" trugen zugleich dazu bei, daß das weitverbreitete Unbehagen über die „21 Bedingun-

---

[53] „Die Moskauer Bedingungen", Nr. 200 vom 28. 8. 1920.

[54] „Moskau", Nr. 191 vom 3. 9. 1920.

[55] „Die USPD und die Kommunistische Internationale" in Freiheit, Nr. 352 und 354, vom 27. u. 28. 8. 1920. Crispien gehörte zur USPD Württemberg, die ursprünglich mit der Gruppe Internationale/ Spartakusbund fast identisch war. Die „Leitsätze über die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie", die von Luxemburg entworfen und von der „Gruppe Internationale" angenommen wurden, sprachen von einer Internationale, die mit weitgehenden Vollmachten gegenüber ihren Mitgliederparteien ausgestattet sein würde. Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegungen, Bd. I, Berlin 1959, S. 279 ff.

[56] Dittmann Erinnerungen, a. a. O., S. 1152; „Deutsche Arbeiter in Rußland" und „Die Wahrheit über Rußland", in: Freiheit, Nr. 358 u. 360 vom 31. 8. und 1. 9. 1920.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen" allmählich zugunsten einer Konstellation zurücktrat, in der sich die ganze Frage in eine Abstimmung für oder gegen Moskau und damit für oder gegen die russische Revolution verwandelte.

Wie die ersten Kommentare in der USPD-Presse nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse des II. Weltkongresses zeigten, wurden die Aufnahmebedingungen zunächst wesentlich differenzierter beurteilt. Obwohl ihre Gegner häufig mit sehr ähnlichen Argumenten operierten, z. B. der Kritik an der Überzentralisierung, dem Hinweis auf Diktatur- und Spaltungstendenzen sowie die Säuberungslisten, bildeten sie keine homogene Gruppe. Ebenso verhielt es sich bei den Befürwortern der Bedingungen. Einige begrüßten sie, andere ignorierten sie, und manche verteidigten sie gezwungenermaßen oder akzeptierten sie als kleineres Übel. Das hätte an sich einen Kompromiß zwischen den verschiedenen Gruppierungen erleichtern müssen. Die Auseinandersetzungen über die Aufnahmebedingungen fanden jedoch in einer zunehmend hektischeren Atmosphäre statt, so daß es nach und nach zu einer Verhärtung der Fronten kam. Diese Entwicklung ist nicht allein durch publizistische Stellungnahmen wie diejenige Dittmanns gefördert worden, sondern vor allem auf die inkonsequente Haltung der Parteiführung, die z. B. in der Form der Einberufung des Parteitages und des Delegationsverfahrens zum Ausdruck kam[57], auf die Gründung von Sonderorganisationen und kontroverse Veröffentlichungen[58] und auf die Einmischung der KPD und Komintern in die Debatte zurückzuführen[59]. Bei der immer gespannteren innerparteilichen Situation schien

[57] Am 8. September entschloß sich das USPD-Zentralkomitee gegen das Votum von Däumig, Stoecker, W. Koenen und A. Hoffmann, die für einen späteren Termin plädierten, den Parteitag für den 24. Oktober einzuberufen. Knapp zwei Wochen später verschob das ZK gegen deren Widerstand den Parteitag auf den 12. Oktober und empfahl, die Delegierten durch Urwahl nach dem Verhältnissystem zu bestimmen. Am 30. September, nachdem die Leipziger Volkszeitung, Nr. 189 vom 17. 9. 1920, diesen Wahlmodus verlangt hatte, machte die ZK-Mehrheit die Urwahl nach dem Verhältnissystem zur Pflicht. Diese Entscheidung hatte, wie das Berliner Mitteilungsblatt für die Anhänger der III. Internationale in der USPD, Nr. 1 vom 12. 10. 1920, zeigt, eine fragwürdige Grundlage in den Parteistatuten. Dennoch waren es die Befürworter der Aufnahmebedingungen, die sich zunächst für die Urabstimmung (s. Anm. 35) und für eine rasche Einberufung des Parteitags (s. Paul Böttcher in: Der Sozialdemokrat [Stuttgart], Nr. 200 vom 28. 8. 1920) aussprachen.

[58] Z. B. gab es in Hamburg und Hannover Sonderorganisationen der Gegner, in Berlin und Leipzig der Befürworter. Da der Unabhängige Zeitungsdienst und das theoretische Organ der Partei, Der Sozialist, in den Händen der Gegner lag, gründeten die Befürworter Anfang Oktober eine eigene Korrespondenz (unter Anna Geyer) und eine theoretische Zeitschrift (Kommunistische Rundschau). In Hamburg gaben die Gegner Mitte Oktober eine eigene Zeitung, die Hamburger Tribüne heraus; in Berlin erschien ein Mitteilungsblatt für die Anhänger der III. Internationalen in der USPD, ferner Eugen Prager „Die erfreuliche Spaltung" in: Freiheit, Nr. 382 vom 14. 9. 1920; Paul Böttcher, „Noch einmal Pharisäertum", in: Der Sozialdemokrat, Nr. 229 vom 1. 10. 1920; „Die Parteizerstörer in Leipzig an der Arbeit", in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 191 vom 20. 9. 1920; „Parteispalter in Karlsruhe an der Arbeit", in: Sozialistische Republik (Karlsruhe), Nr. 231 vom 5. 10. 1920; Fr. Marx, Redakteur des Volksrechts (Hannover), „Eine Irreführung", in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 198 vom 28. 9. 1920 und „Die russische Sphynx, Pharisäertum", in: Gothaer Volksblatt, Nr. 190 vom 30. 9. 1920.

[59] S. im folgenden S. 142 f.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jeder Versuch, zu einem Kompromiß zu gelangen, aussichtslos. Daher kam es zu einer Polarisierung der Parteianhänger in Gegner und Befürworter der Bedingungen, die die tatsächlichen, weitaus differenzierteren Standpunkte der einzelnen Gruppen überdeckte.

Diese Polarisierung vollzog sich insbesondere während und nach den auf lokaler Ebene geführten Auseinandersetzungen, die seit der Rückkehr der Vertrauensmänner von der Reichskonferenz Anfang September begannen. Die Reichskonferenz[60] bildete insofern nur die Plattform für eine im Grunde innerhalb der Mitgliedschaft der USPD geführte Debatte über die Entscheidungen des II. Kongresses der Komintern. Nach der Eröffnung der Konferenz am 1. September berichteten die vier Delegierten von den Verhandlungen in Moskau; sie beschränkten sich im wesentlichen auf eine Erläuterung ihrer schon durch Presseveröffentlichungen bekanntgewordenen Positionen[61]. Trotz einer dreitägigen Diskussion, die fast ausschließlich der Frage der Internationale gewidmet war und in der fünfundzwanzig Funktionäre zu Worte kamen, brachte sie im Vergleich zu der bereits in den Parteiblättern geführten Auseinandersetzung kaum neue Argumente[62]. Die Redner, die den „21 Bedingungen" ablehnend gegenüberstanden, erhoben Einspruch gegen die zu straffe Zentralisierung, worin sie nicht nur den Verlust jeder Unabhängigkeit der nationalen Sektion, sondern auch die Errichtung einer elitären Diktatur über das Proletariat erblickten; darüber hinaus wiesen sie auf die Gefahr der Spaltung der Partei und der Gewerkschaften hin, die mit den Bedingungen heraufbeschworen werde. Demgegenüber hoben die Redner, die den Anschluß an die III. Internationale unter den gegebenen Umständen unterstützten, die Notwendigkeit einer straffen Zentralisierung hervor, deren Fehlen zum Versagen der II. Internationale bei Kriegsausbruch und zum Scheitern der deutschen Revolution entscheidend beigetragen habe. Sie warfen den Gegnern einer Annahme der Bedingungen vor, diese häufig falsch zu interpretieren, vermieden es aber im allgemeinen, auf deren Inhalt einzugehen. Stattdessen forderten sie den Anschluß an die Komintern im Interesse der Weltrevolution.

Die Auseinandersetzung wurde überwiegend emotional geführt, zumal sich zahlreiche Funktionäre durch die Entscheidungen des EKKI in ihrer Ehre gekränkt und in ihrer politischen Position gefährdet fühlten. Bezeichnenderweise gehörte die große Mehrheit der Redner, die sich für die Annahme der Bedingungen aussprachen, der jüngeren Generation an[63]. Einzelne Zwischenrufe lassen erken-

---

[60] An der Reichskonferenz nahmen das Zentralkomitee, der Beirat, die Kontrollkommission, die Reichstagsfraktion, ein Vertreter jedes Bezirkes, Vertreter der Parteipresse, einige preußische Landtagsabgeordnete und ein Vertreter der Betriebsrätezentrale und die Redaktion der Zeitschrift „Arbeiterrat" teil.

[61] Die Reden von Crispien, Däumig, Dittmann und Stoecker, S. 4 ff.

[62] Ebenda, S. 72 ff.

[63] Das Durchschnittsalter der fünfundzwanzig Redner betrug 43,4, das der Gegner der Aufnahmebedingungen 47,5, das der Befürworter 39 Jahre. Sieben der zwölf Redner, die sich für die „21 Bedingungen" aussprachen, waren unter 40 Jahre (fünf sogar unter 30 Jahre) alt; von den Gegnern waren nur drei unter 40, keiner unter 30 Jahre.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen, daß sich die Konferenzteilnehmer dieses Generationsunterschiedes bewußt waren[64]. Die gereizte Stimmung wurde durch die Anwesenheit Wilhelm Herzogs, eines Redakteurs der Hamburger „Volks-Zeitung" noch verschärft. Bereits im Juni war Herzog ohne Wissen der Parteiführung einer Einladung des EKKI nach Rußland gefolgt, um Gespräche über das Verhältnis der USPD zur Komintern zu führen[65]. Zugleich trugen die am Vorabend der Konferenz veröffentlichten „Enthüllungen" Dittmanns dazu bei, daß im Zusammenhang mit der Kritik an den „russischen Methoden" alte Wunden wieder aufgerissen wurden.

Die Konferenzleitung tat wenig zum Ausgleich der Gegensätze. Das eingeschlagene Verfahren, Gegner und Befürworter der Bedingungen abwechselnd zu Wort kommen zu lassen, bewirkte geradezu das Gegenteil[66]. Indem man jeder Seite gleiche Behandlung versprach, räumte man implizite ein, daß es nur zwei „Seiten" gebe. Dieses Vorgehen spaltete die Reichskonferenz notwendig in zwei, im Verlauf der Verhandlungen einander zunehmend feindselig gegenüberstehende Lager und schloß selbst die Möglichkeit eines Vermittlungsversuches von vornherein aus. Angesichts der vorausgegangenen geheimen Treffen in Moskau und den geschlossenen Tagungen verschiedener Gruppen während der Konferenz[67] bestand ohnehin wenig Aussicht, die vorhandenen Differenzen auszuräumen, wie dies auf früheren Parteitagen geglückt war[68]. Das war umso fataler, als die Reichskonferenz die letzte Chance darstellte, zu einer Einigung zu gelangen. Tatsächlich wurde diese Chance aber von Anfang an verpaßt, so daß die Reichskonferenz maßgeblich zur

---

[64] So die Zwischenrufe wie „Dummer, grüner Junge" zu Franz Dahlem und „Verdammter Judenjunge" zu Wilhelm Herzog, aber auch die Stellungnahme Fritz Kunerts; Reichskonferenz, a. a. O., S. 31, 75 und 93; vgl. dazu „Die Schicksalsstunde der Partei", in: Volks-Zeitung (Langensalza), Nr. 203 vom 7. 9. 1920.

[65] Auseinandersetzung über den „Fall Herzog" vgl. Reichskonferenz, a. a. O., S. 31 f. und 129 ff. Wilhelm Herzog, ursprünglich Pazifist, gründete in Berlin nach der Revolution, „Die Republik, Bürgerliches-Sozialistisches Organ für demokratische und kulturelle Interessen" (nach dem Eintritt Ernst Däumigs in die Redaktion Mitte 1919 unter dem Titel „Tageszeitung für die deutschen Arbeiterräte"), war dann Redakteur bei der Hamburger Volkszeitung. Er scheint enge Kontakte zu verschiedenen Kommunisten, darunter Paul Levi, gehabt zu haben und wurde im April 1920 von einem Vertreter des EKKI, Michael Borodin nach Rußland eingeladen. Mitte Mai fuhr er nach Moskau, wo er bis zum Eintreffen der USPD-Delegation Ende Juli von den Bolschewiki ziemlich umworben wurde. Möglicherweise hat das EKKI ursprünglich die Absicht gehabt, Herzogs Anwesenheit dazu zu nutzen, den Anschluß einzelner USPD-Bezirke an die III. Internationale zu betreiben, falls die offizielle USPD-Delegation zum II. Kongreß ausblieb. Vgl. Herzogs Interview mit Radek von Anfang Juli, das am 24. August in der Hamburger Volkszeitung veröffentlicht wurde. Nach der Ankunft der vier USPD-Delegierten ging Herzogs Einfluß rasch zurück. S. Herzogs „Russisches Notizbuch", ein Bericht über seinen Aufenthalt in Rußland, erschien in der Zeitschrift Das Forum, Jg. 4, H. 2 und Jg. 5, H. 1–7 (August 1920 bis April 1921).

[66] Reichskonferenz, a. a. O., S. 72.

[67] Ebd., S. 176 und 178, sowie Paul Böttcher, „Noch einmal Pharisäertum" in: Der Sozialdemokrat, Nr. 229 vom 1. 10. 1920.

[68] Sondersitzungen verschiedener Gruppen gab es auch auf den vorausgegangenen USPD-Parteitagen, doch konnten Meinungsverschiedenheiten überwunden werden.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parteispaltung beitrug. Die in Crispiens Schlußworten enthaltene Darstellung des Konflikts kennzeichnete die erstarrten Fronten: „Auf der einen Seite stehen die marxistisch geschulten revolutionären Sozialisten und auf der anderen Seite stehen opportunistisch-kommunistisch, syndikalistisch und anarchistisch angekränkelte Revolutionsromantiker."[69] Crispien und Dittmann lehnten es kategorisch ab, je wieder mit Däumig und Stoecker in der Parteileitung zusammenzuarbeiten. Däumig sträubte sich dagegen, in einer Partei zu bleiben, die der III. Internationale fernbleiben würde[70].

Die dramatische Zuspitzung des Konflikts und Crispiens abschließende Bemerkung können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frontlinien in Wahrheit komplexer verliefen, als es die äußerliche Zweiteilung annehmen läßt. Ein Blick auf die Redner-Liste der Gegner der „21 Bedingungen" zeigt, daß diese politisch in keiner Weise homogen waren. Zu ihnen gehörten Vertreter des rechten Flügels, die sich früh gegen die III. Internationale ausgesprochen hatten, darunter mit Rudolf Hilferding, Hans Block und Rudolf Breitscheid die Schriftleiter der bedeutendsten Parteiorgane, der Berliner „Freiheit", der „Leipziger Volkszeitung" und des „Sozialist"[71]. Zu ihnen gehören ferner gemäßigte Linke und Gegner der II. Internationale, wie Robert Dissmann und Georg Ledebour[72], Josef Ernst, der Führer der Roten Armee im Ruhrgebiet, und Anhänger der III. Internationale wie Fritz Kunert und Toni Sender, nicht zuletzt der internationale Linksaußen Franz Künstler. Verglichen hiermit war die Gruppe, die *für* die Annahme der Bedingungen sprach, weniger heterogen, denn sie setzte sich durchweg aus Vertretern des „linken Flügels" zusammen[73]. Allerdings waren Paul Böttcher, Emil Eichhorn und Adolf Hoffmann knapp neun Monate vorher auf dem Leipziger Parteitag gegen einen bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Internationale aufgetreten[74]. Überdies war die Stellungnahme dieser Gruppe zu den Bedingungen unterschiedlich. Einzelne Redner ignorierten sie einfach, andere äußerten gewisse Bedenken. So ließ Eichhorn durchblicken, daß die „21 Bedingungen" keineswegs allen Wünschen Rechnung trügen, meinte aber, sie dürften den Eintritt der USPD in die III. Internationale nicht blockieren. Er verglich sie mit „Zwirnsfäden, die zerreißen, wenn wir eingetreten sein werden"[75]. Ähnlich verhält es sich mit der

---

[69] Reichskonferenz, a. a. O., S. 194.

[70] Ebenda, S. 178 und 185.

[71] Die Berliner Freiheit war bei weitem die größte Tageszeitung der USPD und die einzige, die zweimal täglich erschien, die Leipziger Volkszeitung das traditions- und vielleicht einflußreichste Parteiblatt; Der Sozialist war als theoretische Zeitschrift gewissermaßen ein Nachfolger der Neuen Zeit Kautskys.

[72] Als Oppositionsführer im DMV war Dissmann ein Anhänger der III. Internationale. Vgl. Volkstribüne (Barmen), Nr. 176 vom 13. 8. 1919.

[73] Der unbelegte Hinweis von Lazitch und Drachkovitch, a. a. O., S. 297, Walter Stoecker sei 1914 „Sozialchauvinist" gewesen, trifft nicht zu. Vgl. Stoecker, a. a. O., S. 77–107.

[74] Von den Rednern dieser Seite haben allein Däumig und Curt Geyer auf dem Leipziger Parteitag – wie Franz Künstler – nicht nur für den Anschluß an die III. Internationale sondern darüberhinaus auch gegen den angenommenen Kompromiß gestimmt.

[75] Reichskonferenz, a. a. O., S. 122.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stellungnahme von Otto Braß, der den Aufnahmebedingungen kritisch gegenüberstand und die Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Mitgliedsparteien betonte, aber dennoch den Anschluß befürwortete[76]. Andere Redner dürften, wie der ultraradikal eingestellte Curt Geyer später zu erkennen gab, private Bedenken gehabt haben[77].

Trotz dieser Situation wurde während der Konferenz von keiner Seite ein Vermittlungsversuch unternommen. Die einzige aussichtsreiche Initiative, zu einem Kompromiß zu gelangen, erfolgte erst nach der Reichskonferenz und ging von Paul Hennig, dem Redakteur des „Halleschen Volksblattes" aus; sie wurde jedoch von einigen Gegnern der Bedingungen vereitelt[78]. Dabei spielte mit, daß die meisten Teilnehmer an der Reichskonferenz, ebenso wie die Mehrzahl der Redaktionen, die „21 Bedingungen" ablehnten und keinen Grund für einen Kompromiß sahen, da sie die Mehrheit der Mitglieder hinter sich glaubten; so hatte sich Stoecker ausdrücklich auf die Massen der Anhänger der USPD berufen[79]. Erst die Urwahlen von Anfang Oktober sollten erweisen, wer die Mehrheit besaß. In der Zwischenzeit warben beide Lager um Anhänger für ihren Standpunkt. Diese Auseinandersetzung wurde zum Teil in den Spalten der Parteipresse geführt, und es hing häufig von der Anschauung der Redaktion ab, ob und in welchem Ausmaß gegensätzliche Positionen zu Worte kamen[80].

Bedeutsamer als die Pressedebatte war jedoch die Austragung des Konflikts auf örtlicher Ebene in hunderten von Mitgliederversammlungen, die in ganz Deutschland abgehalten wurden. In dieser zweiten Phase innerparteilicher Willensbildung fällt auf, daß die Mehrheit der Versammlungen, trotz der ablehnenden Haltung der meisten Redaktionen und anderer Parteifunktionäre, die Aufnahmebedingun-

---

[76] Ebenda, S. 125 ff.

[77] Curt Geyer, Erinnerungen, Bd. I, S. 336, 340, 349, in Institut für Zeitgeschichte, München.

[78] Beispielsweise nahmen Fritz Kunert und Beiratsmitglied Karl Kurbs, der die Aufnahmebedingungen ablehnte, obwohl er in Leipzig für den Anschluß und gegen den Kompromiß gestimmt hatte, öffentlich Stellung gegen Hennigs Vorschlag (Hallesches Volksblatt, Nr. 207, 208, 212, 215, 224, 235, 236 vom 4., 6., 10., 14., 24. 9. und 7. und 8. 10. 1920). Vgl. ferner Volksbote, Nr. 207 vom 9. 9. 1920; Neue Zeitung (Jena), Nr. 210–217 und 223–224 vom 22.–29. 9. und 6.–7. 10. 1920; Reussische Volkszeitung (Greiz) Nr. 235 vom 6. 10. 1920; und Tribüne (Erfurt) Nr. 166–167 und 173 vom 13.–14. und 21. 9. 1920. Ähnliche Vermittlungsversuche unternahmen mit noch weniger Erfolg Fritz Geyer auf dem Landesparteitag Sachsens am 12. und 13. September und, möglicherweise auf Antreiben von Otto Braß, die niederrheinischen Funktionäre am 6. September; Protokoll der Verhandlungen der ordentlichen Landesversammlung der USP Sachsens, abgehalten am 12. und 13. September 1920 im Volkshaus zu Leipzig, Leipzig 1920, S. 23 ff., und Freiheit, Nr. 377 vom 10. 9. 1920. Der letzte bekannte Vermittlungsversuch, ein Aufruf „An die Parteitagsdelegierten, Für die Einheit der Partei" von Heinrich Knauf, Kurt Löwenstein, Gerhard Obuch, Kurt Rosenfeld, Willy Scholz und Mathilde Wurm in: Freiheit, Nr. 420/21 vom 6. 10. 1920, kam zu spät und blieb wirkungslos.

[79] Reichskonferenz, a. a. O., S. 72.

[80] Die Argumentationsweise wurde dabei kaum verändert, nur langatmiger, ein extremes Beispiel ist ein in 12 Fortsetzungen veröffentlichter Artikel von Stephan Heise, dem Redakteur des Volksrecht.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen schließlich doch akzeptierten. Die drei USPD-Bezirke Groß-Berlins sind ein gutes Beispiel dafür. Die ca. 140 000 Mitglieder in der Hauptstadt und der engeren Umgebung wurden von dem größten und wichtigsten Parteiblatt, der zweimal täglich erscheinenden „Freiheit"[81], informiert. Der Standpunkt dieser Zeitung war deutlich ablehnend. Alle acht Redakteure übten im Verlauf der Auseinandersetzung Kritik an den Entscheidungen von Moskau; von rund achtzig Artikeln, die zu diesem Thema in der Freiheit erschienen, verwarfen drei Viertel die Aufnahmebedingungen[82]. Trotzdem beschlossen sechzehn der achtzehn Distriktsversammlungen des Bezirks Berlin Stadt, der etwa 71 000 Mitglieder umfaßte, den Beitritt zur III. Internationale – in einem Fall trotz Ablehnung der „21 Bedingungen"[83]. Gleichlautende Beschlüsse wurden in zehn von sechzehn Mitgliederversammlungen des Bezirks Teltow-Beeskow-Charlottenburg mit etwa 32 000 Mitgliedern gefaßt. Im Bezirk Potsdam IV – Niederbarnim mit 37 824 Mitgliedern waren es sogar achtzehn von zwanzig[84]. Groß-Berlin bildete jedoch keinen Einzelfall. Im Bezirk Frankfurt am Main hatte das Parteiorgan „Das Volksrecht" den Aufnahmebedingungen vorwiegend negativ gegenübergestanden; gleichwohl stimmten Mitgliederversammlungen in Darmstadt, Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden für die Annahme[85]. Analog verhielt es sich in Dresden („Unabhängige Volkszeitung"), Elberfeld und Barmen („Volkstribüne"), Groß-Kiel und Schleswig-Holstein („Republik"), Königsberg („Freiheit"), Mannheim („Tribüne"), München („Der Kampf") und Groß-Stettin („Der Kämpfer")[86]. Der Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen, ein Gegner der Bedingungen, zog, nachdem zwei Mitgliederversammlungen dieses Unterbezirks die „21 Bedingungen" mit überwältigender Mehrheit angenommen hatten, die Konsequenzen und trat zurück[87]. In Jena unternahmen die Redaktion der Neuen Zeitung sowie die Funktionäre des VII. Thüringischen Unterbezirks einen Vermittlungsversuch, doch wurde dieser von der Unterbezirksversammlung, die für den unbedingten Anschluß an Moskau plädierte, abgelehnt[88]. Die gleiche Situation bestand im Verbreitungsgebiet des „Halleschen Volksblatts". Obwohl nur einer der vier Redak-

---

[81] Bereits im Juli 1919 hatte die Freiheit eine tägliche Auflage von 200 000 Exemplaren.

[82] Die Berechnung beruht auf den gezeichneten Beiträgen in der Freiheit vom 24. August bis 12. Oktober. Die Redakteure waren Hilferding, Robert Hensel, Otto Meier, Eugen Prager, Emil Rabold, Richard Seidel, Alexander Stein und Alfred Wielepp.

[83] Belege in Freiheit, Nr. 383–417 vom 14. 9. – 4. 10. 1920.

[84] Ebenda.

[85] Volksrecht Nr. 212 vom 23. 9. 1920.

[86] Unabhängige Volkszeitung, Nr. 225 vom 26. 9. 1920; die Volkstribüne berichtete über die Ergebnisse der Mitgliederversammlungen in zehn der dreißig Distrikte; in sechs wurden die Bedingungen angenommen; in zweien abgelehnt und in zweien ein Vermittlungsvorschlag akzeptiert; Republik, Nr. 215–220 vom 28. 9. bis 4. 10. 1920; Freiheit (Berlin), Nr. 400 vom 24. 9. 1920; Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 189 vom 22. 9. 1920; Der Kampf, Nr. 205–206 vom 4. und 5. 10. 1920; Der Kämpfer, Nr. 189, 194, 196, 203 und 207 vom 9., 15., 17., 24. und 30. 9. 1920.

[87] Freiheit, Nr. 374 vom 9. 9. 1920. Der Redakteur war Hermann Merkel.

[88] Neue Zeitung, Nr. 210–217, 223–224 vom 21. bis 29. 9. und 6. und 7. 10. 1920.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teure des Volksblatts die Aufnahmebedingungen guthieß und das Blatt regelmäßig Vermittlungsvorschläge von Paul Hennig, der im Saalekreis großen Rückhalt genoß, abdruckte, nahmen nahezu alle Mitgliederversammlungen in den Unterbezirken Halle und Merseburg die Bedingungen an[89]. Im Unterbezirk Mansfeld, wo die Redaktion der Mansfelder Volkszeitung geteilter Meinung war, ereignete sich das gleiche[90].

Während es ziemlich oft vorkam, daß die Aktivisten eines Bezirks oder Unterbezirks dem Rat ihrer Funktionäre nicht folgten, wenn diese die „21 Bedingungen" kritisierten, hat es das Gegenteil offenbar niemals gegeben. Dazu trug gelegentlich, wie in Hamburg („Hamburger Volks-Zeitung"), wo Gegner der Bedingungen kaum zu Worte kamen, ein gewisser Meinungsterror bei[91]. Dies trifft indes nicht auf Erfurt („Tribüne") und Stuttgart („Der Sozialdemokrat") zu, wo ebenso wie in Breslau und Niederschlesien („Schlesische Arbeiter-Zeitung"), Köln und Mittel-Rhein („Sozialistische Republik") und im Bezirk Mecklenburg-Schwerin Funktionäre und Aktivisten übereinstimmten[92]. In einigen Fällen, so in Hannover („Volksrecht"), Hessen-Kassel („Hessische Arbeiter-Zeitung") und Karlsruhe („Sozialistische Republik) haben Redaktionen ihre Meinung auch gewechselt und sind schließlich für die Bedingungen eingetreten[93].

Bemerkenswert ist eigentlich, daß nur äußerst selten eine ablehnende Mehrheit der Funktionäre und Aktivisten zustandekam, d. h., daß sich die neuerliche Stellungnahme mit der früheren deckte. Nur in Braunschweig („Freiheit"), wo allerdings auch ein gewisser Meinungsterror herrschte und im nahegelegenen Nord-

[89] Volksblatt, Nr. 212 vom 10. 9. 1920 und folgende Ausgaben.

[90] Mansfelder Volkszeitung, Nr. 182 und 184 vom 7. und 9. 9. 1920.

[91] Willi Elsner, ein USPD-Mitglied und Gegner der Aufnahmebedingungen meinte, daß in der Hamburger Volks-Zeitung nur Artikel der Befürworter (Interview am 6. Januar 1967) erschienen sind. Nach dem SPD-Blatt Hamburger Echo Nr. 423 vom 10. 9. 1920 hatten Befürworter gewaltsam verhindert, daß Wilhelm Dittmann auf einer USPD-Versammlung in Hamburg reden konnte. In Gotha ließ die Redaktion des Gothaer Volksblattes fast nur Befürworter der Bedingungen zu Worte kommen, obwohl die Mehrheit der Unterbezirksfunktionäre sie ablehnten. Allerdings stimmte die Unterbezirksgeneralversammlung dem Volksblatt mit großer Mehrheit zu; s. Nr. 196 und 199 vom 7. und 11. 10. 1920.

[92] S. Tribüne, Nr. 166–167 und 173 vom 13.–14. und 21. 9. 1920; Der Sozialdemokrat für September und Anfang Oktober (obwohl das Stuttgarter Blatt ursprünglich Stellung für die Bedingungen genommen hatte, stellte es sich im Laufe des Septembers heraus, daß die Redaktion geteilter Meinung war); Schlesische Arbeiter-Zeitung, Nr. 103, 112–113 und 115 vom 30. 9., 12.–13. und 15. 10. 1920 sowie Volksblatt, Nr. 215 vom 14. 9. 1920 und Freiheit, Nr. 397 und 399 vom 22.–23. 9. 1920; Sozialistische Republik (Karlsruhe), Nr. 217 ff. vom 18., 20. und 21. 9. 1920 für die Haltung der Kölner Redaktion unter Franz Dahlem, sowie Tribüne (Erfurt), Nr. 187 vom 7. 10. 1920 und Freiheit, Nr. 390 vom 18. 9. 1920. Vgl. Heinz Meirritz, a. a. O., S. 177 f., und Volkswacht von Ende September/Anfang Oktober 1920.

[93] In Hannover wurde ein Redakteur, der Gegner der Bedingungen war, durch einen Befürworter ersetzt. Für Kassel s. den Beitrag Richard Wagners „Inkonsequenz", in: Hessische Arbeiter-Zeitung, Nr. 216 vom 22. 10. 1920 und Vorwärts, Nr. 487 vom 1. 10. 1920; die ursprüngliche Kritik der Sozialistischen Republik an den Aufnahmebedingungen fand in Abwesenheit des politischen Redakteurs statt und wurde sofort nach seiner Rückkehr nach Karlsruhe geändert.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hausen („Nordhäuser Volkszeitung"), sowie in Bremen („Bremer Arbeiter-Zeitung") und im benachbarten Oldenburg-Ostfriesland („Die Tat"), ferner in Zeitz („Volksbote") und im angrenzenden Hofer Dreieck Gera („Ostthüringische Tribüne"), Hof („Oberfränkische Volkszeitung") und Plauen („Volkszeitung für das Vogtland") findet sich eine derartige Übereinstimmung[94].

In einigen Fällen vermieden die Lokalorganisationen eine eindeutige Stellungnahme zu den Bedingungen. Ein Beispiel dafür ist Groß-Leipzig. Ein unklares Bild ergibt sich auch für Magdeburg-Anhalt[95]. Dennoch ist als allgemeine Tendenz der zweiten innerparteilichen Diskussion unverkennbar: diejenigen Unabhängigen Sozialdemokraten, die an den Mitgliederversammlungen teilnahmen, d. h. die meist jüngeren Aktivisten, waren – im Gegensatz zu den meisten Funktionären – durchaus bereit, die „21 Bedingungen" zu akzeptieren. Zum Teil ist die unterschiedliche Reaktion in der Partei auf die Begeisterung für die russische Revolution und die starken Sympathien für die III. Internationale bei der aktiven Mitgliedschaft zurückzuführen. Der Drang nach Moskau, der schon ein Jahr zuvor begonnen hatte, kam von unten und war hauptsächlich auf Mitgliederversammlungen zu beobachten. Schon die Bewegung für den Anschluß an die III. Internationale vor dem Leipziger Parteitag zeigt dies deutlich[96].

In der Folgezeit sind diese Sympathien keineswegs abgeflaut; vielmehr wurden sie durch den gescheiterten Versuch der USPD-Führer, eine internationale Konferenz aller revolutionären sozialistischen Parteien einzuberufen, sowie durch die wachsende Entfremdung vieler Unabhängiger Sozialdemokraten von der Weimarer Republik besonders nach dem Kapp-Putsch und der Niederschlagung der Roten Armee im Ruhrgebiet noch verstärkt. Das gleiche gilt für die breite Gruppen umfassenden Solidaritätsaktionen mit Sowjetrußland während des russisch-polnischen Krieges. Es kam hinzu, daß die „21 Bedingungen" von der aktiven Mitgliedschaft im Gegensatz zu den Parteifunktionären in ihrer Bedeutung unterschätzt wurden, weil sie nur organisatorische Fragen zu betreffen schienen[97]. Daher

[94] Freiheit (Braunschweig), Nr. 220 f. und 223 ff. und 228 vom 24.–25., 28.–30. 9. und 4. 10. 1920. Einer der führenden Befürworter der Bedingungen in Braunschweig, Karl Eckardt, wurde aus der Partei ausgeschlossen, als er sich weigerte, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Für die anderen Organisationen siehe Freiheit (Berlin), Nr. 420/421 vom 6. 10. 1920; Bremer Arbeiter-Zeitung, Nr. 206 und 212 vom 8. und 15. 9. 1920; vgl. ferner Staatsarchiv Bremen, 4.65 II. A. 11a Reich Allgemeines II, 144–145; Volksbote, Nr. 232 vom 4. 10. 1920; Oberfränkische Volkszeitung, Nr. 213, 229–230 vom 15. 9. und 4.–5. 10. 1920; Reussische Volkszeitung, Nr. 233 vom 6. 10. 1920 und Leipziger Volkszeitung, Nr. 191 und 198 vom 20. u. 28. 9. 1920.

[95] S. Leipziger Volkszeitung, Nr. 179 und 184 vom 6. und 11. 9. 1920. Im Unterbezirk Anhalt, der bis Anfang des Jahres zum Bezirk Halle gehörte, gab es Unterstützung durch Funktionäre und aktive Mitglieder; in den übrigen Unterbezirken kam es größtenteils zur Ablehnung der Bedingungen. Gelegentlich fehlen die entsprechenden Berichte; so ist in Düsseldorf die Stellungnahme der Presse und Funktionäre bekannt, aber nicht die der aktiven Mitgliedschaft.

[96] S. insbes. die Arbeit des Verf.: The Independent Social Democratic Party, a. a. O., S. 378 ff.

[97] Borkenau, a. a. O., S. 195, meinte, die Bolschewiki „tried to make the conditions of admission as acceptable as possible to the masses and as unacceptable as possible to the leaders".

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fanden selbst frühere prominente Anhänger der III. Internationale in den Mitgliederversammlungen kaum Gehör[98]. Die Sympathie für Sowjetrußland, das Land der „siegreichen proletarischen Revolution", war einfach zu groß[99].

Wenn sich demgegenüber in einigen Gebieten die Funktionäre durchsetzen konnten, so beruht dies auf besonderen lokalen Faktoren. Die Funktionäre scheinen sich in der Regel dort durchgesetzt zu haben, wo entweder die USPD-Organisationen überdurchschnittlich stark waren, – wie in Braunschweig, Bremen, Gera, Hof, Leipzig und Zeitz –, oder wo der Einfluß größerer benachbarter Vereine vermutet werden darf, wie in Oldenburg-Ostfriesland, Plauen und Nordhausen, wo sich Einflüsse jeweils von Bremen, Leipzig bzw. Gera und Braunschweig geltend machten. Da organisatorische Stärke auch mit Anteil an der politischen Macht verknüpft sein konnte – in Braunschweig war ein USPD-Mann Ministerpräsident – ist es nicht ausgeschlossen, daß in einem solchen Falle auch die Aktivisten in ihren Augen mehr als ihre Ketten zu verlieren hatten[100]. Es war nun die Frage, ob die Aktivisten oder die Funktionäre die Meinung der Mehrheit der USPD-Mitglieder vertraten; sie sollte durch die Urwahl beantwortet werden.

Der Beschluß der Parteileitung, die Parteidelegierten durch Urwahl zu bestimmen, hätte normalerweise zu einem Ausgleich der Gegensätze innerhalb der USPD beitragen können, hatte aber tatsächlich den umgekehrten Effekt. Die Befürworter der „21 Bedingungen" erblickten darin nämlich den Versuch, die Zusammensetzung des Parteitags zu manipulieren[101]. Die Art und Weise, in der die Bekanntmachung dieses Beschlusses durch die Parteileitung erfolgte, bestärkte noch ihren Eindruck. Denn die ursprüngliche Empfehlung, so zu verfahren, wurde kurz vor dem Parteitag in eine eindeutige Weisung umgewandelt und durch die Vorschrift ergänzt, das Verhältniswahlrecht anzuwenden[102]. Letzteres hatte zur Folge, daß anstelle einer Personenwahl nach Listen gewählt werden mußte, so daß

---

[98] Z. B. entschloß sich eine Mitgliederversammlung in Halle gegen den Widerstand von Kunert, Kurbs und Gottlieb Kasparek für Annahme der „21 Bedingungen". Ähnlich erging es Otto Stegmann in Erfurt, Jürgensen (Eckernförde) in Kiel, Fritz Polenz in Königsberg, Max Reuter in München und Paul Pankowski in Stettin. Erfolge wie in Zeitz für Toni Sender und Joseph Windau sen. waren seltener.

[99] S. Dittmann Erinnerungen, a. a. O., S. 1151, und Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947, S. 212.

[100] Sepp Oerter, der Braunschweigische Ministerpräsident, drückte sich deutlich gegen die Bedingungen aus, „Das Ergebnis von Moskau" in: Freiheit (Braunschweig), Nr. 200 vom 1. 9. 1920. Bezeichnenderweise war in Braunschweig und in Bremen die Kommunistische Arbeiter-Partei (KAPD) – die die „21 Bedingungen" ablehnte – und nicht die KPD der stärkste radikale Gegner der USPD. Für Leipzig war nicht unwesentlich, daß im Winter 1919/20 die führenden USPD-Linken den Bezirk verlassen hatten.

[101] Vgl. Anna Geyer, Für Referenten, Nr. 1 vom 21. 10. 1920, und Anm. 57.

[102] Für die daraus entspringenden Probleme auf der Ebene der Bezirke und Unterbezirke vgl. den Bericht von Karl Ryssel, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Halle vom 12.–17. Oktober 1920, Berlin o. J., S. 237 ff. Einige USPD-Vereine scheinen aus Protest die Urwahlen nicht durchgeführt zu haben, wie die Unterbezirke Gotha und Hinterpommern sowie die meisten Ortsvereine des Unterbezirks Dillkreis-Unterlahn.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

faktisch sämtliche Delegierten mit gebundenem Mandat gewählt wurden. Dieser Umstand schloß, wie das Listenverfahren zur Reichskonferenz knapp einen Monat zuvor, jede Vermittlung zwischen den beiden Lagern aus und nahm die endgültige Spaltung der USPD vorweg. Tatsächlich konnte der Parteitag keine andere Funktion mehr haben, als die Ergebnisse der Urwahl zu bestätigen. Unter diesen Umständen stellte die Urwahl eigentlich eine Urabstimmung über den Anschluß an die III. Internationale unter Annahme der „21 Bedingungen" dar.

Tabelle 1

Ergebnisse der Urwahlen über den Anschluß an die III. Internationale unter den „21 Bedingungen"[103].

Bezirk	Mitglieder	Dafür (Delegiertenzahl)		Dagegen (Delegiertenzahl)	
Baden	?	3,252	(1)	1,310	(0)
Bayern	42,058	6,195*	(11)	4,183*	(4)
Bez.-Verband Berlin-Brandenburg					
Berlin-Stadt	71,000	15,531	(12)	13,586	(11)
Potsdam IV-Niederbarnim	37,824	8,958	(10)	6,214	(7)
Teltow-Beeskow-Charlottenburg	32,000	7,619	(7)	7,597	(7)
Frankfurt/Oder	?	9*	(0)	199*	(4)
Braunschweig	20,000	2,173	(3)	4,154	(5)
Bremen	20,171	1,547	(1)	3,343	(8)
Frankfurt/Main	30,000	4,270	(9)	3,029	(4)
Halle	81,900	25,064	(35)	8,384	(7)
Halle-Saalkreis	22,000	7,526		1,609	
Merseburg-Querfurt	13,000	5,557		930	
Delitzsch-Bitterfeld	8,387	1,802		769	
Torgau-Liebenwerda	5,000	1,484		98	
Wittenberg-Schweinitz	1,900	717		71	
Mansfelder Kreise	20,000	3,154		131	
Sangerhausen-Eckartsberga	?	1,416		138	
Naumburg-Weissenfels-Zeitz	15,000	3,408		4,638	

[103] Die Tabelle besteht aus der Auswertung der USPD-Presse und weicht von dem auf dem Parteitag in Halle bekanntgegebenen Urwahlergebnis von 144 000 Für- und 91 000 Gegenstimmen ab. S. Parteitagsprotokoll Halle (Mehrheit), S. 267. Die Gesamtzahl der eingeschriebenen USPD-Mitglieder wurde auf dem Haller Parteitag mit 893 923 angegeben (ebd., S. 24 und 31). Meine Angaben für die Bezirks- bzw. Unterbezirks-Mitgliederzahlen sind der Parteipresse entnommen sowie dem Bericht über Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund), abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921, S. 323 ff.; Bericht über die Verhandlungen des 2. (7.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationalen), abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922, S. 74, und dem Zentralen Staatsarchiv der DDR, Abteilung Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77, Tit. 1810 Nr. 18, S. 207. Möglicherweise schließt die Angabe für Ostpreußen auch Westpreußen (Elbing) ein. Bei der Addition gelten für Halle und Thüringen natürlich nur die Gesamtzahlen.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bezirk	Mitglieder	Dafür		Dagegen	
		(Delegiertenzahl)			
Hamburg	42,000	5,396	(1)**	946	(0)**
Hannover	9,000	?	(4)	?	(1)
Hessen-Waldeck	3,000	1,160	(2)	125	(0)
Magdeburg	26,476	1,768*	(3)	1,269*	(3)
Mecklenburg	6,000	keine	(1)	Urwahl	(0)
Oldenburg-Ostfriesland	5,210	293*	(0)	863*	(3)
Pommern	19,180	1,032*	(5)	791*	(3)
Ost-Preußen	40,000	2,700*	(5)**	1,800*	(8)**
West-Preußen	4,695	561*	(1)	600*	(1)
Niederrhein	86,599	14,999*	(40)	5,621*	(11)
Mittelrhein	15,000	?	(5)	?	(0)
Landesverband Sachsen					
Oberlausitz	?	554	(0)	639	(2)
Dresden	15,231	1,463*	(2)	1,232*	(9)
Leipzig	70,848	9,578	(20)**	15,273	(35)**
Chemnitz	2,869	?	(0)	?	(1)
Vogtland	11,000	1,160	(1)	2,800	(2)
Schleswig-Holstein	20,063	4,007	(5)	2,789	(4)
Schlesien	15,000	keine	(1)	Urwahl	(0)
Oberschlesien	?	?	(1)	?	(0)
Thüringen	60,000	9,354	(12)**	9,051	(9)**
Langensalza-Mühlhausen	2,200	343		377	
Erfurt	10,000	1,210		879	
Gotha	?	keine Urwahl			
Salzungen-Eisenach	3,500	255		183	
Suhl-Schmalkalden	9,000	2,445		405	
Schwarzburg-Sonderhausen	?	1,300		1,068	
Jena-Weimar	?	1,233		876	
Gera-Greiz	18,080	2,107		4,426	
Nordhausen	?	461		837	
Östliches Westfalen	3,000	keine	(1)	Urwahl	(0)
Westliches Westfalen	45,000	3,130*	(17)	2,487*	(5)
Württemberg	16,526	4,912	(9)**	1,383	(0)**
Danzig	?	?	(0)	?	(1)
Insgesamt:	851,650*	136,685*	(225)**	99,668*	(155)**
		57,8%		42,2%	

(NB: * = unvollständig; ** = auf dem Parteitag geändert)

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, erbrachten die Ergebnisse der Delegiertenwahl mit 58% Für- und 42% Gegenstimmen ein relativ eindeutiges Bild, wenn sie auch auf der Bezirks- und Unterbezirksebene teilweise recht unterschiedlich waren.

Ebenso wie die Aktivisten auf den Mitgliederversammlungen stimmten auch die meisten Urwähler für den Anschluß an die III. Internationale und für die Annahme der Bedingungen. Allerdings fiel das Urwahl-Ergebnis in einigen Fällen für die Anhänger Moskaus weniger günstig aus, als es die Beschlüsse der Mit-

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gliederversammlungen hätten erwarten lassen. So gab es im Bezirk Berlin-Stadt, wo über 40% der Mitglieder an der Wahl teilnahmen, in nur acht der achtzehn Distrikte eine Mehrheit für die Annahme der Bedingungen, während es bei den vorausgegangenen Mitgliederversammlungen sechzehn gewesen waren[104]. Da aber die Befürworter der Bedingungen vier der fünf größten Distrikte beherrschten, errangen sie dennoch die Mehrheit im Gesamtbezirk. Im benachbarten Teltow-Beeskow-Charlottenburg lehnten die meisten Ortsvereine, im Gegensatz zur Mehrheit der Mitgliederversammlungen, die „21 Bedingungen" ab[105]. Nur dadurch, daß die Befürworter der Bedingungen sich in Neukölln, dem größten Ortsverein, behaupten konnten, vermochten sie sich insgesamt durchzusetzen. Ähnlich verliefen die Urwahlen bei einigen anderen USPD-Vereinen, so in den Unterbezirken Dresden, Frankfurt/Main, Groß-Kiel und Mannheim[106]. Im niederrheinischen Unterbezirk Elberfeld-Barmen und in Groß-Stettin wurden die Bedingungen bei der Urwahl mit knapper Mehrheit abgelehnt, während sich bei den Mitgliederversammlungen eine Mehrheit für die Bedingungen ergab[107].

Solche Erfolge der Gegner der Aufnahmebedingungen blieben jedoch relativ selten. Umgekehrt vermochten sich deren Anhänger bei den Urwahlen dort, wo sie in den Mitgliederversammlungen unterlegen waren, ebensowenig durchzusetzen. Dies deutet daraufhin, daß beiderseits die Fronten erstarrt waren. Die Urwahlen bestätigen die Ergebnisse der Mitgliederversammlungen im allgemeinen. Obwohl die Mandatsverteilung in den eher zur Ablehnung tendierenden Bezirken gemäß den Weisungen des Zentralkommitees erfolgte[108], war eine Mehrheit für die Bedingungen auf dem Parteitag vorauszusehen, da die Delegierten mit gebundenem Mandat gewählt wurden. Das bedeutete die endgültige Spaltung der USPD, die auf Bezirksebene in einer Reihe von Fällen bereits in vollem Gange war[109].

Die Frage, warum die Mehrheit der Urwähler für die Bedingungen stimmte, erscheint umso interessanter, als sich der größte Teil des Parteiapparats auf nationaler und mit wenigen Ausnahmen auch auf lokaler Ebene in den Händen ihrer Gegner befand. Die Kritiker der Aufnahmebedingungen beherrschten nicht nur das Zentralkomitee, den Unabhängigen Zeitungsdienst und die Reichstagsfraktion, sondern auch die meisten örtlichen Funktionärsgruppen, Parteiblätter sowie Land-

---

104 Freiheit, Nr. 417 vom 4. 10. 1920. Die Angabe der Freiheit, Nr. 418 vom 5. 10. 1920, daß die Beteiligung an der Urwahl zwischen 45–50 % gelegen habe, ist übertrieben.

105 Ebd., Nr. 413, 417–419, 422 vom 1., 4.–5. und 7. 10. 1920.

106 Die Urwahlergebnisse in Groß-Dresden waren 1463 Für- und 1232 Gegenstimmen, in Frankfurt am Main 1136 zu 1055, in Groß-Kiel 1209 zu 1019 und Mannheim 1325 zu 1019 Stimmen, d. h. ungünstiger als bei den Mitgliederversammlungen.

107 In Elberfeld-Barmen stimmten 1783 Mitglieder gegen und 1603 für die Annahme, in Groß-Stettin 689 gegen und 610 für.

108 S. Konrad Ludwig, Zum Parteitag, in: Freiheit, Nr. 386 vom 16. 9. 1920. Diesem Bericht zufolge entsandte der Bezirk Leipzig 20 % aller Delegierten.

109 Z. B. in den Bezirken Hamburg, Niederrhein und Württemberg.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tags- und Stadtverordnetenfraktionen[110]. Dennoch war es dem Parteiapparat aufgrund der dezentralisierten Struktur der USPD, die paradoxerweise gerade durch die Annahme der „21 Bedingungen" beseitigt werden sollte, nicht möglich, sich angesichts der in der Partei vorhandenen breiten Sympathien für die Komintern und für Sowjetrußland durchzusetzen. Schon auf dem zehn Monate zurückliegenden letzten Parteitag, hatte sich eine Mehrheit für den sofortigen Anschluß an die III. Internationale ausgesprochen[111]. Doch war es der Parteileitung in letzter Minute gelungen, einen vorläufigen Kompromiß zu erreichen. In der Folgezeit zerbrach dieser Kompromiß teils wegen des Widerstandes des EKKI, teils wegen der Unentschlossenheit der USPD-Führung. Die Anziehungskraft der russischen Oktoberrevolution, – die übrigens in den die heroischen Taten der russischen Brüder lobenden Reden, Resolutionen bzw. Pflichtübungen der Gegner Moskaus stärker hervortritt als in der Rhetorik der Anhänger Moskaus[112] –, spielte hierbei eine maßgebliche Rolle, und es ist bezeichnend, daß noch nach der Niederlage der Roten Armee vor Warschau die Welle der Solidaritätserklärungen nicht abflaute[113].

Die Begeisterung zahlreicher Unabhängiger Sozialdemokraten für die russische Revolution und der Wunsch, die Weltrevolution voranzutreiben, hat zweifellos einen entscheidenden Einfluß auf die Parteispaltung gehabt. Strittig ist die Rolle, welche die Bolschewiki und die deutschen Kommunisten bei der Auseinandersetzung innerhalb der USPD gespielt haben. Begreiflicherweise versuchten die deutschen und russischen Mitglieder der Komintern den Befürwortern der Bedingungen Schützenhilfe zu leisten, aber mit welchem Erfolg dies geschah, ist eine andere Frage. Wenn neuerdings behauptet worden ist, daß Lenin, Radek und Sinowjew direkten Anteil daran gehabt haben, daß eine Mehrheit für die Annahme der Aufnahmebedingungen zustande kam, so spricht doch eine Reihe von Gründen dagegen[114]. Die Rolle Sinowjews blieb auf seine „große Rede" auf dem Parteitag in Halle beschränkt, doch war zu diesem Zeitpunkt die Entscheidung bereits gefallen[115]. Radek dürfte früher in Deutschland eingetroffen sein;

[110] 15 der 20 USPD-Landtagsabgeordneten in Bayern lehnten die Bedingungen ab, 20 von 23 in Braunschweig, 17 von 28 in Preußen, alle 15 in Sachsen und 11 von 15 in Thüringen. In Berlin waren es 65 von 76 Stadtverordneten. In Essen, einer Hochburg der Bewegung für den Anschluß, lehnten 7 der 9 USPD-Stadtverordneten ab.

[111] S. die Anm. des Verf. in: The Independent Social Democratic Party, a. a. O., S. 469 ff.

[112] Beispiele dafür in der „Freiheit" Ende September und Anfang Oktober, vgl. die Resolution der Gegner im Parteitagsprotokoll in Halle, a. a. O., S. 70.

[113] Vgl. Sepp Oerter, Das Ergebnis von Moskau, in: Freiheit (Braunschweig), Nr. 100 vom 1. 9. 1920, für seine politische Auswertung des polnischen Krieges.

[114] Vgl. Lazitch und Drachkovitch, a. a. O., S. 425, und Reisberg, a. a. O., S. 416.

[115] Lazitch und Drachkovitch, Reisberg und Morrill, a. a. O., S. 208, heben Sinowjews Auftreten in Halle übermäßig hervor und stützen sich dabei auf Prager, a. a. O., S. 224. Dagegen steht Pragers Vermutung, daß aufgrund der Rede Sinowjews höchstens zwei bis drei Delegierte ins Lager der Befürworter abschwenkten. Allerdings gibt es auch den umgekehrten Fall. Insgesamt haben nachweisbar nur drei Delegierte ihre Position auf dem Parteitag geändert und zwar ein Gegner (Steinhauer), ein Befürworter (Dornbluth) und ein Vermittler (Kreutzburg); jedoch scheint der Druck von zuhause und nicht die Rede Sinowjews ausschlaggebend gewesen zu sein. Sinowjews Äußerung (a. a. O., S. 11), daß die Mehrheit

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er begnügte sich damit, eine Broschüre abzufassen, die bei Eröffnung des Parteitages herauskam[116]. Lenins Intervention ging nicht über eine indirekte Antwort auf Dittmanns Enthüllung und einen an die deutschen und französischen Arbeiter gerichteten Brief von Ende September hinaus, der offen zur Spaltung aufrief und kaum sehr geeignet war, Gegner zu bekehren[117]. Der unmittelbare Einfluß von führenden Persönlichkeiten der Komintern muß daher als minimal bewertet werden. Hingegen ist der Einfluß der KPD, die eine sehr aktive Rolle am Rande der Auseinandersetzungen spielte, schwer abzuschätzen[118].

Die deutschen Kommunisten hätten den Befürwortern der Bedingungen durchaus organisatorische Hilfe leisten können, und dies wäre angesichts der Tatsache, daß der größte Teil des USPD-Apparates in den Händen der Gegner lag, nicht unwichtig gewesen. Doch kam es offenbar zu keiner Aktionsgemeinschaft zwischen linkem USPD-Flügel und KPD, obwohl nach dem Moskauer Kongreß Erwägungen in dieser Richtung angestellt wurden. Ob es sonst organisatorische Hilfestellungen gegeben hat, ist gleichfalls unklar[119]. Vermutlich haben die Befürworter der Aufnahmebedingungen solche Möglichkeiten nur begrenzt und sehr vorsichtig ausgenutzt, weil die KPD bei vielen „linken" und „rechten" USPD-Anhängern wenig Ansehen besaß und eine vorzeitige Verschmelzung mit der KPD, ähnlich wie die „21 Bedingungen" selbst, überwiegend abstoßend gewirkt haben würde[120]. Daß die Aufnahmebedingungen für die Anhänger Moskaus eine schwere

---

der Befürworter auf dem Parteitag während der Verhandlungen auf über dreißig Mandate anstieg, ist irreführend, denn es gab ursprünglich über dreißig umstrittene Mandate, die fast ausschließlich Befürworter der Bedingungen betrafen und größtenteils anerkannt wurden.

116 Sie bildete die Antwort auf Crispien, Dittmann und Hilferding und war von der Komintern mit einer Auflage von 8000 Exemplaren herausgegeben. Nach Warren Lerner, Karl Radek, Stanford 1970, S. 107, soll Radek schon in Berlin eingetroffen sein, als Sinowjew noch in Halle war. Vgl. Kommunistische Rundschau vom 31. 12. 1920, S. 38.

117 Die Freiheit veröffentlichte den ersten Aufruf am 16. 9. 1920 (Nr. 387), den zweiten am 28. 9. (Nr. 406). Die letzte Ausgabe der Freiheit enthält ein Telegramm des EKKI, das zwei Tage später in der Roten Fahne erschien. Außerdem richtete das EKKI einen offenen Brief an den Parteitag, die Rote Fahne, Nr. 205–206 vom 12.–13. 10. 1920.

118 Vgl. Geschichte der Deutschen Arbeiter-Bewegung, Bd. III, Berlin (Ost) 1966, S. 303. Paul Levi sprach dem zufolge auf öffentlichen Versammlungen in u. a. Berlin, Bremen, Breslau, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg; und Clara Zetkin schrieb einige Artikel (Der Weg nach Moskau) in: Die Rote Fahne, Nr. 199–200 vom 3. und 5. 10. 1920, die offenbar für USPD-Mitglieder bestimmt waren.

119 Prager, a. a. O., S. 222 f., vertrat die Meinung, daß die Zusammenarbeit zwischen KPD und „dem sogenannten linken Flügel" ziemlich rege war, aber die einzigen Beispiele, die er aufführt, beziehen sich auf einen Aufruf in der Roten Fahne. In Hamburg dagegen haben Gegner der Bedingungen einen Aufruf als Anzeige im Hamburger Echo (SPD) veröffentlicht. Bezeichnend ist das Rundschreiben der KPD-Zentrale Nr. 20 vom 5. 10. 1920, wonach die „politische Linie zwischen uns und der linken USP ... heute noch keineswegs eine gemeinsame" sei (Nachlaß Levi P 129/8).

120 Die KPD hatte ihr anarchistisch-sektiererisches „Image" keineswegs verloren; ihre schwankende Haltung während des Kapp-Putsches und ihre Wahlkampftaktik gegenüber der USPD hoben nicht gerade ihr Ansehen.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Belastung darstellten, geht aus der hohen Zahl der früheren Anhänger der III. Internationale unter den Gegnern der „21 Bedingungen" und aus der Tatsache hervor, daß eine beträchtliche Minderheit gegen den Anschluß stimmte[121]. Auffallend war z. B., daß zahlreiche Parteitagsdelegierte aus dem als radikale Hochburg bekannten Bezirk Halle, der im Dezember geschlossen für den Anschluß an die Komintern eingetreten war, die „21 Bedingungen" ablehnten. Dies zeigt nicht weniger eindrücklich der Ausgang der Urwahl im gemäßigten Groß-Leipzig, dem einzigen Verein, in dem eine ähnliche Urwahl schon vor dem letzten Parteikongreß stattgefunden hatte. Hier stieg der Anteil der Gegner der Bedingungen von 53,4 % auf 60,2 % der Stimmen. Hatten im Jahr zuvor mindestens die größten Ortsvereine die III. Internationale unterstützt, so lehnten nunmehr auch sie die Bedingungen ab[122]. Die negative Auswirkung der „21 Bedingungen" auf viele Unabhängige Sozialdemokraten ist denn auch nicht zu übersehen. Doch scheint die Unzufriedenheit über die Beschlüsse des II. Kongresses der Komintern durch eine noch größere Unzufriedenheit mit der momentanen Lage in Deutschland und die Hoffnung, in Moskau eine Lösung zu finden, überdeckt worden zu sein. Die starke Unterstützung der Aufnahmebedingungen in den Bezirken Niederrhein und Westliches Westfalen dürfte nicht zuletzt auf die scharfen innenpolitischen Konflikte in Anschluß an den Kapp-Putsch zurückzuführen sein[123].

Darüber hinaus spielten andere Faktoren eine Rolle. Es deutet alles daraufhin, daß namentlich jüngere Parteimitglieder der von der Komintern vorgeschlagenen Marschroute zu folgen bereit waren. Dies geht aus den Beobachtungen zeitgenössischer Zeugen[124], aber auch daraus hervor, daß die Delegierten des Parteitags in Halle, die für die Bedingungen stimmten, mit durchschnittlich 35,8 Jahren nicht unerheblich jünger waren als die Gegner der Bedingungen, deren Altersdurchschnitt 42,1 Jahre betrug[125]. Überdies läßt sich sagen, daß manche Väter Kritiker, die Söhne Befürworter der Bedingungen waren. Frauen übrigens schienen für die Parolen Moskaus weniger anfällig zu sein. Jedenfalls neigten die weiblichen Delegierten auf Bezirks-, Landes- und Reichsparteitagen stärker zu einer Ablehnung der „21 Bedingungen"[126]. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang

---

[121] Neben den schon erwähnten ehemaligen Anhängern Moskaus gehörten auch Paul Buhle, Konrad Ludwig, Anna Nemitz, Karl Recknagel, Kurt Rosenfeld, Fritz Thurm und Fritz Wentscheck zu dieser Gruppe.

[122] Vgl. Sozialdemokratischer Verein der USP-Groß-Leipzig, Halbjahresbericht des Vorstandes und Sekretariats, Oktober 1920, Leipzig 1920 S. 4 f. und 14 f.

[123] Allerdings gab es in diesen Bezirken regionale Unterschiede. Die „21 Bedingungen" wurden im Ruhr-Gebiet und Bergischen Land am stärksten, im Düsseldorfer Raum und in den Bezirken Hagen und Wuppertal am geringsten unterstützt.

[124] Dittmann Erinnerungen, a. a. O., S. 1174, und Toni Sender, Autobiography of a German Rebel, New York 1939, S. 168 und 175.

[125] Vgl. den Aufsatz des Verf.: German Labor and the Comintern, A Question of Generations?, in: Journal of Social History, Jg. 7, H. 3, S. 304–321.

[126] Z. B. auf dem Landesparteitag Sachsen, dem Bezirksparteitag Niederrhein und dem Nationalparteitag in Halle.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Urwahlergebnis in Elberfeld-Barmen, wo es getrennte Listen für Genossen und Genossinnen gab. Hier stimmten 6 % mehr Frauen als Männer gegen die Annahme der Bedingungen[127].

Elberfeld-Barmen war der einzige niederrheinische Unterbezirk, in dem die „21 Bedingungen" bei den Urwahlen abgelehnt wurden. Es handelte sich um ein altes Textilzentrum ähnlich dem Hofer Dreieck, wo die Bedingungen ebenfalls keine Mehrheit fanden[128]. Kennzeichnend für die Textilindustrie, sowie den Textil-Arbeiterverband erscheint, daß die weiblichen Arbeitskräfte zahlenmäßig überwogen und daß die Arbeiterschaft trotz – oder möglicherweise wegen – niedriger Löhne und höherer Arbeitslosigkeit relativ gemäßigt eingestellt war. Hingegen schnitt der Moskauflügel in Bergbauregionen, wie im Ruhrgebiet und dem Mansfelder-Braunkohlenrevier, sowie in den Zentren der chemischen Industrie, etwa in Halle-Merseburg, Bitterfeld und Höchst, besonders gut ab[129]. Bei der Metallarbeiterschaft, bei der die USPD angeblich einen besonders starken Rückhalt hatte, liegen die Dinge wesentlich komplizierter. In Hagen und Düsseldorf, wo die Metallgewinnung und der Maschinenbau im Vordergrund standen, ergab sich bei den Urwahlen fast eine Stimmengleichheit; im benachbarten Remscheid und Solingen dagegen, wo die Herstellung von Metallwaren dominierte, war eine klare Mehrheit für die Annahme der Bedingungen festzustellen. Für eine eingehendere Analyse fehlen jedoch die notwendigen detaillierten Vorarbeiten.

Der Redakteur des „Vorwärts", Friedrich Stampfer, hat damals den Ausgang der Urwahlen mit der geringen Wahlbeteiligung zu erklären versucht und hervorgehoben, daß auch in den Arbeiterorganisationen „meist nur Minderheiten aktiv sind und daß diese Aktiven radikal sind, während die zufriedenen Beitragszahlenden passiv bleiben". Stampfer deutet damit an, daß wenn die Mehrheit der USPD-Mitglieder an den Wahlen teilgenommen hätte, die „21 Bedingungen" abgelehnt worden wären[130]. Stampfers Hypothese läßt aber zunächst den Tatbestand unberücksichtigt, daß die Funktionäre, die die aktivste Minderheit innerhalb der USPD darstellten, ausgesprochene Gegner der Aufnahmebedingungen waren. Ferner wäre gegen Stampfer einzuwenden, daß auch bei einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung die „21 Bedingungen" weder eine klar positive noch eine eindeutig negative Mehrheit gefunden haben würden. Die größte Wahlbeteiligung auf Bezirksebene (40 % und mehr) war in Teltow-Beeskow, Halle, Berlin-Stadt, Potsdam IV, Hessen-Waldeck sowie Württemberg zu verzeichnen, und in diesen Bezirken ergab sich eine Mehrheit für die Annahme der Bedingungen.

---

[127] Volkstribüne, Nr. 218 vom 5. 10. 1920; 57,4 % der Urwählerinnen stimmten gegen die Bedingungen, aber nur 51,3 % der Urwähler.

[128] Das Gesamtergebnis für den Bezirk Plauen (Vogtland) und die Unterbezirke Gera (Ostthüringen) und Hof (Oberfranken) betrug 4406 Stimmen für und 10 306 Stimmen gegen die Annahme der Bedingungen.

[129] Auffallend ist, daß die „21 Bedingungen" die stärkste Unterstützung im Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz in Weißenfels, einem Bergbaugebiet, fanden. Im Unterbezirk Höchst stimmten 683 Mitglieder für und 460 gegen die Annahme.

[130] Friedrich Stampfer, a. a. O., S. 213.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf der Unterbezirksebene war die Wahlbeteiligung am stärksten in Naumburg-Weissenfels-Zeitz (ca. 53 %); hier wurden die Bedingungen abgelehnt. Die durchschnittliche Urwahlbeteiligung von etwa 25 % der Mitgliedschaft lag, bezogen auf die deutsche Arbeiterbewegung, eher relativ hoch. Sie wäre noch höher gewesen, hätte die Parteiführung die Urwahlen rechtzeitig angeordnet[131]. Nur in den am besten organisierten Vereinen konnten in der knappen verfügbaren Zeitspanne die technischen Schwierigkeiten ausgeräumt werden; es war überdies nicht ungewöhnlich, daß die Urwahlen am Werktag durchgeführt werden mußten. Aber auch wenn man alle diese Umstände berücksichtigt, reichen sie doch nicht aus zu erklären, warum – als es nach einer Formulierung Stampfers „um Leben und Sterben der Partei" ging – die meisten Unabhängigen Sozialdemokraten der Wahlurne fernblieben.

Einer der Gründe für die niedrige Urwahlbeteiligung dürfte denn auch eine gewisse Indifferenz gewesen sein. Manche Parteigenossen waren zu sehr mit Alltagsproblemen beschäftigt, um sich für diese internationale Frage zu interessieren. Andere unterschätzten das Gewicht ihrer Stimme, zumal dort, wo Funktionäre und die Aktivmitgliedschaft gleicher Meinung waren. Da in diesem Fall der Ausgang der Urwahl festzustehen schien, wählte man einfach nicht. Nicht wenige USPD-Mitglieder waren schließlich der vielfach persönlich geführten, polemischen Auseinandersetzungen oder, wie ein Zeitgenosse es ausdrückte, „des Bruderkriegs" überdrüssig und wollten deshalb mit dieser Angelegenheit nichts zu tun haben[132].

Als der dritte USPD-Parteitag im Oktober 1920 in Halle zusammentrat, stand das Urwahlergebnis fest. Formell sollten die gewählten Delegierten und andere Teilnehmer über die Beschlüsse des II. Kongresses der Komintern beraten, und mehrere Tage lang kam es zu lebhaften rhetorischen Auseinandersetzungen[133]. Aber in Wirklichkeit redete man aus dem Fenster hinaus zur deutschen und internationalen Arbeiterschaft, denn die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der „21 Bedingungen" war bereits gefallen. Am Tage vor der Eröffnung des Parteitages stellte die USPD-Parteileitung auf ihrer letzten Sitzung fest, daß die Befürworter der Aufnahmebedingungen über eine absolute Mehrheit der Mandate verfügten[134].

Keiner hatte Illusionen über deren Bedeutung. Zweimal war das Stück innerhalb der letzten zehn Tage über die Bezirksbühne gegangen. Auf dem Bezirkskongreß der württembergischen USPD in Stuttgart verließen die Gegner der Bedingungen, eine kleine Minderheit, während einer Geschäftsordnungsdebatte das Ta-

---

131 S. o. Anm. 102, und Alfred Henke, Was lehrt uns die Urwahl zum Parteitag?, in: Bremer Arbeiter-Zeitung Nr. 232 vom 8. 10. 1920.

132 Reisberg, a. a. O., S. 415 f., schreibt von einem „bisher an Schärfe nicht dagewesenen erbittertem Ringen" und einem „mit beispielloser Erbitterung geführten Kampf"; vgl. Prager, a. a. O., S. 222 ff. Kritik an der Personalisierung des Konflikts in: Die Freiheit, Nr. 358 vom 31. 8. 1920 und der Volks-Zeitung (Langensalza), Nr. 205 vom 7. 9. 1920.

133 Z. B. zwischen Sinowjew und Hilferding. Weitere Redner waren Kabaktschieff, Longuet, Lossowsky und Martow.

134 Freiheit, Nr. 430 vom 12. 10. 1920; vgl. Sinowjew, a. a. O., S. 7.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gungslokal[135]. Auf dem Bezirkskongreß der USPD-Niederrhein in Düsseldorf warteten die Gegner ab, bis die Kongreßmehrheit die Annahme der Bedingungen beschloß und erklärten daraufhin unter dem Vorwand, diese Entscheidung verstoße gegen die Parteistatuten, die Mehrheit für ausgeschlossen[136]. Unter diesen Umständen war es von Anfang an klar, daß die Minderheit in Halle die Tagung vorzeitig verlassen würde. Der Austritt der Minderheit erfolgte erst am 17. Oktober, als der Bericht der Mandatsprüfungskommission endlich vorlag[137]. Sofort nachdem das Resultat der namentlichen Abstimmung über die Annahme der „21 Bedingungen" bekanntgegeben worden war – 236 Ja- und 156 Nein-Stimmen –, wiederholte die Minderheit die Düsseldorfer Taktik; sie verließ den Saal und tagte am nächsten Tag unter sich in einem anderen Lokal weiter[138]. Die Spaltung war vollzogen; es gab nun zwei Unabhängige Sozialdemokratische Parteien. Am 4. Dezember 1920 jedoch vereinigten sich die USPD (Linken) – wie sich die Befürworter nach der Spaltung nannten – mit der KPD (Spartakusbund) zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD)[139].

Bis zur Gründung der VKPD aber gab es noch weitere Kämpfe zwischen den beiden USPD-Flügeln über den Besitz der alten Partei, hauptsächlich über Presse und Kassen und den Einfluß auf die schweigende Mehrheit. Da die Gegner der Bedingungen von vornherein den größten Teil des Organisationsapparates in ihren Händen hatten, war vorauszusehen, daß der größere Teil der Presse und der Kasse bei ihnen verbleiben würde, was auch der Fall war[140]. Eine andere Frage war, welche Haltung die Mitgliedermehrheit einnehmen würde. Der Vorsitzende des EKKI Sinowjew glaubte nach seinen „Zwölf Tagen in Deutschland", daß die große Mehrheit der „einfachen Arbeiter" zur linken USPD gehen werde, und er erwartete eine neue Partei von 500 000 – 600 000 Mitgliedern[141]. Doch Sinowjews Prognose war ebenso verfehlt wie Stampfers Hypothese hinsichtlich der zufriedenen Beitragszahler. In Wirklichkeit war ein großer Teil der Unabhängigen Sozialdemokraten mit der entstandenen Lage unzufrieden. Mindestens jedes siebente Mitglied, d. h. ca. 125 000 alte Mitglieder, entschieden sich weder für die Linke noch für die Rest-USPD. Ein kleiner Teil von ihnen wird zur SPD übergetreten sein[142]; die meisten aber dürften sich aus der politischen Arbeiterbewegung zurück-

---

135 Der Sozialdemokrat, Nr. 230–233 vom 2.–6. 10. 1920.

136 Volkszeitung (Düsseldorf), Nr. 214 vom 11. 10. 1920.

137 Parteitagsprotokoll Halle, a. a. O., S. 237 ff.

138 Vom Parteitag in Halle wurden zwei Protokolle veröffentlicht. Das eine beginnt mit einem Manifest der Gegner, das andere führt zuerst den „Offenen Brief" des EKKI an. Das Minderheitsprotokoll gibt das Abstimmungsergebnis mit 236 : 156 an, das Mehrheitsprotokoll irrtümlich mit 237 : 156.

139 Protokoll des Vereinigungsparteitages der VKPD, a. a. O.

140 S. z. B. den Bericht Walter Stoeckers, ebd., S. 322 ff.

141 Vgl. Sinowjew, Zwölf Tage in Deutschland, S. 86 und 88. Anscheinend war Sinowjew in der russischen Ausgabe seiner Broschüre noch optimistischer, wo er eine „workers' party that will wind up with seven to eight hundred thousand members" prognostizierte. (Lazitch und Drachkovitch, a. a. O., S. 432.)

142 1920 hatte die SPD 1 180 208, 1921 1 221 059 Mitglieder.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gezogen haben. Die Mehrheit der verbleibenden alten Unabhängigen Sozialdemokraten, etwa 428 000 Mitglieder, entschied sich für die Linke in der Partei, eine beträchtliche Minderheit, etwa 340 000 Mitglieder, verharrte bei der Rest-USPD. Dies entspricht weitgehend dem Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern der „21 Bedingungen" bei den Urwahlen. Allerdings konnten die „Linken" in einigen Bezirken wie Thüringen und Pommern ihren knappen Sieg bei den Urwahlen nicht behaupten. Außerdem haben Reste von linksstehenden Unabhängigen die Vereinigung mit der KPD offensichtlich nicht mitvollzogen; denn am 1. Januar 1921 zählte die VKPD ungefähr 55 000 Mitglieder, d. h. ca. 10 % weniger, als USPD (Linke) und KPD zusammen hätten haben müssen. Wenn man diese verlorenen Mitglieder zu den schon ausgeschiedenen alten Unabhängigen Sozialdemokraten hinzurechnet, so ergibt sich ein Gesamtverlust für die revolutionäre Arbeiterbewegung von nicht weniger als 180 000 Mitgliedern oder ca. 20 %. Besonders stark waren, wie Tabelle 2 zeigt, die Bezirke Berlin-Brandenburg, Magdeburg, Mittel-Rheinland, Ost-Preußen, Schleswig-Holstein und Schlesien davon betroffen.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 2

Vergleich der kommunistischen und unabhängigen sozialdemokratischen Mitgliederbewegung vor und nach dem Parteitag in Halle[143]

Bezirk	USPD (Okt '20)	KPD (Nov '20)	VKPD (Jan '21)	USPD (Apr '21)
Baden	?	4,100	12,000	4,000
Bayern	42,058	3,500	24,600	19,631
Berlin-Brandenburg		3,400	52,000	50,000
Berlin Stadt	71,000			
Teltow-Beeskow	32,000			
Potsdam IV	37,824			
Frankfurt/Oder	?			
Braunschweig	20,000	1,665	13,000	12,139
Hannover	9,000			1,500
Bremen	20,171	4,595	7,000	14,500
Oldenburg-Ostfriesland	5,210			
Frankfurt/Main	30,000	4,991	14,000	15,000
Hessen-Waldeck	3,000		3,000	1,000
Halle	81,900	800	67,000	15,000
Magdeburg	26,476		8,000	8,696
Hamburg	42,000	2,250	40,000	1,400
Schleswig-Holstein	20,063			7,790
Mecklenburg	6,000	1,100	8,000	400
Pommern	19,180	1,350	8,500	10,099
Ost-Preußen	40,000	3,800	12,000	10,000
West-Preußen	4,695			
Mittelrhein	15,000	3,500	12,000	593
Niederrhein	86,599	9,200	55,000	25,000
Westliches Westfalen	45,000		25,000	20,000
Östliches Westfalen	3,000	300	2,000	1,500
Sachsen				
(Ober)lausitz	?	900	2,400	2,253
Dresden	15,231	1,000	8,000	13,377
Leipzig	70,848	4,864	14,000	52,909
Chemnitz	2,869	17,500	16,200	2,133
Vogtland	11,000			8,602
Schlesien	15,000	1,850	8,000	2,500
Oberschlesien	?	2,000	3,000	624
Thüringen	60,000	1,850	25,000	35,911
Württemberg	16,526	4,200	18,000	3,500
Danzig	?	–	1,600	–
Insgesamt	893,923	78,715	448,500	340,057

[143] S. oben Anm. 103; vgl. Bericht über den 5. Parteitag der KPD vom 1.–3. Nov. 1920, Berlin 1921, S. 5; ferner: Bericht über den Stand der Parteiorganisation und der Parteipresse Anfang Januar 1921, in Nachlaß Levi P 99/2. Nach dem Bericht über den KPD-Parteitag 1921 in Jena, S. 13 f., war die Schätzung von 450 000 VKPD-Mitgliedern Anfang 1920 zu hoch. Jedoch war die KPD zu diesem Zeitpunkt (August 1921) bemüht, ihre Mitgliederverluste nach der Märzaktion (s. Anhang) zu mindern. Vgl. weiter Rundschreiben des ZK der

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Auswirkung der Spaltung blieb keineswegs auf die Mitglieder der radikalen Arbeiterparteien beschränkt. Auch in ihrem Wähleranhang war sie unverkennbar[144]. Im Winter 1920/21 und 1921/22 fanden in fast allen größeren Ländern, mit Ausnahme von Bayern und Württemberg, Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen statt. Deren Ergebnisse bestätigen zum guten Teil die regionalen Tendenzen, die bei den Urwahlen (Tabelle 1) und später bei der Mitgliederbewegung (Tabelle 2) zu beobachten waren. Wie Tabelle 3 zeigt, schnitten in Bremen und Braunschweig die Gegner der Bedingungen, in Hamburg und Halle (P/Merseburg) die Befürworter am besten ab. Diesem Befund widersprachen die Wahlresultate etwa in den Groß-Berliner Bezirken Berlin-Stadt (P/Berlin), Potsdam IV-Niederbarnim (P/Potsdam I) und Teltow-Beeskow-Charlottenburg (P/Potsdam II), hier haben sich bei den Urwahlen, – wenn auch manchmal nur knappe – Mehrheiten für die Bedingungen ergeben; bei den preußischen Landtagswahlen, kaum fünf Monate später, war die Rest-USPD der VKPD in allen diesen Bezirken deutlich überlegen. Umgekehrte Fälle sind nicht nachzuweisen. Im allgemeinen haben also die Gegner der „21 Bedingungen" die alten USPD-Wähler eher zu halten vermocht als die alten USPD-Mitglieder. Insgesamt gewann die Rest-USPD in diesen Wahlen 1 642 707, die VKPD 1 623 186 Stimmen[145]. So war offenbar die ehemalige USPD-Wählerschaft, neben den Funktionären, am wenigsten von den Aufnahmebedingungen der kommunistischen Internationale beeindruckt[146].

Bei den Landtags- und Bürgerschaftswahlen wie bei der Mitgliederbewegung fällt auf, daß nach der Spaltung der USPD viele ihrer Anhänger einfach verloren gingen. Wie Tabelle 3 verdeutlicht, mußten die links von der SPD stehenden Arbeiterparteien einen erheblichen Verlust hinnehmen. Zwischen 20 und 30 % der ehemaligen USPD-Wähler dürften der *revolutionären* Arbeiterbewegung ihre Stimme nicht wieder gegeben haben.

USPD vom April 1921, Hamburger Echo, Nr. 270 vom 13. 6. 1922, und Hamburger Tribüne, Nr. 137 vom 5. 6. 1922, anstelle der für Leipzig in diesem Rundschreiben enthaltenen Schätzung, habe ich die Angaben der Bezirksleitung benutzt. Die Schätzung für das östliche Westfalen mit ca. 15 000 liegt offenbar in der Zehnerpotenz zu hoch. Von den ca. 14 500 USPD-Mitgliedern in Bremen-Oldenburg, stammten 7442 aus Bremen-Stadt und von den ca. 25 000 des Niederrheins waren allein 12 969 aus Düsseldorf.

144 Vgl. Otto Schrag, Die Homogenität der Parteizusammenstellungen im Reich und in den Ländern, Bruchsal 1933, und Handbuch für den Preußischen Landtag, Berlin 1921, S. 512.

145 Ebenda. Die Stimmen der USPD-Linken sowie der KPD bei der Sächsischen Landtagswahl sind der VKPD zugerechnet.

146 Inwieweit die Tatsache, daß der größte Teil des alten Parteiapparats in den Händen der Rest-USPD lag, diese Resultate beeinflußt hat, muß offen bleiben. Die USPD war zwar in Groß-Berlin organisatorisch gesehen, annähernd so stark wie die KPD, befand sich aber wegen ihres überproportionierten Parteiapparats in einer finanziell schwierigen Situation.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 3

Parteien der Arbeiterbewegung bei den Wahlen 1918/19–1921/22
Prozentualer Vergleich ihrer Stimmenanteile[147]

Land	I %	II %	III %	IV %	
Sachsen	19. I. 19	6. VI. 20	14. XI. 20 (LT)	III–II	
KPD	–	4,4	5,7	+ 1,3	— 7,3
USP	14,1	25,3	2,9 (Linke) 13,8 (Rest)	— 8,6	
SPD	46,0	24,2	28,3	+ 4,1	
Preußen	26. I. 19 (LV)	6. VI. 20	20. II. 21 (LT)		
KPD	–	1,2	7,4	+ 6,2	— 6,9
USP	7,4	19,7	6,6	—13,1	
SPD	36,3	21,4	26,5	+ 5,1	
P/Berlin					
KPD	–	1,3	11,6	+10,3	—12,1
USP	27,6	42,7	20,3	—22,4	
SPD	36,4	17,5	22,7	+ 5,2	
P/Potsdam I					
KPD	–	1,3	8,3	+ 7,0	—10,8
USP	14,9	30,2	12,4	—17,8	
SPD	41,9	20,6	27,3	+ 6,7	
P/Potsdam II					
KPD	–	1,3	7,3	+ 6,0	—10,4
USP	15,5	29,7	13,3	—16,4	
SPD	35,8	17,4	21,6	+ 4,2	
P/Merseburg					
KPD	–	1,6	29,8	+28,2	— 5,7
USP	44,1	45,2	11,3	—33,9	
SPD	16,3	8,8	10,6	+ 1,8	
P/Westfalen-Süd					
KPD	–	1,5	9,5	+ 8,0	— 4,4
USP	5,1	19,7	7,3	—12,4	
SPD	41,3	20,8	25,0	+ 4,2	
P/Düsseldorf-Ost					
KPD	–	1,2	16,6	+15,4	— 8,2
USP	18,7	32,8	9,2	—23,6	
SPD	27,7	10,0	14,5	+ 4,5	
P/Düsseldorf-West					
KPD	–	5,1	10,0	+ 4,9	— 5,1
USP	,8	13,8	3,8	—10,0	
SPD	26,9	13,5	14,3	+ 0,8	

[147] Länder bzw. in Preußen Wahlkreise, sind nur aufgeführt, wenn die USPD mindestens 10 % der Stimmen bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 (Spalte II) bekommen hat und wo eine Landtagswahl (LT), bzw. Bürgerschaftswahl (BS) zwischen der Spaltung der USPD und der Vereinigung der Rest-USPD mit der SPD stattfand. In Spalte I sind, soweit nicht anders vermerkt, die Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 angegeben. Die Abkürzung LV bedeutet Landesversammlung, VK Volkskammer und P Preußische Wahlkreise.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Land	I %	II %	III %	IV %	
P/Pommern					
KPD	–	1,2	3,3	+ 2,1	— 9,9
USP	1,9	16,7	4,7	—12,0	
SPD	41,0	20,7	29,4	+ 8,7	
P/Hessen-Nassau					
KPD	–	1,5	4,2	+ 2,7	— 5,4
USP	3,5	12,3	4,2	— 8,1	
SPD	40,2	27,3	31,7	+ 4,4	
Bremen	19. I. 19	6. VI. 20	20. II. 21 (BS)		
KPD	–	4,4	6,2	+ 1,8	—10,0
USP	18,2	31,5	19,7	—11,8	
SPD	42,2	17,8	22,2	+ 4,4	
Hamburg	19. I. 19	6. VI. 20	20. II. 21 (BS)		
KPD	–	,5	11,0	+10,5	— 3,2
USP	6,7	15,1	1,4	—13,7	
SPD	51,3	38,4	40,6	+ 2,2	
Mecklenburg-Schwerin	19. I. 19	6. VI. 20	13. III. 21 (LT)		
KPD	–	,8	4,6	+ 3,8	— 6,0
USP	–	10,6	0,8	— 9,8	
SPD	47,9	35,1	41,7	+ 6,6	
Thüringen	19. I. 19	6. VI. 20	11. IX. 21 (LT)*		
KPD	–	1,9	10,9	+ 9,0	— 5,2
USP	20,8	30,6	16,4	—12,2	
SPD	36,9	15,4	22,8	+ 7,4	
Baden	19. I. 19	6. VI. 20	30. X. 21 (LT)		
KPD	–	1,5	3,9	+ 2,4	— 5,5
USP	–	10,9	3,0	— 7,9	
SPD	34,8	20,1	22,7	+ 2,6	
Hessen	26. I. 19 (VK)	6. VI. 20	27. XI. 21 (LT)		
KPD	–	0,5	3,9	+ 3,4	— 5,0
USP	1,5	12,2	3,8	— 8,4	
SPD	44,5	30,3	32,6	+ 2,3	
Braunschweig	2. XII. 18 (LT)	6. VI. 20	22. I. 22 (LT)		
KPD	–	0,7	4,0	+ 3,3	— 9,6
USP	24,3	40,5	27,6	—12,9	
SPD	27,7	11,5	19,8	+ 8,3	
Reich – Insgesamt	19. I. 19	6. VI. 20	1920–1922**		
KPD	–	1,7	7,4	+ 5,7	— 5,6
USP	7,6	18,8	7,5	—11,3	
SPD	37,9	21,6	26,9	+ 5,3	

* Der Regierungsbezirk Erfurt ist nicht eingeschlossen; hier war das Ergebnis bei der Preußischen Landtagswahl am 20. 2. 21 das folgende: KPD = 11,1%, USP = 17,8%, SPD = 11,0%.

** Ergebnisse der Landtagswahlen in Lippe am 23. 1. 21 und Lübeck am 13. 11. 21 sind berücksichtigt, aber die von Schaumburg-Lippe am 23. 4. und Waldeck am 20. 5. 22 konnte ich nicht ausfindig machen. In Anhalt, Bayern, Mecklemburg-Strelitz, Oldenburg und Württemberg fanden in dieser Periode keine Landtagswahlen statt.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die *indirekten* Verluste, die durch die Spaltung verursacht waren, d. h. der potentielle Wähler- und Mitgliederanteil einer dynamischen und kraftvollen Alternative zur SPD, lassen sich schwer abschätzen. Die alte USPD hatte als revolutionäre Massenpartei eine beträchtliche Anziehungskraft gehabt, ihre beiden Nachfolgeorganisationen besaßen sie nicht im gleichen Maße. Fast zwei Jahre hindurch hat die Rest-USPD versucht, ihre Mitgliederbasis zurückzugewinnen; die Auswirkungen der Inflation zwang sie aber schließlich, diesen Kampf aufzugeben und in der SPD aufzugehen[148]. Obwohl die VKPD ihrerseits die Inflation überstand, fiel sie nach der Märzaktion von 1921 zu einer Kaderpartei ab und blieb dies bis zur Endphase der Weimarer Republik[149]. Ihre Mitgliederbasis war niemals mit der alten USPD vergleichbar, und es dauerte mehr als ein Jahrzehnt, bis sie unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise an den USPD-Stimmenanteil von 1920 heranzukommen vermochte. Die Spaltung der alten USPD bedeutete zweifellos eine entscheidende Schwächung der linken Kräfte innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung[150]. Mittelbar führte sie zu einer raschen Stärkung der SPD, also zum Gegenteil dessen, was der von der Komintern geforderte „Differenzierungsprozeß" hatte bewirken sollen. Und dieser Effekt berührte, wie sich bald herausstellen sollte, nicht nur Deutschland. Die „21 Bedingungen" haben vielmehr die Entstehung einer aktionsfähigen Internationale verhindert.

[148] Dies fand am 24. 9. 22 statt. Vgl. Fritz Bieligk, Die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in Deutschland, in: Die Organisation im Klassenkampf, Berlin 1931, S. 56. Siehe auch Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Archiv, Bern, Korrespondenz 1922 (Briefwechsel mit K. Ludwig, USPD-Kassierer). Das Rumpf-USPD-Organ in Frankfurt am Main, Volksrecht, sah sich gezwungen, das Monatsabbonnement zwischen Januar und September 1922 von 18,– DM auf 180,– DM zu erhöhen.

[149] S. Anhang. Für die Mitgliederbewegung nach 1921 vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 1, Frankfurt am Main 1969 S. 362 ff.

[150] Diese Entwicklung ist auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu beobachten. Auf dem Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1919 besaßen die Delegierten der „Opposition" noch eine klare Mehrheit. Zwei Jahre später gehörte die Mehrheit der Delegierten der SPD an.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anhang

Mitgliederbewegung der VKPD vor und nach der „März-Aktion" 1921

Bezirk	Januar 1921	Sommer 1921* (eingeschriebene/zahlende)
Berlin-Brandenburg	52,000	20,262/25,998
Lausitz	2,400	2,434/ 1,374
Pommern	8,500	4,261/ 2,596
Ost- und West-Preußen	12,000	9,000/ 2,250
Danzig	1,600	4,300/ 1,614
Schlesien	8,000	6,000/ ?
Oberschlesien	3,000	? / ?
Ost-Sachsen	8,000	3,673/ 4,459
Erzgebirge-Vogtland	16,200	17,435/23,798
West-Sachsen	14,000	14,338/13,794
Halle-Merseburg	67,000	66,000/25,251
Magdeburg-Anhalt	8,000	7,207/ 1,737
Thüringen	25,000	23,000/ ?
Niedersachsen	13,000	? / 1,050
Mecklenburg	8,000	6,100/ ?
Wasserkante	40,000	40,000/ ?
Nordwest	7,000	6,685/ 7,064
Östliches Westfalen	2,000	1,095/ 1,102
Westliches Westfalen	25,000	52,874/ 7,786
Niederrhein	55,000	
Mittelrhein	12,000	12,000/ 5,596
Hessen-Waldeck	3,000	1,579/ 911
Hessen-Frankfurt	14,000	10,981/11,521
Pfalz	4,000	2,314/ 3,308
Baden	12,000	7,398/ 6,350
Württemberg	18,000	15,000/10,754
Nord-Bayern	12,600	7,829/ 839
Süd-Bayern	8,000	? / 1,994
Insgesamt	448,765	341,765/161,146

* Leipziger Volkszeitung, Nr. 189, 15. 8. 1921, die eine lokale kommunistische Zeitung als Quelle angibt. Die 6000 für Schlesien sind dem Bericht über den KPD-Parteitag 1921 in Jena, S. 13, entnommen, da in diesem Fall keine eingeschriebenen Mitglieder in dem Bericht der Volkszeitung verzeichnet sind. Auf dem KPD-Parteitag in Jena vom 22.–26. August 1921 hat man offenbar die Höchstzahlen für jeden Bezirk, unabhängig davon, ob es sich um eingeschriebene oder zahlende Mitglieder handelte, angegeben. Die Gesamtmitgliederzahl war 359 613. Allerdings berichtete Wilhelm Pieck ein Jahr später an die Komintern, daß die KPD in der zweiten Hälfte von 1921 nur 157 168 zahlende Mitglieder hatte. Reden und Aufsätze, Bd. I, Berlin (Ost) 1950, S. 60; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Bd. II, Berlin (Ost) 1966, S. 115: 180 443 von der Parteikasse erfaßte Mitglieder am Ende des II. Quartals.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frauke Heard-Bey

DER PROZESS DER STAATSWERDUNG IN ARABISCHEN ÖLEXPORTLÄNDERN

Politischer und gesellschaftlicher Wandel in Bahrain, Qatar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman

Die wirtschaftliche Bedeutung der arabischen Kleinstaaten am Golf

Die Anrainerstaaten des Golfes, der die Arabische Halbinsel vom Iran trennt, sind heute ohne Ausnahme Ölproduzenten. Im Jahre 1973 wurden fast tausend Millionen Tonnen[1] Rohöl, 35% der Weltproduktion durch die Straße von Hormuz, den engen Eingang zum eigentlichen Persischen Golf verschifft. Die wirtschaftliche, politische und strategische Bedeutung des Golfes wuchs in den letzten Jahren in enger Relation zu der wachsenden Ölproduktion. Die internen Auswirkungen der neuen Wirtschaftsform der Region weisen eine gewisse Variationsbreite auf, die bedingt ist durch die Größe und den politischen Status des betreffenden Landes und durch die Länge des Zeitraumes, über den bisher schon Einkünfte von Ölexporten ins Land geflossen sind.

Die vorliegende Studie beschränkt sich auf eine Gruppe von Staaten innerhalb dieser ölproduzierenden Golfregion, deren neuerliche Entwicklungstendenzen sinnvoll miteinander verglichen und kontrastiert werden können aufgrund historisch bedingter Ähnlichkeit in den wesentlichen Merkmalen der Ausgangssituation ihres Wandels. Bahrain, Qatar, die Vereinigten Arabischen Emirate[2] und Oman haben das international anerkannte Siegel des voll souveränen Staates, nämlich die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, fast gleichzeitig in den Jahren 1971/72 erhalten, während Kuwait schon 1961 nach der Kündigung der britischen Verantwortlichkeit für seine außenpolitischen Angelegenheiten diesen Status erreicht hatte. Mit Bahrain, Qatar und den sieben Emiraten an der Südküste des Golfes hatte Großbritannien gleichartige Verträge, wonach die Wahrnehmung aller internationalen Beziehungen der britischen Regierung oblag, während sie sich *de jure* nicht zu irgendwelcher Einmischung in die internen Angelegenheiten dieser Staaten verpflichtet zu sehen brauchte. Die Beziehungen zwischen der britischen Regierung und dem Sultanat von Muskat und Oman[3] hingegen schlossen niemals die formelle Aufgabe seiner außenpolitischen Souveränität ein; praktisch hatte sich

[1] Angaben über Ölproduktion sind in „long tons" (1 long ton = 1,0165 metrische Tonne, 1 Million long tons pro Jahr entsprechen 20 000 Barrels pro Tag, 1 Barrel = ca. 159 Liter). Angaben über Geldbeträge werden in DM dargestellt; die oft notwendige doppelte Konversion (über Pfund Sterling oder US Dollar) und die Fluktuation der Währungen über die Jahre ergeben nur Annäherungswerte.

[2] Die sieben Mitglieder der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind Abu Dhabi, Dubai, Scharjah, Ras al-Khaimah, Fujairah, Umm al-Quawain und Ajman.

[3] Dieser Name wurde offiziell im August 1972 zu „Sultanat Oman" abgeändert.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber gerade in Oman die seit 1749 regierende Dynastie der Al Bu Sa'id kontinuierlich auf britische Unterstützung verlassen, und der indirekte britische Einfluß in Muskat war in der Mitte des 20. Jahrhunderts ebenso unübersehbar wie zwei Jahrhunderte zuvor. Für Oman war deshalb die einseitige Entscheidung der Wilson-Regierung vom Januar 1968, sich aller Verpflichtungen östlich von Suez zu entledigen, ein ebenso großer Schock wie für die neun formell protegierten Staaten. Alle sahen sich gezwungen, bis zum Ende der dreijährigen Übergangsfrist nach außen hin eine Aura der Unantastbarkeit zu verbreiten und im Innern der Verwaltungs- und Wirtschaftsstruktur genügend Stabilität zu geben, um den ungehinderten Strom der importierten Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft in geordnete Bahnen lenken zu können[3a].

Neben dieser Gemeinsamkeit in der politischen Ausgangssituation teilen alle vier Staaten – diesmal auch mit den zwei weiteren Golfanrainern Kuwait und Saudi-Arabien – dasselbe Bevölkerungsproblem: Um das rapide ansteigende Einkommen aus Ölexporten in irgendeiner Form – sei es durch staatlich gelenkte Sozial- und Wirtschaftsmaßnahmen oder durch privates Unternehmertum – im Lande zu verbrauchen, müssen ausländische Arbeitskräfte importiert werden. Die wichtigen Bevölkerungszentren dieser Staaten zeigen fast alle das Phänomen der „Überfremdung", da die einheimische Bevölkerung in einigen Fällen weniger als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung darstellt.

Gemeinsam teilen die vier Staaten auch das Hauptmerkmal ihrer Wirtschaftsstruktur mit den Nachbarn im Golf: Öl ist entweder die einzige oder die bedeutendste Quelle für die Einkünfte im Staatshaushalt und indirekter Antriebsmotor für die private Wirtschaft. In den letzten Monaten des Jahres 1973 wurde die Abhängigkeit Europas vom Öl des Mittleren Ostens in vorher nie gekannter Schärfe deutlich. Weniger weit verbreitet ist bis heute die Erkenntnis in den Industriestaaten, daß Länder wie die vier genannten vollständig abhängig sind vom Wirtschaftsgebaren der industrialisierten Welt. Wenn, aus welchem Grund auch immer, ihr einziges Exportprodukt, Rohöl, nicht oder nur zu niedrigerem Preis als zuvor abgesetzt werden kann, gibt es kein anderes Mittel, um die Staatskassen zu dem vorher erwarteten Maß aufzufüllen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer breiteren wirtschaftlichen Basis demonstriert den Regierungen dieser Staaten nur noch deutlicher ihre Abhängigkeit von Japan, Amerika und Europa, die allein in der Lage sind, beim Aufbau von Industrien zu helfen.

Das erste Öl, das vom Golf exportiert wurde, waren 43 000 Tonnen von der persischen Seite, die in Abadan im Jahre 1912 verschifft wurden. Der nächste Ölexporteur wurde Bahrain, das im Jahre 1934 40 000 Tonnen und im Jahre 1936 bereits 620 000 Tonnen verschiffen konnte[4]. Die Nachkriegsproduktion in Bahrain

[3a] Siehe auch Frauke Heard-Bey, The Gulf States and Oman in Transition, in: Asian Affairs (Journal of the Royal Central Asian Society) 59 (1972), S. 14–22.

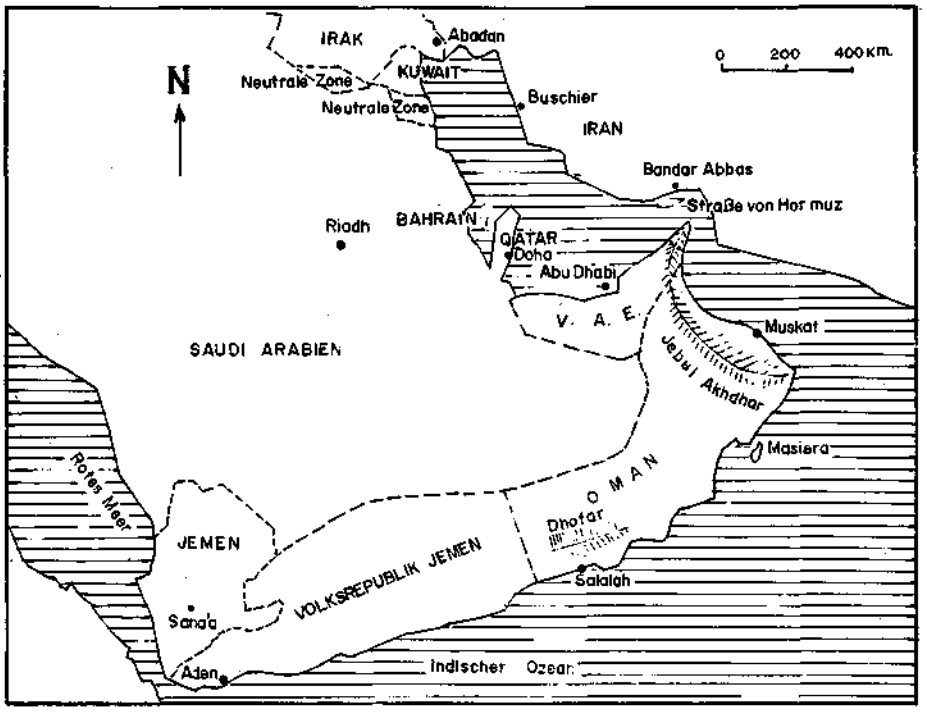
[4] Siehe Stephen Hemsley Longrigg, Oil in the Middle East, Its Discovery and Development, 3. Aufl., London 1968, S. 103. Wie in Iran so war auch in Bahrain die Ölgesellschaft gezwungen, eine Raffinerie zu bauen – in Anbetracht der Absatzschwierigkeiten für Rohöl in diesen frühen Jahren.

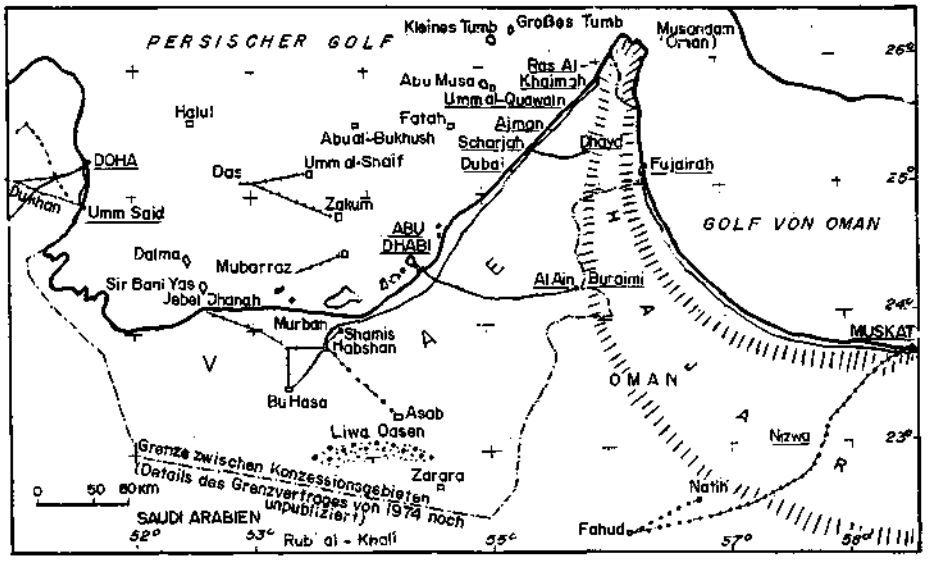
Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Übersichtskarten Südostarabiens und der VAE





Straße — Nizwa — Stadt

Grenze — o Bu Hasa — Ölfeld

Ölleitung

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stieg von 0,95 Millionen Tonnen im Jahre 1945 auf 2,94 Millionen Tonnen im Jahre 1973, einem Jahr, in dem bekanntermaßen von Absatzschwierigkeiten keine Rede sein konnte. Was Bahrain den anderen Ölproduzenten der arabischen Seite des Golfes an Dauer des stetig wachsenden Ölgeschäfts voraus hat, überschatten Jahrzehnte später Staaten wie Abu Dhabi durch schieres Volumen der Produktion. Zwischen diesen beiden Extremen eines schon relativ lange andauernden auf Ölexport fußenden stetigen Fortschrittes in Bahrain und einer denkbar kurzen und steilen Anstiegskurve in Abu Dhabi liegt die Entwicklung in Qatar und Oman[5].

Die Natur ihrer Wirtschaftsentwicklung zwingt diese vier arabischen Kleinstaaten in eine vorher nicht gekannte Bezogenheit auf die Industrieländer, erstens als die Käufer ihres Öls und zweitens als die Organisatoren einer zukünftigen wirtschaftlichen Diversifikation, die alle Ölexportländer heute anstreben. Diese ursprünglich rein wirtschaftliche Bezogenheit findet ihren unmittelbaren Niederschlag in der wachsenden außenpolitischen Bezogenheit zur vorher weitgehend ignorierten Außenwelt: Wie sich im Oktober 1973 gezeigt hat, sind diese Staaten heute nicht nur bereit und in der Lage, vom Rest der Welt Notiz zu nehmen, sondern sie haben sich selbst bewußt zum Bestandteil eines neuen internationalen Machtblocks zweiter Ordnung gemacht. Ein weiterer Niederschlag dieser Bezogenheit auf die Industrieländer ist der ebenso unvermeidbare „importierte" interne Strukturwandel der Gesellschaft in den vier Staaten. Angesichts der Ausgangssituation – einer historisch bedingten fast völligen Isolierung und Protegiertheit nach außen und einem internen Verharren auf dem Stadium vorindustrieller Staats- und Gesellschaftsordnung – ist das Ausmaß des Wandels in jeder Hinsicht atemberaubend.

Die historische Entwicklung bis zur Bildung unabhängiger Staaten Ende des Jahres 1971

Die geographischen Gegebenheiten bedingten in allen vier Staaten eine Beschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf einige wenige Bereiche. Landwirtschaftlicher Expansion waren und sind enge Grenzen gesetzt durch den geringen jährlichen Niederschlag von selten mehr als 110 mm pro Jahr. Trotz der zahlreichen artesischen Brunnen beträgt auch auf dem Inselarchipelago von Bahrain die für den Anbau von Dattelpalmen und einigen Gemüsearten nutzbare Fläche nur etwa 9 % der Ausdehnung des Staates[6]. Auf dem Festland fängt eine Bergkette, die aus der Straße von Hormuz aufsteigt und im Innern von Oman in dem Massiv des Jebel Akhdhar über 3000 m Höhe erreicht, die Ausläufer der Monsunwinde des Indischen Ozeans ab. Seltene heftige Regenfälle halten den Grundwasserspiegel

[5] Siehe Tabelle im Anhang, S. 209.

[6] In dem Emirat Abu Dhabi sind sogar nur 0,14 % der Fläche landwirtschaftlich nutzbar; siehe M. T. Sadik und W. P. Snavely, Bahrain, Qatar, and the United Arab Emirates, Colonial Past, Present Problems and Future Prospects, Toronto/London 1972, S. 46.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hoch genug, daß in den Tälern vereinzelte Dattelgärten gedeihen. Auf beiden Seiten der Berge, besonders in der inländischen Oase von Buraimi und der dem Indischen Ozean zugewandten Küstenebene von Oman, wird dieser Grundwasserspiegel durch künstliche unterirdische Kanäle nach dem Muster der persischen „Kanat" angezapft. Nur in der südwestlichen Provinz von Oman, Dhofar, wo ein weiterer Höhenzug regelmäßig das volle Ausmaß des Sommermonsuns erhält, sind unter natürlichen Bedingungen begrenzter Ackerbau und ausgedehntere Viehwirtschaft möglich.

Der größte Teil der spärlichen Bevölkerung dieser Länder war deshalb von jeher auf wirtschaftliche Alternativen zur Nahrungsmittelbeschaffung angewiesen. Aufgrund der geographischen Bedingungen boten sich für Bahrain und die Küsten von Oman Seehandel, Perlenfischerei, Fischfang und zuzeiten Seeräuberei an. Die Bevölkerung des Gebietes zwischen der Halbinsel von Qatar und der Bergkette von Oman war dagegen vom wirklich profitablen Überseehandel nach Indien und Ostafrika fast gänzlich ausgeschlossen, da deren Küste unzugänglich, flach und arm an geschützten Häfen ist; außerdem mangelt es an Trinkwasserquellen. Die Beduinen dieser Gegend mußten deshalb zwangsläufig eine von den Jahreszeiten diktierte Kombination von maritimen, nomadischen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten entwickeln. Die meisten Familien nahmen im Sommer an der Perlenfischerei teil und kümmerten sich den Rest des Jahres um ihre Dattelgärten in den wenigen Oasen im Inland oder zogen mit ihren Kamelen zu den spärlichen Weidemöglichkeiten, die einige Stunden Regen alle paar Jahre hier und da in der Sandwüste hervorbringen.

Eine direkte Überlandverbindung zwischen den Staaten Südostarabiens und dem Rest der arabischen Welt gibt es nicht. Die bis heute fast unpassierbare völlig wasserlose Sand- und Kieswüste Rub' al-Khali (Leeres Viertel) machte die Meere zum einzigen natürlichen Verbindungsweg zur Außenwelt. Im Rücken bedeutete sie Schutz, aber auch Isolation für die ganze Region.

Die Bevölkerung aller vier Staaten besteht vorwiegend aus Nachkommen von arabischen Stämmen, die seit vormohammedanischer Zeit überland vom Nordwesten der Arabischen Halbinsel und vom jemenitischen Südwesten eingewandert sind. In den Häfen von Bahrain und Oman hatten sich außerdem Gruppen indischer, iranischer und ostafrikanischer Herkunft angesiedelt. Das gesellschaftliche Gefüge der Bevölkerung in allen Teilen Südostarabiens wurde jedoch in jeder Beziehung beherrscht von der arabisch-islamischen Kultur- und Gesellschaftsauffassung.

Bedingt durch die begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Natur der ganzen Gegend bietet, war die Bevölkerung von jeher spärlich. Um die Jahrhundertwende lebte auf dem Gebiet der heutigen vier Staaten zusammen eine geschätzte Bevölkerung von etwa 710 000 Seelen[7] – auf einer Fläche, die etwa dem Ausmaß von Norwegen entspricht.

[7] Statistisches und historisches Material, das von britischen Beamten gesammelt worden war, wurde Anfang des 20. Jhs. in einem umfassenden Handbuch für den internen Regierungs-

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine von der Natur so vernachlässigt erscheinende Gegend war für die klassischen kolonialen Mächte von geringem Interesse. Deshalb wurde keines dieser Länder jemals für permanente Besiedelung und koloniale Annektion ins Auge gefaßt. Einige Teile von Südostarabien haben jedoch schon immer eine bedeutende Rolle im strategischen und kommerziellen Konzept der jeweiligen Großmächte der Region gespielt. Von den europäischen Kolonialmächten war es zuerst Portugal, das seit dem Ende des 15. Jahrhunderts versuchte, den östlichen Seehandel an sich zu reißen[8]. Es kontrollierte für eine Weile den regen und profitablen Handel zwischen dem Golf, Indien, Südostasien und Europa, indem es entweder von den etablierten einheimischen Handelsemporien, wie dem Königreich Hormuz[9], Tribut verlangte, oder die Zollverwaltung selbst in die Hand nahm. Beide Methoden bedurften einer dauernden „show of force", zu welchem Zweck in allen wichtigen Häfen und an strategischen Punkten befestigte Garnisonen und Kriegsflottillen unterhalten wurden.

Persische Hegemonialansprüche im Verein mit erstarkenden britischen Handelsinteressen brachten die portugiesische Stellung nach und nach militärisch zu Fall. Gleichzeitig fand die allgemeine Unzufriedenheit mit dem portugiesischen Handelsmonopol im Hinterland der arabischen Küste des Golfes einen fähigen Verfechter im Imam der Ya'ariba Dynastie von Oman, unter dessen Führung die letzte portugiesische Befestigung in der Golfregion, Muskat, im Jahre 1652 in arabische Hände zurückfiel.

Der stärkste und nachhaltigste europäische Einfluß auf die arabischen Inseln und Küsten kam schließlich weder in Form von Handelsmonopolen noch als direktes territoriales Engagement. Während das ursprünglich auch nur rein kommerzielle Interesse der East India Company allmählich der Konsolidierung einer auf Indien fußenden nationalen britischen Weltreichspolitik Platz machte, rückte das Bedürfnis für möglichst ungestörte Koexistenz mit den Nachbarregionen in den Vordergrund. Das Interesse Großbritanniens an der arabischen Seite des Indischen Ozeans und des Persischen Golfes blieb – mit Ausnahme von Aden – geleitet von dem Bedürfnis, dem Ausbau des Indischen Reiches die Zufahrtswege zu sichern und deshalb auch allen unnötigen Verstrickungen in lokale Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen.

Eine Politik der Distanz gegenüber lokalen Auseinandersetzungen schien im 18. Jahrhundert besonders geboten, als ein Bürgerkrieg um die Nachfolge des Imams – religiöser und politischer Führer des ibaditischen Staates in Oman – ganz

---

gebrauch in Indien zusammengestellt: J. G. Lorimer, Gazetteer of the Persian Gulf, Oman and Central Arabia, 2 Bde., Kalcutta, 1908–1915 (photomech. Neudruck in 6 Bdn. 1970).

[8] Für eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Phasen der portugiesischen Eroberungen siehe Frederick Charles Danvers, The Portuguese in India, Being a History of the Rise and Decline of the Eastern Empire, 2 Bde., London 1894 (photomech. Nachdruck 1966). Bibliographische Angaben für die allgemeine Geschichte des Golfes sind am leichtesten zugänglich in Arnold T. Wilson, The Persian Gulf, London 1928 (3. Neudruck 1959).

[9] Eine Insel 21 km südöstlich von Bandar Abbas nahe dem nur 80 km breiten Eingang zum Golf.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Südost-Arabien entzweite und schließlich auch noch einer persischen Invasion in Oman Anlaß bot. Der Bürgerkrieg endete im Jahre 1749 mit der Wahl eines Außenseiters zum Imam und mit dem Beginn der bis heute in Oman regierenden Dynastie der Al Bu Sa'id[10]. Wachsende Animosität zwischen den Stämmen, die diese Dynastie unterstützten und einer Allianz der gegnerischen Fraktion im Bürgerkrieg, deren Zentrum später bei den Qawasim von Ras al-Khaimah am arabischen Ufer des Persischen Golfes zu finden war, beherrschte das politische Klima Südostarabiens für Generationen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts machten die puritanischen Wahhabiten aus Zentralarabien mehrfache erfolgreiche Vorstöße nach Oman und an die Küste des Golfes, wo sie in den Qawasim Verbündete und in dem Sultan von Muskat und der britischen Regierung von Indien eine gegnerische Front fanden[11].

Auf diesem Hintergrund nahm die seit Jahrhunderten immer wieder aufflackernde Piraterie eine teilweise politisch und religiös motivierte neue Dimension an. Die Tatsache, daß britische Schiffe – als Alliierte des Sultans von Muskat – nicht verschont blieben, hatte schließlich in den Jahren 1809 und 1819 militärische Expeditionen der Regierung in Bombay gegen die Qawasim von Ras al-Khaimah zur Folge. Zwischenfälle zur See hatten so überhand genommen, daß sie den lokalen Seehandel und vor allem die jährliche Perlenfischerei fast völlig lähmten. Ein von dem britischen Vertreter vorgeschlagenes, auf die Perlensaison beschränktes Stillhalteabkommen war deshalb auch den nicht unmittelbar an den Auseinandersetzungen beteiligten Stämmen der arabischen Küste willkommen. Im Jahre 1820 unterzeichneten der Scheich von Bahrain und die Stammesführer der arabischen Küste den ersten solcher jährlich erneuerten und im Jahre 1853 auf Ewigkeit (Treaty of Maritime Peace in Perpetuity) abgeschlossenen Verträge[12]. Großbritannien übernahm nolens volens die Rolle des Garanten, patrouillierte die Gewässer, verlangte bestimmte Pässe und Flaggen für alle Schiffe der „friendly Arabs", und der Repräsentant der Regierung in Bombay, der Resident in Buschier, wurde von den Beteiligten als Schiedsrichter in allen Zwischenfällen zur See anerkannt.

---

[10] Die Nachfolger von Ahmed ibn Sa'id, dem Begründer der Al Bu Sa'id-Dynastie, verzichteten auf die geistliche Führung des ibaditischen Staates, legten den Titel „Imam" ab und ließen sich „Sayyid" nennen. Der Hafen Muskat ersetzte die inländische Hauptstadt Nizwa. Der Titel „Sultan" wurde zuerst von der Regierung in Indien benutzt im Mißverständnis einer Auseinandersetzung zwischen dem Regenten in Muskat, Sayyid Sultan (ibn Ahmed) und einem machtlosen Imam im Jahre 1793. Sultan ist ein arabischer Eigenname und ein türkischer Titel.

[11] Eine umfassende Aufarbeitung vorwiegend der britischen Quellen für diese Periode wurde von J. B. Kelly geleistet: Britain and the Persian Gulf 1795–1880, Oxford 1968.

[12] Abgedruckt in C. U. Aitchison, A Collection of Treaties, Engagement and Sanads relating to India and Neighbouring Countries, 3. Aufl., 11 Bde. Kalkutta 1892; und bei J. C. Hurewitz, Diplomacy in the Near and Middle East, A Documentary Record, Bd. I, 1535–1914, Bd. II, 1914–1956, Princeton 1956. Siehe auch Hussain M. Al-Baharna, The Legal Status of the Arabian Gulf States, A Study of their Treaty Relations and their International Problems, Manchester 1968. Seit den Verträgen von 1820 wurden die Scheichtümer an der Küste meistens als „Trucial States", Vertragsstaaten, bezeichnet.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine seit der ersten Dekade des 19. Jahrhunderts wachsende Kampagne in Großbritannien gegen den Transport und Handel mit Sklaven gab einerseits den arabischen Regenten, vor allem dem Sultan in Muskat, einen Hebel in die Hand, um ihre Bedingungen anzumelden im Fall ihrer Mitarbeit bei der Unterbindung dieser Praktiken[13]. Andererseits fand sich die britische Regierung gegen Ende des 19. Jahrhunderts genötigt, rivalisierende europäische Mächte, vor allem Frankreich, Rußland und die türkisch-deutsche Interessengemeinschaft von physischer Präsenz im Golf und an der arabischen Küste des Indischen Ozeans fern zu halten[14]. Das wichtigste Anliegen britischer Politik in dieser Region zu dieser Zeit wurde auch ohne formelles Protektorat[15] erreicht, als sich zwischen 1881 und 1899 alle Regenten von Bahrain bis Muskat (mit Ausnahme von Qatar, das erst 1916 unterzeichnete) in ähnlich lautenden Verträgen verpflichteten, Großbritannien besondere Rechte einzuräumen und außerdem keinen Teil des Territoriums unter ihrer Souveränität zu vermieten, zu verkaufen oder sonst zur Benutzung durch eine fremde Regierung frei zu geben und mit keiner ausländischen Macht Verträge einzugehen oder Korrespondenz zu unterhalten[16]. Das bedeutete praktisch die Aufgabe der Möglichkeit einer selbständigen Politik den nicht unmittelbar lokalen Mächten gegenüber, und Großbritannien interpretierte den Text auch dahingehend, daß es sich von diesem Zeitpunkt ab für die diplomatische Vertretung dieser Gebiete im Ausland voll verantwortlich machte – wo es ohne internationale Komplikationen möglich war, wie z. B. den Vertragsstaaten und Bahrain[17].

De facto wuchs die britische Position in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg zu einer Monopolstellung heran, schon allein dank der wachsenden Zahl tüchtiger, der

---

[13] Das Sultanat von Muskat hatte unter den ersten Al Bu Sa'id-Regenten ein Kolonialreich an der ostafrikanischen Küste aufgebaut. Im Jahre 1861 wurde ein Nachfolgestreit durch die Vermittlung des Vizekönigs von Indien beigelegt, indem der Staat geteilt wurde in ein „Sultanat von Sansibar" und das „Sultanat von Muskat und Oman". Das reiche Sansibar wurde zur Zahlung von jährlichen Subsidien verpflichtet; als es dieser Pflicht nicht nachkam, übernahm Großbritannien von 1866 ab die Zahlung.

[14] Siehe z. B. Jens B. Plass, England zwischen Rußland und Deutschland, Der Persische Golf in der britischen Vorkriegspolitik, 1899–1907, dargestellt nach englischem Archivmaterial, Hamburg 1966.

[15] Die Idee, Oman oder zumindest Muskat und die Scheichtümer zu Protektoraten zu machen, wurde in den 1890er Jahren verworfen, nicht zuletzt weil sich die Vorgänge im Hinterland der Möglichkeit britischer Kontrolle entzogen.

[16] Für den Wortlaut der Verträge siehe Hurewitz, a. a. O., Bd. I, Nos. 96 und 97 und Bd. II, No. 11 (Vertrag vom 3. November mit dem Scheich von Qatar) und Aitchison, a. a. O., Bd. XI, No. 30. Bis 1873 war der Vertragspartner das ‚Government of Bombay', danach das ‚Government of India'.

[17] Das Equivalent zu dem „Exclusive Agreement" mit den Vertragsstaaten wurde in Muskat mit Rücksicht auf die französische Empfindlichkeit im März 1891 als geheimes Abkommen zwischen dem Sultan und der britischen Regierung getroffen. Obwohl auch die Formel „. . . never to cede, to morgage or otherwise give for occupation . . ." im Vertrag erschien, vermied London diesmal die Erweckung des Eindrucks, als ob die Regierung von Indien formell mit den internationalen Beziehungen des Sultanats betraut sei (Zitat: Hurewitz, a. a. O., Bd. I, No. 96).

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landessprache mächtiger britischer oder indischer Beamten in Bahrain, Muskat und an der Vertragsküste als Repräsentanten einer Regierung in Indien, die in der Lage und meistens auch bereit war, den örtlichen Regenten bei ihren Regierungsgeschäften zur Seite zu stehen[18]. Andererseits band eine Vielzahl von Verträgen – seit den 1890er Jahren auch mit Kuwait – bezüglich Handel, Zoll, Waffenhandel, einheimisches Perlenmonopol, Rechtsschutz für Bürger des indischen Staates, Subsidien für Regenten, Gesundheitswesen, Telegraphenverbindungen oder Markierung der Schiffahrtswege im Bewußtsein der Regenten und der Bevölkerung die arabischen Staaten des Golfes und Omans enger an Großbritannien als jegliche alleinstehende Protektoratserklärung dies bewirkt hätte.

Nach dem Ersten Weltkrieg blieb die britische Position in Indien und folglich auch im Golf für eine Weile von den Großmächten unbestritten[19]. Unter der Anzahl von Abkommen für praktische britische Nutznießung bestimmter geographischer Vorteile der Gegend waren die Verträge bezüglich der Konzessionen für die Suche nach Bodenschätzen von besonders weitreichender Bedeutung. Im Mai 1914 verpflichtete sich der Regent von Bahrain, die Ausbeutung von Ölvorkommen, falls jemals solche auf den Inseln gefunden würden, ausschließlich britischen Firmen zu überlassen. Im Jahre 1922 erbat die britische Regierung eine Bestätigung ihrer Interpretation des „Exclusive Agreements" in Bezug auf Ölkonzessionen von den Scheichs der Vertragsstaaten[20].

Die großen finanziellen Risiken und hohen erforderlichen Investitionen hielten britische Firmen jedoch lange ab, diese Monopolstellung auszunutzen. Deshalb fand die von einem Neuseeländer im Jahre 1924 auf befristete Zeit vom Scheich von Bahrain erhaltene Explorationserlaubnis erst in letzter Minute einen Abnehmer. Die amerikanische Firma wurde „vertragsfähig" im Sinne der oben angeführten Klausel von 1914, indem sie im Jahre 1930 in Kanada inkorporiert wurde

---

[18] Der verantwortliche Vertreter des ‚Foreign Department' der Regierung in Indien war „Her Britanic Majesty's Political Resident in the Persian Gulf and Consul General of Fars and Khuzistan" in Buschier. Der erste „Political Agent", ein dem Residenten verantwortlicher Beamter, residierte vom Jahre 1800 ab in Muskat, wo sowohl Frankreich als auch die USA zeitweise diplomatisch vertreten waren. Bahrain hatte seit 1900 einen Political Agent. Ein arabischer „Agent" wurde seit 1823 in Scharjah bestellt. Seit 1937 residierte ein britischer Beamter während der Wintermonate und ab 1948 permanent in Scharjah (später in Dubai und zusätzlich in Abu Dhabi) für alle Vertragsstaaten.

[19] Eine Phase der verwaltungsmäßigen Angleichung an das Mutterland setzte ein und brachte u. a. einen Aufschwung des Ausbaus der Verbindungswege. Ein Zwischenlandeplatz für den Flugbootverkehr zwischen dem neuen britischen Protektorat in Transjordanien und Indien wurde im Jahre 1932 in Scharjah an der Küste der Vertragsstaaten eingerichtet. Der Ausbau weiterer RAF-Stützpunkte in Masiera, einer Insel vor der Küste von Oman, in Bahrain und während des Zweiten Weltkrieges auf einigen kleineren Inseln, unterstrichen den Charakter der Region als einer Sphäre absoluter britischer Dominanz.

[20] Siehe Longrigg, a. a. O., S. 26. Dieser Vertrag war eine Ausweitung des ursprünglich im Oktober 1913 mit dem Scheich von Kuwait geschlossenen Abkommens; der Anlaß war die Möglichkeit einer Verlängerung des deutschen Bagdad-Bahn-Projekts und damit verbunden die Ausdehnung deutsch-türkischer Konzessionen über Bodenschätze.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– unter dem Namen ‚Bahrain Petroleum Company' (BAPCO). Zwei Jahre später wurde Öl in Bahrain gefunden. Die Halbinsel von Qatar wurde im Jahre 1935 nach fünfjährigen Verhandlungen mit dem Scheich Konzessionsgebiet der multinationalen, aber von London aus operierenden ‚Iraq Petroleum Company' (IPC)[21]. Weniger in der Hoffnung auf spektakuläre Erfolge als um andere Bewerber ein für allemal auszuschalten, erwarb dieses Konsortium die Konzessionen für alle restlichen Gebiete der Arabischen Halbinsel mit Ausnahme von Saudi-Arabien. Zwischen 1936 und 1939 unterzeichnete die nun von Bahrain aus verwaltete und für diesen Abschnitt in ‚Petroleum Concessions Trucial Coast [bzw. Oman]' umbenannte IPC Konzessionen, von denen sie jedoch erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg Gebrauch machte[22].

Der bescheidene jährliche Mietpreis, den die Gesellschaft an jeden der Vertragspartner, d. h. die unterzeichnenden Scheichs, zahlte, versetzte diese in die Lage, ihre Schulden zu bezahlen, ihre Forts zu reparieren und die traditionelle Gastfreundschaft wieder in der gebührenden Form zu pflegen. Abgesehen davon hatte die Vergabe von Konzessionen als praktische Folge zunächst nur die plötzliche Wiederbelebung alter wahhabitischer Ambitionen auf die Oase von Buraimi und einen großen Teil des Territoriums von Abu Dhabi.

In einer Umwelt, in der die Souveränität eines Regenten allein in Bezug auf Stämme und Familien verstanden wird, hat der Begriff Territorium nur Bedeutung, sofern es sich um wirtschaftlich nutzbare Orte wie Oasen, Weideplätze, Wasserquellen, Häfen oder Pässe und dergleichen handelt. Ein Scheich hat auch über diese Orte nur Souveränität, sofern die Stämme, die sie bewohnen oder benutzen, seine Autorität anerkennen. Die wasserlosen und deshalb nutzlosen Wüstentrakte, Berge und unschiffbaren Strände wurden von niemandem beansprucht – bis die Vergabe von Ölkonzessionen plötzlich jeden Quadratkilometer Territorium zum Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Nachbarn machte.

Gemäß der Definition seiner vertraglichen Verantwortlichkeit nahm Großbritannien die Interessen von Abu Dhabi und Oman wahr, als im Jahre 1934 Saudi-Arabien einen alten Anspruch der Wahhabiten des 19. Jahrhunderts auf die Oase von Buraimi und einen großen Teil der Wüste im Süden des Scheichtums

---

[21] Die „Iraq Petroleum Company" (IPC) ist ein frühes Beispiel unter den vielen Ölkonzessionären im Mittleren Osten, das demonstriert, daß die hohen Investitionskosten und das Risiko selten von einer Firma allein getragen werden konnten. Politische Akzeptierbarkeit, Finanzkraft und Zugang zu Absatzmärkten waren die Kriterien, nach denen sich Ölfirmen zu multinationalen Unternehmen zusammenfanden. Nachdem sich die Besitzverhältnisse der Vorläufer der IPC vor und nach dem Ersten Weltkrieg wiederholt verschoben hatten, waren die Aktien von den 1920er Jahren ab in folgender Weise aufgeteilt: 5% Participation and Exploration Corporation (Eigentum des armenischen Vermittlers der ursprünglichen Konzesson mit der türkischen Regierung, C. S. Gulbenkian), 23,75% jeweils Shell, B. P., C. F. P. (Total) und N. E. D. C. (eine Gruppe amerikanischer Firmen).

[22] Im Jahre 1924 hatten Geologen der Anglo-Persian Company (Vorläufer von B. P.) wenigstens Teile der Gebirgskette von Oman und Dhofar besucht und im Winter 1938/9 wurde eine geologische Übersichtskarte der Vertragsstaaten gemacht.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wieder belebte[23]. In den zwischen London und Riadh sporadisch unterhaltenen Verhandlungen standen sich der legendäre arabische Eroberer und kontinuierlich bis 1953 regierende Autokrat, König Abdul 'Aziz Al-Sa'ud, und eine dauernd wechselnde Gruppe von Beauftragten einer Regierung gegenüber, die während dieser Zeit einen Weltkrieg ausfechten und ein Weltreich aufgeben mußte, und die außerdem noch nicht den geringsten Beweis in der Hand hatte, daß sich die Mühe wenigstens in Bezug auf mögliche Nutznießung der ungewissen Ölfunde lohnen würde. Zu Zeiten schien die britische Regierung sehr schnell zu Kompromissen und zum Nachgeben gegenüber bedeutenden Saudi-Ansprüchen bereit. Sie gab jedoch dann Ende Oktober 1955 der von britischen Offizieren geführten lokalen Sicherheitstruppe (Trucial Oman Levies)[24] grünes Licht, um zusammen mit den Truppen des Sultans von Muskat und Oman und des Scheichs von Abu Dhabi den seit 1952 in drei Dörfern in der Buraimi Oase etablierten Saudi-Polizeiposten einzunehmen. Gleichzeitig erklärte Sir Anthony Eden im Unterhaus, daß die britische Regierung keine weitere unautorisierte Überschreitung der im Jahre 1937 aufgezeichneten und von der britischen Seite als Grenze angesehenen Demarkationslinie dulden würde.

Trotz der immer wieder neu formulierten Maxime der britischen Regierung, sich nicht in die internen Angelegenheiten der mit ihr in losem Vertragsverhältnis stehenden Staaten Südost-Arabiens einzumischen, verlangten schließlich einerseits die Notwendigkeit, etablierte Interessen zu beschützen, und andererseits ein wachsendes Gefühl moralischer Verantwortlichkeit für die Bevölkerung dieser Staaten, daß die britischen Beamten dennoch häufig interne Entscheidungen beeinflußten[25]. Zwar griff der Vertreter der britischen Regierung im Golf nicht in den bewaffneten Grenzkonflikt zwischen Abu Dhabi und Dubai im Winter 1948/49 ein, da sich die Auseinandersetzung nicht zur See abspielte, etablierte jedoch im Jahre 1950 zur Verhütung weiterer solcher aus den Ölkonzessionen resultierender Konflikte die schon erwähnte Sicherheitstruppe mit britischen Offizieren und einheimischen Soldaten. Die seit 1954 permanent in Dubai residierenden Vertreter der britischen

---

[23] Die Grenzfrage wurde akut in dem Moment als der amerikanische Konzessionär, die „Standard Oil of California Co." nach Aushandlung ihres Vertrages im Juli 1933 von der britischen Regierung erfahren wollte, was die Passage „. . . the eastern portion of our Saudi Arab Kingdom within its frontiers . . ." praktisch darstelle. Die Britische Regierung ging davon aus, daß das Königreich von Saudi-Arabien in dem ehemals türkischen Verwaltungsbezirk als Nachfolgestaat an die britisch-türkischen Konventionen von 1913/1914 und damit die Anerkennung der sogenannten „Blue Line" gebunden sei. Siehe J. B. Kelly, Eastern Arabian Frontiers, London, 1964 (Zitat S. 122).

[24] Die „Trucial Oman Levies" wurden im Jahr 1950 zusammengestellt, um der internen Unsicherheit in den Vertragsstaaten zu begegnen; sie standen unter dem Kommando des Residenten im Golf. Im Jahr 1956 wurde die Truppe in „Trucial Oman Scouts" umbenannt und umfaßte vier „Rifle Squadrons".

[25] Nach der Unabhängigkeit von Indien im Jahre 1947 wurden alle Verbindungen mit dem Golf vom Außenministerium in London aus geleitet; fast gleichzeitig signalisierte die Versetzung der Residenz des verantwortlichen Diplomaten im Golf von Buschier nach Bahrain eine Verschiebung der britischen Interessen auf die arabische Seite.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierung unternahmen auch die langwierige Aufgabe, die territorialen Verhältnisse zwischen den sieben Vertragsstaaten[26] zu klären und erarbeiteten eine politische Landkarte ihrer unzähligen Enklaven bzw. Exklaven. Der erste bescheidene Schritt zur Entwicklungshilfe in den verarmten Küstenscheichtümern wurde getan, als 1949 ein britischer Arzt in Dubai stationiert wurde. Schul- und Krankenhausbauten, Wassererschließung, eine Versuchsfarm und schließlich Straßenbau und die Planung für eine Infrastruktur wurden anfänglich von Großbritannien allein finanziert und durchgeführt[27].

Die britische Politik in Bezug auf die internen Angelegenheiten des Sultanats von Muskat und Oman war immer schon charakterisiert durch das Bedürfnis der Regierung, den jeweiligen Regenten als den Vertragspartner so zu unterstützen, daß seine Loyalität gewährleistet blieb. Britische Truppen halfen deshalb auch dem nur in Muskat und dem Küstenstreifen unbestritten regierenden Sultan, in den Jahren 1957/59 den rivalisierenden Imam zu bekämpfen, der das Innere von Oman, d. h. den größten Teil des Ölkonzessionsgebietes, beanspruchte. Britische Berater und Ausbilder für einheimische Polizei und Armee wurden in den 1960er Jahren in beträchtlicher Anzahl den diversen Regenten zur Verfügung gestellt; in manchen Fällen wurden geeignete Berater nur vermittelt, dem reformfeindlichen Sultan Sa'id bin Taimur in Oman dagegen wurden sie fast aufgenötigt.

Der anglisierende Einfluß, den schließlich die wachsende Zahl von britischen Angestellten der Öl- und Bauindustrie und deren Familien auf die interne Entwicklung der vier Staaten hatte, läßt sich vor allem am Beispiel von Bahrain ablesen. Dort hatte zusätzlich zu den vielen Funktionen, die von der britischen Regierung wahrgenommen wurden[28], auf fast allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung ein britischer Geist bei der Entwicklung Pate gestanden: im Jahre 1926 war auf ein Inserat hin Charles Belgrave als Finanzberater des Regenten nach Bahrain gekommen und blieb für ihn und seinen Nachfolger bis 1957 die rechte Hand bei dem stetigen, seit 1934 von Öleinkommen unterstützten Aufbau der Verwaltung, Erziehung und der gesamten Infrastruktur. Es konnte London allerdings auch nicht gleichgültig sein, wenn ein Regent entweder von der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert oder objektiv zur Regierung ungeeignet erschien. Das eklatanteste Beispiel britischer Einmischung unter solchen Umständen war die

---

[26] Die Zahl der Vertragspartner an dieser Küste variierte seit 1820 zwischen 11 und 5 – je nach dem wie die internen Machtverhältnisse entweder Sezession oder Inkorporation eines Stammes erlaubten. Im Jahre 1952 wurde der Scheich von Fujairah an der Ostküste der Musandam-Halbinsel, das nominell zu Scharjah gehört hatte, von Großbritannien als siebter „Trucial Sheikh" anerkannt.

[27] Zwischen 1954 und 1956 standen dafür 550 000 DM zur Verfügung. Im Jahre 1955 wurde ein 5-Jahresplan für 495 000 DM genehmigt und 1965 wurde ein meistens von dem „Ministry for Overseas Development" betreutes „Development Office" in Dubai geschaffen. In den späteren 1960er Jahren hatte diese Organisation zusätzlich beträchtliche Beiträge von Qatar, Bahrain und Abu Dhabi zur Verfügung; siehe Donald Hawley, The Trucial States, London 1970, bes. S. 226 ff.

[28] Z. B. Postwesen, Quarantänewesen, Jurisdiktion für Nicht-Araber.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Absetzung von Scheich Shakbut von Abu Dhabi im Jahre 1966 zugunsten seines Bruders Zayed[29].

Mit dem Ölreichtum wuchsen auch die internen und externen Probleme der Regenten. Es wurde in der ganzen Region trotz arabischer Propaganda gegen „britischen Neokolonialismus" deshalb mit großer Erleichterung begrüßt, als die britische Regierung im Dezember 1967 einen besonderen Beauftragten nach Südost-Arabien schickte. Er versicherte den Regenten, daß die britische Regierung auch nach dem Rückzug im November 1967 aus Aden nicht beabsichtigte, sich ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren ostarabischen Vertragspartnern zu entziehen[30]. Derselbe Gesandte wurde dann aber nur drei Wochen später zu denselben Regenten geschickt, um anzukündigen, daß die Regierung Wilson sich nunmehr doch entschlossen habe, sich aller Verantwortung militärischer oder politischer Art östlich von Suez zu entledigen. Als Termin wurde der 31. Dezember 1971 angesetzt.

Die Erklärung vom Januar 1968 rief zunächst blankes Entsetzen bei den zehn Regenten hervor ob der Zumutung, in weniger als drei Jahren ihre Staaten selbst verteidigen und allein aufbauen zu müssen. Dann wurden vorsichtig die verschiedenen Möglichkeiten ins Auge gefaßt, die eine gewisse Garantie der inneren Stabilität und der Sicherheit vor Übergriffen der Nachbarn oder der Großmächte versprachen. Der erste Schritt zu dem sich als besonders sinnvoll anbietenden Zusammenschluß aller betroffenen Scheichtümer wurde von den Regenten von Abu Dhabi und Dubai unternommen: Sie erklärten schon am 18. Februar 1968 ihre Absicht, die beiden Staaten im Hinblick auf Außenpolitik, Verteidigung und neue Entwicklungsplanung zu vereinen. Aus diesem konstitutionell noch völlig unabgeklärten Akt erwuchs eine von den britischen Diplomaten unterstützte Initiative für eine Föderation der neun Golfscheichtümer, die am 25./27. Februar 1968 eine Grundsatzerklärung unterzeichneten. Diese enthielt zwar allgemeine Beschlüsse über die Funktion des neuen politischen Gebildes, bezeichnenderweise wurden aber alle brennenden Fragen des praktischen Zusammenwachsens, wie z. B. die Verteilung der Sitze im Bundesrat oder die Beschaffung der Finanzen für ein Budget der Föderation, der späteren Gesetzgebung überlassen.

Die späteren Verhandlungen über Details der Konstruktion einer solchen Föderation konfrontierten jedoch die meisten der Teilnehmer zum erstenmal mit der Notwendigkeit, die Funktionen ihres eigenen kleinen Staatswesens zu definieren. Gleichzeitig sollten sie die Folgen der Abtretung einiger dieser gerade erst erkannten Staatsfunktionen an die Föderationsexekutive antizipieren. In der Tat stellte

---

[29] Scheich Schakbut hatte von 1928 an das Scheichtum zusammengehalten, obwohl der Niedergang der vorher hier besonders blühenden Perlenindustrie die Bevölkerung dieses größten der Vertragsstaaten zu den Ärmsten der Armen machte. Seine Reaktion auf den plötzlich hereinbrechenden Reichtum vom Öl war jedoch den – mit dem Beispiel von Qatar vor Augen – schon ungeduldig auf Entwicklung hoffenden Einwohnern und der britischen Regierung nicht entschlossen genug.

[30] Der praktische Beweis dieser Politik schien auch darin gegeben, daß fast alle Truppen, die aus Aden abgezogen wurden, nach Bahrain oder Scharjah verlegt wurden, was einer Erhöhung der Truppenstärke auf etwa 6000 im Jahr 1971 bedeutete.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich die Grundsatzerklärung als sehr unzulängliche Arbeitsgrundlage heraus, da alle wesentlichen Entscheidungen von dem ‚Obersten Rat' der neun Scheichs in Einstimmigkeit getroffen werden mußten. Diese Klausel war symbolisch für das politische Klima in dem Augenblick, da die britische Abschirmung nach außen zu verschwinden drohte: Keiner der Regenten wollte von der sich anbietenden Ersatz-Schutzkonstruktion ausgelassen werden; doch keiner von ihnen wollte sich von vornherein unabänderlich nur an diese Lösung binden; einige schienen zwar die wohltönenden Worte über die brüderliche Einheit, nicht aber die politische Tragweite einer Föderation verstanden zu haben. Deshalb hatte jede der neun beteiligten Parteien ihre Gründe, ihr Vetorecht im Obersten Rat zunächst als die sicherste Rückzugsbasis und somit auch als die beste Klausel in der ganzen Erklärung zu betrachten.

Die folgenden dreißig Monate brachten bedeutende Fortschritte, eine konzentrierte Besinnung mancher der Beteiligten auf die Imponderabilien eines modernen föderierten Staates und die Lösung mancher konstitutioneller Hürden. Zu den strukturellen Unzulänglichkeiten der Föderationsbasis und zu dem traditionellen Mißtrauen zwischen den ungleichen Partnern gesellten sich die divergierenden Interessenkonstellationen der Region. Letztere verhinderten schließlich die Realisierung der Neuner-Föderation zum Zeitpunkt des britischen Abzuges.

Während Bahrain und Qatar um die Vorherrschaft in der Föderation rangen[31], zeichnete sich die Absicht des Iran ab, einige seiner periodisch wiederkehrenden territorialen Ansprüche mit dem Nachdruck seines wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Gewichts durchzusetzen. Er zog zwar seinen Anspruch auf Bahrain zurück, nachdem aufgrund eines Berichtes des UN-Beauftragten Mr. Guiccicardi, der Sicherheitsrat am 11. Mai 1970 einstimmig eine Resolution annahm, die die Unabhängigkeit für Bahrain empfahl. Da jedoch die restlichen acht Scheichtümer während dieser traumatischen Periode das bedrängte Föderationsmitglied nur lauwarm unterstützten und ihm auch in keiner seiner Forderungen entgegen kamen, wurden die separatistischen Bestrebungen in Bahrain wesentlich gestärkt. Am 14. August 1971 erklärte Bahrain seine Unabhängigkeit und wurde am 21. September als 128. Mitglied in die UN und kurz zuvor in die Arabische Liga aufgenommen. Diese Schritte waren gleichbedeutend mit dem formellen Austritt aus der noch immer im Stadium der Planung befindlichen Föderation der Neun. Qatar begab sich am 1. September auf denselben Weg.

Die internen konstitutionellen und administrativen Reformen, die in beiden Staaten in den Monaten vor der Unabhängigkeitserklärung in Angriff genommen worden waren, deuteten darauf hin, daß sich Bahrain sowohl wie Qatar von langer

[31] Dies bezog sich vor allem auf die Präsidentschaft, die Wahl der Hauptstadt und die Zahl der Vertreter in der Beratenden Versammlung; Bahrain beanspruchte mehr Sitze proportionell zu seiner vielfach höheren Einwohnerzahl (etwa doppelt soviel wie die restlichen 8 Emirate zusammen). In den ersten beiden Fragen wurde im Oktober 1969 eine Einigung dadurch erzielt, daß dem ursprünglich zwischen den beiden Kontrahenten vermittelnden Scheich Zayed von Abu Dhabi die Präsidentschaft für zwei Jahre angetragen wurde und eine neue Hauptstadt an der Grenze zwischen Abu Dhabi und Dubai geplant wurde.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hand auf die beiden Alternativen, Föderation oder Alleingang, eingestellt hatten. Abu Dhabi hatte sich in ähnlicher Weise durch die Einrichtung eines Kabinetts am 1. Juli 1971 auf die Eventualität eingestellt, daß sich weder die große noch eine kleinere Föderation als lebensfähig erwiesen.

Wie Bahrain und das eng an Saudi-Arabien gebundene Qatar brachte auch Abu Dhabi einen latenten Konflikt in die Föderation, der den restlichen Partnern zum Teil äußerst unangenehm war: Der erwähnte unter dem Schlagwort „Buraimi dispute" laufende Grenzkonflikt zwischen der britischen Regierung und Saudi-Arabien war nicht nur nicht vergessen, sondern wurde während der dreijährigen Frist bis zum britischen Abzug ergebnislos diskutiert[32]. Erst im August 1974 unterzeichneten König Faisal und Scheich Zayed in Riadh ein Grenzabkommen, in dem Saudi-Arabien den alten Anspruch auf die Al-Ain-Oasen und Buraimi fallen ließ, jedoch einen Korridor zum Golf erhielt und territoriale Ansprüche im Westen und im Ölfeld von Zararah im Süden von Abu Dhabi befriedigte.

Die Verstrickung der einzelnen Staaten in ihre eigenen Probleme und bilateralen Ansprüche spielten sich ab auf dem Hintergrund wachsenden internationalen Interesses am Golf. Um dem Eingreifen irgendeiner der Großmächte zuvorzukommen, erklärte der Iran, als stärkste Militärmacht der Region, wiederholt seine Absicht, die Einrichtung von Militärbasen jeglicher Art im Golf zu verhindern. Aus diesem Grund stemmte er sich auch gegen Überlegungen der neuen konservativen Regierung Heath, die Abzugserklärung der Wilson-Regierung zu widerrufen oder in einer Weise zu modifizieren, so daß eine britische Präsenz im Golf in Zusammenarbeit mit den neuen unabhängigen Staaten den ungestörten Übergang garantieren konnte. Saudi-Arabien, Kuwait und Irak waren ebenfalls gegen eine Vertagung des britischen Abzugs[33].

Auf der Basis des ursprünglich für die neun Staaten ausgehandelten Kompromisses fanden sich schließlich im Juli 1971 die ehemaligen Vertragsstaaten – noch ohne Ras al-Khaimah – in der kleinen Föderation zusammen[34]. In die Feierlichkeiten, die der offiziellen Gründung der Vereinigten Arabischen Emirate am 2. Dezember 1971 folgten, mischten sich die Mißtöne der bewaffneten Übernahme der drei Inseln Abu Musa, Großes und Kleines Tumb durch iranische Truppen. Wie sich später herausstellte, hatte der Scheich von Scharjah unter britischer Zusprache dem iranischen Druck nachgegeben und – unter Protest – ein Teilungsab-

---

[32] Die Verhandlungen kuliminierten in einer einseitigen Erklärung von Saudi-Arabien, in der Abu Dhabi beträchtliche Teile seines Territoriums abgesprochen wurden; siehe Middle East Economic Survey, Bd. 14, 18. 12. 1970, S. 8. Der Konzessionär auf der Seite Abu Dhabis, ADPC, wurde gezwungen, seine Bohrungen in dem vielversprechenden Ölfeld Zararah in der Nähe der Konzessionsgrenze einzustellen, während der in einer Saudi-Konzession gelegene Teil des Ölfeldes weiter entwickelt wurde.

[33] Vgl. Sadik/Snavely, a. a. O., S. 197 ff. für Reaktionen im Golf auf die „fact finding mission" des Vertreters des Britischen Foreign Office, Sir William Luce.

[34] Während der Föderationsverhandlungen wurde in Ras al-Khaimah Öl gefunden, jedoch in damals unwirtschaftlich kleiner Menge; ein positiveres Ergebnis hätte zweifelsohne die Aufgabe ihrer Politik des Alleingangs verzögert.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen unterzeichnet. Ras al-Khaimah war zu keinem solchen Akt zu bewegen. Die Besetzung der Inseln führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen des Irak zu Großbritannien und zu antiiranischen Stellungnahmen der Arabischen Liga. Ras al-Khaimah schloß sich im Januar 1972 der Föderation an.

Die gegenwärtige politische Situation in den vier Staaten

Nach dem magischen Datum des 31. Dezember 1971 hatten sich schließlich vier Staaten, Bahrain, Qatar, die VAE und Oman als unabhängige politische Einheiten in Südostarabien etabliert. Innerhalb weniger Monate wurden sie Mitglieder der UN und der Arabischen Liga. Während das weite Feld der neuen außenpolitischen Kontakte in vieler Hinsicht Hand in Hand erforscht wurde, war der Prozeß der internen politischen Konsolidierung und Strukturierung notwendigerweise in jedem Land anders, da die Ausgangssituation jeweils eine sehr verschiedene war und nicht nur das Wachstum der Bevölkerung von einem Staat zum anderen große Unterschiede zeigte, sondern auch der Anteil der im Land geborenen Bürger zwischen etwa 96% in Oman und 30% in dem Teilstaat Abu Dhabi variiert[34a].

Bahreins Gesellschaftsstruktur, die sich seit der Gründung der ersten modernen Schule im Jahre 1919 stetig der vielseitig sich entwickelnden Wirtschaftsstruktur angepaßt hatte, drängte bereits in den 1950er Jahren zu politischen Reformen. Unter Mitwirkung des erwähnten britischen Beraters hatten sich zwei Generationen der Al-Khalifah Regenten dem Aufbau zahlreicher nach modernen Prinzipien funktionierender Verwaltungsabteilungen gewidmet, deren Leiter einzig und allein dem Regenten verantwortlich blieben[35]. Im März 1956 wurde jedoch durch Dekret ein ‚Verwaltungsrat' geschaffen, der aus drei Mitgliedern der Regentenfamilie, zwei Staatsbürgern und einem neuen britischen Berater bestand. Entscheidungen politischer Natur blieben nach wie vor dem Regenten vorbehalten.

Die britische Abzugserklärung gab dem Prozeß politischer Institutionenbildung neuen Impetus. Am 19. Januar 1970 wurde ein ‚Staatsrat' geschaffen, dem die Präsidenten von 12 der wichtigsten Verwaltungsabteilungen angehörten. Der Vorsitzende des Staatsrates und alle Mitglieder wurden vom Regenten ernannt und waren sowohl kollektiv als auch individuell dem Regenten für die Ausführung der exekutiven Gewalt verantwortlich. Ansonsten kam der Staatsrat einem vollverantwortlichen Kabinett gleich, da diesmal auch Finanzen, Außenpolitik und Verteidigung der unmittelbaren Exekutive des Regenten entzogen und Kabinettsmitgliedern anvertraut wurden. Die Tatsache, daß der Vorsitzende und 4 der 12 Mitglieder der Regentenfamilie angehörten, wurde von vielen politisch engagierten Bürgern in Bahrain als Anzeichen dafür gewertet, daß diese Konstruktion nur funktionieren könne als eine Übergangslösung, zumal dieser Schritt im Januar 1970

[34a] Siehe Tabelle im Anhang, S. 209.

[35] Diese Entwicklung ist festgehalten in: Government of Bahrain, Administrative Report for the years 1926–1937, December 1937, und in den von 1938 ab jährlich von der Regierung von Bahrain herausgegebenen Jahresberichten (Annual Reports); siehe auch Charles D. Belgrave, Personal Column, London 1960.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den schon oft und laut formulierten Hoffnungen auf eine Verfassung und ein Parlament ein vorläufiges Ende gesetzt hatte.

Seit Herbst 1971 international anerkannt und wirtschaftlich bemerkenswert gefestigt, konnte Bahrain als erster der vier Staaten die Demokratisierung des politischen Lebens jedoch nicht allzu lang hinauszögern. Die männliche Bevölkerung wurde am 1. Dezember 1972 zum erstenmal zu den Wahlurnen gebeten, um 22 Abgeordnete einer „Verfassunggebenden Versammlung" zu wählen. Politische Parteien und Gewerkschaften waren und blieben zwar verboten; politisch wirksame religiöse Unterschiede zwischen sunnitischen und schiitischen Moslems und das Bewußtsein beträchtlicher wirtschaftlicher und sozialer Divergenzen innerhalb der einheimischen Bevölkerung sorgten aber – wie zuzeiten der ersten Gemeindewahlen in den Jahren von 1927 an[36] – dafür, daß die Wahlergebnisse dennoch ein gewisses Maß an echter politischer Tragweite erhielten. Die Regierung nominierte ihrerseits 8 Bürger und 13 Minister als Mitglieder der Versammlung, die somit aus 22 gewählten und 21 ernannten Mitgliedern bestand. Am 16. Dezember begann die Versammlung den Verfassungsvorschlag zu diskutieren[37].

Politische Parteien waren auch bei den ersten Parlamentswahlen am 7. Dezember 1973 nicht offiziell an der Polarisierung der Kandidaturen beteiligt. Das Ergebnis der Wahlen, an denen 25 000 männliche registrierte Wähler teilnahmen, war ein Überraschungssieg für die jüngeren, oft als „Linke" bezeichneten der 111 Kandidaten, während viele Mitglieder der ‚Verfassunggebenden Versammlung' keinen der 30 Sitze mehr gewannen. Das neue Parlament wurde wiederum mit 14 Kabinettsmitgliedern aufgefüllt.

Diese Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Institutionenbildung spiegeln den schon seit langem erreichten Stand einer – relativ zu den anderen Staaten – sehr weit durch Erziehung veränderten Gesellschaftsstruktur wieder. Obwohl Bahrain mit etwa 390 US Dollar G.N.P. pro Kopf und Jahr bedeutend unter der Trennungslinie von 1000 Dollar zwischen „entwickelt" und „unterentwickelt" liegt, kann sich der Staat in Anbetracht seiner weitgehend schon bezahlten sozialen Infrastruktur in mehr als einer Hinsicht als gleichrangig mit einer Reihe von Staaten des Mittleren Ostens betrachten[38].

---

[36] Die Ergebnisse dieser Wahlen sind ersichtlich aus den Annual Reports; die politische Unzufriedenheit der Intellektuellen während der 1950er und 60er Jahre spiegelt sich in einer Reihe von Büchern und Dissertationen von Bahrainis wider; vgl. z. B. Fahim I. Qubain, Social Classes and Tensions in Bahrain, in: Middle East Journal 9 (1955), S. 271 ff., oder Teile von Al-Baharna, a. a. O., siehe auch R. Owen, The Golden Bubble, London 1957.

[37] Diese Entwicklung wurde in der lokalen Presse mit großem Interesse verfolgt. Leichter zugängliche Quellen für Wahlergebnisse etc. sind die einschlägigen Nummern von Zeitschriften wie z. B. Middle East Economic Digest und Arab Report and Record (beide London) oder Middle East Economic Survey (Beirut).

[38] Bahrain ist gegenwärtig im Begriff durch Erweiterungsbauten seinen Krankenhauskomplex zum größten medizinischen Zentrum des Golfes zu machen, mit finanzieller Hilfe von Saudi-Arabien und Kuwait; für die Entwicklung der Erziehung vgl. z. B. Abdul-Malik Al-Hamar, Development of Education in Bahrain 1940–1965, Bahrain 1969, und die Jahresberichte des Ministeriums.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Unterschied zu den anderen Staaten der Region hat Bahrain heute nur noch in wenigen Spitzenpositionen der staatlichen Verwaltung Mangel an geeigneten Fachkräften, der von außerhalb gedeckt werden muß. Das knappe Fünftel der nicht einheimischen Bevölkerung ist – soweit ökonomisch aktiv – vorwiegend im privaten Sektor beschäftigt[39]. Omanis, Iraner und Belutschen stellen zusammen mit Bahrainis die Mehrzahl der ungelernten Arbeiter; Inder, Nordaraber und Europäer sind in den vielen Sparten der Dienstleistungsindustrie, im Bankwesen und bei den verschiedenen Kommunikationsgesellschaften beschäftigt. Bahrain hat als einziges Land im Golf gegenwärtig ein Überangebot an Kandidaten für die nicht-technischen „white collar" Berufe innerhalb der einheimischen Bevölkerung[40].

Der Mangel an technisch geschulten Angestellten und an Spezialarbeitern wurde vor einigen Jahren von der Regierung erkannt. Dies führte zu einer Revision der Bildungspolitik und zu dem Versuch, die gesellschaftliche Unterbewertung technischer Berufe auszumerzen. Die deutlich erkennbare staatliche Schwerpunktsetzung auf eine breitere Streuung der Ausbildungswege bildet einen integralen Teil der Wirtschaftspolitik. Da die Ölproduktion in Bahrain nicht mehr wesentlich erhöht werden kann und in den letzten Jahren zusammen mit der Raffinierung von importiertem saudi-arabischem Öl die Petroleumindustrie nur ein bis zwei Drittel des Nationaleinkommens ausgemacht hatte, sah die Regierung die besten Aussichten für zukünftige Prosperität in der Konzentration auf Industrialisierung und den Dienstleistungssektor. Das Beispiel von Beirut hat unzweifelhaft Pate gestanden beim Bestreben, den Inselstaat zum Zentrum für die wirtschaftliche Expansion in den ölreichen Nachbarländern zu machen. Die Firmen, die der technischen Unterstützung der Ölindustrie dienen, zogen bereits eine erstaunliche Anzahl von Banken, Hotels, Druckereien, Telekommunikations- und Schiffahrtsgesellschaften etc. nach[41]. Abgesehen von der schon im Jahre 1936 begonnenen Raffinerie, die jetzt 5000 Arbeiter beschäftigt, hat Bahrain in einer erdgasbetriebenen Aluminiumschmelzanlage einen der bedeutendsten Industriekomplexe auf der arabischen Seite des Golfes aufgezogen. Der Bau von „ALBA" beschäftigt über 2500 ungelernte Arbeiter und Spezialisten; der Betrieb ist jetzt weitgehend in den Händen angelernter Bahrainis[42].

Preiserhöhungen und Produktionsbeginn von einem neuen Ölfeld ermöglichten einen Staatshaushalt für 1974 von 350 Millionen DM gegenüber 220 Millionen DM für 1973. Bezeichnenderweise zeigt der Haushaltsplan den weitaus größten

---

[39] Die größte ausländische Gruppe stellten im Jahr 1971 die 9000 Omanis im Lande dar, von denen inzwischen zusammen mit den Sansibaris viele nach Oman zurückgekehrt sind.

[40] Aus: State of Bahrain, Ministry of Finance, Statistical Abstract, 1971.

[41] Diese Politik der Diversifikation um jeden Preis beeinflußte auch die Entscheidung der Regierung, das Projekt eines Trockendocks für Supertanker (LCC) nicht aufzugeben, nachdem Dubai die Finanzierung eines rivalisierenden Projektes schon unter Dach und Fach hatte, während Bahrain noch auf die Einigung der beteiligten Mitglieder der „Organisation of Arab Petroleum Exporting Countries" (OAPEC) wartete.

[42] Teilhaber der ALBA sind die Regierung von Bahrain mit 19% und sechs Gesellschaften verschiedener Nationalitäten; im Juli 1974 wurde die Anlage beinahe durch Streiks stillgelegt.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zuwachs in der Sparte der nicht wiederkehrenden Ausgaben. Das bedeutet, daß die Regierung diese Windfallgewinne vor allem zum Bau des Trockendocks, der Erweiterung des Aluminiumwerkes und dem Aufbau einer Hotelfachschule und anderen Projekten benutzen will, in der Hoffnung, die geographische Lage und die vergleichsweise höhere Spezialisierung der arbeitenden Bevölkerung als Garantien für ein wirtschaftliches Auskommen in der Zukunft nutzen zu können.

Die Verwendung der begrenzten ökonomischen Mittel Bahrains wird von einer Öffentlichkeit beobachtet, die in wachsendem Maße auf Regierungsentscheidungen Einfluß nimmt. Die konstitutionellen Möglichkeiten dazu wurden der Regierung Schritt für Schritt abgerungen; die Gefahr, daß das Parlament vorwiegend der Selbstgenugtuung eines benevolent aber dennoch absolut regierenden Staatsoberhaupts dient, scheint in Bahrain von allen Golfstaaten am geringsten[43].

Bahrain hat eine Anzahl etablierter sowohl wie neureicher Handelsfamilien, neben denen die – in anderen Golfstaaten sehr prominente – Gruppe der hochdotierten, aber unbedeutenderen Scheichs politisch und gesellschaftlich weniger ins Auge fällt. Abgesehen von einer Reihe von wichtigen Ministerposten, die gegenwärtig noch Mitgliedern der Regentenfamilie vorbehalten sind, unterliegen die Gesellschaft im allgemeinen und die Staatsverwaltung im besonderen weitgehend dem Leistungsprinzip. Die Karrieremöglichkeiten sind so vielseitig und die Ausbildungsmöglichkeiten bieten eine genügende Variationsbreite (zusammen mit der Möglichkeit, Studenten ins Ausland zu schicken), daß ein echter Wettbewerb unter dem für den Aufstieg geeigneten einheimischen Personal besteht.

Mit der Wahl des Parlaments ist Bahrain aus dem Kreis der Staaten herausgetreten, die durch die Kombination gesellschaftlicher Rückständigkeit mit unverdaulich großem finanziellen Reichtum zu zerfallen drohen. Es hat jedoch seine eigenen Probleme gesellschaftlicher und politischer Inkongruenz: Eine breite Schicht gebildeter Intelligenz zweier Generationen und eine Arbeiterschaft, die sich ihrer wirtschaftlichen Rechte bewußt ist und sie häufig durch Streiks verficht, werden das Funktionieren des Staates immer genauer unter die Lupe nehmen. Die Privilegien der regierenden Familie, die Höhe der „privy purse" des Regenten und die Apanage seiner Angehörigen werden immer mehr als unzeitgemäße Überreste einer überwundenen Periode empfunden, während das Monopol der Al-Khalifah im Kabinett und in allen höchsten Staatsämtern von der politischen Führungsschicht angeprangert wird.

Qatars jüngste Entwicklung im Aufbau politischer Institutionen lehnt sich zwar an das Beispiel von Bahrain an, zeigt aber eine wesentlich geringere Variations-

[43] Die sehr kompromißlos erscheinenden Konfrontationen im Parlament von Kuwait z. B. können viel eher als Anzeichen dafür gewertet werden, daß in einem von oben institutionalisierten Parlament, das nur eine Minderheit der Einwohnerschaft repräsentieren kann – da die Mehrheit rechtlich als Ausländer gilt – einige Mitglieder die Tendenz haben, durch extreme Ansichten den Mangel an echtem Mandat zu kompensieren.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

breite. Die Wirtschaftsstruktur dieser spärlich besiedelten Halbinsel beschränkte sich bis zum Beginn der Ölsuche auf Fischerei und Perlenfischerei mit nur geringem Anteil am Seetransport und Handel des Golfes und fast keiner Oasenlandwirtschaft[44]. Der wirtschaftliche Aufschwung seit dem Beginn des Ölexports hat zwar in den letzten Jahren den staatlich gelenkten Aufbau einiger neuer Wirtschaftszweige mit sich gebracht, im Vergleich zu Bahrain ist jedoch das Staatseinkommen viel ausschließlicher vom Öl abhängig. Die beeindruckenden Statistiken im Erziehungswesen[45] der letzten zwei Jahrzehnte können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Qatar bisher noch keine nennenswerte Berufsstreuung seines einheimischen Arbeitskräftepotentials erreicht hat. Das bedeutet einmal, daß Qatar noch größtenteils auf „Gastarbeiter" sowohl in der ungelernten Gruppe als auch in der Gruppe der technischen Experten und der Lehrer angewiesen ist. Nur in Handel und Gewerbeunternehmen haben sich sehr schnell einheimische Gruppen einschalten können.

In Qatar fehlt die in Bahrain bis heute bemerkbare Politisierung der religiösen Zweiteilung, die sich dort nicht selten als gesellschaftliche Diskriminierung auswirkte. Die religiöse Homogenität – die einheimische Bevölkerung besteht fast ausschließlich aus Sunniten, aber nach dem puritanischen Wahhabismus von Saudi-Arabien hin orientiert – bringt eine starke, der ganzen Gesellschaft gemeinsame Bindung an ihre traditionellen politischen und religiösen Führungsfamilien und ihre Rechtsprechungsautorität mit sich.

Wie in den anderen Staaten hatten die wirtschaftliche Entwicklung und der staatlich gesteuerte Aufbau der Infrastruktur die Bestellung von Verwaltungsabteilungen notwendig gemacht, deren Leiter und technisches Personal zu Anfang meist aus den anderen arabischen Ländern oder aus Großbritannien stammten. Der Regent behielt jedoch volle Autorität über die gesamte Exekutive, Legislative und die traditionelle Jurisdiktion. Dieses paternalistische Regime der seit dem 19. Jahrhundert regierenden Al-Thani Familie wurde schließlich – wenigstens auf dem Papier – der wachsenden wirtschaftlichen Selbständigkeit eines Teils der einheimischen Bevölkerung angepaßt, indem im April 1970 eine „Provisorische Verfassung" verkündet wurde[46].

Der Rahmen dieser Verfassung ist ein Ausdruck der Ambivalenz der damaligen politischen Möglichkeiten und enthält einerseits die Feststellung, daß Qatar ein

---

[44] Politisch hatte die Halbinsel Ende des 19. Jhs. und Anfang des 20. Jhs. Bedeutung als Überschneidungspunkt britischer und türkischer Interessen, was in den Verträgen der beiden Mächte von 1913/1914 zum Ausdruck kommt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Qatar routinemäßig enger an Großbritannien gebunden und sein Status wurde dem der Vertragsstaaten im Jahr 1916 angeglichen.

[45] Das formelle Schulwesen begann im Jahre 1956 mit etwa 1400 Volksschülern und 80 Lehrern in 17 Schulen. Im Jahre 1972/73 gab es 23 392 Schüler (davon 10 435 Mädchen) in 93 Schulen verschiedener – auch technischer Stufen; Jahresbericht für 1972/3 des Ministeriums für Erziehung und Jugendfürsorge in Doha.

[46] Veröffentlicht im Gesetzblatt von Qatar, Jg. 10, No. 4, April 1970, und als Sonderdruck in englischer Übersetzung: The Provisional Constitution of the State of Qatar, Doha, o. J.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„unabhängiger, souveräner arabischer Staat" ist, ungeachtet der Tatsache, daß Großbritannien noch für die Außenpolitik und Verteidigung verantwortlich und in der Tat für beide Aufgaben kein Ministerium in dieser Verfassung vorgesehen war; andererseits erklärte die Verfassung, daß Qatar ein Mitglied der Föderation der Emirate vom Februar 1968 sei.

In dem Prozeß der internen politischen Institutionsbildung stellte diese Verfassung einen beträchtlichen Einschnitt dar, obwohl der Regent die oberste Instanz für jegliche politische oder rechtliche Entscheidung blieb. Das Kabinett von zehn Mitgliedern, die vom Regenten ernannt wurden und ihm verantwortlich waren, stellte eine wesentliche Straffung der Exekutive dar gegenüber den 30 Verwaltungsabteilungen[47]. In der Praxis waren die Minister des ersten Kabinetts – mit einigen wenigen Ausnahmen – weder sachkundige Fachleute noch Repräsentanten einer bestimmten Gruppe oder Partei; sieben von ihnen waren enge Verwandte des Regenten. Die provisorische Verfassung sah außerdem die Bildung einer „Beratenden Versammlung" vor; dieses Versprechen wurde jedoch erst zwei Jahre später unter einem neuen Regenten verwirklicht.

Diese auf den ersten Blick stereotype, in wichtigen Details jedoch sehr individuell auf die damalige Entwicklungsstufe zugeschnittene Verfassung war Ausdruck der Übergangsperiode. Zwar benötigte der Staat die in ihr vorgesehenen neuen Institutionen sozusagen als zusätzliche Deliberationszentren, jedoch ist das politische Verständnis des Regenten sowohl wie der Regierten noch vollständig befangen in der Beurteilung von persönlichen Kontakten und nicht von unpersönlichen Institutionen. Deshalb blieben alle politischen Körperschaften, d. h. Kabinett, Beratende Versammlung, Gerichte, Handelskammer auf den Regenten ausgerichtet. Wiewohl die Regierung auch mit der Verfassung das paternalistisch-autokratische Gewand noch nicht abgestreift hatte, so wurden doch schon allein wegen der fortschreitenden Kompliziertheit und dem wachsenden Volumen der Regierungsgeschäfte nach 1971 besondere persönliche Qualitäten von einem Regenten erwartet – gerade in einem solchen halbkonstitutionellen Regime. Scheich Ahmed bin Ali al-Thani, unter dessen Regentschaft die institutionellen Veränderungen ins Leben gerufen wurden, war weder der spiritus rector solcher Reformen, noch schien er von seiner Persönlichkeit her geeignet, den raschen Modernisierungsprozeß der 1970er Jahre selbst formend zu beeinflussen. Diese Rolle kam vielmehr in wachsendem Maße seinem Vetter Khalifah bin Hamad zu[48]. Als stellvertretender Regent und seit 1970 als Premierminister und gleichzeitig Minister für Öl und Finanzen trug er den Löwenanteil an der Regierungsverantwortung, während der Regent selbst sich auf zeremonielle Aufgaben beschränkte und einen beträchtlichen Teil des Jahres außer Landes verbrachte.

---

[47] Für Details des Verwaltungsaufbaus siehe Sadik/Snavely, a. a. O., S. 158 ff.

[48] Scheich Ahmeds Regentschaft war von vornherein eine Kompromißlösung, da nach der Abdankung seines Vaters im Jahre 1960 der rivalisierende Zweig seinen Anspruch nur unter der Bedingung aufgab, daß Ahmed den wesentlich jüngeren Vetter Khalifah als Mitregenten und Kronprinzen akzeptierte.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Februar 1972 wurde Khalifahs praktische Führungsverantwortung formell bestätigt und „mit dem Segen und der Unterstützung der regierenden Familie, der Armee und des Volkes“[49] wurde Scheich Ahmed in seiner Abwesenheit in einem unblutigen Coup abgesetzt und Scheich Khalifah zum Regenten proklamiert. Zu den längst überfälligen Reformen gehörte vor allem die Apanage, die die männlichen Mitglieder der regierenden Familie automatisch vom 12. Lebensjahr ab bezogen hatten; die Familie zählt über 500 Mitglieder – in einer Bevölkerung von knapp 170 000, von denen nur zwei Drittel Einheimische sind. Das Einkommen des abgesetzten Regenten selbst wurde auf etwa 25 % des Staatseinkommens geschätzt. Deshalb erreichte das für 1972 veröffentlichte Budget nur 120 Millionen DM, während die geschätzten Einnahmen von Öl für das Jahr 1972 420 Millionen DM überschritten.

Mit dem neuen Regenten kamen drei fachlich qualifizierte Minister und eine Reihe spezialisierter höherer Verwaltungsbeamter, deren Verantwortlichkeit sich in einer sichtbaren Straffung der gesamten Entwicklungspolitik bemerkbar machte[50]. Die neue Regentenschaft fiel zeitlich zusammen mit der Erweiterung des Rahmens für die Selbstdarstellung des Staates auf dem arabischen und internationalen Parkett nach dem Ende britischer Verantwortlichkeit. In einem Klima der begrenzten Reformen und der gleichzeitigen betonten Rücksicht der Regierung auf die so fest verankerten religiösen und gesellschaftlichen Traditionen der einheimischen Einwohner bestehen für die einheimische Gesellschaft im Vergleich zu den anderen Staaten relativ wenige Ansatzpunkte für politische und soziale Spannungen. Allen Absolventen einheimischer oder ausländischer Erziehungsinstitute steht eine Auswahl an Karrieremöglichkeiten im staatlichen oder privaten Sektor offen. Die Leistungen des Staates auf dem Gebiet der Wohnungsbeschaffung, der Gesundheits- und Altersfürsorge sind nicht nur großzügig, sondern auch vergleichsweise gut organisiert und für die einheimische Bevölkerung jedenfalls leicht zugänglich.

Die Tatsache, daß in Qatar vor allem seit Scheich Khalifahs Machtübernahme selten Kritik an der Regierungsform selbst zu hören ist, läßt sich einerseits auf den saturierten Status der führenden Familien zurückführen, deren Möglichkeiten für wirtschaftliche Erfolge heutzutage vielfältiger sind als je zuvor, deren Söhne jedoch nicht selten Studien im Ausland und eine Karriere in der Staatsverwaltung bevorzugen. Dieses spannungsarme Einvernehmen zwischen den „arrivierten“ einheimi-

---

[49] Laut einer Erklärung vom 22. 2. 1972 im Rundfunk des Staates Qatar und einem Interview mit der Londoner „Times“, das am 28. 2. 72 publiziert wurde.

[50] Von den 14 Ministern sind zwar 8 Mitglieder der Al-Thani Familie und ein Minister ist Scheich eines wichtigen Stammes; der Minister für Information und in Personalunion Direktor des Büros des Regenten ist jedoch z. B. ein Absolvent der Fakultät für Politische Wissenschaft der Amerikanischen Universität Beirut und der Minister für Petroleum und Finanzen, Sohn des Regenten, ist Absolvent einer amerikanischen Universität. Zwei Engländer in Schlüsselpositionen der Armee und der Polizei wurden ebenfalls durch Einheimische ersetzt.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Familien und dem Regenten spiegelt sich in der Beratenden Versammlung wider, die im Juni 1972 ihre Funktion begann[51].

Die Beratende Versammlung besteht aus den Ministern und 20 vom Regenten ernannte Qatari-Bürgern – Handelsleute, Besitzer von Marktgärten und Baugrund, Repräsentanten der wichtigsten Stammesfamilien und der Dörfer außerhalb der Hauptstadt. Obwohl eine solche Art der nationalen Mitsprache der Bevölkerung praktisch nicht viel mehr sein kann als eine Formalisierung der in diesen Staaten durchgehend gepflegten informellen Konsultation im täglichen „Majlis" zwischen Regent und Ältesten der Gemeinde, hat die Beratende Versammlung in Doha ein bemerkenswertes Maß an echtem parlamentarischem Eigenleben entwickelt und spielt eine wichtige Rolle bei der Formulierung neuer Gesetze.

Die Masse der weniger einflußreichen einheimischen Bevölkerung ist gegenwärtig auch noch wenig geneigt, grundsätzliche Kritik an der Struktur des Staates und einer Verwaltung zu üben, die auf so vielen Gebieten des täglichen Lebens und vor allem der Erziehung spürbar zur Hebung des Lebensstandards beitragen – und die außerdem oft die einheimischen Arbeiter in ihren Forderungen nach höheren Löhnen oder besseren Arbeitsbedingungen unterstützen. Jedem Qatari steht es außerdem offen, persönlich seinem Regenten Probleme vorzutragen, und viele machen jeden Morgen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die anfängliche Konfusion der Ziele, die unter Zeitdruck stattfindenden Verhandlungen und die iranische Besetzung der Inseln als Auftakt schienen keine guten Vorzeichen zu sein für ein erfolgreiches Zusammenwachsen der sieben Vertragsstaaten in die *Vereinigten Arabischen Emirate (VAE)*. Verfassungstheoretiker sowie politische Beobachter der Gegend stellen mit gewissem Erstaunen fest, daß 3½ Jahre später die Föderation nicht nur noch besteht, sondern in so kurzer Zeit schon erstaunliche Fortschritte zur Konsolidierung gemacht hat.

Nachdem Iran mit seinem Handstreich vom Dezember 1971 sein militärisches Supremat etabliert hatte, schien der neue Staat der VAE weniger bedroht durch externe Agression als durch die Möglichkeit der eventuell von außen beeinflußten internen Sezession, wofür vor allem die wirtschaftliche Ungleichheit der sieben Stammes-Staaten Nährboden genug sein konnte.

Während die für die größere Einheitlichkeit notwendige Durchdringung aller sieben Kleinstaaten mit dem selben Maß an Institutionenbildung und an Entwicklungsplanung notwendigerweise einige Zeit in Anspruch nimmt, wurde das zerbrechliche neue politische Gebilde der VAE durch geschickte außenpolitische „forward"-Taktik sofort beträchtlich gekräftigt. Entgegen dem Rat des britischen Außenministerium, das inoffiziell erst eine Periode der Konsolidierung empfahl, ehe sich die Föderation international betätigte, begann die VAE schon in den ersten Tagen ihrer Existenz eine Kampagne für internationale Anerkennung. Der Staat wurde nicht nur noch im Monat seiner Gründung Mitglied der UN und der Ara-

[51] Gesetzblatt, von Qatar, Jg. 12, No. 5, April 1972, und in englischer Übersetzung als Sonderdruck: The Amended Provisional Constitution of the State of Qatar, Doha, o. J.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bischen Liga und einer Anzahl internationaler, arabischer und islamischer Organisationen, sondern begann auch sofort Botschaften und Staatsbesuche auszutauschen und an so vielen internationalen Konferenzen teilzunehmen als der akute Mangel an geeignetem einheimischem Personal es erlaubte[51a]. Diese intensive diplomatische Aktivität trug dazu bei, daß die VAE tatsächlich im internationalen politischen und wirtschaftlichen Bewußtsein einen Platz zu erringen im Begriff ist und es von Monat zu Monat unwahrscheinlicher wird, daß die Föderation einfach über Nacht wieder von der Landkarte verschwindet. Gleichzeitig begann die Föderation im Bewußtsein der Bevölkerung eine Realität zu werden: Handgreifliche Beweise der zentral gesteuerten Entwicklungsanstrengungen unterstützen die Versuche der offiziellen Kommunikationsmedien, wodurch die Erfolge im Ausland für die Anerkennung der Union im Inland umgemünzt werden.

Formelles Gerüst der neuen Föderation bilden ihre zentrale Gesetzgebung und ihr Regierungs- und Verwaltungsapparat, die auf der Föderationsverfassung basieren[52]. Diese Verfassung wird offiziell als eine provisorische bezeichnet. Sie enthält zwar viele Passagen, die als Standardbestimmungen von anderen Verfassungen übernommen wurden und unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen schwerlich oder überhaupt nicht mit Leben erfüllt werden können. Andere Teile sind jedoch deutlich auf die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Situation der Föderation zugeschnitten.

In Anbetracht der historischen Eigenständigkeit der ehemaligen Vertragsstaaten ist das föderalistische Element in der Verfassung der VAE erstaunlich schwach. Der Unterton der wenigen Artikel, die die Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten berühren, ist nicht bundesstaatlich, sondern zielt deutlich auf eine Union. In der Abgrenzung föderaler und einzelstaatlicher Gesetzgebung, Exekutive und Jurisdiktion bleiben den einzelnen Emiraten nur wenige Randgebiete, auf denen sie volle Souveränität ausüben können[53]. Die Aufzählung der Kompetenzen der Unionsorgane ist äußerst umfassend, während es keinen Katalog der ausschließlichen Kompetenzen der Einzelstaaten in der Verfassung gibt, sondern solche Kompetenzen von der Verfassung her gesehen – mit wenigen Ausnahmen – nur bestehen können, kraft der Unterlassung, sie in den Katalog der Artikel 120 und 121 aufzunehmen[54]. Artikel 125 macht unmißverständlich deutlich, daß die Mitgliedstaaten der Union zur Durchführung der Gesetze und Verwaltungsdirektiven

---

[51a] Im März 1975 hatte die VAE schon 21 Botschaften in Hauptstädten vor allem der arabischen und islamischen Welt.

[52] Veröffentlicht im Gesetzblatt der VAE, Jg. 1, No. 1, Dezember 1971, S. 1–39. Eine offizielle Übersetzung existiert im Sonderdruck; eine inoffizielle Übersetzung in's Englische ist veröffentlicht in: The Middle East Journal 26 (1972), S. 307–325.

[53] Artikel 120–125.

[54] Die Ausnahmen, wo Gesetzgebungs- oder Exekutivkompetenzen der Einzelstaaten expressis verbis niedergeschrieben sind, finden sich an anderen Stellen: Die Wahl, bzw. Ernennung der Delegierten eines Emirates zur Nationalversammlung kann z. B. von jedem Staat individuell geregelt werden (Art. 69); die Regelungen über die Finanzen der Union implizieren eine separate Finanzverwaltung und -gesetzgebung der Einzelstaaten (Art. 126–136).

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Union verpflichtet sind und auch nur in diesem Rahmen ihre eigenen regionalen Gesetze und Regelungen erlassen sollen[55].

Die Entstehung der provisorischen Verfassung macht diesen unerwartet zentralistischen Charakter verständlich. Den Regenten der winzigen und wirtschaftlich schwachen fünf nördlichen Emiraten fehlte nicht nur das politische Gewicht, um sich zentralistischen Trends zu widersetzen; da ihren Sprechern auch weitgehend die Bedeutung vieler Passagen in einer formellen Verfassung völlig fremd war, hatten sie kaum konstitutionell verwertbare Gegenvorschläge parat. Nachdem sich die Regenten von Abu Dhabi und Dubai aus politischer Einsicht auf die Union geeinigt hatten, versuchten sie, zusammen mit ihren Beratern und allen Befürwortern der Union, die Möglichkeiten für Separatentwicklungen auszuschließen. Gleichzeitig wurde aber besondere Rücksicht genommen auf das historisch bedingte Bedürfnis nach formeller Selbständigkeit der Stammesstaaten und auf die Gewohnheit der Bevölkerung, den Stammesscheich als Autorität in den meisten Lebenslagen zu betrachten. Die Versammlung der sieben regierenden Scheichs wurde deshalb in der Verfassung zum obersten Staatsorgan gemacht.

Diesem „Obersten Rat" sollen laut Verfassung alle Gesetze der Union zur Befürwortung vorgelegt werden und ihm steht auch die Ernennung des Präsidenten des Verfassungsgerichts anheim. Seine wichtigste Funktion ist die Wahl des Präsidenten der Union aus seiner Mitte. In der Praxis führt der Oberste Rat als das höchste Organ für richtungsweisende Entscheidungen der Politik der Union nur ein Schattendasein. Während der 40 Monate seines bisherigen Bestehens tagte der Oberste Rat nur neunmal, vor allem um sich seiner verfassungsmäßigen Verpflichtungen – wie die Sanktion des Haushalts der Union und der föderalen Gesetze – zu entledigen. Ansonsten scheint so eine Art „gentlemen agreement" zu bestehen, daß die Stammesscheichs dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten, dem Kabinett und den Ministerien das Regieren der Union überlassen – soweit diese nicht ihre Pläne für das eigene Emirat durchkreuzen.

Der letztere Fall tritt leicht und häufig ein in einem so neuen Staatsgefüge, das sich erst eine Regierungs- und Verwaltungsroutine aufbauen muß. Solche unvermeidlichen Reibungen werden meistens in zweiseitigen Verhandlungen zwischen dem Präsidenten und dem Scheich beglichen. Auch die oft notwendigen Erläuterungen von zentralen Regierungsmaßnahmen kommen seltener in den formellen Sitzungen des Obersten Rates als in informellen Zusammenkünften zur Sprache, so daß Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse meistens schon eine zumindest vorläufige Lösung gefunden haben, ehe sie bei der eher zeremoniellen Gelegenheit einer Sitzung des Obersten Rates behandelt werden.

Die Stellung des Präsidenten der VAE in der provisorischen Verfassung spiegelt das traditionelle Autoritätsgefüge wider. Als primus inter pares wird er von den sieben Emiren aus ihrer Mitte auf fünf Jahre mit Verlängerungsmöglichkeit ge-

[55] Artikel 125: „Die Regierungen der Emirate sollen die angemessenen Schritte unternehmen, um die von der Union verkündeten Gesetze durchzuführen ... einschließlich der Verkündigung von örtlichen Gesetzen, Regelungen, Entscheidungen und Direktiven, die für die Durchführung notwendig sind ...".

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wählt. Das Amt schließt dann die volle exekutive und sogar umfassende legislative Macht ein, wie sie ein Stammesführer beanspruchen kann – vorausgesetzt, daß seine Regierungsmethoden traditionelle Gepflogenheiten nicht verletzen. Wenn z. B. nach Ansicht des Präsidenten und der Minister eine Angelegenheit erledigt werden muß, obwohl weder die Nationalversammlung noch der Oberste Rat in Sitzung sind, kann durch ein Dekret des Präsidenten die Angelegenheit mit Gesetzeskraft geregelt werden. Alle wichtigen strukturellen Passagen der Verfassung bestätigen diese grundsätzliche Ausrichtung auf die Position des Präsidenten: Die Kabinettsmitglieder werden vom Präsidenten ernannt und das Kabinett ist die exekutive Autorität der Föderation „unter der höchsten Kontrolle des Präsidenten". Er hat den Vorsitz im „Obersten Verteidigungsrat" und Sitzungen der Nationalversammlung finden auf seine Einladung hin statt.

Die Nationalversammlung von 40 Mitgliedern ist im Begriff, zu einem nicht unwesentlichen einigenden Faktor zu werden. Bei den Diskussionen über Gesetzesvorlagen und eigenen Initiativen der Unionsverwaltung und in ihren Äußerungen zur Regierungspolitik tritt der anfängliche Regionalismus der Delegierten immer weiter in den Hintergrund. Die Bestellung der Delegierten ist jedem Emirat überlassen; bisher wurden jedoch alle Mitglieder von den Scheichs der jeweiligen Emirate nominiert und nicht gewählt. Die Zahl der Delegierten war erst kurz vor der Unterzeichnung der Verfassung im Juli 1971 in einem Kompromiß gestaffelt festgelegt worden: Abu Dhabi und Dubai senden je 8, Scharjah und Ras al-Khaimah je 6 und die drei restlichen Emirate je 4 Vertreter ihrer Wahl.

Eine Föderation so ungleicher Partner kann nicht ins Leben gerufen und am Leben erhalten werden allein kraft der Autorität des Verfassungstextes – besonders in einer Gesellschaft, in der von Regierenden und Regenten als geschriebenes Gesetz bisher nur der Koran anerkannt worden war. Was die Föderation innenpolitisch zusammenhält ist die Tatsache, daß keiner der fünf Zwergstaaten wirtschaftlich lebensfähig ist, während Abu Dhabi die Mittel und den Willen hat, die Föderation zu finanzieren. Der Haushalt der Föderation wird gegenwärtig fast vollständig von Abu Dhabi bestritten, obwohl die Verfassung vorsieht, daß jedes Emirat den gleichen Prozentsatz seines Staatseinkommens an den gemeinsamen Fiskus abführt.

Der Haushaltsplan von 1974 umfaßte 1,13 Milliarden DM[56]. Der Oberste Rat sanktionierte die grobe Aufteilung dieser Summe unter die diversen Posten wie Erziehung (18,6 %), Gesundheitswesen (12,8 %), Kommunikation (14,8 %), Information und Tourismus (4,6 %) usw. Ansonsten ist es Sache der Fachministerien, die ihnen zugeschriebenen Finanzen für die Durchführung der Aufgaben in den einzelnen Emiraten und Gemeinden aufzuteilen. In den meisten Fällen ist das zentrale Ministerium auch für die Durchführung der Projekte an Ort und Stelle unmittelbar verantwortlich[57]. Dem Staatshaushalt ist eine natürliche obere Grenze

[56] Das erste Budget der VAE betrug 133 Millionen DM (Abu Dhabi trug 111 Millionen DM davon); das Budget für 1972/3 war 340 Millionen DM und für 1973/4 waren 1,13 Milliarden vorgesehen.

[57] Die örtlichen Verwaltungsabteilungen sind – falls überhaupt vorhanden – oft nicht in der

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gesetzt durch die Tatsache, daß viele Ministerien noch im Aufbau begriffen sind und aufgrund unzureichender Organisation und Fachkräfte nur einen begrenzten Umfang an Projekten durchführen können.

Zugleich mit dem Haushalt wurde vom Obersten Rat verkündet, daß Abu Dhabi sich bereit erklärte, weitere Projekte außerhalb des Haushaltes zu finanzieren, falls der Bedarf und die Möglichkeit der Verwirklichung gegeben sind. In jedem Fall bekommen die einzelnen Emirate je nach politischem Gewicht und Bedarf zusätzliche Schulen und Kliniken, vor allem aber die publikumswirksamen Sozialhäuser von Abu Dhabi geschenkt. Außerdem werden die in traditionellen Bahnen geführten Regierungsobliegenheiten der Scheichs der armen Emirate von Abu Dhabi subventioniert.

Der Haushalt der Föderation zusammen mit den verschiedenen publizierten und privaten Geschenken an die Emirate verbrauchten nur einen unbedeutenden Teil der etwa 8,2 Milliarden DM, die Abu Dhabi 1974 an seinen Ölexporten verdiente. Die Souveränität der Einzelstaaten über ihre Bodenschätze und ihre Staatseinkünfte war jedoch eine conditio sine qua non, von der die treibenden Kräfte bei der Bildung der Föderation, d. h. vor allem die Scheichs von Abu Dhabi und Dubai, nicht abzuweichen gedachten. Gemäß Artikel 23 hat deshalb Abu Dhabi Verfügungsgewalt über alle Gelder, die es nicht an den Unionshaushalt abgegeben hat[58]. Die weder für die Föderation noch für Entwicklungsprojekte im Staat Abu Dhabi festgelegten Gelder werden nur teilweise für die Zukunft investiert. Über die Unterstützung von internationalen Hilfsorganisationen, von einzelnen Staaten – besonders der arabischen und der Dritten Welt – und von unzähligen wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen oder humanitären Projekten im In- und Ausland verfügt letztlich der Regent.

Entwicklungsprojekte für das Emirat Abu Dhabi werden deshalb nach wie vor gesondert finanziert; nur laufende Ausgaben wie die im Erziehungswesen hängen am zentralen Fiskus. Hafenbau, Konstruktion einer Raffinerie, einer Zementfabrik oder die Ausgaben für die lokale Verteidigungsmacht (die sich im Jahre 1973 allein für den Kauf von 14 Kampfflugzeugen des Typs Mirage verpflichtet hat) obliegen der eigenen finanziellen Verantwortung des Emirates von Abu Dhabi.

In Anbetracht der finanziellen und personellen Führungsrolle von Abu Dhabi – die sich prägend auf die politische Gegenwart der gesamten Föderation auswirkt – bedarf die bisherige Entwicklung einer kurzen Darstellung. Scheich Schakbut, der Vorgänger und ältere Bruder des derzeitigen Regenten von Abu Dhabi, wurde von der einheimischen Bevölkerung und den britischen Beratern kritisiert und schließlich abgesetzt, weil er das schon ins Land fließende Geld nicht schnell genug in Entwicklungsprojekte ummünzte. Die Politik des jüngeren Bruders Zayed mußte

Lage, mit einer ihnen zugeteilten Summe komplizierte Entwicklungsprojekte zu verwirklichen. Nur bei Routineverwaltungen wie z. B. des Erziehungswesens in Gemeinden, wo Schulen und Lehrer schon vorhanden sind, kann örtlichen Behörden ein gewisses Maß an Selbständigkeit gegeben werden.

[58] „The natural resources and wealth in each Emirate shall be considered to be public property of that Emirate".

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich deshalb notwendigerweise davon abheben. Noch als Gouverneur der Al-Ain Region hatte er versucht, dort das Skelett eines Schulwesens und ein verbessertes Bewässerungssystem einzuführen[59]; nach der Machtübernahme im August 1966 wurden zunächst die gesamten Einnahmen aus dem Öl in den Aufbau der sozialen Infrastruktur, wie das Schulwesen, ein Krankenhaus, Polizei, eine kleine Armee usw, gesteckt[60]. Dann wurden eine Reihe umfangreicher – damals als ziemlich undringlicher Prestigeprojekte geltender – Bauvorhaben gleichzeitig in Angriff genommen, was trotz wachsendem Öl-Einkommen zu einem wirtschaftlichen Engpaß in den Jahren 1969/70 führte: der Staat mußte Geld in London borgen.

Ein Fünfjahresplan für die Periode von 1968 bis 1972 mit einem Gesamtbudget von 207 Millionen DM stellte sich mehr als bloße Orientierungshilfe denn als realistische Zielsetzung heraus. Die Gründe dafür waren erstens, daß der Umfang des Bevölkerungszuwachses durch Einwanderung unmöglich vorausgesehen werden konnte und deshalb auf Gebieten wie Elektrizitäts- und Wasserversorgung jegliche Planung in kürzester Zeit hinter den wirklichen Bedürfnissen der Stadt herhinkten; zweitens wuchsen durch die Preiserhöhungen des Öls die verfügbaren Mittel so rapide an, daß auf vielen Gebieten der Planungshorizont alle Proportionen früherer Projekte sprengte; drittens geboten die seit Frühjahr 1968 laufenden Föderationsgespräche, daß die meisten Zukunftspläne auf die Bedürfnisse dieses Einzelstaates als eines bloßen Organs des größeren Körpers zugeschnitten wurden. Der wesentlichste Grund für die Abweichungen von fast allen Zielsetzungen des Fünfjahresplanes waren jedoch die logistischen Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung. Obwohl deshalb auf vielen Gebieten gemessen an den ursprünglichen Plänen ein „Übersoll" erfüllt wurde – vor allem im Bau von Straßen und Schulen – blieb vieles Wunschtraum. Auf Gebieten wie dem Gesundheitswesen von Abu Dhabi lag z. B. auch 1974 noch mehr im Argen als man in einem so reichen und sozial orientierten Gemeinwesen erwarten sollte.

Die mit dem Fünfjahresplan in volle Bewegung geratene Entwicklungswelle brachte den Zustrom von Tausenden von illegalen Hilfsarbeitern aus Pakistan, Iran, Aden oder Belutschistan, die nächtens an den flachen Stränden des Staates an Land gingen. Auf ihre Arbeitskraft konnte nicht verzichtet werden. Deshalb konnten auch die strikten Bestimmungen für Arbeitserlaubnis und Visas bei der Anstellung im Endeffekt nicht durchgeführt werden. Die indischen Sekretäre, Buchhalter und technischen Spezialarbeiter waren nach wie vor die Stützen der Ölgesellschaften und privaten Handelsunternehmen – dank ihrer englischen Sprach-

[59] Indem er Geld von lokalen Kaufleuten borgte, wenn sein Bruder das Projekt nicht mit Staatsgeldern unterstützte.

[60] Einige noch unter Scheich Schakbut angefangene große Bauprojekte, vor allem ein internationaler Flugplatz, eine Brücke von der Hauptstadt zum Festland, eine Autobahnverbindung zu der Oase Al-Ain und vor allem eine doppelte Wasserleitung von dort nach Abu Dhabi Stadt wurden fertig gestellt. Im Jahr 1960 gab es 81 Knaben in 3 Schulen, 1966 waren es 587 Schüler, 1973/74 gab es dann 15 806 Schüler und Schülerinnen im Staat; Department of Planning, Abu Dhabi – UAE, Emirate of Abu Dhabi, Statistical Abstract, Bd. 3, und Yearbook 1974, S. 24.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kenntnisse. Die Bauindustrie erhielt Zuzug an Mechanikern, Vorarbeitern, Ingenieuren, Sekretären und kaufmännischen Angestellten aus den nordarabischen Ländern, vor allem dem Libanon und Jordanien. Unter den palästinensischen Immigranten sind besonders viele als Fachkräfte ausgebildete mittlere Angestellte und einige brillante akademisch geschulte Berater.

Die rapide Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch Zuwanderung[61] Hand in Hand mit den Auswirkungen der Entwicklungsanstrengungen der Regierung führte zu einer wahren Explosion der Bürokratie. Der Bedarf an Lehrern, Technikern und Verwaltungsbeamten wurde ebenfalls in weitestem Maße aus den schon genannten Ländern gedeckt. Sobald das Skelett einer Infrastruktur bestand und das Leben in Abu Dhabi seinen Charakter als „hardship post" verlor, war keine Werbekampagne in den nordarabischen Ländern mehr nötig; vielmehr führte der Andrang von illegal oder nur besuchsweise in die Stadt Abu Dhabi drängenden Ausländern dazu, daß der Verwaltungsapparat in vielen Zweigen künstlich aufgeblasen wurde mit den Verwandten und Freunden von etablierten Beamten. Ein gerüttelt Maß an Konkurrenzkampf zwischen den Nationalitäten beeinträchtigte die Effizienz der Verwaltungszweige schon in der Aufbauphase. Gleichzeitig schrumpfte die Zahl der englischen Vertragsbeamten zusammen auf einen kleinen Stamm von Ingenieuren im „Public Works Department" und im Fernmeldewesen, einem Generalpostmeister, einem Finanzspezialisten für den Staatshaushalt, einem Statistiker und einigen Spezialisten verstreut in verschiedenen Verwaltungszweigen. Die Qualität des Gesundheitswesens litt besonders unter dem Konkurrenzkampf der Nationalitäten, dem die einheimischen Abteilungsleiter nicht nur tatenlos sondern auch hilflos zusahen.

Die erwähnte Entscheidung vom Sommer 1971, die 12 Verwaltungsabteilungen durch volle Ministerien zu ersetzen trotz der Aussicht auf die Bildung der Union, hatte eine weitere Vergrößerung des Beamtenapparates zur Folge. Zwar wurden fast alle Schlüsselpositionen Einheimischen vorbehalten, aber Abu Dhabi hatte zu dieser Zeit buchstäblich nur eine Handvoll einheimischer Staatsbürger, die bereit und von ihrer Ausbildung her in der Lage waren, Ministerposten oder andere führende Stellungen effizient auszufüllen. Sie waren die Söhne von Familien, die zu Scheich Schakbuts Zeiten unter Protest das Land verlassen hatten und in Doha Aufnahme, Zugang zu Schulen, Arbeitsplätzen und staatlichen Unterstützungen aller Art gefunden hatten. Nach dem Regierungswechsel kehrten diese Familien fast ausnahmslos aus dem Exil zurück – unter ihnen waren drei Universitätsabsolventen von Kairo bzw. Bagdad, denen Scheich Zayed sofort wichtige Verwaltungsaufgaben und im Juli 1971 Ministerposten anvertraute. Acht der 13 Ministerien wurden Angehörigen der regierenden Familie der al-Nahyan unterstellt[62].

---

[61] Zur Zeit des ersten Zensus im Staat Abu Dhabi, im März 1968, wurden 46375 Personen gezählt, davon waren 20352 Einheimische. Die gegenwärtigen Schätzungen bewegen sich um 130000.

[62] Zwei weitere Minister/Scheichs waren entferntere Mitglieder der Regentenfamilie; allein sechs der acht Al-Nahyan Minister sind Brüder und gehören einem Zweig der Familie an,

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abu Dhabi hatte damals bereits eine Reihe von Exilpolitikern aus verschiedenen arabischen Ländern angezogen, die in höheren Verwaltungsämtern, als Berater und im Fall eines langjährigen und sehr erfahrenen Botschafters von Irak bei der UN, sogar als Staatssekretär einen neuen Aufgabenkreis fanden. In dieser Gruppe befinden sich mehrere Mitglieder der ehemaligen Aristokratie von Bagdad, die in der englischen Mandatszeit an Universitäten wie Oxford oder Cambridge studiert und dann im Dienst der irakischen Regierung fachliche Erfahrungen erworben hatten. Ihre Loyalität und Einsatzbereitschaft im gegenwärtigen Dienstverhältnis scheint im allgemeinen besser zu sein als bei manchen Beratern aus anderen arabischen Ländern, die vor allem der verleichsweise hohe Verdienst und der große Konkurrenzkampf im eigenen Land an den Golf geführt oder deren Regierungen sie an Abu Dhabi „ausgeliehen" haben. Unter den Beamten und Beratern aus Kairo können die älteren Juristen kraft ihrer soliden Ausbildung und ihrer Erfahrung im System gemischter Gerichte dem Gastland wertvolle Dienste leisten; sie traten an die Seite der besonders als Verwalter und Richter im englischen System bewährten Sudanesen, die zu Beginn zusammen mit einigen Jordaniern in juristischen Stellen am zahlreichsten waren. Der Standard der gegenwärtigen technischen, medizinischen oder verwaltungswissenschaftlichen Ausbildung an den überfüllten Hochschulen von Ägypten rechtfertigt dagegen selten die hohen Statuserwartungen der Absolventen, wenn sie ins arabische Ausland drängen. Andererseits können sich auch die loyalsten und unentbehrlichsten ägyptischen Berater und Verwalter diesem Andrang der Emigrationswilligen aus dem eigenen Land kaum entziehen und versammeln schließlich gegen alle besseren Vorsätze nach hergebrachter ottomanischer Verwaltungssitte eine ständig wachsende Zahl mittelmäßiger Mitarbeiter, Freunde und Verwandte um sich.

Die Integration dieser aufgequollenen Verwaltung des größten der sieben Emirate in den Rahmen der Unionsverwaltung stellte keine einfache Aufgabe dar. Einmal so kraftvoll in Schwung gebracht, war die rollende Entwicklungsmaschine von Abu Dhabi schwer zur Koordination zu bewegen; vielmehr bestand die akute Gefahr, daß sie die schwächeren Partner überrollte und daß Abu Dhabi mit der Legitimation seiner finanziellen und personellen Übermacht die Verwaltung der gesamten neuen Union annektieren würde.

Die Verteilung der meisten Ministersitze unter die Söhne der regierenden Scheichs der sieben Emirate konnte nur formell diesem Problem Genüge tun. Praktisch wurde versucht, in der Unionsverwaltung so viele Bürger der nördlichen Staaten unterzubringen wie zur Verfügung standen. Es stellte sich dabei heraus, daß Staaten wie Scharjah, Ras al-Khaimah und Dubai zusammen tatsächlich auch die überwiegende Mehrheit der fertig ausgebildeten einheimischen Verwalter und Lehrer stellen konnten. Während für die ersten zwei Jahre der Union die Regierungs- und Verwaltungsstruktur von Abu Dhabi unangetastet weiter funktionierte, wurde der Unionsverwaltung, die sich zu etwa 90 % aus Einheimischen aus

der im Jahre 1922 die Macht verlor. Im Gegensatz zu Qatar ist die Zahl der mit Privilegien und dem Titel „Scheich" ausgestatteten Familienmitglieder begrenzt.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den nördlichen Staaten rekrutierte, Zeit gegeben, sich zu etablieren. Nicht alle Ministerien waren dabei gleich erfolgreich: einige führten zunächst mit wenigen Beamten ein Schattendasein; das Erziehungsministerium mit seinem Hauptquartier in Dubai hatte praktisch zunächst nur für die sechs nördlichen Staaten Exekutivgewalt.

Als dann im Dezember 1973 das Kabinett des Staates Abu Dhabi abgeschafft und gleichzeitig das föderative Kabinett neu gebildet wurde, war es möglich, die zahlenmäßig von Immigranten dominierte Verwaltungsmaschine von Abu Dhabi zu integrieren, indem die einzelnen Abteilungen den inzwischen schon etwas sattelfesten einheimischen Beamten der Unionsverwaltung unterstellt wurden. Zur gleichen Zeit wurden die während der Anfangsperiode an den Tag gelegten besonderen Fähigkeiten einiger junger einheimischer Beamte entsprechend gewürdigt, indem ihnen z. B. als Unterstaatssekretär Schlüsselpositionen gegeben wurden, während die oft nur repräsentativen Funktionen der Minister dem notwendigen Ausbalancieren der Ansprüche der verschiedenen Regentenfamilien dienten. Einige der Scheichs/Minister des neuen Kabinetts[62a] haben jedoch inzwischen durchaus genügend Erfahrung gesammelt, um mit einem nach fachlichen Gesichtspunkten ausgesuchten Staatssekretär ihren Posten so gut zu erfüllen wie mancher europäische Parteipolitiker den eines Fachministers.

Das Zusammenwachsen der sieben Emirate wird vielleicht am meisten gefördert durch Zentralisation dort, wo sie gegeben und ohne Bruch möglich erschien – nämlich erstens bei der Entwicklung der armen Emirate im Norden und zweitens bei der Selbstdarstellung der VAE nach außen. Andererseits blieb jedoch einem gesunden Wettbewerb der Emirate Tür und Tor geöffnet. Die traditionelle Handelsmetropole Dubai verdient nach wie vor im Transithandel und im Re-Export von Gold, Uhren und allem, was wertvoll ist, nach Indien, Pakistan und Iran. Ihr beträchtliches Einkommen aus dem Öl kommt vor allem zum Tragen als eine Sicherheit, auf deren Basis der Scheich von Dubai das notwendige Kapital auf dem internationalen Geldmarkt leiht, um Großprojekte wie ein LCC-Trockendock, ein Konferenzzentrum, ein ausgezeichnetes Krankenhaus, Brücken, Tunnel, Überseehafen und Flugplatz schneller und besser und für die Gemeinde von etwa 120 000 Einwohnern gewinnbringender zu erstellen, als das mit den schwerfälligen Verwaltungen in den umliegenden Ländern der Fall sein kann. Scharjah exportiert seit Juli 1974 die bescheidene Menge von höchstens 60 000 Barrel Öl pro Tag; schon die Aussicht auf Öl hatte diesem Zwergstaat jedoch vor Jahren dazu verholfen, sich in bescheidenerem Maß auch durch Anleihen für Entwicklungsprojekte selbst zu helfen; Ras al-Khaimah folgt diesem Beispiel.

Nach 3½ Jahren des Bestehens der Föderation scheint die Gefahr des Auseinanderbrechens von innen her geringer als zu Beginn zu erwarten war. Mitglieder

---

[62a] Das Kabinett vom 24. 12. 1973 umfaßt außer dem Premierminister und seinen Stellvertretern (Thronfolger von Dubai, bezw. Abu Dhabi) noch 12 weitere Scheichs; das Kabinett besteht aus 20 Ministern und 6 „Minister of State", 9 Mitglieder sind von Abu Dhabi. Im April 1974 waren 46 % aller 12 071 Beamten der VAE Einheimische.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Nationalversammlung, Beamte und Minister scheinen fast hypnotisiert von dem faszinierenden Aufbauprozeß, an dem sie Teil haben. Für die Masse der einheimischen Bevölkerung ist ein Leben ohne Elektrizität und Wasser im Haus, ohne Schulen, Ärzte, Straßen und Fernsehen noch in greifbarster Nähe und Erinnerung. Sie hat noch kaum Zeit gehabt, selbst Erwartungen zu formulieren und die Erwartungen, die bisher schon geweckt wurden, konnten in gewissen Grenzen immer alsbald erfüllt werden. Es steht jedoch zu erwarten, daß die heranwachsende Generation zugleich mit den im Inland und Ausland gesammelten Spezialkenntnissen auch neue Ansichten über Regierungsformen bereit haben wird; von ihnen werden auch der oft über das tolerierbare Maß hinausgehende Nepotismus, die Korruption und die Ineffizienz in manchen Teilen der Verwaltung härter beurteilt werden.

Im Juli 1970, mit dem Ende der Regierung des Sultan Sa'id bin Taimur, öffnete sich auch für *Oman* die Tür zum 20. Jahrhundert. Das Land, dessen Steuer der unbekannte junge Regent Qabus bin Sa'id[63] übernahm, hatte für Jahre unter dem doppelten Joch der umweltbedingten Armut und der Willkür eines mißtrauischen Regenten den Anschluß an die Außenwelt verloren. Seit dem Bürgerkrieg mit den Stämmen im Inland zwischen 1957 und 1959 wurde alle Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes und im Ausland beschränkt, sogar in dem Maße, daß die Tore der Stadt Muskat bei Sonnenuntergang geschlossen wurden und niemand sich ohne Laterne innerhalb der Hauptstadt bewegen durfte.

Bis zum Jahre 1967 betrugen die Staatseinnahmen aus Importen und aus Exportzoll für Datteln und getrocknete Fische weniger als 8 Millionen DM. Außerhalb von Muskat war das Leben im 19. Jahrhundert stehen geblieben – in manchen Gemeinden, die vom Dattelexport oder dem Transportgewerbe mit Kamelkarawanen gelebt hatten, war der Lebensstandard sogar abgesunken[64]. In der Hauptstadt selbst waren die greifbaren Merkmale einer mit der Außenwelt schritthaltenden Entwicklung äußerst dünn gesät und beschränkten sich auf drei Volksschulen, zwei von amerikanischen Missionaren im Jahre 1898 etablierte Krankenhäuser, eine englische Bank und eine Telekommunikationsfirma. Nur die Armee des Sultans litt nicht unter den Restriktionen; sie bestand aus britischen Vertragsoffizieren als Ausbilder und aus Belutschi und indischen Soldaten und war im Rahmen der bescheidenen finanziellen Mittel mit modernen Waffen ausgerüstet.

---

[63] Sultan Qabus, der in einer Palastrevolution seinen Vater absetzte, hatte in den vorhergehenden 6 Jahren praktisch als Gefangener in Salalah gelebt; vorher hatte er die Militärakademie in Sandhurst in England durchlaufen und mit seinem Regiment regulären Dienst in der Bundesrepublik Deutschland gemacht.

[64] Die Landwirtschaft in den Oasen und Wadis litt unter dem Mangel an Arbeitskräften, den teilweise die von Großbritannien durchgesetzte Abschaffung der Sklaven und die Abwanderung der Bevölkerung aus dem verarmenden Land hervorgerufen hatte; die Ausdehnung der bebauten Fläche war im Laufe eines Jahrhunderts stark zurückgegangen; siehe R. G. Landen, Oman since 1856, Princeton 1967. Heute sind etwa 36 000 Hektar unter Anbau; siehe Oman, London 1972 (ed. by the Department of Information), S. 62.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die quasi exterritoriale Narrenfreiheit, deren sich die Ölgesellschaft erfreute, beschränkte sich auf die Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Exploration und später den Export von Öl. Außerhalb der modernen Annehmlichkeiten der Camps waren die Bewegungsfreiheit und selbst der Besitz von Autos fast völlig untersagt. Besucher des Sultanats bekamen nur äußerst schwer ein Visum – welches vom Sultan selbst genehmigt werden mußte.

Die Außenpolitik des Staates wurde auf Wunsch des Sultans von Großbritannien wahrgenommen, und der Sultan umgab sich mit einigen britischen Beratern und Verwaltungsfachleuten. Ihre Bemühungen, den Sultan zu bewegen, wenigstens bescheidene Entwicklungsprojekte seiner Wahl von Großbritannien zu akzeptieren, stießen immer wieder auf die prinzipielle Abneigung des Sultans gegen jegliche Veränderungen.

Im Jahre 1967 wurde das erste Öl exportiert und der Geldzustrom nach Oman wuchs von 15 Millionen DM in 1967 auf 355 Millionen DM im Jahre 1970. Fast gleichzeitig entwickelten sich die schwelenden traditionellen Differenzen zwischen der Al Bu Sa'id Dynastie und der Bergbevölkerung der entlegenen Provinz Dhofar zu einem von politischen Kräften in Südjemen unterstützten Guerillakrieg, der einen Großteil der Staatseinnahmen auffraß. Die wenigen Projekte, für die Sultan Sa'id Ende der 60er Jahre schließlich grünes Licht gab, wie z. B. den Ausbau des Hafens, hatten der Bevölkerung noch keine fühlbare Verbesserung des täglichen Lebens gebracht, als sein Regime im Juli 1970 gestürzt wurde.

Vier Jahre später bietet die Hauptstadtregion den Anblick einer Riesenbaustelle, wo auch allerorts schon fertiggestellte Projekte den Schritt ins 20. Jahrhundert bezeugen. Ein Hafen für 10 Überseeschiffe, ein größerer Flugplatz, ein zentrales Krankenhaus, Schulen, Hotels, Ministerien und Wohnsiedlungen drängen sich im schmalen Küstenstreifen und in den Seitentälern[65]. Beeindruckender noch sind die Veränderungen der Lebensbedingungen in den abgelegenen Städten und Dörfern der 1700 km langen Küste und des wilden bergigen Inlandes und seiner Wüsten und Steppen. Selbst wo noch keiner der neuen Schul- und Krankenhaus-Komplexe erstellt werden konnte, haben über 350 km neue Asphalt-Straßen und mehrere hundert km planierte Schotterwege oder wenigstens die Möglichkeit von Helikopter-Hilfsflügen den Gesundheitsdienst erleichtert. Die Bautätigkeit hat Arbeitsmöglichkeiten geschaffen; dabei bedeutet Arbeit nicht mehr in dem selben Maße wie früher monatelange Trennung von den Familien, die in der Obhut von älteren Familienmitgliedern von der Außenwelt abgeschnitten lebten. Der Bau von Straßen und Wegen und die Tatsache, daß das frühere Verbot, Fahrzeuge zu besitzen, in einen Boom von Auto-Importen umgeschlagen hat, erschließen das Land. Der erleichterte Transport von Lebensmitteln trägt dazu bei, die Ernährungs-

[65] Vgl. ebenda, Statistical Appendix, S. 58 ff.; einschließlich der Muskat-Mattrah Region gab es im Jahr 1973 69 Schulen mit 30 969 Schülern und 825 Krankenbetten in 11 Krankenhäusern und 12 Stationen und etwa 1300 Angestellte im Gesundheitsdienst; siehe dafür und für weitere Details der Entwicklungsprojekte den Sonderteil „Oman" im Middle East Economic Digest, Bd. 17, No. 29.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewohnheiten zu verändern. Der bedenkliche Gesundheitszustand der Bevölkerung und die hohe Säuglingssterblichkeit lassen sich weitgehend auf ungenügende und einseitige Ernährung zurückführen[66]. Die Zukunftspläne konzentrieren sich auf die Zeit, da die vergleichweise geringen Ölvorkommen in Oman zur Neige gehen werden, die Bevölkerung aber einen steigenden Lebensstandard zu erwarten gelernt hat.

Trotz der Restriktionen waren zu Sa'id bin Taimurs Zeiten viele Omanis ausgewandert. Die meisten suchten Arbeit in den Ölfeldern der Nachbarländer oder auf den Baustellen von Bahrain und Kuwait. Eine Anzahl junger Omanis verließ jedoch das Land vor allem aus Protest gegen die geistigen Restriktionen und besuchte Schulen und Hochschulen in der arabischen Welt, in Europa, Amerika und der UdSSR. Sie brachten Fachwissen, Kenntnis mindestens einer Fremdsprache und praktische Erfahrung mit, als sie nach 1970 voller Hoffnungen nach Oman zurückkehrten. Viele ließen sichere Anstellung und ein wesentlich bequemeres Leben hinter sich und kamen bereitwillig, um der neuen Regierung zu helfen, das Land aufzubauen. Auch heute noch, nachdem die notwendigen Büros und Wohnungen gebaut sind und der materielle Engpaß, der von Schreibwaren bis Elektrizität und Wasser reichte, weitgehend überwunden ist, ist eine gewisse Ungeduld bei den jungen Fachkräften zu beobachten und zeigt sich selbst in dem Streben der Omani-Arbeiter nach dem Monopol für Arbeitsplätze, die sie oft nicht in der Lage sind auszufüllen. Obwohl auch in Oman die typischen Geburtswehen einer rapide expandierenden Wirtschaft nicht fehlen, obwohl Ineffizienz sowie schnelle Profite bei Import- und Baugeschäften zu Abstrichen an dem positiven Bild der Entwicklungsanstrengungen Anlaß geben, überwiegt der Eindruck von guter Planung und realistischer, schrittweiser Verfolgung der erreichbaren Nahziele.

Realismus ist denn auch dringend geboten in einem Land, dessen Ölproduktion schon rückschrittig wurde, ehe die notwendigsten Projekte überhaupt in Angriff genommen werden konnten. Auch im Jahre 1975 wird Oman etwa dieselbe Menge Öl exportieren, wie der winzige Stadtstaat Dubai; in den letzten Jahren wuchs das Einkommen aus dem Öl nur aufgrund der dramatischen Preiserhöhungen. Beim Aufbau der kapitalintensiven Infrastruktur und des Staatsapparates vor allem in den Jahren 1971/72 konnten die bescheidenen Reserven einbezogen werden, die in den Tagen von Sa'id bin Taimur angehäuft worden waren. Wie sich jedoch bald herausstellte, hatte das vorherige Regime ein Erbe ganz anderer Natur hinterlassen, das auch gegenwärtig noch über alle Entwicklungsanstrengungen ein großes Fragezeichen verhängt. Dieses Erbe ist der Guerillakrieg in Dhofar, der entgegen allen Hoffnungen beim Regierungswechsel nicht in sich zusammenfiel, sondern in wachsendem Maße die finanziellen und psychologischen Mittel des Staates belastet. Die ethnisch verschiedenen Bergstämme der südlichen Provinz Dhofar erkannten die Herrschaft der Al Bu Sa'id Dynastie von jeher nur gezwungenermaßen an[67].

[66] Durch selektive Feldstudien wurde eine Rate von 132 Sterbefällen pro 1000 Kinder unter 1 Jahr festgestellt (Saudi Arabien im Jahr 1963/65 etwa 250).

[67] Die Stämme benutzen eigene Sprachen, deren Identität noch in der Diskussion ist.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Jahre 1963 kam es zu einer offenen Revolte einiger Stämme gegen die verständnislose Politik des Sultans, der seitdem im Palast von Salalah, der Hauptstadt von Dhofar, verharrte und Oman per Telephon verwaltete.

Nach dem Abzug Großbritanniens aus Aden und dem benachbarten Protektorat griff eine revolutionäre Gruppe die Unzufriedenheit der Bergbewohner auf und formte eine Organisation zur „Befreiung" der Region (PFLOAG)[68]. Der Guerillakrieg wird auf beiden Seiten mit modernen Waffen ausgefochten und kostet die Regierung fast die Hälfte ihrer finanziellen Mittel[69]. Dabei sind sich inzwischen Militärs und Politiker in Oman darüber einig, daß der Krieg in dem wilden von Schluchten durchzogenen Plateau militärisch nicht gewonnen werden kann, sondern daß die Rebellen den Kampf selbst aufgeben werden, sowie sie fühlen, daß die Regierung in Muskat ihr Leben zu verbessern gewillt ist. Entwicklungsprojekte sind deshalb nirgends in Oman so notwendig wie in Dhofar; Zentren für den Gesundheitsdienst, neue Wasserstellen in den Bergen und Schulen, Krankenhaus, ein Hafen und eine riesige Versuchsfarm in Salalah wurden bereits gebaut.

Die wesentlichste Voraussetzung für sinnvolle Konzipierung der Entwicklungsschritte und für Koordinierung der Bedürfnisse in den verschiedenen Teilen des Landes ist eine funktionierende staatliche Organisation. Im Vergleich zu den anderen Golfstaaten ist deren Aufbau viel schwieriger, denn Oman ist kein Stadtstaat, in dem die unterschiedlichen sozialen Gruppen leicht miteinander in Kontakt kommen. Oman braucht eine moderne Regierungsorganisation sowie ein Verwaltungsnetz, das der traditionellen Gesellschaftsstruktur und dem ihr eigenen Verständnis von den Funktionen des Staates entgegenkommt. Die Regierung besteht gegenwärtig aus einem Kabinett mit sechs Mitgliedern. Es tagt regelmäßig unter dem Vorsitz des Sultan, der seit der Resignation des ersten Premier-Ministers im Jahre 1971 diesen Posten übernommen hat[70]. Die Portefeuilles für Verteidigung, Finanzen und Äußeres sind nur Staatssekretären unterstellt, die oberste Entscheidung ist dem Sultan vorbehalten. Einige Ministerien sind „omanisiert", die mehr technischen Ministerien und der Apparat für das Gesundheitswesen hingegen sind auf eine große Zahl von arabischen, indischen und europäischen Fachleuten angewiesen. Im Jahre 1972 wurde ein „Oberster Rat für Wirtschaft und Entwicklung" ins Leben gerufen. Unter dem Vorsitz des Sultans wird zwischen den betroffenen Ministerien und bestimmten Fachleuten und Beratern die Entwicklungspolitik ausgearbeitet. Der Rat überwacht auch die Arbeit des im Frühjahr 1973 etablierten „Zentrums für Wirtschaft und allgemeine Entwicklung", das sich mit Planung, Erdöl- und Mineralangelegenheiten, Zensus, Handel, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Stadtverwaltung und -planung befaßt und das die Richtlinien des Obersten Rates realisiert. Als Kanäle für die Diffusion zentraler Verwaltungsmaßnahmen funktionieren die Ministerien notwendigerweise mit

[68] Die „Popular Front for the Liberation of Oman and the Arabian Gulf".

[69] Im Jahr 1971 z. B. betrug das Einkommen insgesamt rund 383 Millionen DM; 46% des Haushalts waren Verteidigungskosten.

[70] Tarik ibn Taimur ist sein Onkel und enger Berater.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem beträchtlichen Aufwand an Beamten, Fahrzeugen, Flugstunden der Luftwaffe und Einsatzbereitschaft, um auch in der heißesten Jahreszeit die verstreuten Schulen, Kliniken, Postämter etc. des Landes zu unterhalten.

Auf der Ebene lokaler Verwaltung konnte auf dem über tausend Jahre alten System aufgebaut werden, nach dem das Land in Provinzen aufgeteilt ist – gegenwärtig 37 – die von einem Gouverneur („Wali") verwaltet werden. Der Wali wird vom Sultan bestellt. Er ist selten ein Mann aus der Gegend, doch muß er eine Persönlichkeit sein, die für die Stammesbevölkerung der Provinz akzeptierbar ist, denn seine Funktion ist, den Sultan zu vertreten als Friedensstifter zwischen feindlichen Gruppen, zusammen mit dem Richter der Provinz, dem „Qadhi". Der Wali vermittelt und erklärt die Verwaltungsinstruktionen des Sultans, er vertritt jedoch auch einen unzufriedenen Bürger seiner Provinz vor dem Sultan. Der Sitz des Wali ist meistens das Fort der wichtigsten Stadt in der Provinz und sein „Majlis" ist der natürliche Versammlungsplatz für die Ältesten der Stadt und der benachbarten Stämme, deren Vertreter ein guter Wali zu jeder Tageszeit anhört und bewirtet. Ausgaben für Bewirtung und Kosten einer kleinen Polizeitruppe unter seinem Kommando muß der Wali von einer jährlichen Apanage bestreiten. In Städten wie Nizwa oder Sohar, wo inzwischen auch mit Banken, Versuchsfarmen, Krankenhäusern und Schulen einige Ausländer leben, bedarf der Wali auch einer rudimentären Schreibtischverwaltung.

Es steht zu erwarten, daß die bisher in zwangloser Form praktizierte Konsultation des Sultan mit den Führern der wichtigen Stämme, Familien und gesellschaftlichen Gruppen zu einer formellen beratenden Versammlung verdichtet wird. Mitgliedschaft in einer solchen Versammlung ist gegenwärtig nur denkbar durch Nominierung oder ein System der stufenweisen Delegierung innerhalb der traditionellen Autoritätsstruktur. Im Sultan als dem Mitglied der Regentenfamilie kann die Bevölkerung ihre traditionellen Werte und ihren personalisierten Bezug zum Staat erkennen. Das wachsende Bedürfnis der Intelligenzschicht, auf die Geschicke des Staates Einfluß zu nehmen, findet Betätigungsfelder in den größer und zunehmend komplizierter werdenden Institutionen der Regierung und Verwaltung.

Der gesellschaftliche Wandel über die letzten zwei Jahrzehnte

Die radikalen Veränderungen in den wirtschaftlichen Möglichkeiten sowohl wie im Aufbau des Staates spiegeln sich notwendigerweise in einer sich wandelnden Gesellschaft. In Anbetracht der bisherigen völligen Isoliertheit eines großen Teils der Gesellschaft erzeugen die importierten Anstöße eine in mancher Hinsicht so große Schockwirkung, daß sie notwendigerweise die Strukturelemente – wenn nicht sogar das Fundament – der einheimischen Gesellschaft erodieren. In einigen Gegenden des hier behandelten geographischen Raumes besteht die Gesellschaft gegenwärtig zu zwei Dritteln aus zugewanderten Einwohnern; dort überlagern die Merkmale der kosmopolitischen Gesellschaft die Symptome gesellschaftlichen Wandels in der traditionellen Gesellschaft.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Unterscheidungsmerkmal der traditionellen einheimischen Gesellschaft, verglichen z. B. mit der gegenwärtigen Gesellschaft in Bahrain, war ihre Homogenität. Diese Homogenität hatte ihre Wurzeln einmal in der Familien- und Stammesstruktur und zum anderen in der Tatsache, daß der Islam nicht nur eine spirituelle Interpretation der Welt, sondern auch eine Gesellschaftsordnung vorschreibt. Jedes Mitglied dieser Gesellschaft hatte seinen unverrückbaren Platz in dieser Struktur kraft der Position, die seine Familie in der Stammesgesellschaft innehatte. Tüchtigkeit, Tapferheit oder Reichtum werden relativ zu diesem Platz in der Gesellschaft gewertet; das heißt auch, daß diese Qualitäten von den führenden Familien erwartet wurden. Der Erfolg eines Einzelnen wirkte sich andererseits auch automatisch auf die Stellung der ganzen Familie aus.

Homogenität ist auch die Auswirkung einer Struktur, in der jedes Einzelelement der Gesellschaft mit den anderen Elementen verknüpft ist durch Genealogien (die für das Selbstverständnis der Mitglieder dieser Gesellschaft nichts an Realität einbüßen, wenn sie den rationalen Nachforschungen des Genealogen nicht standhalten und oft ganz offensichtlich in das Reich der Legende gehören). Für die nicht in eine Stammes-Familie hineingeborenen Außenseiter ist in dieser Gesellschaft deshalb keine Möglichkeit zur Integration – es sei denn durch Adoption oder völlige Assimilation[71]. Letztere Fälle können nur für einzelne Individuen, niemals für ganze Gruppen in Frage kommen[72]. Jedes Mitglied der homogenen Gesellschaft kennt, versteht und teilt die grundsätzlichen gemeinsamen Werte, die alle Facetten des Lebens auf einen einheitlichen Nenner bringen: Der von Gott dem Propheten Mohammed offenbarte Koran und die kanonisierten Überlieferungen seiner eigenen Äußerungen sind die für alle verbindlichen – wenn auch verschiedenen Interpretationen zugänglichen – Quellen nicht nur für Gesetze, Rechtsprechung und Moral, sondern auch für Verhaltensweisen und für alle Grade der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Während die relativ günstigen Möglichkeiten für Handel, Landwirtschaft und selbst für etwas Handwerk in den Häfen und Oasen von Bahrain und Oman gelegentlich zu der Bildung besitzbezogener Klassen führen konnten, teilten die restlichen Gemeinschaften in Südostarabien meist dieselben Lebensbedingungen. Das bedeutete so ziemlich für alle Familien ein Leben, in dem Dattelpalmen, Kamele, Ziegen und Perlenfischerei die Hauptrollen spielten[72a]. Auch wirtschaftlich hatte die homogene Gesellschaft keine Möglichkeit, größere Gruppen von nicht stammesgebundenen oder nicht moslemischen Personen voll zu integrieren, vor allem wenn

---

[71] Die Gesellschaft räumte z. B. den persischen und indischen Frauen, die in die Familien einheirateten, einen Platz ein; desgleichen wurden in früherer Zeit die Sklaven assimiliert, die sich manche Familien in den Küstenstädten und Oasen als Arbeitskräfte leisten konnten.

[72] Ansässige Gruppen von Indern oder Persern blieben außerhalb der Gesellschaftsstruktur, was sich nicht nur darin zeigte, daß Männer aus diesen Gruppen fast nie einheimische Mädchen heiraten durften, sondern auch darin, daß für sie das Recht der Gesellschaft nicht notwendigerweise bindend war.

[72a] Siehe auch Frauke Heard-Bey, Development Anomalies in the Beduin Oases of Al-Liwa, in: Asian Affairs 61 (1974), S. 272–286.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese gleichzeitig völlig neue Wirtschaftsformen auf die einheimische Gesellschaft transferierten.

Angesichts der Immigrationswellen, die viele der Gemeinden in Südostarabien in den letzten Jahren überschwemmt haben, reagieren die einheimischen Familien mit der Errichtung einer Barriere des gesellschaftlichen Selbstverständnisses, bei dem „wir" auf der einen Seite und „sie" auf der anderen sind[73]. Die Gruppen der Einwanderer haben ihrerseits das identische Empfinden den Einheimischen gegenüber. Solcher Ethnozentrismus ist notwendigerweise am stärksten, wo die einheimische Gesellschaft noch in sich selbst homogen ist und vor allem noch nicht der Schritt zur Übernahme neuer Werte getan wurde[74]. Jeder der beiden Teile der Einwohnerschaft identifiziert sich mit bestimmten gesellschaftlichen Monopolen, und nicht selten mit Privilegien, die sich auf einem gegenseitigen Empfinden der Unvereinbarkeit des kulturellen Erbes gründen.

Das Konzept der einheimischen Bevölkerung von politischer Führung schließt z. B. die Anteilnahme von Außenseitern an der „grassroot democracy" aus. Das Oberhaupt der Großfamilien ist meistens der Mittelsmann zwischen dem Einzelnen, der einen Regierungs- oder Rechtsentscheid benötigt, und dem von den Stammesmitgliedern (meist aus einer Familie mit Führungstradition) ausgewählten Stammesscheich. Als die Träger der Loyalität ihrer Stammesgruppe beanspruchen diese Scheichs das Recht, die Wahl des Regenten im Kreis der dynastischen Familie zu beeinflussen, und bei den täglichen Regierungsentscheidungen zumindest ihre Ansichten kund zu tun. Jeder Scheich und jeder Beduine, Fischer oder Händler, hat in diesem traditionellen Regierungsgefüge außerdem die Möglichkeit, selbst dem Regenten seine Probleme oder Forderungen in der täglichen Routine der öffentlichen Sitzungen, „Majlis", vorzutragen. Der theoretisch beinahe perfekte demokratische Charakter einer solchen Regierungsstruktur war in der Praxis dennoch weitgehend autokratisch, nicht zuletzt weil das Selbstverständnis der islamischen Gesellschaft eben nicht zwischen weltlicher Herrschaft und religiös-moralischer Autorität bzw. Rechtssprechung unterscheidet. Ein guter Regent wird zwar den Rat und die Beeinflussung der religiösen Gelehrten nicht unbeachtet lassen, doch er kann beanspruchen, die oberste Instanz für die Interpretation des Rechts zu sein und somit die Staatsgewalt nach seinem Gutdünken auszuüben. Die Grenze zur Willkür wird jedoch in der traditionellen islamischen Stammesgesellschaft ganz natürlich gezogen durch die mangelnden Mittel, um einen von der Loyalität der Stammesleute unabhängigen Militärapparat und eine Verwaltung aufzubauen – ohne die sich der Herrscher nicht von der Unterwerfung seiner eigenen Handlungen unter die Werte der Gesellschaft lossagen könnte.

Die fundamentalen wirtschaftlichen Veränderungen führten deshalb erwartungsgemäß dazu, daß in den meisten Fällen die Emire, die sich inzwischen daran

---

[73] Das Phänomen wird angedeutet bei C. A. O. van Nieuwenhuijze, Sociology in the Middle East, A Stocktaking and Interpretation, Leiden 1971, S. 733.

[74] Das schließt nicht aus, daß jeder Außenseiter als Individuum nicht nur akzeptiert sondern den verbindlichen Sitten gemäß gastlich aufgenommen wird.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewöhnt hatten, jegliche Staatseinkünfte als private Bezüge zu behandeln, genügend Mittel in die Hand bekamen, um ihre Position in einer Weise auszubauen, die sie von der Loyalität der Einwohner zunehmend unabhängiger machte. Die obige Beschreibung der jüngsten Geschichte Ostarabiens zeigt jedoch deutlich genug, daß dies in allen Fällen eine Übergangsperiode war. Vielmehr entwickelten sich alle vier Staaten früher oder später zu „patriarchalischen" Wohlfahrtsstaaten. Je nach dem, seit wann und in welchem Maße die Einnahmen vom Öl ins Land flossen, haben die jeweiligen Regenten die Finanzierung von Entwicklungsprogrammen initiiert, die schließlich eine fundamentale Veränderung der Lebensbedingungen der Bevölkerung mit sich brachten[75]. Die vorhandenen Arbeitsplätze für ungelernte Arbeiter bei den Ölgesellschaften wurden früher in der ganzen Gegend – heute noch in Oman – als Privilegien derjenigen Stämme gehütet, in deren Einflußgebiet gebohrt oder gebaut wurde, und der Stammesscheich fungierte als Arbeitsvermittler.

Die Veränderung der gesellschaftlichen Umwelt wurde in allen vier Staaten in ähnlicher Weise – wenn auch in sehr unterschiedlichem Tempo – von verschiedenen Punkten aus bewerkstelligt: Durch den schon angedeuteten verändernden Einfluß der diversen Einwanderergruppen, durch die Eröffnung ständig neuer Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten und schließlich durch die Einrichtungen, die der Wohlfahrtsstaat für die gesamte Bevölkerung aufbaut. Diese verschiedenen Quellen gesellschaftlichen Wandels sind selbst eng ineinander verwoben: Die Auswahl an Verdienstmöglichkeiten für die einheimische Bevölkerung in Oman z. B. ist relativ gering, nicht nur weil die Verkehrsverbindungen in den unzugänglicheren Teilen des Landes noch rudimentär sind und die potentiellen Arbeitskräfte nicht leicht zu ihrem Arbeitsplatz gelangen, sondern auch weil der Gesundheits- und Ernährungszustand einen großen Teil der Bevölkerung von vornherein von vielen Anstellungsmöglichkeiten ausschließt. Daneben ist der Bildungsstand der erwachsenen Bevölkerung in Oman – abgesehen von den zurückgekehrten Emigranten – auf einer völlig anderen Stufe als er für die technischen und verwaltungstechnischen Arbeiten gebraucht wird.

Je entfernter von den Städten die Familien leben, desto umwälzender ist der Einfluß auch auf die zurückbleibende Gemeinschaft, wenn die männlichen Mitglieder als ungelernte Arbeiter oder als Soldaten zum ersten Mal in größeren Mengen Bargeld verdienen. Sei es in den Bergsiedlungen und Tälern Omans oder in der Wüste im Süden von Abu Dhabi oder Qatar, überall wurde solche Arbeit zunächst als vorläufig aufgefaßt und wenn genug Geld für ein weiteres Kamel, einen Dattelgarten oder eine Wasserpumpe verdient war, wurde aus dem Rig-Arbeiter oder Lastwagenfahrer wieder der Nomade oder Pflanzer. Die Perioden regelmäßiger Arbeit werden jedoch immer häufiger und länger, und eine wachsende Zahl von Familienmitgliedern nimmt eine Anstellung an. Frauen, Kinder und Alte küm-

[75] Einige Zahlen können z. B. den Zuwachs an Schulkindern verdeutlichen: Zwischen 1945/46 und 1969/70 wuchs die Zahl in Bahrain von 2889 auf 47 666; in Qatar wuchs die Zahl von 1050 im Jahr 1955 auf 17 223 im Jahre 1970; siehe Sadik/Snavely, a. a. O., S. 82 und 86.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mern sich derweil um die traditionelle Wirtschaft der Familie, so daß der Arbeiter selbst psychisch und physisch zwischen den beiden extremen Erfahrungsbereichen hin- und herpendelt. Seine Söhne haben hingegen bereits ein genaueres Bild und eine festere Erwartung und entscheiden sich viel bewußter für ein Leben als Lohnempfänger; sie erkennen auch schnell, daß ein guter Lohn, ein garantierter Arbeitsplatz und Aufstiegsmöglichkeiten in weiterem Maße von Bildung abhängen.

Die Veränderungen werden in allen vier Staaten zutiefst beeinflußt vom Aufbau der Institutionen einer sozialen Infrastruktur. Die Einnahmen von Ölexporten sind in allen vier Staaten die hauptsächliche Quelle für die Entwicklungsanstrengungen, doch sind die dafür vorhandenen Mittel – im Vergleich zu den Bevölkerungsziffern – in recht ungleicher Höhe vorhanden. Dazu kommt, daß die Durchdringung der schwerer zugänglichen Landesteile z. B. in Oman mit Entwicklungsprojekten mit großem Kosten- und Zeitaufwand verbunden ist.

Im Unterschied zu früher, als vor allem den isolierten Gemeinden in Oman weitgehend die Vergleichsmöglichkeiten fehlten, wirkt sich jetzt die größere Mobilität – durch Straßen, Fahrzeuge, offene Grenzen und Arbeitsmöglichkeiten – auch auf die Ansprüche der Einwohner aus. Die Bevölkerung in den ärmeren Gebieten weiß heutzutage viel eher was ihr entgeht, wenn in ihrem Dorf weder Schulen noch ein Krankenhaus noch Wasserpumpen, Elektrizität oder Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. In manchen Regierungskreisen der vier Staaten wurde erkannt, was für einen unterminierenden Einfluß das Gefühl des „zu kurz gekommen sein" haben kann. Diese Erkenntnis beeinflußte sicher auch die großzügige nachbarliche Hilfe von Abu Dhabi an Oman, um das für die vielen Grenzgänger deutlich spürbare Wohlstandsgefälle etwas auszugleichen.

Die Beziehung des einheimischen Bürgers zu seiner Umgebung verändert sich unter dem Einfluß einer neuen ökonomischen Situation auf mehr als einer Ebene: In einer modernisierten „überfremdeten" Gemeinde ist seine Stellung im öffentlichen Leben (d. h. als „Staatsbürger") ganz anderer Art. Gleichzeitig wandelt sich zwangsläufig seine Beziehung zum Mitbürger, wenn „Mitbürger" Einwanderer aus einem mehr oder weniger fremden Erfahrungsbereich bedeutet. Schließlich beeinflussen die Umweltveränderungen die Beziehungen selbst innerhalb der eigenen Familie, zumal sie ja nicht von allen Mitgliedern der Familie mit dem gleichen Tempo absorbiert werden.

Der weibliche Teil der Familie ist den umgestaltenden Faktoren nur in begrenztem Maße ausgesetzt. Wenige Familien in den jungen Golfstaaten haben zwar heutzutage prinzipiell etwas dagegen, Mädchen in die Schule zu schicken, sofern sie leicht genug erreichbar ist. Für viele Mädchen endet die Schulzeit jedoch mit der Pubertät. Diese Familien halten auch fest an dem traditionell niedrigen Heiratsalter von 13 Jahren und darüber. Die in Frage kommenden männlichen Heiratspartner aus dem Kreis der verwandten, verschwägerten und benachbarten Familiengruppen sind zunehmend an einer langwierigen Erziehungskarriere interessiert, die sie oft auch ins Ausland führt. Aus diesen und verwandten Gründen der Akkulturation stellt die neue männliche Generation häufig höhere Ansprüche

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Hinblick auf formelle Bildung und allgemeine Fähigkeiten der Frau, dem Mann Gesprächspartner zu sein, als sie von den einheimischen Mädchen erfüllt werden können. Die verhältnismäßig große Anzahl von unverheirateten Mädchen im Alter von 18 bis 24 Jahren in Abu Dhabi demonstriert dieses Problem; die möglichen Heiratspartner fanden ihre Frauen oft in Kairo, Damaskus oder Bahrain – vereinzelt sogar in Europa.

Die weiblichen Mitglieder der Familie und die kleinen Kinder leben traditionellerweise in einem völlig abgetrennten Teil des Hauses („Harem" = das „Sacro-Sancte"), bzw. in einem besonderen Zelt in der Wüste, falls die nomadische Familie sich dies leisten kann. In einer Nachbarschaft, in der nur verwandte und verschwägerte Familien lebten und wo die Frauen zum Wasserschöpfen, Melken oder zur Arbeit in den Gärten ihren Harem verlassen mußten, waren ihnen alle Facetten des täglichen Lebens bekannt – auch in Bezug auf die Männerwelt und deren politische und ökonomische Probleme. Die älteren Frauen waren deshalb nicht selten in der Lage, bedeutenden Einfluß auf die Entscheidungen in den Großfamilien und sogar der Politik auszuüben – ohne selbst den endlosen Debatten der Männer im Majlis beizuwohnen.

Die neuen Häuser der einheimischen Familien in den Städten der jungen Golfstaaten sind oft in der Nachbarschaft von Zugewanderten und selbst die auf Stammesbasis aufgeteilten Wohnviertel werden von Wegen und Straßen durchschnitten, die von der Masse der familienlosen Gastarbeiter benutzt werden müssen. In den Familien besteht oft nicht mehr die wirtschaftliche Notwendigkeit für die Frauen, aus dem Haus zu gehen: Wasser kommt durch die Leitung, Holz braucht nicht mehr gesammelt zu werden und der Dattelgarten in einer entfernten Oase wird von jemandem gepflegt, der Lohn dafür empfängt. Manche Mitglieder der einheimischen „Mittelklasse"-Familien und der Oberschicht, vor allem in den neuen Übergangsgesellschaften in Muskat oder Abu Dhabi, verlassen den ummauerten Hof nur, um zu den allernächsten weiblichen Blutsverwandten gefahren zu werden oder um das Krankenhaus zu besuchen.

Während sich die Erfahrungswelt der Frauen und Mädchen – besonders in den urbanisierten einheimischen Familien – auf diese Weise eher einengt, erweitert sich der Horizont zumindest der ökonomisch aktiven männlichen Mitglieder der Familie stetig durch neue Kontakte mit einer sich ständig wandelnden Umwelt. Mit Ausnahme der nicht sehr häufigen Fälle, in denen erwachsene Frauen von dem Angebot der Erwachsenenbildung Gebrauch gemacht haben, teilt sich die erwachsene Familie oft zusätzlich in die analphabetischen Frauen und die Männer, von denen eine steigende Zahl die lokalen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften liest. Das allgegenwärtige Radio und der fast in jedem neu gebauten Haus vorhandene Fernsehapparat sind somit die einigenden Medien für die gemeinsame Absorption der Umweltveränderungen, die beiden Geschlechtern aller Altersstufen in gleichem Maße zur Verfügung stehen.

Zwischen dieser eher rückschrittigen Entwicklung in Bezug auf die Anteilnahme einheimischer Frauen an den gesellschaftlichen Veränderungen einerseits und den

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Möglichkeiten für europäische und manche nordarabische und indische Frauen andererseits, einen Beruf auszuüben, stehen Beispiele aller Stufen der weiblichen Integration in die neue Gesellschaft. Bahraini-Frauen sind z. B. nicht nur als Lehrerinnen und Krankenschwestern sondern auch im Hotelgewerbe, als Stewardessen und Unternehmerinnen beschäftigt. Es besteht deshalb kaum Zweifel darüber, daß eine der ersten Verfassungsänderungen die Einführung des weiblichen Wahlrechtes in Bahrain sein wird[76]. Weibliche Universitätsabsolventen aus Scharjah und Dubai finden es bisher noch unmöglich, einen für sie geeigneten Platz in der Arbeitswelt der VAE zu erhalten. Die Situation in Oman ist ähnlich, indem eine winzige Gruppe urbanisierter Familien höhere Bildung für Frauen befürwortet, die Absolventinnen dann jedoch an der Ausübung ihrer Tätigkeit meist durch gesellschaftliche Vorurteile gehindert werden. In Salalah ist jedoch eine einheimische Agraringenieurin für einen Teil der Versuchsfarm verantwortlich, eine Tatsache, die verdeutlicht, wie wenig gerade in den Fragen der weiblichen Anteilnahme an der Entwicklung der Gesellschaft verallgemeinernde Voraussagen für die Zukunft gemacht werden können. Generell scheint sich immer wieder die Beobachtung zu bestätigen, daß die überwältigende Mehrzahl der Einheimischen nichts gegen berufstätige – auch arabische – Frauen einzuwenden hat und überall in Regierungskreisen eine solche Entwicklung im eigenen Land begrüßt wird – vorausgesetzt, daß es sich nicht um die eigenen Töchter oder Frauen handelt.

Außerhalb der Städte beschränkt sich in allen vier Ländern der Einfluß der Umweltveränderungen auf das Leben der Frauen fast ausschließlich auf verbesserte medizinische Hilfe, gelegentliche Hygiene-Erziehung und für viele die Möglichkeit, ihre Kinder in eine Schule zu schicken.

Auf wenigen Gebieten läßt sich die Spanne des gesellschaftlichen Selbstverständnisses der einheimischen Gemeinschaften deutlicher ablesen als auf dem der Gesetzgebung und der Rechtsprechung. Der Aufbau der jungen Staaten, die sich alle an europäischen Funktionsformen orientieren, und ihre Beteiligung an wirtschaftlichen Prozessen mit internationaler Verflechtung machen auch die Adoption von fremden Gesetzesnormen notwendig. Vom Verkehrsrecht über Währungsbestimmungen und handels- und gewerberechtliche Probleme bis hin zum Scheidungsrecht bei einer zwischen-religiösen Mischehe müssen die rechtlichen Grundlagen erst geschaffen werden. In Bahrain und Qatar hat dieser Prozeß einigermaßen Schritt halten können mit der ökonomischen Entwicklung. In Bahrain wurden vorwiegend Systeme des anglo-indischen Rechts adaptiert, während Qatar schon seit einigen Jahren einen im französischen Recht geschulten Ägypter als Rechtsberater und Autor von Gesetzesvorschlägen beschäftigt. Die VAE bedient sich einer Mischung von Vorbildern, da die Beamten und Berater in Rechtssprechung und Gesetzgebung zumeist aus dem anglo-sudanesischen sowie dem ägyptischen Raum kommen.

Unabhängig von der spezifischen Ausrichtung der gewählten europäischen

[76] Ein diesbezüglicher Antrag wurde in der Verfassunggebenden Versammlung diskutiert, aber schließlich im Juni 1973 mit knapper Mehrheit abgewiesen.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rechtsvorbilder bleibt das Grundproblem für die neue, entwicklungsbedingte Gesetzgebung die Frage, wie die europäischen Normen mit der islamischen Basis vereinbart werden können. Durch neue Interpretation der einzigen verbindlichen Rechtsquelle, des Koran und der Sunna[77] läßt sich im dinglichen Bereich eine einigermaßen befriedigende Harmonie herstellen. Im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen und des Verhältnisses des Einzelnen zur Obrigkeit und zum Staat dominiert das Gewebe religiös-moralischer-rechtlicher Grundsätze des Islam.

Im Rechtssprechungsbereich besteht in Bahrain – und weniger präzise ausgefeilt in Qatar und der VAE – die Trennung zwischen „Schari'a"-Gerichten, die für Familienstands- und Erbschaftsangelegenheiten zuständig sind, und den ordentlichen Gerichten[78]. In Oman hingegen geschieht die gesamte Rechtssprechung noch innerhalb des bestehenden Systems der ibaditischen Ausprägung des Schari'a. In den Regierungsbezirken steht dem Gouverneur („Wali") der Richter („Qadhi") zur Seite. Bei Rechtsfällen, in denen der Kläger oder der Beklagte mit dem Urteil nicht einverstanden ist, kann er bei einem Gerichtshof von vier Richtern in Muskat und schließlich beim Sultan Berufung einlegen. Viele Streit- und Rechtsfälle gelangen gar nicht vor den Qadhi. Die Parteien sind frei in der Wahl des Richters oder Friedensstifters und außerhalb der Städte wird viel häufiger der Familienälteste oder der Scheich („Tamimah") einer Konföderation von Stämmen zur Schlichtung angerufen. Das wesentliche am Rechtsspruch ist, daß beide Seiten die Entscheidung akzeptieren müssen und daß er im Rahmen der Rechtsgewohnheiten der Gemeinschaft als fair beurteilt wird. Nicht selten nehmen deshalb auch alle gerade im Majlis Anwesenden tätigen Anteil an der Urteilsfindung.

Mit dem neuen Typ der Gesetzgebung wird gleichsam die oben erwähnte gefühlsmäßige Identitäts-Zweiteilung der Einwohnerschaft in allen Bevölkerungszentren der vier Staaten kompensiert: Während in der homogenen Gesellschaft die Rechtsordnung für alle Einwohner verbindlich war, da sie eine Ausformung der allen gemeinsamen Werte und der einheitlichen Gesellschaftsstruktur war, binden die neuen Gesetze die Einheimischen („wir") und die von ihnen als Fremdkörper

---

[77] „Sunna" umschließt die Handlungen, Äußerungen und das unausgesprochene Einverständnis des Propheten Mohammed. Koran und Sunna bilden das Fundament islamischen Rechtslebens, „Schari'a" (= der rechte Weg). Es ist nicht kodifiziertes „Recht", sondern umschließt als unfehlbare Doktrin von Verpflichtungen das gesamte religiöse, politische, soziale, häusliche und private Leben derer, die sich zum Islam bekennen. Die autoritativen Interpretationen wurden in einer Art Gesetzessammlungen niedergeschrieben. Ein Dualismus zwischen Schari'a und obrigkeitlichen Gesetzen („Kanun") bestand seit den Anfängen islamischer Staaten; siehe als Einführung z. B. den Artikel über „Shari'a" in der Encyclopedia of Islam, auch abgedruckt in einem Neudruck der Shorter Encyclopaedia of Islam, Leiden und London 1961.

[78] Während der britischen Vorherrschaft bestand eine Zweiteilung der Jurisdiktion indem alle „British protected persons" (einschließlich der Bürger autonomer ausländischer Staaten) in den „District Courts" der Jurisdiktion des Political Agent unterstanden; siehe z. B. Herbert J. Liebesny, International Relations of Arabia, in: The Middle East Journal 1 (1947), bes. S. 164 ff. Einheimische Gerichte erlangten schrittweise die Jurisdiktion über Moslems aus arabischen Staaten und vom indischen Subkontinent.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(„sie") empfundenen Zugewanderten für die Dauer des Zusammenlebens alle an ein und dieselbe Autorität – an den neuen Staat. Es bleibt dabei nicht aus, daß aus dieser neuen Situation Konflikte entstehen, da die einheimische Gesellschaft geneigt ist, den Staat als nur *für* sie und *durch* sie existent zu betrachten, während z. B. in Qatar oder der VAE allein die Tatsache, daß so viele mehr oder weniger säkulär aufbereitete Rechtsnormen ihren Weg in die Gesetzgebung finden, darauf hindeutet, daß die Zugewanderten ihrerseits ideell an dem Staat, in dem sie leben, Teil haben wollen und wesentlich zu seiner Ausformung beitragen[79].

In der gesamten Region bewirken die beiden wesentlichen Faktoren des Wandels, Industrialisierung und Einwanderung, daß die einstmals so homogene Gesellschaft durch wachsende materielle Ungleichheit und durch unterschiedliche Bildung und Umwelterfahrung auseinanderbricht. Intern bedeutet das für jeden der vier Staaten jeweils ein rapide auseinanderstrebendes Sozialgefälle, in dem der Zementsackträger – fast überall ein Immigrant – materiell und vom sozialen Status her zur untersten Schicht zählt, während einige einheimische Handelsfamilien ihre Stammesverwandten oder Nachbarn an Prosperität, Weltläufigkeit und folglich auch an politischem Einfluß in einigen wenigen Jahren um vieles überrundeten. Ebenso rapide erweitert sich die Kluft zwischen den Summen, die den einzelnen Staaten für Entwicklung zur Verfügung stehen. In einem Zeitalter, da verbesserte Kommunikation diese Diskrepanzen den ärmeren Gesellschaften, wie z. B. den Dörfern im Innern von Oman, vergegenwärtigen, werden solche Unterschiede zum Politikum, dem die reichen Regierungen um der Stabilität des Raumes willen Rechnung tragen müssen[79a].

Die veränderte außenpolitische Reichweite der Staaten

Bis in die späten 1960er Jahre beschränkte sich das Feld, in dem die Regenten und Einwohner eine auf eigener oder traditioneller Erfahrung fundierte Politik nach außen verfolgten, auf die unmittelbaren Nachbarn. Seit Übernahme der vollen außenpolitischen Verantwortung werden politische Reaktionen in den weiteren Feldern der arabischen, der islamischen und der „internationalen" Welt erwartet[80].

In den Beziehungen der vier Staaten untereinander und mit Kuwait dominiert im allgemeinen das Bewußtsein der gemeinsamen Probleme über die traditionellen Differenzen und Rivalitäten. Gegenseitige Konsultation der außenpolitischen Schritte ist an der Tagesordnung. Echte Zusammenarbeit ist am weitesten fort-

[79] Wie in anderen vollautonomen Staaten unterliegen die ausländischen Staatsbürger der Jurisdiktion des Gastlandes; bei einem Verfahren besteht die Möglichkeit konsularischen Rechtsbeistandes von seiten der Vertretung des Mutterlandes. Extradiktionsverträge zwischen den vier Golfstaaten und anderen Staaten sind zumeist noch in der Vorbereitung.

[79a] Siehe auch Frauke Heard-Bey, Social Changes in the Gulf States and Oman, in: Asian Affairs 59 (1972), S. 309–316.

[80] Die Aufgliederung der Außenpolitik auf diese drei Ebenen wurde in der arabischen Welt geprägt und wird derzeit allgemein akzeptiert.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschritten auf wirtschaftlichem Gebiet: Das erste gemeinsame wirtschaftliche Unternehmen war die Luftfahrtgesellschaft „Gulf Air", die gegenwärtig zu gleichen Teilen den Regierungen von Bahrain, Qatar, Oman und der VAE gehört[81]. Eine Schiffahrtsgesellschaft mit derselben Besitzstruktur wurde Anfang 1974 gegründet. Mit der mehrmaligen Verdoppelung des Ölpreises wurden 1973 auch die Fragen der Investition überschüssigen Einkommens auf der nachbarlichen Ebene diskutiert und eine Reihe gemeinsamer Industrien, Wirtschaftsprojekte und Geldinstitute sind in der Diskussion, seitdem die Außenminister von Bahrain, Qatar, der VAE und Oman bei einer Konferenz im April 1974 den Weg dafür geebnet hatten. Die Idee einer gemeinsamen Golfwährung wird besonders von Kuwait unterstützt. Bahrain, Qatar und die VAE sind jedoch gegenwärtig noch dabei, ihre Währungen zu entflechten[81a]. Zweiseitige Zusammenarbeit gedeiht besonders gut zwischen Bahrain und Qatar, die eine Reihe von Industrieunternehmen gemeinsam finanzieren und aufbauen im Rahmen des 1972 gegründeten „Joint Economic Committee".

Schon vor dem entscheidenden Jahr 1971 hatte die gegenseitige Entwicklungshilfe eine integrierende Wirkung innerhalb der Golfregion gehabt. Qatar und Bahrain trugen zusammen mit Kuwait und Saudi-Arabien seit den späten 1960er Jahren zum Bau und Unterhalt von Schulen, einem Krankenhaus und Straßen in den nördlichen Vertragsstaaten bei, ehe ein Tropfen Öl von dem Territorium der VAE exportiert wurde[82]. Inzwischen ist Abu Dhabi in der Lage, sich im Namen seiner Föderationspartner für solche buchstäblich lebensspendende Hilfe erkenntlich zu zeigen. Schon seit einigen Jahren finanziert Abu Dhabi den größten Teil des ‚Gulf Technical College' in Bahrain, das vor allem Studenten aus der VAE und Oman in verschiedenen Gewerben ausbildet. Abu Dhabi finanziert gegenwärtig entweder durch den 1971 gegründeten „Abu Dhabi Fund for Arab Economic Cooperation and Development" oder direkt eine Reihe von Projekten in Bahrain und Straßen und Schulen in Oman. Abu Dhabis Internat ist voll mit Schülern aus Oman und die VAE gibt Stipendien für Omani-Studenten im Ausland. Die verschiedenen Stellen für Finanzverwaltung in Abu Dhabi bekommen außerdem öfters Anweisungen, dem ärmeren Nachbarn bei großen und kleinen Problemen zu Hilfe zu kommen. In ähnlicher Weise reagiert auch Qatar spontan auf die Nöte Omans oder Bahrains, wenn der Regierung besondere Probleme nahegelegt werden. Zum Regierungsstil eines „guten Regenten" im traditionellen Verständnis

---

[81] Die Gesellschaft begann im Jahr 1950 unter dem Namen „Gulf Aviation" als Tochtergesellschaft der BOAC, die Ende 1973 ihren Anteil abgab; die Hauptverwaltung hat ihren Sitz in Bahrain.

[81a] Abu Dhabi benutzte bis nach der Gründung der VAE den Bahrain Dinar (BD), während Qatar und Dubai im Jahre 1966 den Qatar and Dubai Riyal (QDR) eingeführt hatten. Am 20. Mai 1973 wurde der vom ‚UAE Currency Board' eingeführte Dirham (UDH) die einzige Währung der Föderation. Gleichzeitig gründete Qatar die ‚Monetary Agency of Qatar' und machte im Mai 1973 den neuen Qatar Riyal (QR) zur offiziellen Währung. Seit dem 11. November 1972 gilt in Oman der Riyal Omani (RO).

[82] Für Details dieser Hilfe siehe Donald Hawley, a. a. O., S. 229 ff.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gehört es, mit vollen Händen zu geben, sowie Überfluß vorhanden ist. Außerdem geht solche nachbarliche Hilfe jedoch Hand in Hand mit der sehr rationalen Überlegung, daß dem erwachenden Bewußtsein von Bedürfnissen auch in den armen Gegenden Rechnung getragen werden muß, um der politischen Stabilität der Region willen. Im Rahmen des 1971 gegründeten „Abu Dhabi Fund for Arab Economic Development", dessen Kapital im Juni 1974 auf 1,3 Milliarden DM erhöht wurde, gingen im Jahre 1974 beträchtliche Summen als Anleihen an die Nachbarn Bahrain und Oman und ferner an Nord-Yemen. Aus Gründen, die an anderer Stelle diskutiert werden, sind jedoch allein die bilateralen Anleihen und Geschenke der VAE an bestimmte Staaten außerhalb der Golfregion wesentlich höher[83].

Traditionelle Animositäten gelten in den nachbarlichen Beziehungen als vergessen und vergeben. Doch neben dem rationalen Sicherheitsdenken und der brüderlichen Hilfsbereitschaft spielt gerade in der gegenseitigen Bewertung ein irrationales Konkurrenzdenken eine unproportional große Rolle. Da in vieler Hinsicht die unreflektierteste Form von Fortschrittsgläubigkeit den Standard abgibt, wird schon Erreichtes oft unbesehen glorifiziert, während gleichzeitig fast mit Genugtuung auf Staaten, Gemeinden oder Gruppen hingewiesen wird, die noch nicht so weit gekommen sind. Von solchen Gefühlen sind auch die führenden Staatsmänner der Region nicht frei. Oman wird deshalb oft als hoffnungslos unterentwickelt, verdreckt, undemokratisch und ärmlich abgetan; Omani-Beamte dagegen, denen häufig von ausländischen Experten zugestanden wird, daß sie mit den begrenzten Mitteln des Landes in drei Jahren schon sehr gute Entwicklungsarbeit geleistet haben, schauen ihrerseits auf Abu Dhabi herab, wo ihrer Meinung nach die Geschwindigkeit der Entwicklung oft zum durchdachten Planen und zur Qualitätsarbeit keine Zeit ließ. In ähnlicher Weise werfen sich die Einwohner von Dubai in die Brust, daß hier die modernste Handelsmetropole der Küste pulsierte, ehe ein Tropfen Öl exportiert wurde, und von ihrem Blickwinkel sieht es aus, als ob in Abu Dhabi die vielen Berater sich nur gegenseitig in den Weg geraten und eine unnötig große Zahl von Scharlatanen sich ungestört bereichert. Omanis erheben Anspruch darauf, die Kustoden der Geschichte und Kultur Südostarabiens zu sein, während Bahrainis ihren Staat und ihre Gesellschaft in mancher Beziehung gern mit denen der Levante auf eine Stufe gestellt sehen.

Der nahtlosen Koordination aller außenpolitischen Aktivitäten der vier jungen Golfstaaten stehen jedoch auch ganz konkrete Interessenunterschiede im Weg. Am Guerillakrieg in Dhofar scheinen sich die Geister am deutlichsten zu scheiden. Wie der Name der Guerillaorganisation schon bezeugt, richtet sich die Front nicht allein gegen Oman, sondern gegen alle gegenwärtigen Regime im Golf[84]. Außer-

[83] Ägypten z. B. bekam im April 1974 etwas weniger als Bahrain, nämlich 26 Millionen DM aus dem Fond zugesprochen, im Juni 1974 verpflichtete sich die VAE außerdem, sich mit 264 Millionen DM an dem Wiederaufbau der Suez Kanal Region zu beteiligen. Im März 1975 war der Anteil Syriens mit 76,5% der größte des gesamten derzeitigen Anleihevolumens des Fonds.

[84] In einigen arabischen Zeitungen wurde im Juli 1974 verbreitet, daß die Organisation nunmehr nur noch bedeute: „Popular Front for the Liberation of Oman" (PFLO).

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halb Omans wurde dieser Krieg lange Zeit nur hinter vorgehaltener Hand erwähnt. Oman konnte zwar auf finanzielle Hilfe, nicht aber auf militärische oder offene moralische Unterstützung von den ebenfalls bedrohten Nachbarn rechnen. Die arabische Welt ist geteilter Ansicht über den Krieg in Dhofar und wenn sich einige der Nachbarn Omans zu offensichtlich engagieren, riskieren sie die guten Beziehungen mit dem Teil der arabischen Welt, der mit der Volksrepublik Yemen sympatisiert[85]. Sie würde wahrscheinlich diesem Krieg, der auf arabischem Boden mit chinesischen Waffen geführt wird und britische Hilfe einlud, nach wie vor den Rücken kehren, wenn nicht im Frühjahr 1974 die schwelende irakisch-iranische Animosität in einer neuen militärischen Konstellation Anlaß gegeben hätte zu einer arabisch-iranischen Kampagne: Nachdem die arabischen Länder mit wenigen Ausnahmen[86] die Hilfsgesuche Omans ignoriert hatten, sah sich die Regierung in Muskat genötigt, das Angebot militärischer Unterstützung von Iran anzunehmen. Seit dem Frühjahr 1972 sind iranische Truppen nicht nur als Ausbilder, sondern im aktiven Dienst beteiligt an den sporadischen Aktionen zur Kontrolle der Guerillaaktivitäten, die vor allem unter dem Schutz dichter Regenwolken und Nebel während der Monsunmonate im Juni bis August aufleben[87]. Iran sieht es als lebenswichtig an, daß sein Gegenüber an dem 80 km breiten Eingang zum Golf nicht den Aspirationen der „Befreiungsfront" oder einem linksorientierten Putsch zum Opfer fällt[88]. Auf einen Beschluß der Außenministerkonferenz der Arabischen Liga im März 1974 hin besuchte eine Delegation im Juni Oman, ein erster Schritt zur innerarabischen Vermittlung in diesem Konflikt, der seitdem zumindest seine Obskurität und Heimlichkeit verloren hat. Im Oktober erklärte dann überraschend der omanische Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten, daß die iranischen Truppen ihre Mission in Dhofar erfüllt hätten. Anfang 1975 wurde jedoch bestätigt, daß seit Dezember erneut iranische Truppen an einer erfolgreichen Offensive beteiligt waren.

---

[85] Manche Nachbarn Omans haben deshalb zeitweise etwas Mühe, ihre Sympathien für Oman mit der eigenen Politik der guten Beziehungen mit allen arabischen Regimen, einschließlich Irak, zu vereinbaren; die VAE, Qatar und Bahrain pflegen zwar diplomatische Beziehungen mit Iran und tausende iranische Staatsbürger leben und arbeiten in diesen Staaten, doch die offensive Intervention von Iran in das Geschick der Inseln Abu Musa und Tumbs ist noch nicht vergessen.

[86] Jordanien sandte Ausbildungsoffiziere, die VAE und Saudi Arabien gaben Geld, letzteres etwa 36 Millionen DM; siehe Keesing's Contemporary Archives 1974, Sp. 26579 f. Im März 1975 wurde bekannt gegeben, daß Jordanien Oman 31 Hawker Hunter-Flugzeuge gegeben und ein Bataillon in der Kampfzone stationiert habe.

[87] Das iranische Kontingent wird auf drei Bataillone von je etwa 1200–1500 Mann geschätzt, die von 30 Helikoptern unterstützt werden; die Stärke der omanischen Streitkräfte wird auf 9600 Mann geschätzt, von denen etwa 300 britische Offiziere, Techniker und Piloten unter Kontrakt sind; Ebenda und The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1973–1974, London 1974, S. 32 ff.

[88] Daß die internen Probleme Omans nicht auf das Bergland von Dhofar beschränkt bleiben, wurde offenbar als im Dezember 1972 in den Städten des Innern von Oman 39 Mitglieder von PFLOAG und chinesische Waffen aufgegriffen wurden; Keesing's 1974, Sp. 26579 f.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Fragen der Verteidigung der nationalen Sicherheit und Unabhängigkeit sind die vier Golfstaaten untereinander und mit ihren Nachbarn denn auch am wenigsten in harmonischem Gleichschritt[89]. Bahrain und Qatar haben jeweils kleine Streitkräfte mit einer Ausrüstung, die ausreicht für Grenzpatrouillen bzw. Kontrolle der Küste gegen Schmuggler und illegale Immigranten. In der VAE gibt es eine „Union Defence Force" (UDF) neben Verteidigungsgruppen der einzelnen Mitgliedstaaten mit 250 (Ras al-Khaimah) bis 1000 Mann (Dubai). Die UDF ging aus den Trucial Oman Scouts hervor. Sie hat jetzt die Stärke von etwa 1600 Mann und ist mit Patrouillenbooten etc. ausgerüstet, um ihrer doppelten Funktion der Kontrolle der Küsten nachzukommen und für Sicherheit außerhalb der Städte zu sorgen.

Die Streitkräfte von Abu Dhabi (ADDF) haben demgegenüber Proportionen angenommen, die sie politisch zum Stein des Anstoßes im Golfraum machen könnten. Über 9000 Soldaten und Offiziere haben mit der konventionellen Ausrüstung für Patrouillen und zur Unterstützung der UDF eine nützliche Funktion; der Kauf von 14 – und das Gerücht von der Bestellung von 18 weiteren – Mirage-Flugzeugen wirft jedoch bei den Nachbarn die Frage auf, für oder gegen wen der Staat sich in dieser Weise bewaffnet.

Die Soldaten der ADDF werden zum größten Teil von Omanis gestellt; Offiziere, Ausbilder und Verwalter waren in den Anfangsjahren der Truppe nach 1966 Jordanier und britische Vertragsoffiziere sowie einige Offiziere der britischen Armee als Kommandeure. Im Jahre 1974 bestand das britische Kontingent in der vielfach vergrößerten ADDF nur noch aus wenigen Vertragsoffizieren, die zusammen mit jordanischen Offizieren u. a. Versorgungs- und Patrouillenflugzeuge, z. B. die 12 altgekauften Hawker-Hunter, fliegen. Das Rückgrat der ADDF und insbesondere das Wartungs- und Betriebspersonal der Mirage wird von Pakistanis und zu einem geringen Teil von Ägyptern gestellt. Einige einheimische Offiziere sind sehr schnell in verhältnismäßig hohe Posten eingerückt.

Die Abhängigkeit der VAE in militärischer Hinsicht von Pakistan wird von anderen Golfstaaten nicht unbedingt begrüßt und das Ausmaß der Verteidigungsstreitkräfte von Abu Dhabi wird eher als eine Gefahr der Stabilität denn als ein Beitrag zur Sicherheit der Region gewertet. Auch innerhalb der VAE wird die ADDF teils wegen der hohen Kosten der Ausrüstung teils wegen des Prestigeverlustes anderer Regenten mit Mißbilligung betrachtet.

Ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen der vier jungen Golfstaaten ist das Maß, in dem Kuwait als Führer, Mentor oder Vorbild akzeptiert wird. Kuwait hatte entscheidenden Einfluß darauf, daß die Golfstaaten auf der Schwelle zur Unabhängigkeit nach dem britischen Regierungswechsel nicht noch viel inständiger um eine Revision der Abzugsentscheidung

[89] Der Haushalt von Bahrain für 1974 sieht 5,3% für Verteidigungsausgaben vor (etwa 18 Millionen DM). Qatar kaufte 1971 sechs gebrauchte HS Hunter Flugzeuge, beschränkte sich im Jahr 1974 jedoch auf den Kauf von brasilianischen Panzerwagen und Patrouillenbooten; siehe World Armaments and Disarmaments, Yearbook 1973, hrsg. vom Stockholm International Peace Research Institute, Stockholm 1973, S. 304, auch für das Folgende.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

plädierten; es schaltete sich als Vermittler in die Föderationsverhandlungen der Emirate ein und auf Kuwaits Initiative gehen eine Reihe von Projekten zur wirtschaftlichen und politischen Koordination zurück. Dort wurde auch zum ersten Mal die Idee einer auf Öl fundierten gemeinsamen Golfwährung propagiert. Die anti-iranische Haltung, deren Kuwait sich befleißigen muß, um nicht das zerbrechliche Stillhalteversprechen Iraks zu riskieren, färbt auch auf einige seiner arabischen Partner im Golf ab. Diese bemerkenswerte Orientierung der Golfstaaten nach Kuwait hin ist teilweise darauf zurückzuführen, daß dieser Staat die Entwicklung vom kleinen arabischen Handelshafen zum Staat des wirtschaftlichen Überflusses vorgelebt hat; außerdem ist es ein Merkmal der gegenwärtigen Außenpolitik von Kuwait, alle sich bietenden Gelegenheiten zu benutzen, um durch Initiativen und Vermittlungsangebote sein außenpolitisches Gewicht zu vermehren.

Die gesamte arabische Welt bietet vor allem der VAE und Qatar ein garantiertes Reservoir an Arbeitskräften. Dasselbe gilt für Indien, Pakistan und Iran; dennoch sind – mit den schon erwähnten Ausnahmen der besonderen omanischen-iranischen Beziehungen und denen der VAE zu Pakistan – die politischen Beziehungen der Golfstaaten mit diesen drei Ländern in keiner Weise zu vergleichen mit den gegenwärtig zu beobachtenden Bemühungen der Golfstaaten um volle Integration in einen arabischen Block. Auf dem Hintergrund der Suche nach Identität, Anerkennung und Anlehnung müssen die Schritte gesehen werden, mit denen die jungen Golfstaaten in die Umarmung der gesamten arabischen Welt eilten – selbst das zögernde, wählerische Oman mitreißend[90]. Die Regime in Syrien, Ägypten und Irak gaben ihrerseits die Welle der feindlichen Propaganda auf, in der die Scheichs am Golf als „stooges of imperalism" bezeichnet worden waren, boten Zusammenarbeit auf allen Entwicklungsgebieten an und in vielen Fällen dominieren inzwischen die Arbeitskräfte aus allen arabischen Staaten in Erziehung, Presse und Verwaltung. Dabei überspielten bald die gemeinsame Sprache, Religion und das Gewicht des kulturellen Erbes die sowieso nur vage erfaßten Unterschiede in den politischen Systemen der Staaten der arabischen Welt.

Die Regenten der reicheren Golfstaaten folgten in den Jahren nach dem 1967er Krieg dem Beispiel von Kuwait, indem sie palästinensische Bewegungen finanziell unterstützten und im gesamten arabischen Raum des Golfes wurde schon lange vor dem Abzug des britischen Einflusses der Boykott israelischer Waren durchgeführt. Solche Aktionen wurden zu dieser Zeit oft interpretiert als Mittel zur Beschwichtigung derjenigen Elemente in der arabischen Welt, die den paternalistischen Regimen kritisch gegenüber standen. Die Regierungen der Golfstaaten haben seitdem jedoch unter Beweis gestellt, daß ihre Unterstützung für die „arabische Sache" aus den tiefergreifenden Wurzeln echter Überzeugung gespeist wird. Seit die vier Staaten volle Mitglieder der UN und vieler internationaler Organisationen geworden sind, haben sie bei allen Gelegenheiten auf diplomatischer Ebene diese „arabische Sache" zu dem wesentlichsten Gegenstand ihrer außenpolitischen Äußerungen gemacht.

[90] Oman ist z. B. weder Mitglied von OPEC noch von OAPEC.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine so vollständige Identifizierung ist nicht denkbar als bloßer Lippendienst. Zusammen mit der menschlichen Entrüstung, dem Gefühl religiöser Verpflichtung, Jerusalem für den Islam zurückzugewinnen und dem wachsenden arabischen Nationalgedanken ist ein sehr wesentliches Motiv für die einmütige Unterstützung seitens der geographisch abgelegenen Golfstaaten deren Bedürfnis nach einem Vehikel zur politischen Selbstdarstellung auf der internationalen Bühne. Der Oktoberkrieg wurde in dieser Hinsicht für die Golfstaaten zum Markstein: Waren sie vorher schon zu vollgültigen Mitgliedern in der arabischen Familie aufgerückt, so hielten sie nun zusammen mit Saudi-Arabien und Kuwait die Schlüssel zum Geschick der arabischen Nation in Händen. So erschien es jedenfalls den Regierungen der ölexportierenden Golfstaaten, als sie rückhaltslos dem Gebrauch der Ölwaffe während und nach dem Oktoberkrieg zustimmten. Im Nachhinein ist deshalb auch die Frage akademisch, was z. B. Abu Dhabi veranlaßte, als erster arabischer Ölexporteur das Embargo gegen die USA auszusprechen – ob Präsident Scheich Zayed bewußt die Führung übernehmen wollte oder ob er unter dem Eindruck stand, daß dieser unter den arabischen Regierungen und in der Presse als sicher geltende Schritt andernorts schon entschieden worden war.

Dem Prestigegewinn, den die Golfstaaten im Augenblick des Embargos und der Preiserhöhungen in der arabischen Welt erlebten, folgten die wachsenden Obligationen ihres intensiven politischen Engagements auf dem Fuße. Indem die Golf-Ölexporteure die als Mittel zur Finanzierung des Krieges gedachte Ölpreiserhöhung vom 16. Oktober 1973 akzeptierten, verpflichteten sie sich moralisch, einen großen Teil der Einnahmen sofort an die kriegführenden arabischen Staaten abzuführen. Mit dem Ende der „heißen" Kriegssituation bekamen die Ölexporteure alle zwar die volle Souveränität über ihre Einkünfte zurück, doch die moralische Verpflichtung zur Unterstützung der vom Krieg Betroffenen dauerte an.

Die erneute Verdoppelung des Ölpreises vom Januar 1974 brachte dann als unmittelbare außenpolitische Auswirkung eine Welle von Hilfsgesuchen, denen die wichtigeren unter den Exporteuren des Golfes zunächst fast fraglos nachgeben mußten, da für den Gebrauch des überraschend erhöhten Einkommens noch keine Pläne gemacht worden waren. Es gibt wohl keine Regierung eines islamischen Landes, die nicht in den ersten Monaten des Jahres 1974 eine Delegation in die Hauptstadt der VAE sowie nach Qatar und Kuwait sandte. Die afrikanischen Staaten forderten ihrerseits Kompensation für die wirtschaftlichen Verluste, die sie wegen ihrer Bereitschaft zur diplomatischen Unterstützung der „arabischen Sache" erlitten hatten. Im Gefolge der Regierungsdelegationen auf höchster Ebene kamen eine Unzahl von Bittstellern wissenschaftlicher, religiöser, wohltätiger und publizistischer Institutionen, die im Verein mit den sowieso ein- und ausgehenden Wirtschaftsvertretern, Bau- und Investitionsexperten aus aller Herren Länder zu der herrschenden Konfusion beitrugen.

Während anfänglich die betroffenen Regierungen ihren neuen Obligationen Rechnung trugen und auf manche Bittgesuche spontan mit der Übergabe eines Schecks reagierten, zeigte sich bald, daß ihre Verpflichtungen sich nicht in diesen

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zahlungen der Nachkriegsperiode erschöpften. Versuche zur besseren Koordination der Wirtschaftshilfe, die zu dieser Zeit aus allen arabischen Ölexportstaaten abfloß, wurden jedoch schon bald überholt von dem Gewahrwerden eines Teufelskreises: Nämlich, daß die vom plötzlichen Währungsdefizit betroffenen Industriestaaten ihre Entwicklungshilfe einschränken würden, während gleichzeitig die Ölimportrechnungen zusammen mit den steigenden Preisen für Industriegüter zum Bankrott der Entwicklungsländer führen können. Außerdem wurde nun die teilweise durch die Ölpreise beschleunigte Gefahr deutlich gesehen, daß das am Öl verdiente Geld bei langfristigeren Investitionen in Entwicklungsprojekte der Zukunft rapide seinen Wert verlieren könnte. Für alle Ölexporteure stellte sich damit in den ersten Monaten des Jahres 1974 die Frage, ob das angekündigte weltweite Wirtschaftschaos in einem Maß und einer Form Realität werden wird, daß auch der eigene Fortschritt zusammen mit dem der armen Entwicklungsländer selbst darin erstickt werden könnte. Dazu kommen Anzeichen einer abfallenden Nachfrage nach Öl, während die seit lange vor dem Oktoberkrieg im Bau befindlichen zusätzlichen Produktionseinrichtungen neue Exportkapazitäten eröffnen.

Versuche, eine einheitliche Reaktion der Exportländer auf diese komplexe Situation zu erzielen, werden von einem OPEC- und OAPEC-Treffen zum nächsten schwieriger.

In diesem Aufsatz können weder die vielen zur Debatte stehenden Lösungen noch die Gründe für die mangelnde Einmütigkeit dargelegt werden, doch müssen die stattgefundenen und die zu erwartenden Veränderungen in den Beziehungen der vier Golfstaaten zu den internationalen Ölfirmen noch etwas näher beleuchtet werden. Bahrain hat lange Zeit die erforderlichen Investitionen selbst für die seit dem 1. Januar 1973 in vielen Staaten üblichen 25% Teilhaberschaft gescheut. Erst im September 1974 zog die Regierung den Nachbarn gleich und erwarb 60% der BAPCO Anteile. In Qatar und Abu Dhabi erhöhten die Regierungen am 1. 1. 1974 vorfristig die Anteile auf 60% in allen exportierenden Firmen. Wie für Bahrain, so kamen auch für Oman die erhöhten Ölpreise als ein uneingeschränkter Segen, der eine unverhoffte Beschleunigung der Entwicklungsprojekte ermöglichte. Oman zögerte ursprünglich geraume Zeit damit, den 25%igen Anteil bei PDO aufzukaufen; im Juli 1974 entschloß es sich jedoch dann sogar noch vor Saudi Arabien dazu, den Anteil auf 60% zu erhöhen, wahrscheinlich, weil die Investitionen der nicht gleich absorbierbaren Einnahmen im eigenen Land als lohnend betrachtet wurden. Die Frage der Partizipation ist jedoch nicht nur eine finanzielle, sondern vor allem auch eine technische. Qatar mit seiner schon ziemlich vorangeschrittenen Infrastruktur hat dementsprechend mehr überschüssige Gelder; die Regierung kann auch mehr als nur ein stiller Partner sein, da inzwischen eine Reihe einheimischer Experten in die Ölindustrie hineingewachsen sind, die die Interessen des nationalen Teilhabers in vollem Umfang wahrnehmen können. Die Omanis sind ihrerseits auf dem besten Weg, eine aktive Rolle in der Ölindustrie des Landes auszufüllen. Demgegenüber müssen sich die Mitgliedstaaten der VAE noch in allen technischen Posten auf angeworbene Spezialisten ver-

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lassen, an denen außerhalb Iraks in der arabischen Welt ein akuter Mangel herrscht[91].

Die Regierungen der vier hier behandelten Staaten werden in ihrer Ölpolitik vor allem von zwei Faktoren beeinflußt: Einerseits werden Entscheidungen im Ölsektor auf die Bedürfnisse der arabischen Welt abgestimmt, an welche man sich ja so fest als möglich anlehnen möchte. Andererseits wird es den Regierungen in zunehmendem Maße bewußt, daß die sozio-ökonomische Situation einiger der ölexportierenden Länder des Mittleren Ostens in vieler Hinsicht diametral entgegengesetzt ist – was sich auch in einer völlig unterschiedlichen Wirtschafts- und Ölpolitik niederschlagen sollte. Während Länder, die entwicklungs- und bevölkerungsmäßig zur Industrialisierung reif sind (wie Iran und Irak) oder entwicklungshungrige kleine Exporteure (wie Bahrain und Oman) so viel von ihrem Öl wie möglich zum gegenwärtigen Preis verkaufen wollen – selbst auf die Gefahr hin, daß die Verbraucher in der Zukunft auf andere Energiequellen ausweichen – würde es dem Nationalinteresse eines Landes wie der VAE am meisten dienen, wenn sie den größten Teil des Öls im Boden lassen könnte, vorausgesetzt, daß in ferner Zukunft auch noch eine rege Nachfrage dafür garantiert ist. Die ungewisse Zukunft der Weltenergiepolitik einerseits und der Weltfinanzlage andererseits macht es den unterbevölkerten Ölexporteuren jedoch schwer, mit Selbstvertrauen eine eigene Linie in ihrer Ölpolitik zu verfolgen. Vielmehr entscheiden sie sich aus den erwähnten Gründen der Identifizierung mit dem größeren Körper der arabisch-islamischen Welt für komplette Koordination mit den einflußreichen Ölproduzenten, während der sich ansammelnde Reichtum oft schon als peinlich und hinderlich empfunden wird.

In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß der Krieg zwischen der arabischen Welt und Israel zu keinem für die jungen Golfstaaten ungünstigeren Zeitpunkt hätte ausbrechen können. Wie ein plötzliches Gewitter veränderte er das bis dahin relativ ruhige politische Klima, in dem sich der Übergang von britischer Gängelung zu vollständiger Unabhängigkeit zu vollziehen im Begriff war. Während noch alle physischen und intellektuellen Kräfte auf die Ausformung der jungen Staatswesen verwendet werden sollten, wurde plötzlich fast der gesamte politische Raum von den Randerscheinungen des Krieges angefüllt. Weil sie wohl-

---

[91] In Bahrain, Qatar und der VAE gibt es Ministerien für Petroleum, in den beiden ersteren Staaten mit Wirtschaft und Finanzen gekoppelt. Im letzteren Fall steht der föderative Minister für Petroleum und Bodenschätze in Personalunion auch der Abteilung für Ölangelegenheiten verwalten. Seit der staatlichen Übernahme von 25% (ab 1. 1. 1974 60%) der Anteile an allen Ölfirmen im Land, nimmt die „Abu Dhabi National Oil Company" die Interessen der Regierung wahr. Sie fungiert außerdem als Verteilerorganisation für alle Petroleumprodukte im Staat und gründete der Industrie verwandte Tochtergesellschaften. Ähnliche Struktur und Funktion hat die „Quatar General Petroleum Organisation". In Dubai, Scharjah und Oman gibt es keine staatliche Institution zwischen den Ölgesellschaften und dem Regenten. Erklärungen bezüglich volle Nationalisierung haben bisher noch in keinem der betreffenden Staaten feste Abkommen zur Folge gehabt.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

habend und arabisch sind, bürdeten sich diese Staaten Probleme und Verantwortungen auf, denen sie vom Stand der eigenen Entwicklung und der Zahl ausgebildeter Fachleute noch nicht gewachsen sind. Gleichzeitig erforderte das eigene Land den vollen Einsatz der wenigen einheimischen Experten, die letztlich allein die Verantwortung tragen können für die heute zu fällenden Entscheidungen über die Richtung, die die Entwicklung in der Zukunft nehmen soll.

Der ausgeprägteste Fall unter den Leidtragenden der Krisensituation ist die VAE, deren Bereitschaft zu finanziellen Opfern dazu führte, daß der Staat von Abu Dhabi Ende 1973 selbst eine Anleihe von 240 Millionen aufnahm, um seinen eingegangenen Hilfsverpflichtungen nachzukommen. Nur ein Bruchteil der Milliarden, die die Mitglieder der VAE zusammen vom Öl einnehmen, durchläuft überhaupt jemals die einheimische Wirtschaft. Vielmehr wird nach wie vor ein nicht feststellbarer Teil des Geldes als politisch motivierte Hilfe an nationale und internationale Organisationen und an Drittländer abgeführt – oder zumindest versprochen – noch ehe das Öl des ganzen Jahres die Küsten des Staates verlassen hat. Die einschneidendste Folge dieser Entwicklung ist, daß der allergrößte Teil der Arbeitskraft, der Arbeitszeit und der moralischen Verantwortlichkeit und politischen Ambitionen der Handvoll einheimischer Entscheidungsbefugten und -befähigten damit in Anspruch genommen wird, während sie sich voll und ganz den Nöten und Geburtswehen der jungen Föderation und ihrer vom Chaos des Wandels bedrohten Gesellschaft widmen müßten.

Während in Abu Dhabi gegen Ende der 1960er Jahre das Einkommen des Emirats und sein jährlicher Staatshaushalt einigermaßen kongruent waren (in Bahrain sind die beiden Posten derzeit identisch) vervielfachte sich in den 1970er Jahren die Dunkelziffer der Differenz zwischen Einkommen und feststellbaren staatlichen Finanzverpflichtungen aller Art. Zur gleichen Zeit, als die Verwaltung der Haushalte und der sonstigen finanziellen Verpflichtungen des Emirates Abu Dhabi und der gesamten VAE zusehends straffer organisiert wurde, wuchsen die Summen mit unvorhersehbarer Geschwindigkeit, über die nur der Regent verfügen kann. Das traditionelle Konzept, daß Staatseinkünfte nur vom Regenten entgegengenommen und verteilt werden können, war schon auf dem besten Weg, von der unpersönlichen Institution des Staatsfiskus verdrängt zu werden, als die sporadischen Ölpreiserhöhungen jeglichen Versuch staatlicher Finanzplanung für ein volles Jahr wieder vereitelten. Das Problem ist keineswegs die Gefahr der privaten Bereicherung – sind doch die Ansprüche vieler Scheichs in Bezug auf den persönlichen Komfort äußerst bescheiden – sondern es geht um die gesellschaftspolitisch relevante Tatsache, daß nicht eine nationale Institution der Föderation, und nicht einmal die Berater und Fachleute, sondern letztlich ein einzelner die gesamte Autorität über die Nutzung des größeren Teils des Nationaleinkommens inne hat. Sowie sich wieder ein einigermaßen im voraus berechenbares Einkommensgefüge für die Emirate der VAE eingespielt hat, wird wahrscheinlich – ähnlich wie in Kuwait – die Nationalversammlung mehr Anteil haben wollen an diesen eminent wichtigen Fragen der Investitionen und der außenpolitisch bedeutsamen Hilfs-

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

programme[92]. Gegenwärtig gibt es nach einer Periode sprunghaften Wachstums der Öleinnahmen, wie z. B. im Jahr 1973, keine verläßliche Bilanz aus der hervorgeht, wie viel Geld letztlich in Investitionen angelegt, für langfristige Projekte und Anschaffungen verplant und wieviel an Regierungen, an internationale und private Organisationen, an Institute oder Individuen ausgehändigt wurde. Neueste Regierungsveröffentlichungen machen es jedoch nun wenigstens in groben Umrissen deutlich, welche Verwendung die 8,2 Milliarden DM fanden, die Abu Dhabi 1974 einnahm. Etwa 3,5 Milliarden DM wurden den vorwiegend kurzfristig investierten Reserven des Staates zugeführt. Entwicklungsobjekte, Betrieb und Verteidigungsausgaben des Emirates Abu Dhabi, sowie dessen Löwenanteil am Budget der VAE kosteten runde 2,3 Milliarden DM. Die restlichen 2,3 Milliarden DM, etwa 28% des Jahreseinkommens bzw. fast die Hälfte der gesamten Ausgaben flossen der Hilfe im Ausland in verschiedenster Gestalt zu. Dem Budget von 1974 zu Folge betrugen Qatars Einnahmen von Öl etwa 3,2 Milliarden DM; davon wurden 6,3% für Hilfe verwendet, während 2,1 Milliarden DM für Reserveinvestitionen zur Verfügung standen. Die tatsächlichen Einnahmen betrugen dann etwa 4,2 Milliarden DM.

Betrachtet man die Entwicklung der vier Staaten der unteren Golfregion seit im Jahre 1934 zum ersten Mal Öl von Bahrain verschifft wurde, so kommt einem zu allererst zum Bewußtsein, von wievielen zusätzlichen gesellschaftlichen Problemen und internationalen Komplikationen seitdem diese traditionellen Gemeinschaften heimgesucht wurden. Das Studium der bisherigen Entwicklungsphasen vermittelt jedoch den Eindruck, daß – dank der mancherorts in überreichem Maß vorhandenen finanziellen Rückendeckung – das an der Wurzel einiger der aufgezeigten Übel sitzende Hauptproblem, nämlich ein akuter Mangel an geeigneten, verantwortlichen Fachkräften, auf dem besten Weg ist, in absehbarer Zeit gelöst zu werden. Die vier jungen Staaten demonstrieren auf sehr unterschiedliche Weise, daß im Prozeß der Entwicklung jeder Fortschritt auch einen Zuwachs an Komplexität der internen und externen Probleme mit sich bringt. Um mit diesen Problemen fertig zu werden, ist ein volles Staatssäckel eine beträchtliche Erleichterung, aber in sich selbst niemals die Lösung schlechthin. Auf der internationalen Szene haben auch diese vier Staaten ein unvorhergesehenes Gewicht erlangt durch die Ölpreiserhöhung. Dem neuen Status als „Mitbürger der Welt" wird Rechnung getragen in der vielschichtigen Rolle, die jeder der Staaten spielt im Bezug auf andere Staaten der arabischen, der Dritten Welt und industrialisierten Welt – als Geber oder Empfänger, als Vermittler, Antagonist, Freund oder Partner, als Kunde oder Verkäufer.

[92] In einem Telegramm des Staatssekretärs für Auswärtiges an den UN-Generalsekretär im Juni 1974 wurde festgestellt, daß die VAE bis zu diesem Zeitpunkt im laufenden Jahr 1,050 Milliarden DM Hilfe gegeben, den „Abu Dhabi Fund" auf 1,320 Milliarden DM erhöht, bei dem IMF 317 Millionen DM zur Abhilfe von Währungsdefiziten investiert und sich an der Gründung mehrerer Entwicklungsbanken der Dritten Welt beteiligt habe.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

	Bevölkerung in Tausend		Ölimport in Mill. long tons / Einkommen in Mill. US Dollar								Haushalt (in Mill. US-Dollar)
	um 1934	1973	1934	1949	1962	1967	1969	1972	1973	1974	1974
Bahrain	90 (1941 Zensus)	216 (1971 Zensus) 82%⁺	0,04 / £ 2000	1,51 / n. p.	2,22 / 1,9	3,5 / 15	3,7 / 22	3,4 / 26	3,3 / 30	3,3 / 120	130
Qatar	27*	170* / 65%⁺		0,01	8,7 / 55,8	15,4 / 101,8	17,2 / 115,2	23,2 / 255	27,3 / 400	24,7 / 1810	400
Abu Dhabi	20*	130* / 30%⁺			0,8 / 2,8	18,3 / 105,0	28,9 / 191,1	50,6 / 551	62,6 / 1000	68 / 3500	510
Dubai	11*	120* / 40%⁺					0,5 / n. p.	7,6 / n. p.	11,8 / 150	13 / 700*	n. p.
VAE	80* (als Vertragsstaaten)	350* / 40%⁺						58,2	74,4 / 1150	82,4 / 4235**	423
Oman	500*	600* / 96%⁺				2,9 / 5,3	16,4 / 92	14,2 / 122	14,7 / 178	14,6 / 950	990

⁺ Anteil der Einheimischen
* geschätzt
** mit Scharjah
n. p. = nicht publiziert

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

DETLEF BRANDES

DIE DEUTSCHE REAKTION AUF DIE PRAGER DEMONSTRATIONEN IM HERBST 1939

Die Demonstrationen der tschechischen Bevölkerung des „Protektorats Böhmen und Mähren" am 28. Oktober 1939 und der Prager Studenten am 15. November 1939 sind schon früh wiederholt dargestellt worden[1]. Auch in den jüngsten Studien zur Geschichte des Protektorats werden jene Kundgebungen ausführlich beschrieben und interpretiert[2]. Die in diesem Zusammenhang zentrale Frage aber, nämlich die Frage nach den Hintergründen der maßlos heftigen deutschen Reaktion auf die Unruhen, also der Verhaftungen und Erschießungen wie der Schließung der tschechischen Hochschulen, mußte bislang stets offenbleiben bzw. mit mehr oder weniger wahrscheinlichen Spekulationen beantwortet werden. Inzwischen konnte jedoch der Verfasser, und zwar für ein zeitgeschichtliches Gutachten in einem Gerichtsverfahren, in Prag Material einsehen, das bisher unbekannt war und eine weitgehende Aufhellung der Hintergründe erlaubt.

Am 30. September 1939 wurde der Gesandte des Protektorats in Berlin, der ehemalige tschechoslowakische Außenminister Chvalkovský, von Hitler empfangen. Nach Chvalkovskýs Bericht hat sich Hitler in einem Monolog damals noch zufrieden über die Entwicklung im Protektorat geäußert. Hitler habe nicht allein die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß „das ganze tschechische Volk heute die historische Bedeutung der Entscheidung" Präsident Háchas – d. h. seine Unterwerfung unter Hitlers Ultimatum am 15. März 1939 – „begriffe und daß die Kritiker schon schwiegen", sondern sogar „Worte großer Anerkennung für das kulturelle und wirtschaftliche Niveau Böhmens und Mährens und Ihres [des tschechischen] Volkes" gefunden. Hitler habe die tschechische Industrie und Landwirtschaft gelobt und ferner festgestellt, daß er auch über die tschechischen Arbeiter, die für Beschäftigungen im Reich angeworben worden seien, günstige Informationen bekomme. Er versicherte dem Gesandten, daß kein Grund bestehe, eine Germanisierung des Protektorats zu befürchten, und er betonte anerkennend, daß „unsere Regierung mit dem Herrn Präsidenten an der Spitze für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" garantiere[3].

---

[1] Vgl. besonders Persekuce českého studenstva za okupace, Hrsg. Ministerstvo vnitra, Prag 1946.

[2] Vojtech Mastný, The Czechs under Nazi rule, The failure of national resistance 1939–1942, New York u. London 1971, S. 110 ff. – Detlef Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Teil 1, Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942), München u. Wien 1969, S. 83 ff.

[3] Bericht Chvalkovskýs über seinen Empfang bei Hitler, mit einer Paraphe Franks v. 10. 10. 1959, im Archiv Ministerstva Spravedlnosti (künftig AMS), Prag.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus dem Bericht, der von Hácha, der Protektoratsregierung und dem Leiter des Národní souručenství (Nationale Gemeinschaft, von Hácha geschaffene Einheitspartei) mit „Befriedigung und Freude" aufgenommen wurde[4], geht hervor, daß Hitlers positives Bild vom Protektorat auf die Schilderungen des Reichsprotektors v. Neurath zurückging, und der Bericht zeigt ferner, daß Hitler zu diesem Zeitpunkt die behutsame Politik Neuraths noch tolerierte. Neurath ließ der Protektoratsregierung einen gewissen Spielraum, der ihr eine Politik ermöglichte, die sich zwischen Abwehr deutscher Forderungen und Nachgiebigkeit bei starkem deutschem Druck bewegte, zwischen Unterordnung unter die deutschen – besonders die wirtschaftlichen – Ziele und Zusammenarbeit sowohl mit der Widerstandsbewegung wie mit tschechoslowakischen Exilpolitikern. Der tschechischen Widerstandsbewegung erlaubte dieser Zustand den relativ ungestörten Aufbau ihrer Organisationen, gebot ihr allerdings zugleich die Vermeidung von Gewaltakten.

Reichsprotektor und Protektoratsregierung waren gewillt, ihre politische Linie auch über den 28. Oktober 1939, den 21. Jahrestag der Gründung der ČSR, hinwegzuretten. Eine Chance dafür schien immerhin zu bestehen. Die meisten Flugblätter der nationalen Widerstandsgruppen riefen für diesen Tag nur zur gewaltlosen Demonstration nationaler Verbundenheit und ungebrochener Ablehnung des Besatzungsregimes auf. Die Regierung suchte über die Beamten, den Apparat des Národní souručenství (NS) und die Funktionäre der Gewerkschaften auf die Bevölkerung einzuwirken, sich auch am 28. Oktober nicht „zu unüberlegten und vom Standpunkt der Interessen des Volkes verwerflichen demonstrativen Kundgebungen hinreißen zu lassen". Sie wandte sich vor allem gegen die von der KPČ ausgegebene Streikparole. Einflußreiche und geachtete Persönlichkeiten sollten sich an den Stellen postieren, wo die Bevölkerung gewöhnlich zusammenkam, und „dort nach Bedarf durch Zureden und ähnliches Sorge tragen, daß jeder störende Zwischenfall rechtzeitig vereitelt werde". Dozenten, Lehrer und Eltern wurden aufgefordert, auf ihre Studenten, Schüler und Kinder mäßigend einzuwirken[5]. Außerdem hatte die Regierung veranlaßt, daß an diesem Tag, einem Samstag, Fabriken, Geschäfte und Behörden ihren normalen Betrieb aufrechterhielten; den Arbeitern war als Ausgleich ein anderer freier Tag versprochen worden. Schließlich hatte die Regierung noch dafür gesorgt, daß weder die Programme der Unterhaltungsstätten noch Presse und Rundfunk an die Zeit der Selbständigkeit erinnerten.

Danach glaubte die Regierung, „die Verantwortung für den ruhigen Verlauf des 28. Oktober" übernehmen zu können, und sie richtete an den Reichsprotektor die Bitte, „jedes eventuell notwendige Einschreiten den Protektoratsorganen zu überlassen". Überdies bat sie den Befehlshaber der deutschen Sicherheitspolizei, auf die deutsche Bevölkerung einzuwirken, alles zu unterlassen, was „seitens der tschechischen Bevölkerung als Provokation oder Mißachtung empfunden werden könnte"[6].

[4] Bericht der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren v. 17. 10. 1939, AMS.

[5] Runderlaß der Landesbehörde Böhmen v. 22. 10. 1939 mit Anschreiben des Ministeriums des Innern an Reichsprotektor v. 26. 10. 1939, AMS.

[6] Bericht der Protektoratsregierung über die Ereignisse am 28. u. 29. 10. 1939, AMS.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit diesen vorbereitenden Maßnahmen der Protektoratsregierung hatte sich – dem Anschein nach – auch Karl Hermann Frank, Neuraths Staatssekretär und Polizeichef, einverstanden erklärt. In einem Bericht an Hitler bezeichnete er die Vorbereitungen jedenfalls „als der Konzeption nach befriedigend"[7]. Daß das zutraf und die Protektoratsregierung mit Recht auf „stille" Kundgebungen in der Art früherer Demonstrationen des Jahres 1939 rechnete, bewies der Verlauf des Tages etwa in Taus (Domažlice) und Königgrätz (Hradec Králové), wo sich die tschechische Bevölkerung ungestört versammeln konnte, wo sich die reichsdeutschen Organe, wie sich die Protektoratsregierung in ihrem Bericht an den Reichsprotektor ausdrückte, „würde" verhielten und wo es daher keine Zwischenfälle gab.

In Prag hingegen nahmen die Dinge einen anderen Verlauf, und zwar offensichtlich deshalb, weil der ausgerechnet am 28. Oktober allein amtierende Frank – Neurath war abwesend – seine Bewegungsfreiheit nützen wollte, um der deutschen Politik im Protektorat eine Wendung in seinem Sinne zu geben. Die Protektoratsregierung schritt vernünftigerweise auch in Prag nicht gegen das demonstrative Tragen von Masarykmützen und Bändchen in den tschechoslowakischen Nationalfarben ein, an dem sich rund 95 Prozent der Passanten beteiligten[8]. Frank aber schickte aus SA, SS, Polizei und Studenten zusammengesetzte Streifen ins Zentrum Prags, wo sie den Tschechen die Bändchen abzureißen begannen. Selbstverständlich kam es zu heftigen Auseinandersetzungen[9], bei denen die tschechische Polizei häufig Partei für die Demonstranten nahm.

Am späten Nachmittag erschien Frank bei Präsident Hácha, um sich über das lasche Verhalten der tschechischen Polizei zu beschweren; die Demonstrationen bezeichnete er als „ausgesprochene Provokation". Er hatte auch bereits Hitler in diesem Sinne informiert, der daraufhin mit dem „rücksichtslosen" Einsatz deutscher Machtmittel und der Aufhebung der Autonomie drohte[10]. Auf Grund solcher Drohungen schritt nun die Protektoratspolizei energisch ein und trieb die Demonstranten rasch auseinander. Trotzdem beorderte Frank auch am nächsten Tag seine Streifen in die Stadt, wo sie wiederum Jagd auf Tschechen mit Abzeichen machten und dabei sogar Reitpeitschen benutzten, obwohl der größte Teil der tschechischen Bevölkerung die Aufforderungen ihrer Polizei schon befolgt und die Abzeichen abgelegt hatte[11].

Inzwischen war Neurath zurückgekehrt und zeigte sich mit Franks Vorgehen nicht einverstanden. Vielmehr teilte er Háchas Ansicht, daß den Demonstrationen nicht die Bedeutung zukomme, die ihnen Frank beigelegt habe[12]. Frank reagierte

---

[7] Bericht Franks an Hitler v. 30. 10. 1939, AMS.

[8] Tagesbericht der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren Nr. 129 v. 28. 10. 1939, AMS.

[9] Bericht der Protektoratsregierung an Reichsprotektor v. 30. 10. 1939, Schreiben Eliáš an Frank und Franks an Eliáš v. 28. 10. 1939, Bericht eines SS-Untersturmführers v. 28. 10. 1939, Tagesbericht der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren v. 28. 10. 1939, AMS.

[10] Vermerk Stahleckers v. 28. 10. 1939, AMS.

[11] Vermerk Gies' über verschiedene Telefonate am 29. 10. 1939, Tagesbericht der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren v. 30. 10. 1939, AMS.

[12] Schreiben Háchas an Neurath v. 2. 11. 1939, AMS.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

darauf zunächst mit dem Versuch, durch seine Berichterstattung an Hitler und Himmler die politische Linie Neuraths zu diskreditieren. Er schlug die Protektoratsregierung und meinte den Reichsprotektor. Dies geht nicht allein aus dem Inhalt seines Berichts an Hitler hervor[13], sondern auch aus einem Vergleich zwischen dem Entwurf und der endgültigen Fassung des Berichts. Hatte Frank die Vorbereitungen der Regierung im Entwurf noch als „gut" bezeichnet, so stufte er sie in der Endfassung nur als „befriedigend" ein, und er fügte überdies jetzt hinzu, die nationalen Vereinigungen der Tschechen hätten „die Protektoratsregierung so eingeschaltet, daß sie zwar vorbeugende Maßnahmen traf, jedoch über die geplanten Demonstrationen unterrichtet war und diese billigte". Im Gegensatz zum Entwurf behauptete er nun ferner, die tschechische Polizei habe beim Absingen der Nationalhymne salutiert. Den Unterschied zwischen seiner eigenen Politik und der Neuraths machte er nicht ungeschickt klar, indem er den Tschechen jetzt plötzlich eine Parole in den Mund legte, die sich weder im Entwurf noch auch im ausführlichen deutschen Polizeibericht fand; die Tschechen hätten nämlich gerufen: „Neurath hinaus, Frank hängen!" Himmler gegenüber beklagte sich Frank, daß Neurath offenbar Hácha mehr glaube als dem eigenen Staatssekretär. Gegenüber der „honorigen Gestalt des Herrn Reichsprotektors" stelle Hácha die Ereignisse als Bagatelle dar, und er, Frank, befürchte, daß Neurath die von seinem Staatssekretär bereits ausgearbeitete gebührende Antwort nicht erteilen werde. Himmler solle doch Hitler „andeuten", daß die Protektoratsregierung eine „falsche" und „ungehörige" Darstellung gegeben habe, wobei aber unbedingt verheimlicht werden müsse, daß diese Information von ihm, Frank, komme[14].

Am 3. November 1939 telefonierte Frank mit Himmler, der erst kurz zuvor in Prag gewesen war[15]. Was in diesem Gespräch vereinbart wurde, geht aus einem geheimen Schreiben hervor, das Frank am nächsten Tag an Himmler richtete[16]. Frank mußte zunächst konstatieren, daß die Lage, von seinem Standpunkt aus gesehen, wieder unbefriedigend war. In Prag herrsche, so sagte er, nach den Demonstrationen des 28. Oktober „Kirchhofstille". Die tschechische Widerstandsbewegung plane in der nächsten Zeit keine neue Aktion. Oppositionsgruppen, mit denen „eine Aktivierung der politischen Lage durchgespielt werden könnte", seien auch nicht „greifbar". Die „Kommune" habe die Weisung bekommen, sich ruhig zu verhalten, und das tschechische faschistische Lager sei zu gespalten und überdies zu unbedeutend, „als daß irgendeine Aktion von dieser Seite den Nährboden für reichsfeindliche Demonstrationen bilden könnte". Dann folgen jedoch die entscheidenden Sätze, die zeigen, welchen Ausweg Frank und Himmler sahen und offensichtlich schon besprochen hatten:

> „Aus alledem ergibt sich aber auch weiterhin, daß klar und nüchtern abgewogen werden muß, ob von außen in die Reihen der Tschechen eine Stimmung geleitet werden kann, die entgegen ihrer Zielsetzung dennoch zu reichsfeindlichen Demon-

[13] Bericht Franks v. 30. 10. 1939, AMS.

[14] Schreiben Franks an Himmler v. 4. 11. 1939, AMS.

[15] Tagesbericht der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren v. 4. 11. 1939, AMS.

[16] Schreiben Franks an Himmler v. 4. 11. 1939, AMS.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

> strationen führt ... Trotzdem wird alles versucht werden, um die Linie und den Zustand zu erreichen, die gewünscht worden sind. Nur bitte ich Sie, Reichsführer, dafür Verständnis zu haben, daß ich aus psychologischen Gründen hierfür nur eine solche Situation wählen kann, die ausbaufähig ist – und das, um zu verhüten, daß eine Aktion schon tot ist, ehe sie geboren wurde, oder daß eine Aktion nicht den Höhepunkt erreicht, der unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung nach außen und innen die Möglichkeit zum Einsatz der staatlichen Machtmittel bietet."

Es steht hiernach eindeutig fest, daß Frank einen neuen Zusammenstoß zwischen der tschechischen Bevölkerung und der deutschen Polizei provozieren wollte. Allerdings bot sich nicht sofort eine Gelegenheit. Die Mehrheit der Tschechen war, wie der SD berichtete[17], zu weiteren Risiken nicht bereit: An Allerheiligen und Allerseelen (1. und 2. November) blieb es ebenso ruhig wie an den Jahrestagen der Oktoberrevolution und der Schlacht am Weißen Berge (7. und 8. November); die Tage mußten ungenutzt verstreichen. Der SD konnte zwar eine Zunahme der deutschfeindlichen Stimmung melden, nicht aber eine Zunahme entsprechender Aktionen[18], wenngleich das Attentat auf Hitler, das Georg Elser am 8. November in München verübte, die Stimmung etwas aufheizte[19]. Zwei Aktionen, die eventuell als Anlässe für deutsches Eingreifen hätten dienen können, wurden von ihren Initiatoren wieder abgeblasen: zunächst eine von tschechischen Studenten vorgesehene Kranzniederlegung am Denkmal auf dem Weißen Berge[20], dann für den 11. November geplante antijüdische Ausschreitungen tschechischer Faschisten[21]. Auffällig ist, daß der gewöhnlich gut informierte SD über diese Vorhaben erst nach der Absage berichtete.

Am 11. November erlag jedoch ein tschechischer Medizinstudent, der bei den Unruhen des 28. Oktober einen Bauchschuß erhalten hatte, seinen Verletzungen[22]. Am Mittag des 14. November erhielt das tschechische Kultusministerium Kenntnis von Flugblättern, die zur Teilnahme am Begräbnis des erschossenen Kommilitonen aufriefen, das auf den 15. November festgesetzt worden war. Zunächst machte das Ministerium den Versuch, etwas gegen die geplante Demonstration zu unternehmen. Die beiden Rektoren der tschechischen Hochschulen in Prag wurden aufgefordert, die Studenten vor einer Beteiligung an der Demonstration zu warnen. Ein Vertreter des Kultusministeriums riet dem Präsidialchef im Innenministerium, die Überführung des Toten noch am 14. vorzunehmen, um so der Demonstration den Anlaß zu nehmen. Das Innenministerium versprach dies auch, widerrief aber gegen 18 Uhr seine Zusage und teilte mit, daß es bei der Überführung am Morgen des nächsten Tages bleibe. Der Prodekan der Medizinischen Fakultät erklärte dem Kultusministerium, Vertreter der Medizinstudenten hätten einen ruhigen Verlauf versprochen, und die Organisatoren der Demonstration, nämlich die Vertreter der

[17] Tagesberichte der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren v. 30. u. 31. 10. 1939, AMS.
[18] Ebenda.
[19] Tagesberichte der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren v. 10. u. 11. 11. 1939, AMS.
[20] Tagesbericht der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren v. 9. 11. 1939, AMS.
[21] Vgl. Anm. 19.
[22] Sektionsprotokoll des Instituts für Gerichtsmedizin der Karls-Universität v. 12. 11. 1939, AMS.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Selbstverwaltung des Hlavková-Studentenheims, in dem der Erschossene gewohnt hatte, gaben gegenüber der Polizeidirektion Prag die gleiche Versicherung ab[23].

Trotz dieser Zusicherungen ist es unklar, was die Protektoratsregierung eigentlich veranlaßte, sich schließlich beim Reichsprotektor für die Genehmigung der Trauerfeierlichkeiten einzusetzen[24]. Um so durchsichtiger erscheint nach der Absprache zwischen Frank und Himmler die Haltung der deutschen Polizeidienststellen. Nichts lag für Frank näher, als aus der geplanten Demonstration den gewünschten Vorwand für einen harten Eingriff zu machen. Zwar hat der SD, der über die Vorbereitungen zur Trauerfeier wiederum nicht berichtete, behauptet, die Demonstration sei „völlig überraschend" gekommen. Aber diese Behauptung kann kaum der Wahrheit entsprechen. Der SD mußte Kenntnis davon haben, daß zwei- bis dreitausend Studenten an dem Sarg ihres Kommilitonen, der im Gerichtsmedizinischen Institut der Universität aufgebahrt worden war, vorbeidefilieren wollten, und es ist höchst unwahrscheinlich, daß die deutschen Behörden angenommen haben, eine solche Ansammlung erregter Studenten werde wortlos auseinandergehen.

Als sich der Leichenwagen, auf den der Sarg gelegt worden war, in Bewegung setzte, versuchten die Studenten in der Tat mehrmals, einen Leichenzug zu formieren, wurden aber stets von tschechischer Polizei hieran gehindert. Zum Zeichen des Protests stimmten sie nationale Lieder an. Schließlich versammelten sich rund 2500 Studenten vor der Technischen Hochschule, wo sie wiederum sangen und nationale Parolen riefen. Als die Polizei einschritt, zogen sie sich in das Gebäude zurück und sangen und riefen aus den geöffneten Fenstern. Im weiteren Verlauf wurden die Studenten in kleinen Gruppen aus der TH herausgelassen. Sie rotteten sich noch mehrmals an verschiedenen Stellen zusammen, was in jedem Falle zum Eingreifen der Polizei führte. Vor der juristischen Fakultät fanden sich etwa 150 Studenten ein. Als sie einen deutschen Agenten bemerkten, der den Auftrag hatte, sie zu fotografieren, suchten sie ihm die Kamera zu entreißen. Hier griff die SS ein, durchsuchte dann das Gebäude nach den Hauptbeteiligten des Zwischenfalls und nahm drei Studenten fest. Gegen Mittag war überall die Ruhe wiederhergestellt. Andere Schichten der Bevölkerung hatten sich, wie Heydrich an die Reichskanzlei schrieb, an den Kundgebungen ohnehin nicht beteiligt[25].

Einen Tag lang geschah nichts, als daß der deutsche Polizeichef dem tschechischen Innenminister Ježek vorwarf, die tschechische Polizei sei gegen die Studenten nicht energisch genug vorgegangen, worauf der Minister antwortete, die Demonstranten hätten sich jeweils auf Universitätsboden zurückgezogen, dessen Freiheit

---

[23] Bericht Kapras v. 20. 11. 1939, Tagesbericht der SD-Zentralstelle für Böhmen und Mähren v. 18. 11. 1939, AMS.

[24] Ladislav Feierabend, Ve vláde Protekurátu, New York 1962, S. 112.

[25] Schreiben Heydrichs an Lammers v. 15. 11. 1939; Bundesarchiv, R 43 II / 1324 b. Ferner Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag v. 16. 11. 1939, Bericht eines Agenten über die Studentendemonstration am 15. 11. 1939, Bericht der Polizeidirektion Prag v. 15. 11. 1939, AMS.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die tschechische Polizei zu respektieren habe[26]. Eine auf den 16. November angesetzte Kundgebung der antisemitischen Gruppe „Vlajka" (Fahne) wurde von der tschechischen Polizei, die Auseinandersetzungen mit Vlajka-Gegnern befürchtete, jetzt allerdings verboten; als sich einige Vlajka-Angehörige dennoch vor dem Saal im Zentrum Prags versammelten, in dem die Kundgebung stattfinden sollte, griff die Polizei ein[27].

Am 16. November wurden nun aber Neurath, Frank und der Wehrmachtsbevollmächtigte Friderici zu Hitler gerufen. Die Besprechung endete mit dem Beschluß, die tschechischen Hochschulen für drei Jahre zu schließen, eine große Zahl von Studenten zu verhaften und die Urheber der Unruhen standrechtlich zu erschießen[28]. Der später hinzugezogene Gesandte des Protektorats in Berlin wurde lediglich über die Schließung der Hochschulen informiert, was Chvalkovský sofort seiner Regierung mitteilte. Im Morgengrauen des 17. November sind dann in der Tat mehrere Studentenwohnheime umstellt, ihre Bewohner verhaftet und nach Ruzyně verbracht worden; rund 1200 kamen anschließend ins Konzentrationslager Oranienburg. Neun Studentenfunktionäre wurden erschossen[29]. Auf Betreiben Neuraths und Lammers, des Chefs der Reichskanzlei, sind im Frühjahr 1940 die ersten 200 der festgenommenen Studenten wieder entlassen worden[30].

Daß zwischen Neurath und Frank Meinungsverschiedenheiten über die getroffenen Maßnahmen bestanden, geht aus einer amtsinternen Verfügung Neuraths und der schriftlichen Antwort Franks klar hervor[31]. Neurath forderte:

> „Von allen Exekutivmaßnahmen auf politischem und polizeilichem Gebiete, insbesondere von beabsichtigten Exekutionen, ist mir vor der Durchführung unter allen Umständen Kenntnis zu geben und mein Einverständnis einzuholen. Ebenso ist mein vorheriges Einverständnis einzuholen für alle mit Exekutivmaßnahmen auf politischem und polizeilichem Gebiete in Zusammenhang stehenden Veröffentlichungen und Verlautbarungen, insbesondere für Plakatanschläge."

Frank antwortete:

> „Die mir erteilte Weisung des Führers lautete: Jeder Widersetzlichkeit der Tschechen ist mit den brutalsten Mitteln zu begegnen. Jeder Angriff auf einen Deutschen und jede tätliche Bedrohung sind dadurch zu ahnden, daß für jeden Fall eines derartigen Affronts drei Tschechen erschossen werden.
> Gelegentlich eines Anrufes des Führers, in dessen Verlauf ich dem Führer die Meldung über die Exekution der neun Tschechen erstattete, gab der Führer seiner Verwunderung Ausdruck. Er habe mit einer Exekution von zwanzig Tschechen gerechnet."

Die Kontroverse dürfte Neuraths Behauptung bestätigen, er habe von der Erschießung der neun Studentenfunktionäre erst nachträglich erfahren und seine

---

[26] Bericht der Staatspolizei-Leitstelle Prag v. 15. 11. 1939, AMS.
[27] Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag v. 17. 11. 1939, AMS.
[28] Aussage Franks am 18. 5. 1946 vor dem Kreisgericht Prag, AMS.
[29] Ebenda. Außerdem Bericht der Polizeidirektion Prag v. 17. 11. 1949, AMS.
[30] Schreiben Heydrichs an Frank v. 15. 4. 1940, AMS.
[31] Verfügung Neuraths v. 26. 11. 1939, Schreiben Franks an Neurath v. 29. 11. 1939, AMS.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unterschrift unter der Verlautbarung sei von Frank manipuliert worden[32]. Neurath hatte die Besprechung bei Hitler offenbar in dem Glauben verlassen, die Urheber seien nicht so rasch zu finden und bis dahin werde sich die Lage so beruhigt haben, daß eine Exekution vermieden werden könne[33].

Die Prager Bevölkerung wußte am 17. November noch nicht, was geschehen war. Wohl war der deutsche Überfall auf die Studentenheime bekannt geworden, doch wurde er als Zwangsrekrutierung verstanden. Daß SS-Einheiten stundenlang durch Prag marschierten, verstärkte die Unsicherheit. Als die deutschen Maßnahmen schließlich um 19 Uhr über den Rundfunk mitgeteilt wurden, „verstummten alle Gespräche", jedoch vermieden die Tschechen politische Diskussionen in der Öffentlichkeit[34]. Am folgenden Tag fanden die Prager überall in der Stadt zweisprachige Anschläge, die über die getroffenen Maßnahmen informierten.

Im Laufe dieses 17. November kursierten Gerüchte über einen bevorstehenden Generalstreik[35]. Daher sind noch während der Nacht zum 18. November alle erreichbaren Funktionäre der Gewerkschaften und Betriebsausschüsse vor den Folgen von Arbeitsniederlegungen gewarnt und auf „die etwaigen äußersten Strafmaßnahmen" hingewiesen worden[36]. Unter den „äußersten Strafmaßnahmen" war die deutsche Drohung zu verstehen, die Betriebsräte bestreikter Unternehmen vor den Augen der Belegschaft zu erschießen[37].

Die tschechische Regierung trat am Morgen des 17. November zusammen; sie kam zu keinem Entschluß. Ministerpräsident Eliáš wurde am Nachmittag von Neurath und Frank empfangen, wobei, wie Eliáš anschließend sagte, Neurath Verlegenheit zeigte, während Frank triumphierte[38]. Eliáš erfuhr erst jetzt, daß neun Studenten als angebliche Rädelsführer erschossen worden waren. Hácha, der für den Abend um eine Audienz bei Neurath gebeten hatte, wurde auf den nächsten Tag vertröstet[39]. Jedoch erklärte sich Neurath mit der Verhängung des Ausnahmezustands über einige Bezirke einverstanden. Offenbar wollte die Protektoratsregierung mit dieser Maßnahme Energie demonstrieren und damit ihre Fähigkeit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beweisen. Hácha hielt auch eine

[32] Im Gegensatz zu einer Behauptung Franks während einer Vernehmung am 26. 11. 1945, AMS.

[33] Die am 16. November gefaßten Beschlüsse hat Neurath jedoch mitzuverantworten, da er an dem Gespräch mit Hitler teilgenommen hat. Das geht auch aus einer Notiz im Privattagebuch des gewöhnlich gut unterrichteten Oberstleutnant Groscurth, Verbindungsmannes von Canaris zum OKH, vom 17. 11. 1939 hervor: „– Führer hat tschechischen Minister Chvalkovský empfangen und ihn angebrüllt, er würde drakonische Maßnahmen gegen die Tschechen ergreifen, falls sie sich nicht ruhig verhielten. Neurath ist ähnliches gesagt und erwogen, ob das ganze Statut nicht geändert werden solle . . ."; siehe Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940, hrsg. von Helmut Krausnick u. Harold C. Deutsch, Stuttgart 1970, S. 233.

[34] Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag v. 18. 11. 1939, AMS.

[35] Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag v. 19. 11. 1939, AMS.

[36] Schreiben Klumpars an Frank v. 18. 11. 1939, AMS.

[37] So Frank in einer Vernehmung am 30. 11. 1945, AMS.

[38] Aussage v. Dr. Stadník, dem Sekretär von Eliáš, am 4. 4. 1946, AMS.

[39] Vgl. Anm. 34.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rundfunkansprache, die aber von den Tschechen „wenig beachtet und häufig mit spöttischen Bemerkungen abgetan wurde“[40]. Der Ausnahmezustand ist auf Wunsch Franks bereits am 20. November aufgehoben worden[41].

Inzwischen blieb die Aktion gegen die Studenten nicht vereinzelt. So wurden in der Nacht zum 18. November in Zdice, wo auf einen uniformierten deutschen Motorradfahrer geschossen worden war, 600 Personen verhaftet. Himmler entschied, daß die Bevölkerung zwei Stunden Zeit habe, den Täter auszuliefern; bleibe das Ultimatum ohne Wirkung, würden zehn der Verhafteten erschossen[42]. Am Abend verlängerte Himmler, der seinen Exekutionsbefehl auf eine Weisung Hitlers stützte, die Frist auf 24 Stunden[43]. Aus bisher unbekannten Gründen ist die Drohung dann doch nicht wahrgemacht worden.

Ein weiterer Zwischenfall fand aber ein anderes Ende. Ebenfalls in der Nacht zum 18. November fühlte sich ein Mitarbeiter der Presseabteilung des Reichsprotektors in der Straßenbahn von zwei Tschechen belästigt. Nach dem Verlassen der Straßenbahn entwickelte sich zwischen ihm und den beiden Tschechen eine Auseinandersetzung, in die auch ein tschechischer Polizist eingriff. Der Polizist suchte die ganze Angelegenheit herunterzuspielen, obwohl bereits der Leiter der Presseabteilung des Reichsprotektors interveniert und seine Absicht gezeigt hatte, ein Exempel zu statuieren. Die beiden Tschechen und der Polizist wurden auf Befehl Franks der Gestapo übergeben und noch in der gleichen Nacht erschossen[44].

Die Schließung der tschechischen Hochschulen, die Massenverhaftungen und die Erschießungen bezeichnen eine Zäsur in der deutschen Protektoratspolitik. Die Maßnahmen ließen den Tschechen keinen Zweifel darüber, daß sich das nationalsozialistische Regime, wie es Frank gegenüber Eliáš ausdrückte, grundlegend von der österreichischen Herrschaft unterschied. In Wahrheit hatte sich die im März 1939 von Hitler zugesagte „Autonomie“ vor aller Augen als Fiktion erwiesen, und der mit dem Protektoratsstatus begründeten Kollaboration war mit dem 17. November 1939 die Basis entzogen. Bevölkerung, Regierung und Widerstandsbewegung mußten sich neu orientieren. Eine Wirkung trat sofort ein. Die Protektoratsregierung, die dem deutschen Terror ohnmächtig zusehen mußte und dennoch im Amt blieb und sich damit kompromittierte, verlor jeden Rückhalt in der Bevölkerung.

Auf der anderen Seite belegen die Handlungen Franks und seine Differenzen mit Neurath, daß die einzelnen deutschen Statthalter in den besetzten Gebieten durchaus einen gewissen Spielraum für ihre Politik hatten und nicht ohne Einfluß auf den in ihrem Bereich verfolgten Kurs waren.

---

[40] Vgl. Anm. 35.

[41] Schreiben des Ministerpräsidenten an Reichsprotektor v. 21. 11. 1939, AMS.

[42] Vermerk Stahleckers über eine Unterredung Franks mit Himmler v. 18. 11. 1939, AMS.

[43] Vermerk Franks v. 18. 11. 1939, 18.15 Uhr, AMS.

[44] Vermerk Stahleckers v. 18. 11. 1939, AMS.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DIE KPD IN DER ILLEGALITÄT

Rechenschaftsbericht einer Bezirksleitung aus dem Jahre 1934

Der hier abgedruckte Brief berichtet über die Situation, über Sachverhalte und Probleme der illegalen KPD am Niederrhein im Jahre 1934. Sein Verfasser, ein unter dem Decknamen „Rudi" arbeitender Funktionär der KPD, trug ihn bei sich, als er am 22. August 1934 in Düsseldorf verhaftet wurde. Im Prozeß gegen ihn und 69 Mitangeklagte fand der Brief als Beweiselement Verwendung.

„Rudi"[1] wurde 1897 in Thüringen geboren, sein Vater war Arbeiter. „R." war das dritte von sechs Kindern; er besuchte die Volksschule und lernte dann das Handwerk eines Schuhleistenmachers. Im Ersten Weltkrieg war er Soldat, wurde 1916 verwundet und erhielt das EK II. Nach Kriegsende lebte er noch einige Jahre in Thüringen. In dieser Zeit trat er dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) bei. 1922 verzog „R." nach Nürnberg. Als die KPD 1923 in Bayern verboten wurde, arbeitete er mit einer Gruppe des KJVD illegal weiter und wurde deswegen im März 1924 vom Volksgericht Nürnberg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. 1926 trat „R." in die KPD ein und betätigte sich vornehmlich im Erwerbslosenausschuß, wo er bald mittlere Funktionen ausübte. 1928 wurde er arbeitslos. 1931 siedelte er in die UdSSR über, da ihm – seinen Angaben im Prozeß zufolge – dort Arbeit angeboten wurde; vom Herbst 1932 an habe er in Moskau neben der Arbeit noch Schulungskurse über Ökonomie besucht. Im Herbst 1933 habe ihn dann die deutsche Abteilung der Komintern gefragt, ob er bereit sei, in Deutschland illegal zu arbeiten. „R." sagte zu und wurde im November 1933 über Prag nach Berlin geschleust. In den acht Tagen, die er sich in Berlin aufhielt, traf er mehrfach mit Funktionären der Landesleitung zu Besprechungen zusammen[2]. Mit falschen Papieren (Paß und Geburtsurkunden) versehen, reiste er nach Dortmund, wo er einen „höheren Funktionär" traf, der ihn mit einem Angehörigen der Bezirksleitung Niederrhein zusammenbrachte[3]. Dieser schickte „R." Anfang Dezember 1933 in den gutorganisierten Unterbezirk Solingen; dort sollte er sich sozusagen in die Probleme der Illegalität einarbeiten.

[1] Die im Zusammenhang mit diesem Dokument zu nennenden Personen werden mit ihren Decknamen oder Namenskürzeln bezeichnet, sofern ihre Namen nicht durch die bisher erschienene Widerstandsliteratur oder eigene Veröffentlichungen bekanntgemacht worden sind.

[2] Wenige Wochen vorher hatte die KP-Führung die noch in Deutschland arbeitenden Funktionäre des Politbüros abberufen. In Berlin arbeitete jetzt eine sogenannte Landesleitung als operatives Führungsorgan des Politbüros; vgl. Siegfried Vietzke, Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz, Berlin 1966, S. 50; Horst Duhnke, Die KPD von 1933–1945, Köln 1972, S. 111 f.; Herbert Wehner, Selbstbesinnung und Selbstkritik [hektographiertes Manuskript 1946], S. 63 f.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zunächst leistete er Organisationsarbeit und richtete im Unterbezirk Solingen mehrere Instruktionsgebiete ein. Zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt im Frühjahr 1934 wurde ihm die Leitung dieses Unterbezirks übertragen. Im Sinne der von der Parteiführung gesetzten taktischen Schwerpunkte bemühte er sich nun in besonderem Maße um die Bildung von Betriebszellen.

Um die Monatswende März/April holte Adolf Rembte, damals Leiter des Bezirks Niederrhein, „R." in die Bezirksleitung. Ab 3. April arbeitete er in Düsseldorf. Als Rembte im Mai 1934 nach Berlin beordert wurde – er sollte in die Landesleitung eintreten[4] –, nahm „R." bis zu seiner Verhaftung eine führende Rolle in der Bezirksleitung ein. Dem Gericht ist die Position des „Rudi" in der Bezirksleitung Niederrhein nur annähernd bekannt geworden. „Rudi" selbst gab nur zu, mit Fragen der Mitgliederwerbung innerhalb der Organisationsabteilung betraut gewesen zu sein. Zwar deutete eine Zeugenaussage darauf hin, daß er die Organisation geleitet hat; weil aber zum Zeitpunkt des Prozesses weder die Gründe für das Fehlen des Bezirksleiters noch dessen Person bekannt waren – von ihm wußte man nur Decknamen –, stützte sich das Gericht bei der Beweisaufnahme gegen „Rudi" neben zahlreichen Materialien, die in seiner Wohnung gefunden wurden (Druckschriften, Rundschreiben, Kassenabrechnungen u. ä.), insbesondere auf das hier wiedergegebene Dokument. Da dieser Bericht, der für Landesleitung und Zentralkomitee geschrieben wurde, eine alle Aspekte der illegalen Arbeit umfassende Situationsschilderung gebe, könne sein Verfasser nicht behaupten, in untergeordneter Position tätig gewesen zu sein. Das Gericht sei der Überzeugung, daß „Rudi" den Bezirk Niederrhein – unbeschadet formaler Fragen – faktisch verantwortlich geführt habe. „Rudi" wurde zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt[5].

Angesichts seiner Bedeutung für Beweisführung und Strafzumessung wurde der Text dieses Briefes in die Urteilsschrift hineingenommen. Diese Überlieferung ist

---

[3] Über Identität dieser Funktionäre hat „R." – sofern er sie selbst überhaupt kannte – offenbar nichts ausgesagt.

[4] Rembte arbeitete am Niederrhein unter dem Decknamen „Oskar".
In der Landesleitung arbeitete er zunächst mit Philipp Daub (s. dazu Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt 1969, Band II, S. 92 f.) und Otto Wahls zusammen.
Nach etlichem Wechseln sollten im Frühjahr 1935 Rembte, Max Maddalena (Weber II, a. a. O., S. 212), Robert Stamm (Weber II, a. a. O., S. 309) und Herbert Wehner eine Landesleitung bilden. Noch vor Aufnahme der Tätigkeit wurden Rembte, Stamm und Maddalena im März 1935 verhaftet; vgl. Duhnke, a. a. O., S. 190 f.; Wehner, a. a. O., S. 82 ff.; Urteil d. Volksgerichtshofs (VGH) v. 4. 6. 37 gegen Rembte u. a. 2 H 17/37, Archiv Inst. für Zeitgeschichte München [künftig: IfZ], Fa 117/25).

[5] Urteil des OLG Hamm v. 8. 3. 1935. O. J. 920/34, IfZ Fa 117/142.
Die Darstellung von „Rudis" Lebensweg folgt den Angaben zur Person in diesem Urteil. Einer der Angeklagten in diesem Prozeß hat Erinnerungen an seine Haftzeit veröffentlicht, in denen er sowohl einige Aspekte der illegalen Arbeit beschreibt, als auch den Prozeß kurz schildert. Die Angaben sind sehr genau. Bemerkenswert die auf die Absicherung im illegalen Apparat hindeutende Tatsache, daß der Verfasser von Rembtes Abberufung nichts wußte; er nahm an, „Oskar" habe sich der Verhaftung in Düsseldorf durch die Flucht entziehen können. Rudi Goguel, Es war ein langer Weg, Düsseldorf 1947, S. 7–41.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch die Vorlage für den Abdruck in dieser Dokumentation, denn das Original existiert mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr[6]. Diese Tatsache wirft einige quellenkritische Probleme auf. Daß dieses Dokument seitens der Gestapo gefälscht und als Beweismittel unterschoben wurde, kann mit einiger Sicherheit außer Betracht bleiben. Laut Urteilstext hat „Rudi" zugegeben, den Brief geschrieben zu haben; wäre dem aber nicht so und gäbe die Urteilsbegründung die Beweisaufnahme nicht richtig wieder, so müßte verwundern, daß Rudi Goguel, der in seinen Erinnerungen einige Fragwürdigkeiten des Prozeßverlaufs schildert, ausgerechnet einen so gravierenden Tatbestand ausläßt. Schließlich läge auch einige Ungereimtheit darin, wenn das Gericht zwar eine Fälschung als Beweismittel akzeptiert hätte, welches die Verhängung der Todesstrafe statt einer extrem hohen Zuchthausstrafe (aufgrund der übrigen Beweismittel)[7] ermöglichte, um dann – unter Hinweis auf Verwundung und EK II – von der Todesstrafe ausdrücklich abzusehen.

Bleibt die Frage der Genauigkeit und Vollständigkeit des Textes. Dazu sind allerdings nur wenige und kaum eindeutige Kriterien zur Hand. Die Vorlage vermerkt z. B. keine Unterschrift, wohl aber die persönliche Anrede, deren Verwendung eigentlich sogar eine Schlußfloskel erwarten läßt. Hier ist der Verdacht berechtigt, daß das Original nicht vollständig wiedergegeben ist; ob allerdings über Schlußfloskel/Unterschrift hinaus auch noch Text weggelassen wurde, bleibt eine offene Frage. Ebensowenig kann überprüft werden, ob Text ohne Kennzeichnung ausgelassen wurde. Allerdings – und hier kann die Frage nach der Genauigkeit der Abschrift einbezogen werden – enthält der Text weder sinnlose Stellen, die aus Lesefehlern oder ungenauer Abschrift resultieren könnten – von einigen grammatikalischen Fehlern abgesehen – noch sind Auslassungen signalisierende Sprünge in der Gedankenführung erkennbar. Das in einem Fall nachweisbare, pedantische Bemühen des Schreibers um genaue Übereinstimmung von Original und Abschrift rechtfertigt darüber hinaus wohl mindestens die Annahme, daß dieser eine wortgetreue Abschrift herstellen wollte[8].

Hier seien – auf Personen und Gegenstand dieser Dokumentation bezogen – einige Überlegungen über den Quellenwert von Prozeßakten solcherart politischer Prozesse angeschlossen. Die von der Gestapo verhafteten Angehörigen von Widerstandsgruppen wußten, was Wahrheit für sie selbst und andere bedeutete; so sagten sie, wenn und solange sie den „verschärfte Vernehmung" geheißenen Folterungen standhielten, Unwahrheiten und halbe Wahrheiten, machten aber da Geständnisse, wo nichts mehr geleugnet werden konnte, oder berichteten durchaus über Fakten

---

[6] Nach Auskunft der Generalstaatsanwaltschaft Hamm vom 8. 11. 1973 ist der Brief dort nicht mehr vorhanden. Ein Teil der Akten sei „durch Kriegseinwirkung verloren gegangen", ein weiterer Teil sei „vernichtet worden".

[7] Einen Mitangeklagten, ebenfalls Angehöriger der Bezirksleitung, in dessen Wohnung vergleichbares Material in geringerer Menge gefunden wurde, schickte das Gericht für 15 Jahre ins Zuchthaus.

[8] Siehe Anm. 39. An einigen Stellen finden sich z. T. aus Verkürzungen resultierende grammatikalische Ungenauigkeiten, wie sie für sehr schnell niedergeschriebene Texte typisch sind. Sie wurden im Interesse der Authentizität belassen.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Zusammenhänge, deren Kenntnis keinen Schaden mehr anrichtet. Gerade solche für die – vielleicht Jahre später abrollenden – Prozesse bedeutungslosen Randinformationen bringen der Forschung oft wichtige Erkenntnisse. So sagte ein ab Herbst 1934 im Ruhrgebiet tätiger Instrukteur aus, daß er mit „Rudi" zusammen den Jahreskurs 1933 der Leninschule besucht habe[9]. Auch die Position, die „Rudi" zwischen Mai und August 1934 einnahm, kann anhand späterer Aussagen präzisiert werden: Adolf Rembte hat seinem Organisationsleiter „Rudi" die Leitung des Bezirks Niederrhein sozusagen kommissarisch übertragen. „Rudi" ergänzte die Bezirksleitung durch Ernennung eines Agitpropleiters, „Hans", der mit ihm zusammen verhaftet und verurteilt wurde. „Rudis" organisatorische Arbeit fand offenbar soviel Anerkennung, daß er Anfang August 1934 als Bezirksleiter in den Bezirk Mittelrhein versetzt wurde. Er hatte seinen Nachfolger eingearbeitet und wurde kurz vor seiner Abreise verhaftet[10]. Unser Dokument war also als Rechenschaftsbericht gedacht. Eine nebensächliche Information aus dem Urteil gegen „Rudi" u. a. liefert schließlich ein Indiz dafür, daß sich eine von „Rudi" geschilderte Episode so abgespielt haben könnte: der Bezirkskassierer „Walter" sei der Gestapo in die Hände gespielt worden und wieder entkommen[11]. Der Agitpropleiter „Hans" hat nun ausgesagt, daß er zunächst zur Kassenrevision in den Bezirk Niederrhein geschickt wurde. In dieser Funktion traf er im April/Mai mehrfach mit „Walter" zusammen. Ende Mai fuhr er zur Berichterstattung nach Prag; als er Mitte Juni nach Düsseldorf zurückkehrte, traf er „Walter" nicht mehr an, die Kassengeschäfte wurden vom Bezirkstechniker „Georg" und seinem Produktionsleiter „Max" miterledigt. Keine Frage, daß „Walter", als er von der Gestapo frei kam, sofort abgezogen, wahrscheinlich ins Ausland geschickt worden ist. Die Darstellung in „Rudis" Bericht und die für sich genommen unwichtige Aussage von „Hans" passen zusammen.

In der Zeitspanne, über die der kommissarische Bezirksleiter in seinem Brief berichtet, fanden im Zentralkomitee (ZK) der KPD wie im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zum Teil scharfe Auseinandersetzungen über die strategische und taktische Linie im Kampf gegen den Nationalsozialismus statt. Außenpolitische Motive seitens der Sowjetunion[12] sowie kritische Zweifel an Realitätsgehalt und Effektivität der politischen Ziele brachten die Diskussion in Gang.

Das im Dezember 1933 tagende XIII. EKKI-Plenum beharrte auf Analysen, die schon 1928 formuliert worden waren; es setzte der illegalen KPD, illusionären Situationsberichten folgend, politische Ziele und forderte Kampfformen, die von

[9] Dieser Instrukteur wurde im Juli 1935 verhaftet und im August 1936 vom VGH zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt; 1 H 37/36, IfZ, Fa 117/235.
In einem VGH-Urteil aus dem Jahre 1943 findet sich eine bestätigende Aussage 1 H 89/43, IfZ, Fa 117/257.

[10] Urteil gegen Adolf Rembte v. 4. 6. 37 2 H 17/37, IfZ, Fa 117/25; Anklageschriften gegen F. E. und „Georg" J 600/36, 16 J 37/35, IfZ, Fa 117/126.

[11] Siehe S. 235.

[12] Siehe dazu Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1970, insbes. S. 264 ff. Die aus den Veränderungen der international-politischen Szenerie resultierende Motivkette kann hier nicht weiter verfolgt werden.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Durchsetzbarkeit weit entfernt waren. Wilhelm Pieck hatte in seinem Referat behauptet, daß der Einfluß der KPD auf die werktätigen Massen in schnellem Tempo wachse, die Voraussetzungen einer revolutionären Krise zunähmen, daß Deutschland der proletarischen Revolution entgegengehe; ökonomische und politische Streiks wie auch Massendemonstrationen seien daher sinnvolle und notwendige Kampfformen. Das Plenum bestätigte die These, daß die Sozialdemokratie Handlanger des Kapitals sei; auch die Verfolgung ändere nichts an ihrem sozialfaschistischen Charakter. Eine Reorganisation der SPD müsse auf jeden Fall verhindert werden[13].

In einer Entschließung zu den Beschlüssen des XIII. Plenums hat das ZK der KPD am 5. Februar 1934 die Massen-Mobilisierung unter der Führung der KPD zum Kampfziel der illegalen Organisation erklärt. Dazu sollte die Schaffung der Einheitsfront bei scharfer Frontstellung gegen sozialdemokratische Funktionäre dienen; und dazu sollte die Arbeit vor allem in den Großbetrieben forciert werden. Im August 1933 gefaßte Beschlüsse, die zur Gründung von „unabhängigen Klassengewerkschaften" – also zur Fortführung der RGO – aufforderten und die „Arbeit" in DAF und nationalsozialistischer Betriebsorganisation (NSBO) als opportunistisch bezeichneten, wurden bestätigt[14]. Zumindest Teilen der Parteiführung und sicher sehr vielen der illegalen Kommunisten schien – in Erwartung zunehmender ökonomischer Krisen und darauf folgender antinationalsozialistischer Reaktion der Bevölkerungsmehrheit – der Sturz Hitlers durch revolutionäre Aktion greifbar nahe.

In den folgenden Monaten wurde diese starre Politik von mehreren Seiten aufgeweicht. Die Landesleitung versuchte ihre Wirkung gerade im Hinblick auf die Betriebsarbeit und die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten durch entschärfte Instruktionen abzumildern[15]. Auch im ZK der KPD waren über diese Probleme Richtungsauseinandersetzungen im Gange, die sich in widersprüchlichen Äußerungen niederschlugen[16].

Die gegen die Februar-Beschlüsse argumentierende Richtung wollte die politische Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage, im Hinblick auf die Einheitsfront sowie im Verhalten gegenüber DAF und NSBO ändern. Einheitsfront sollte jetzt nicht mehr nur heißen: Eintritt des einzelnen Sozialdemokraten in die KPD; diese Gruppe forderte zur Zusammenarbeit und Aktionsabsprachen mit sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen aller Richtungen unter Einschluß der Funktionäre auf; ähnlich die Forderung, statt einer Fortführung der „unab-

---

[13] The Communist International 1919–1943, sel. and ed. by Jane Degras, Vol. III, London 1965, S. 280; Kuno Bludau, Gestapo – geheim!, Bonn 1973, S. 89.

[14] Vgl. Vietzke, a. .a. O., S. 127 f.; zu RGO s. Anm. 64.

[15] Wehner, a. a. O., S. 63 f.

[16] Vietzke, a. a. O., S. 113–162; Duhnke, a. a. O., S. 137 ff., 145 ff. Auf die Problematik einer Beurteilung dieser Ereignisse kann in dieser Einleitung nur begrenzt eingegangen werden. Auch die Frage, ob eine Gruppe um Thälmann und Ulbricht bereits Anfang 1933 die politische Linie verfolgt hat, die sich dann Ende 1934 durchzusetzen begann (Vietzke, a. a. O., S. 96 ff.), muß hier außer Betracht bleiben.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hängigen", also rein kommunistischen „Klassengewerkschaften" die „Gewerkschaftseinheit" zu realisieren, und gegenüber DAF und NSBO wollte man die Taktik des „Trojanischen Pferdes" anwenden. Aber weder die Resolution des ZK vom 1. August 1934, die einen ersten Sieg dieser für eine politische Wendung eintretenden Gruppe darstellt, noch deren zuvor erschienene Artikel ließen einen Zweifel daran, daß die Partei – wie es in der Resolution heißt – „den Kurs auf die Vereinigung dieser Gruppen mit der KPD auf der Grundlage des Programms der Kommunistischen Internationale und der Taktik der KPD zu nehmen" habe. Auch geriet der Resolution die Beschreibung der ökonomischen und politischen Krise und Krisenentwicklung so eindringlich, daß diese eigentlich wenige Tage später hätte in Katastrophe und Revolution enden müssen[17].

Für unseren Zusammenhang bemerkenswert ist der Bericht Rudi Goguels über eine Auseinandersetzung mit Adolf Rembte, in der dieser die Februar-Thesen hart vertreten habe[18]. Der Urteilsschrift zufolge, in der diese Episode erwähnt ist, mußte sich Goguel gar den Vorwurf des Opportunismus gefallen lassen, er wurde von Rembte aufgefordert, seine gegenteilige Meinung für eine ausführliche Diskussion schriftlich zu fixieren. Demgegenüber läßt „Rudi" in seinem Bericht teilweise Übereinstimmung mit der veränderten politischen Linie erkennen. Sicher hinsichtlich DAF und NSBO, weniger deutlich gegenüber der SPD, während die Formulierungen zur Betriebsarbeit und Gewerkschaftsfrage mehr der „Klassengewerkschafts"-Politik entsprechen.

Kann man daraus auf Spannungen auch innerhalb der Bezirksleitung Niederrhein schließen? Oder sind die veränderten politischen Ziele erst nach dem Weggang Rembtes und auch dann unvollständig am Niederrhein bekanntgeworden?[19]

In der Organisation spiegelt sich diese politische Orientierung wider. Offensive, auf Gewinnung von Massenanhang gerichtete politische Arbeit und vom Glauben an einen greifbar nahen Sieg getragene Aktion – ob Realität oder Wunschvorstellung – vertrugen nur begrenzten Umbau der Organisation. Ganz abgesehen davon, daß die zentralistisch strukturierte, von einem wenig beweglichen Apparat beherrschte KPD sich nicht von heute auf morgen in eine Organisation eigenverantwortlicher, initiativer Glieder zu verwandeln vermochte, verlangten auch die Ziele nach zentraler Lenkung.

---

[17] W. Müller [d. i. Wilhelm Florin], Aus der Kommunistischen Internationale, Die Partei – Massenarbeit – Massenkampf, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 2. 8. 1934, S. 1779.
Walter [d. i. Walter Ulbricht], Für die Gewerkschaftseinheit in Deutschland, ebd. 9. 8. 1934, S. 1805.
Aus der Arbeit der KPD, Um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse!, ebd. 16. 8. 34, S. 1863 ff.
Die Bemerkung bei Vietzke, a. a. O., S. 127, Anm. 2, zu dem Zitat aus der ZK-Resolution, es handele sich um eine „gewisse Unterschätzung der traditionellen Bindungen der Sozialdemokraten zu ihren Organisationen", möchte man als blanke Ironie auffassen.

[18] Goguel, a. a. O., S. 12.

[19] Vgl. auch die Feststellung im Bericht, daß August-Material noch nicht beschafft werden konnte.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Bezirk Niederrhein der KPD zählte mit seinen 15 967 Mitgliedern (Ende 1931) zu den großen und politisch gewichtigen Bezirken, die mehr als 5 % der Gesamtmitgliedschaft stellten[20]. Auch in der Phase des Widerstandes blieb er lange relativ gut organisiert und aktiv[21]. Dem vorgelegten Bericht zufolge hatte er – gemessen am Jahresende 1931 – in der ersten Hälfte des Jahres 1934 noch zwischen 10 und 12 % zahlende Mitglieder. Vergleicht man – soweit angesichts organisatorischer Veränderungen möglich – den Mitgliederstand einer Reihe von Bezirken am Ende der Weimarer Republik mit der Situation 1934, so konnte – von extremen Abweichungen nach oben oder unten abgesehen – die Mehrheit der Bezirke auf 8 bis 15 % ihrer früheren Mitglieder zählen[22]. Der Bezirk Niederrhein behielt auch nach 1933 seinen Charakter als Hochburg der KPD.

Nach dem 30. Januar 1933 wurde der Bezirk in das Instruktionssystem einbezogen. Neben Mittelrhein und Ruhr gehörte er zum Instruktions- oder Oberbezirk West, in dem Paul Bertz als erster Oberberater tätig war. Bertz wurde – etwa im Frühsommer 1934 – durch Fritz Apelt abgelöst[23]. Das Gliederungsschema der Bezirke in Unterbezirke, Ortsgruppen und Zellen oder Betriebszellen blieb zunächst erhalten, jedoch wurden die Gliederungen zum Zwecke der Dezentralisation schrittweise vermehrt und dadurch hinsichtlich Mitgliederzahl und Territorium verkleinert; das innerbezirkliche Instrukteursystem sollte den Informationsfluß in der Hierarchie und die Absicherung der Gliederungen gegeneinander gewährleisten; etliche Verhaftungswellen lassen allerdings in ihrem Ablauf erkennen, daß andere Kontaktstränge (Kassierung, Materiallieferung) den Grad der Sicherung erheblich verminderten. Ob die Umgestaltung oder Dezentralisierung der Zellen zunächst in Fünfer-Gruppen, Ende 1933 in Dreier-, 1935 wieder in Fünfer-Gruppen voll oder nur zum Teil realisiert worden ist, läßt sich weder dem Bericht noch den vorliegenden Prozeßmaterialien entnehmen. In der Literatur scheint dieses Problem mehr von den Deklamationen der Parteiführung als von der Realisierung her gesehen[24].

[20] Weber I, a. a. O., S. 367 f., 372.

[21] Überblick bei Günter Plum, Die Arbeiterbewegung während der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, hrsg. v. J. Reulecke, Wuppertal 1974, S. 355 ff.

[22] Angesichts der Unsicherheitsfaktoren kann dieser Vergleich nur sehr grob ausfallen. Zahlen nach Weber I, a. a. O., S. 367 ff., und aus einem bei Vietzke, a. a. O., S. 48, wiedergegebenen Bericht über den Stand der Organisation 1934. Nimmt man einmal an, daß Anfang 1934 im Mittel 10 % der früheren Mitglieder weiterhin Beitrag zahlten, dann konnte sich die KPD – gemessen am Ende 1932 (Weber I, a. a. O., S. 364) – auf rund 25 000 mehr oder weniger Aktive stützen.

[23] Zu Bertz und Apelt vgl. Weber II, a. a. O., S. 73 u. 62; Zum Instruktionssystem s. Anm. 44. Zur Ablösung vgl. Bludau, a. a. O., S. 96 und 118. Apelt hatte seine Tätigkeit Ende August 1934 bereits aufgenommen (VGH 1 H 58/36, IfZ, Fa 117/236).

[24] Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 702 f.; Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1969, S. 158 f., 172; Bludau, a. a. O., S. 121 f.; Duhnke, a. a. O., S. 115. Auch die Gerichte – denen wiederum die Literatur teilweise folgt – beziehen ihre Kenntnisse in dieser Frage mehr aus der Beweisaufnahme über die generellen Absichten der KPD.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß der Berichterstatter die Betriebsarbeit und im Zusammenhang damit die Einheitsfrontpolitik als schwachen Punkt bezeichnen mußte, ist sicher nicht auf mangelnde Aktivität zurückzuführen. Einerseits konnte sich die neu forcierte Betriebsarbeit weit weniger auf traditionelle Betriebszellen aus der Zeit vor 1933 stützen, als seitens der KPD propagandistisch behauptet[25]; andererseits war noch Mitte 1934 der Prozentsatz der Mitglieder, die in Großbetrieben beschäftigt waren, strukturbedingt und infolge Arbeitslosigkeit gering[26]. Entsprechend blieben die unteren Gliederungen mit dem Schwergewicht in den Wohngebieten verankert[27]. Ähnlich dem Gruppenproblem scheint auch die Technik im Bezirk Niederrhein nicht den Anweisungen entsprechend organisiert gewesen zu sein[28]. Die Eigenständigkeit des technischen Apparates endete mindestens zwischen Bezirks- und Unterbezirksebene; denn der Transport der Materialien wurde zu häufig von Personen bewerkstelligt, die andere Funktionen inne hatten[29], während der Bezirkstechniker „Georg" und sein Produktionsleiter „Max" – wie früher geschildert – zeitweilig die Funktion des Bezirkskassierers zusätzlich übernommen hatten.

Wenn „Rudi" in seinem Bericht mehrfach über die zahlenmäßige Schwäche des Parteiapparats und die – zum Teil wohl aus berechtigter Furcht – mangelnde Aktivität und Initiative der unteren Kader klagt, bezeichnet er damit wohl auch die Ursache dafür, daß zahlreiche Funktionen, die nach den Regeln der Illegalität von je einer Person hätten wahrgenommen werden müssen, aus der Not der Realität in „Personalunion" ausgeübt wurden. Allerdings wurden die Personalschwierigkeiten im Bereich der Technik auch durch finanzielle Schwierigkeiten verursacht. Die mit dem illegalen Transport verbundenen Kosten konnten von vielen zur Aktivität bereiten Mitgliedern nicht getragen werden.

Der Bezirk Niederrhein hat – sofern alle Abrechnungen regelmäßig erfolgten – pro Monat rund 1000.– Mark an Mitgliedsbeiträgen eingenommen: Jedes Mitglied zahlte im Monat 50 Pf. Aus der Urteilsschrift gegen Adolf Rembte u. a. ist zu entnehmen, daß die Landesleitung vom ZK monatlich 16 000,– Mark erhielt, wovon

---

Zur Frage des Wechsels von der Fünfer-Gruppe zur Dreier-Gruppe ist ein Detail aus dem Prozeß gegen „Rudi" u. a. von Interesse. Der schon genannte Agitpropleiter des Bezirks, „Hans", sagte aus, daß sein Auftrag zur Kassenprüfung im Bezirk Niederrhein im April/Mai 1934 mit dem Auftrag verknüpft gewesen sei, auch zu überprüfen, ob in Fünfer-Gruppen gearbeitet werde.

[25] Vgl. Weber I, a. a. O., S. 269.

[26] S. dazu Vietzke, a. a. O., S. 49.

[27] Daraus resultierten sicherlich spezifische Gefährdungen. Etwa das Trägheitsmoment, alte Verkehrsformen (Versammlungen) beizubehalten. Hoher Bekanntheitsgrad, der das Aufrollen der Organisation erleichterte.

[28] S. Anm. 51.

[29] Urteilsschrift gegen „Rudi" u. a.: Von den angeklagten Funktionären haben mit Sicherheit der Agitpropleiter des Bezirks, der Bezirkskassierer, ein UB-Leiter und Kassierer unterer Gliederungen Materialtransporte nicht nur zur eigenen Gliederung übernommen.
Leider sind unsere Kenntnisse über die Sonderapparate der illegalen KPD (Technik, AM-Apparat) sehr unsystematisch, obgleich die vorhandenen Quellen m. E. zumindest begrenzte Fallstudien erlauben.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an die Bezirke je 100,– Mark weitergegeben wurden[30]. Über diese Beträge hinaus erhielt der Bezirk gelegentlich Mittel für Sonderaufgaben und nahm sicherlich bescheidene Summen aus Schriftenverkauf und zusätzlichen Sammlungen ein. Da er denjenigen Funktionären, die illegal lebten, je 250,– Mark monatlich zu zahlen hatte: soweit erkennbar waren dies im Frühjahr 1934 mindestens vier Personen[31], wurde der „normale Etat" bereits davon weitgehend aufgezehrt. Kostenverursachende politische Arbeiten mußten daher vornehmlich von den „Hauptamtlichen" oder den wenigen Mitgliedern mit ausreichendem Verdienst geleistet werden.

Der Bericht verweist noch auf weitere durch Geldmangel verursachte Probleme: z. B. für den Ausbau des Instrukteursystems sowohl in den Unterbezirken wie in den Betrieben und für die finanzielle Sicherung von Mitgliedern, die in die Illegalität gehen mußten.

Eine zunächst vom Finanziellen ausgehende Kritik an der Situation einiger Massenorganisationen ist zweifelsohne auch vom Berichterstatter umfassender gemeint; hierin liegt, wenn auch unausgesprochen, der Vorwurf, daß die Parteiführung versäumte, ihre Ansprüche an die Illegalen am Möglichen zu messen[32]. „Rudi" ist allerdings zu sehr überzeugter Funktionär der KPD, als daß er über funktionelle Kritik hinauskäme. So *beschreibt* er den Fehler des Instrukteursystems: als Bestandteil des Apparats zur Monopolisierung von Informationen zu neigen, aber er will den Fehler durch mehr Instrukteure wett machen. Als die Mitglieder und Leitungen in den Unterbezirken bei dem Versuch, sie zur veränderten Haltung gegenüber der SPD zu bringen, abwinkten, vermochte „Rudi" die Begründung, hier gebe es ja praktisch keine SPD, nicht als Ausrede zu durchschauen; sie war für ihn nur falsche Einschätzung einer Realität, die durch „eine Kampagne ... zum großen Teil überwunden" wurde. Dem alle Wendungen nachvollziehenden Funktionär blieb unverständlich, daß die jahrelang eingehämmerten Thesen von der sozial-faschistischen SPD nicht von heute auf morgen aus dem Gedächtnis gestrichen werden konnten[33].

Der begrenzten, nur systemimmanenten Kritikfähigkeit entsprach ein Realitätsbewußtsein, in dem Wille oder theoretische Entscheidung zum Handeln und der gewünschte Erfolg zusammenfielen. Das klingt an, wenn auf die Information, daß

---

[30] Von dem verbleibenden Betrag hatte die Landesleitung die Personalkosten (250,– Mark pro Kopf) und sämtliche Sachkosten zu bestreiten; 2 H 17/37, IfZ, Fa 117/25; vgl. auch Wehner, a. a. O., S. 64 f.

[31] Bezirksleiter bis Mai, Organisationsleiter, Agitpropleiter, Bezirkstechniker.
Für die Produktion erhielt der Bezirkstechniker vor allem dann Mittel vom Obergebietstechniker, wenn er für das Obergebiet oder sonstige andere Bezirke mitproduzierte. Zum Teil wurde dieses Geld durch Verkauf der Materialien wieder eingebracht.

[32] Vgl. die scharfe Kritik bei Wehner, ebenda.

[33] In einem Tätigkeitsbericht für die westlichen Bezirke für Sept. – Nov. 1934 heißt es im Hinblick auf die „*neue* Wendung der Partei" [Hervorhebung v. mir. G. P.], daß im Bezirk „Niederrhein ... bei den unteren Funktionären eine wahre Furcht vor Opportunismus" herrschte. K. H. Biernat, K. Mammach, G. Nitzsche, Über den Beitrag der KPD zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 1965, S. 617 f.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„fast zu allen größeren Betrieben Verbindungen bis zu 2 und 3 Mann" bestehen, die Feststellung folgt, es bedürfe „nur eines kleinen Anstoßes ... und aus den 2, 3 Mann werden lebensfähige, arbeitsfähige Zellen"[34]. Und theoretische Entscheidung steht für Erfolg, wo es im Zusammenhang mit der Kritik am Instruktionssystem heißt: „Um näher an den Arbeiter heranzukommen, haben wir diesen Zustand beseitigt und denken, Euren Vorschlägen entsprechend ... einen Instrukteur einzusetzen."[35] Da nämlich von den kritisierten Instrukteuren für die Unterbezirke der „Zustand", also die mangelnde Verbindung zu Betriebsarbeitern weder geändert werden konnte, noch bei diesen Instrukteuren etwas geändert wurde, konnte die Beseitigung des Mißstandes nur durch den Beschluß geschehen sein, Instrukteure in Betrieben einzusetzen.

„Rudi" steht für viele kommunistische Funktionäre, die von der Richtigkeit der Einschätzungen und strategischen Entscheidungen der Partei mit all ihren Wendungen überzeugt waren, die sich einen Kritik- und Beurteilungsspielraum höchstens für taktische Detailentscheidungen zumaßen. Dennoch ist dieser Bericht über weite Strecken zur Kritik an den Zielen und Methoden des kommunistischen Widerstands geraten.

Im Widerspruch zwischen der Beschreibung bescheidener Erfolge wie schwerer Rückschläge im Bericht und den Verlautbarungen der Parteiführung – seien es die illusionären Bekundungen vom Dezember 1933 über den wachsenden Einfluß der KPD auf die werktätigen Massen, seien es die Forderungen der Resolution vom 1. August 1934 etwa nach Herstellung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, nach Organisierung von Streiks, von Massendemonstrationen, von Massenselbstschutz – sind die gefährliche Realitätsferne der KPD-Politik und ihre Aussichtslosigkeit scharf herausgehoben. Zwei, drei Verbindungsleute in Großbetrieben mit mehreren Tausend Beschäftigten, 2000 überzeugte und opferbereite Kommunisten unter rund 3,5 Millionen mehr oder weniger angepaßten Einwohnern sprechen nur für die Isolierung der illegalen KPD. Und die Situation in den Unterbezirken wie die Verhaftungswellen, die der Bericht schildert, sind ein Stück Beweis dafür, daß offensive politische Aktivität und konspirative Sicherung der Organisation einander ausschließen. So dokumentiert der Bericht über die Details von Rückschlag und Erfolg hinaus einen Ausschnitt aus dem Selbstzerstörungsprozeß der Kommunistischen Partei.

Günter Plum

Dokument

Werte Freunde!

Anbei übersenden wir Euch einen kurzen Bericht über die Lage und unsere Arbeit im Bezirk.
Der Bezirk ist seit Mitte Mai ohne Bauführer[36]. Es ist ganz selbstverständlich, daß

[34] S. S. 231.

[35] S. S. 230.

[36] Deckname für den Bezirksleiter/Polleiter/1. Mann. Analog dazu fanden auch Bezeichnungen wie „Baustelle, Bauleitung" Verwendung. Vgl. Bludau, a. a. O., S. 104.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich dieser Zustand auf die Arbeit hemmend auswirkt, obwohl sich die übrigen Freunde[37] bemühen, den ihnen gestellten Aufgaben gerecht zu werden.
Wir können für den Gesamtbezirk die Feststellung machen, daß eine organisatorische Festigung eingetreten ist. Die schwächsten Punkte unserer Arbeit sind immer noch unsere Betriebsarbeit und konkrete Einheitsfrontpolitik, was ja eng zusammenhängt[38].
Es ist leider nicht möglich, ein Bild über die soziale Zusammensetzung unserer Org. im Bezirk zu geben. Die Zahl der abgerechneten Mitglieder hat sich in den letzten 6 Monaten wie folgt entwickelt[39]:

	Jan.	Febr.,	März,	April,	Mai,	Juni,	Juli
1. D[üsseldorf]	?	480,5	561	323	583	488,5	
2. G[erresheim]	?	76	116	115	134	147	
4. S[olingen]	?	416	221,5	457,5	271,5	333	
5. R[emscheid]	?	108	80	59	104	129,5	
6. Le[verkusen]	?	18	32	29	34	52	
7. W[uppertal]	?	240,5	257,5	317,5	240	304	
8. Sch[welm]	?	137	100	98	81	?	
9. V[elbert]	?	50	50	35	42	?	
10. H[agen]	?	132	182,5	211	187	143,5	
12. Lü[denscheid]	?	66,5	58	89,5	67	81,5	
13. [M.]Gl[adbach]	?	–	–	55,5	6,5	?	
15. Kr[efeld]	?	–	–	14	72,5	?	
		1724,5	1658,5	1804	1822,5	1679	?

[37] Gemeint sind wohl die Mitglieder der Bezirksleitung: Orgleiter, Agitpropleiter, Bezirkskassierer, Bezirkstechniker.

[38] siehe Einleitung, S. 223.

[39] In dieser Tabelle sind die Unterbezirke des Bezirks Niederrhein durch die Ziffern 1–15 und Anfangsbuchstaben des Namens gekennzeichnet; gegenüber der Vorlage wurden die Namen in [] ergänzt. In der Vorlage findet sich die Tabelle auf einer Seite, aber die Zeile mit den Monatsnamen erscheint zwischen den lfd. Nummern 12 und 13 ein zweites Mal; offensichtlich hatte der Verfasser des Briefes die Tabelle über zwei Seiten geschrieben, und der Schreiber der Vorlage hat diese funktionsbedingte Wiederholung der Monatszeile buchstabengetreu abgeschrieben. Die Zeile wurde hier gestrichen. Das Fehlen der Ziffern 3, 11 und 14 läßt sich nicht mit letzter Sicherheit erklären. Nach Weber I, a. a. O., S. 373, hatte der Bezirk Niederrhein 1932 sieben Unterbezirke. Die Vermehrung der Unterbezirke ist wohl im Vollzug einer 1934 beschlossenen Dezentralisierung der Parteiorganisation erfolgt (vgl. Vietzke, a. a. O., S. 48). Bezüglich Düsseldorf war die Reorganisation noch nicht abgeschlossen, s. u. S. 231: „werden aus einem U. B. drei gemacht". Im Prozeß gegen „Rudi" u. a. war auch der Instrukteur J. J. angeklagt, der laut Urteil den Auftrag hatte, den Unterbezirk Düsseldorf, von dem Gerresheim schon abgetrennt war, in zwei Unterbezirke zu organisieren. Diese Fakten lassen den Schluß zu, daß die fehlenden Ziffern Leerstellen für noch zu bildende Unterbezirke darstellen.
Bei Vietzke, ebd., ist ein Bericht der Parteiführung von Ende 1934 zitiert, wonach der Bezirk Niederrhein im Juni dieses Jahres 1876 „kassierte Mitglieder" hatte. Diese Diskrepanz hängt möglicherweise mit den „halben Mitgliedern" (Bruchzahlen) zusammen, die wohl als reduzierte Mitgliedsbeiträge verstanden werden können; die Zahl der „kassierten Mitglieder" läge dann um die hier nicht feststellbare Anzahl derjenigen höher, die einen reduzier-

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei [Unterbezirk Gerresheim und Leverkusen][40] ist eine gesunde Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Es sind aber auch die beiden [Unterbezirke], welche bisher am wenigsten unter der Konkurrenz[41] zu leiden hatten. Zu den einzelnen [Unterbezirken] später.

Es ist leider noch der große Mangel zu verzeichnen, daß wir keine Zahlen und keinen genauen Überblick über unsere unteren Einheiten im Betrieb und vor allem in Wohngebieten haben. Obwohl ich anfangs festgestellt habe, daß wir uns organisatorisch gefestigt haben, muß doch gesagt werden, daß von einer selbständigen Leitung und einer eigenen politischen Arbeit unten nicht gesprochen werden kann. Die Leitungen in fast allen [Unterbezirken] sind äußerst schwach[42] und nur [Unterbezirk Düsseldorf, Solingen, Wuppertal, Hagen] haben bisher auf Ereignisse im eigenen [Unterbezirk] reagiert und eigene Materialien herausgebracht[43]. Wir haben für [Unterbezirk Düsseldorf], [Unterbezirk Wuppertal], [Schwelm] und [Velbert] und [Unterbezirk Hagen und Lüdenscheid] je einen Instrukteur[44] eingesetzt, welche von uns unterhalten werden müssen. Diese Maßnahme war notwendig, da die meisten [Unterbezirke] einen Mann benötigten, welcher den „Eingeborenen" mit Rat und Tat zur Seite stand. Gleichzeitig sollte auch dieser Instrukteur den verlängerten Arm der [Bezirksleitung] darstellen. Aber hierbei ergab sich ein Fehler, der darin bestand, daß die Verbindung zwischen [Bezirksleitung] und Mitgliedschaft, d. h. zu den Leitungen in [Unterbezirk] und Ort oft ersetzt wurde durch eine Verbindung zwischen [Bezirksleitung] und Instrukteur. Die Folge davon war natürlich, daß die [Bezirksleitung] zu spät oder gar nicht informiert über die Stimmung bei der Mitgliedschaft und vor allem bei den Arbeitern im Betrieb usw. war. Das Fehlen eines Bauführers fällt natürlich bei einem solchen Zustand besonders erschwerend ins Gewicht.

Um näher an die Arbeiter heran zu kommen, haben wir diesen Zustand beseitigt und denken, Euren Vorschlägen entsprechend[45], vor allem für die wichtigsten Betriebe einen Instrukteur einzusetzen. Hier muß nur die Frage der Finanzen noch geklärt

---

ten Beitrag entrichteten. Entweder war der Parteiführung Ende 1934 diese tatsächliche Zahl bekannt, oder die Abrechnungen v. 8., 9., 13. und 15. waren zwischenzeitlich erfolgt.

[40] In derVorlage : „U. B. 2+6". Zur Verbesserung der Lesbarkeit wurden in der Vorlage benützte Abkürzungen wie UB, BL u. ä. in [] ausgeschrieben, z. B. [Unterbezirk] und an die Stelle der Ziffernbezeichnungen in [] die Namen der Unterbezirke gesetzt.

[41] Konkurrenz meint die Geheime Staatspolizei. Vgl. Bludau, a. a. O., S. 114.

[42] Der Verfasser verwendet die Begriffe „schwach" und „stark" durchgehend sowohl im quantitativen wie im qualitativen Sinne; häufig auch in doppelter Bedeutung.

[43] Vgl. Klotzbach, a. a. O., S. 189 f.

[44] Instrukteure waren Beauftragte höherer Leitungsgremien; sie hielten Verbindung zu unteren Organisationseinheiten, die sie über die Politik der Partei und Beschlüsse der Parteiführung zu informieren und in der praktischen politischen Arbeit anzuleiten hatten; umgekehrt informierten sie die Parteiführung über die Situation in den unteren Organisationseinheiten. Die Einführung eines solchen Instrukteursystems wurde bereits 1932 auch im Hinblick darauf vorgeschlagen, daß sich die Partei auf die Illegalität umstellen müsse; vgl. Bahne, a. a. O., S. 663. Realisiert wurde es im Februar 1933 (dazu Vietzke, S. 106 f.); das ZK schickte Instrukteure in die Bezirke, um dort politisch zu informieren und bei der Umstellung der Organisation auf die Illegalität zu beraten und zu helfen; vgl. Wehner, a. a. O., S. 34. Sehr bald weitete sich das Instrukteursystem aus, sowohl hinsichtlich der Aufgaben, z. B. Reorganisation von Nebenorganisationen, wie auch hinsichtlich der Anwendungsbereiche, z. B. Bezirksinstrukteure in Unterbezirken oder Zellen; vgl. Vietzke, a. a. O., S. 51; Duhnke, a. a. O., S. 116.

[45] Im Zusammenhang der gegen die SPD gerichteten Politik, die Arbeiterschaft in der „Einheitsfront von unten" und der „unabhängigen Klassengewerkschaft" zu sammeln (s. dazu

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden, welche ja keine untergeordnete Rolle spielt. Wir haben die Überzeugung, daß uns diese Maßnahmen in den Betrieben ein ganzes Stück vorwärts bringt.
Nun einiges zu den einzelnen Unterbezirken in Frage Betriebsarbeit. Betriebszellen bestehen im

[Unterbezirk Düsseldorf]	bei	Mannesmann, Rheinmetall, Phönix;
[Unterbezirk Solingen]	"	Schlemper, Raspe;
[Unterbezirk Wuppertal]	"	Bemberg, Vorwerk (Gummi), Huppertz (Textil);
[Unterbezirk Hagen]	"	Hasper Stahlwerk, Akku;
[Unterbezirk Leverkusen]	"	I. G. Farben (in den Anfängen);
[Unterbezirk M. Gladbach]	"	Felix Kohn (Textil)[46].

Die Leitungen sind meist sehr schwach; selbständige Arbeit wird wenig oder gar nicht geleistet. Bemberg, Hasper Stahlwerk und Akku haben eigne Materialien herausgebracht. In den meisten Unterbezirken bestehen fast zu allen größeren Betrieben Verbindungen bis zu 2 und 3 Mann gegenwärtig. Es bedarf nur eines kleinen Anstoßes von seiten der entsprechenden [Unterbezirksleitungen] und aus den 2, 3 Mann werden lebensfähige, arbeitsfähige Zellen.

Stand der Leitungen

[Unterbezirk Düsseldorf]. Es werden aus einem [Unterbezirk] drei gemacht, um die Aufgaben besser durchführen zu können. Augenblicklich noch bei der Reorganisation[47]. Die Leitungen sind noch nicht vollständig, arbeiten aber schon teilweise selbständig. Für alle drei [Unterbezirke] ein Instrukteur vorhanden. In Stadtteilen wurden durch Verhaftungen Leitungen immer wieder geschwächt; trotzdem teilweise selbständige Arbeit.
[Unterbezirk Gerresheim] Sehr ausgedehntes Gebiet. Leitung war arbeitsfähig, fehlte aber aktive Zusammenarbeit. Der 2. und 3.[48] Mann sind verhaftet worden. Neubildung ist notwendig.
[Unterbezirk Solingen] Leitung gefestigt, leisten selbständige Arbeit[49]; Ort hat durch Verhaftungen gelitten Ende März, Anfang April, was auch in Mitgliederbewegung zum Ausdruck kommt.
[Unterbezirk Remscheid] Mangel an Funktionären, Leitung schwach, Anfänge selbständiger Arb[eit].
[Unterbezirk Wuppertal] Zum Teil neue Leitung, stark genug, aber unvollständig, arbeitet selbständig. Das gleiche gilt von unten[50], wo überall nur schwache Leitungen sind.

Einleitung, S. 223), wurde im Februar 1934 der Einsatz von Instrukteuren vor allem in großen Betrieben beschlossen; siehe Bahne, a. a. O., S. 701.

[46] Die genannten Betriebe konnte ich nur z. T. identifizieren; wahrscheinlich handelte es sich um: das Rohrwalzwerk der Mannesmannröhren-Werke AG und die Rheinmetall-Borsig AG in Düsseldorf; die Gesenkschmiede C. A. Schlemper und die Landmaschinenteile-Fabrik P. D. Raspe Söhne in Solingen; die Seidenfabrik J. P. Bemberg AG, die Gummi- u. Textilfabrik Vorwerk und Sohn OHG und die Textilfabrik Arthur Huppertsberg in Wuppertal; das Gußstahlwerk Wittmann in Hagen-Haspe; das Werk Leverkusen der I. G. Farbenindustrie Frankfurt a. M.

[47] s. Anm. 39. Unklar bleibt, ob „R." Gerresheim noch unter die drei zählt oder ob Düsseldorf bereits ohne G. in drei Unterbezirke aufgeteilt werden soll.

[48] Organisationsleiter, Agitpropleiter.

[49] Im Zusammenhang mit der Feststellung, daß der Verfasser dieses Dokuments, „Rudi", nach Solingen in die „Lehre" geschickt wurde (s. Einl.) heißt es im Urteil: „Solingen galt damals als der best organisierte Unterbezirk".

[50] Gemeint sind Ortsgruppen und Zellen.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[Unterbezirk Schwelm] Durch dauernde Verhaftung eine Rückentwicklung, wie aus Mitgliederbewegung ersichtlich. Augenblicklich Neubildung der Leitungen.
[Unterbezirk Velbert] Neue Leitungen, unvollständig, auch unten mangelhafte Leitungen.
[Unterbezirk Hagen] Durch Verhaftungen Leitungen zerschlagen, augenblicklich Neubild[un]g.
[Unterbezirk M. Gladbach] Leitung sehr schwach, besteht nur aus 2 Mann, wird jetzt vervollständigt; auch unten schwache Leitung, meist nur ein Mann.
[Unterbezirk Krefeld] Gesamte Leitung wurde verhaftet, augenblicklich überhaupt keine Verbindung mehr. [Unterbezirk] war erst wieder im Aufbau begriffen.

Die Technik[51]

Funktioniert nur in 3 Unterbezirken, wo auch eigene Materialien herausgegeben werden. Der Bezirk hat jetzt seine eigene Technik, während er früher bei [Unterbezirken] herstellen ließ[52]. Aber auch hier ist noch weiterer Ausbau erforderlich.

Die Stimmung der Arbeiterschaft

Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, daß durch mangelnde Verbindung wir auch mangelhaft unterrichtet sind. Festgestellt haben wir, daß z. B. nach dem 30. Juni den Tiraden Hitlers teilweise Glauben geschenkt wurde. Heute kann man gehen und stehen, wo man will, überall trifft man auf Diskussionsgruppen: Am Arbeitsamt, an den Zeitungen, in den Parkanlagen usw. Im allgemeinen gibt man der Hitlerregierung keine lange Lebensdauer mehr[53]. Es herrschen aber noch Unklarheiten über das „Wie" der Beseitigung. Bei Verhaftungen, Entlassungen und Lohnraub im Betrieb wird teilweise vom Streik gesprochen. Es fehlt hier aber die Organisierung und die treibende Kraft. Teilweise wird schon wieder die Frage Bewaffnung gestellt und die „Dinger" in Ordnung gebracht. Das sind natürlich nur Einzelerscheinungen, es handelt sich in allen Fällen um Leute, welche mit uns irgendwie verbunden sind. Und doch ist daraus ersichtlich, daß man weiß, worauf es ankommt; es muß natürlich beobachtet werden, daß keine individuellen Terrorakte gegenwärtig entstehen. Die Begeisterung für den „starken Mann", welche bei Bauern und Mittelständler Anfang 1933 vorhanden war, ist Anfang 1934 zu einem Haß geworden. Von irgendwelchen Aktionen unter oben genannten Schichten kann wohl nicht gesprochen werden. Schon im Früh-

[51] Der „Technische Apparat" leitete die Beschaffung oder Herstellung des Informations- und Propagandamaterials sowie den Transport zu den Verteilern. Der „Technische Apparat" arbeitete auf Reichs-, Gebiets-, Bezirks- und Unterbezirksebene und wurde jeweils vom sog. Techniker geleitet, dem in der Regel noch ein Produktionsleiter zur Seite stand; vgl. Bludau, a. a. O., S. 104.

[52] Bis etwa Mai 1934 hat der Techniker des Unterbezirks Düsseldorf u. zugleich Produktionsleiter des Bezirks, „Max", die Produktionsmöglichkeiten seines Unterbezirks zur Herstellung auch der Bezirks-Materialien eingesetzt. Im Juni konnte der Bezirkstechniker „Paul" einen Drucker aus Solingen-Ohligs gewinnen und ihm einen ersten „Probeauftrag" geben; sein Nachfolger „Georg" hat dann in Ohligs Materialien in den Größenordnungen von 10 bis 15 000 Exemplaren herstellen lassen. Die Druckerei wurde wegen ihrer Leistungsfähigkeit in größerem Maßstab eingesetzt. Der Gebietstechniker „Stahl" gab auf Veranlassung des Reichstechnikers Wilhelm Kox von August bis etwa Ende Oktober mehrere Großaufträge an die Druckerei; mit den Erzeugnissen wurden nicht nur die Bezirke Niederrhein, Mittelrhein und Ruhr beliefert, sondern teilweise auch Berlin und Frankfurt (IfZ, Fa 117/142; Fa 117/126).

[53] Zur öffentlichen Meinung nach dem 30. Juni 1934 vgl. den Bericht der Staatspolizeistelle Aachen v. 6. 8. 34 bei Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat, Stuttgart 1957, S. 48. Zur Frage der „Lebensdauer" der Hitlerregierung s. Einleitung, S. 223.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jahr ds. Jrs. war eine ungeheure Erregung bei den Milchhändlern in Solingen, welche teilweise zur Verweigerung der Milchabnahme führte. Aus allen Berichten kommt zum Ausdruck, daß die Bauern sowohl als der Mittelstand merken, wohin auf Grund der Zwangsbewirtschaftung von Fett, Eiern, Kartoffeln, Getreide usw. die Reise geht[54]. Es sind sehr oft diese Kreise, welche bei „festlichen Angelegenheiten" nicht flaggen, deren Söhne nicht mehr zu den Übungsabenden der SA. gehen (Verbindung in Velbert und Leverkusen).

An *Widerstandsaktionen*[55] gegen die faschistische Diktatur kann man immer wieder als primitive Form feststellen, daß die Arbeiter sich weigern, den Beitrag für die „Arbeitsfront" zu zahlen. Diese Maßnahme wird natürlich noch dadurch genährt, daß immer wieder Unterschlagungen von Arbeitsfront – und NSBO –[56] Bonzen und Bönzchen bekannt werden. Es wird aber auch die Methode der passiven Resistenz und des Streiks angewendet. Von letzterer Form waren in letzten Wochen bei uns drei Fälle zu verzeichnen. Es wurde gestreikt bei Wittmann und bei Wibbermann in Hagen und bei Huppert (Textilbetrieb) Wuppertal[57]. Leider fehlen uns bis jetzt noch Einzelheiten.

Arbeit der SPD. SAP.[58] *usw. Einheitsfrontpolitik*

Festgestellt worden ist, daß die SP im Bezirk in den einzelnen Orten Leserkreise organisiert hat, wo vor allem die „Sozialistische Aktion"[59] gelesen wird. Es geschieht alles streng geheim, der letzte gibt das Material wieder an den Ersten, sodaß nur in den seltensten Fällen etwas herauskommt. Wir haben einzelne Verbindungen zu SPD-Leuten in Düsseldorf, Wuppertal, Lüdenscheid, Schwelm. In Schwelm haben wir auch Verbindung zu einer 10 Mann starken SAP-Gruppe bekommen, welche bereit ist, mit uns zu arbeiten. Von KPO, Trotzkysten [sic][60] usw. hört man hier augenblicklich

[54] Die hier angesprochene, weit verbreitete Unzufriedenheit in Kreisen der Bauernschaft, des Kleinhandels und des Handwerks hatte eine Reihe von Ursachen, die nur angedeutet werden können: Einnahmeverluste der Bauern durch Verbot des Milch-Selbstmarktens bei stabilen Erzeugerpreisen für Schlachtvieh aber steigenden Futtermittelpreisen; Rückgang der Produktion mit Rückwirkung auf den Milchhandel; Entziehung von Konzessionen zum Handel mit Milchprodukten im Zuge der Fettbewirtschaftung; insgesamt geringe Ertragslage im Kleinhandel und Handwerk aufgrund der geringen Kaufkraft in der Bevölkerung, die durch Steigerung der Zwischenhandelspreise noch mehr sinkt; vgl. Vollmer, a. a. O., insbesondere S. 41 f., 44 f., 62 f.: Berichte der Geheimen Staatspolizei Aachen v. 5. 3. u. 6. 8. 1934; Vietzke, a. a. O., S. 80 f.

[55] S. dazu d. Artikel „Widerstandsbewegungen" in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. VI, Freiburg 1972, Sp. 961.

[56] Nationalsozialistische Betriebsorganisation.

[57] Wahrscheinlich die Fabrik für Fahrzeugbestandteile Wippermann jr. AG, Hagen-Oberdelstern. S. auch Anm. 46.

[58] Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. S. dazu Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim a. Gl. 1965.

[59] Die „Sozialistische Aktion" war ein speziell für die Leser im Reich hergestelltes Organ der SOPADE. Vgl. bzgl. der Leserkreise Klotzbach, a. a. O., S. 135 ff., Bludau, a. a. O., S. 20 ff.

[60] KPO: Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition; am 29. Dez. 1928 gegründete Partei der Dezember 1928/Januar 1929 aus der KPD ausgeschlossenen „Rechten" um August Thalheimer, Heinrich Brandler, Jakob Walcher, Paul Frölich; vgl. Karl-Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition", Meisenheim a. Gl. 1964; s. auch Weber I, a. a. O., insbes. S. 210–219.
Trotzkisten: Der Begriff wurde von den Kommunistischen Parteien sehr pauschal verwendet; es sei auf den Zusammenhang mit den Moskauer Prozessen verwiesen. Trotzkisten meinte nicht nur organisierte Trotzkisten wie z. B. die „Internationalen Kommunisten

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nichts. Die Tatsache, daß die SPD im Bezirk nicht viel Positionen hat, wirkt sich aus bei ihrer Gewinnung jetzt. Es wird in den meisten Fällen unterschätzt die Notwendigkeit der Gewinnung der SPD-Arbeiter. „Bei uns gab es überhaupt keine SPD", „wir hatten 42% aller Stimmen im November 1932", „die SPD hatte eine Handvoll Leute" (Solingen), so oder ähnlich hört man sprechen. Wir haben eine Kampagne in dieser Beziehung geführt und diese Gedanken sind heute zum großen Teil überwunden.

Propaganda

Wir hatten uns die Aufgabe gestellt, wöchentlich unsere „Freiheit" erscheinen zu lassen und monatlich den „Revolutionär", unser Funktionärsorgan. Letzteres ist uns bis jetzt gelungen, wir haben zum 1. August eine Sondernummer herausgebracht. Zur Herstellung der „F" fehlt es manchmal an den notwendigen Finanzen, sodaß sich die Herstellung verzögert. Die Auflage betrug im Frühjahr noch 2–3000 Exemplare, bei den letzten Nummern haben wir 4–5000 Exemplare hergestellt[61]. Trotz aller Bemühungen ist es bis jetzt noch nicht gelungen, RF., Inprekorr, KI[62] usw. von August zu bekommen. Es ist wohl versprochen worden, es ist aber bei den Versprechungen geblieben. Wir haben das Menschenmögliche getan, um solche Materialien zu bekommen. Unsere Funktionäre benötigen solche Literatur dringend, da sie meist politisch sehr schwach sind, und wir bis jetzt noch wenig besonderes Schulungsmaterial herausgebracht haben.

Wir haben Ende Juni 4 Mann zur „Information" geschickt[63]. Wenn wir dieselben jetzt wiederbekommen, werden sie uns eine gute Hilfe sein.

Von allen Massenorganisationen ist die Arbeit bei Sport und RGO die beste. Die RH-Arbeit geht jetzt auch vorwärts. Es sind schon einige Einheiten geschaffen worden, aber der Mann von der Kulturarbeit kommt nicht vom Fleck. Bei beiden Letztgenannten keine oder mangelhafte Verbindung mit ihrem [Zentralkomitee][64]. Wenn wir den Mann von der Kulturarbeit nicht ab und zu etwas unterstützen, verhungert

Deutschlands", es war darüber hinaus Schimpfwort, mit dem auch andere antistalinistische Gruppen wie z. B. Teile der SAP zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges und der „Volksfront" in Paris und ganz allgemein sogenannte „Abweichler" vom Marxismus-Leninismus, d. h. von der Parteilinie, belegt wurden; vgl. S. Bahne, Der „Trotzkismus" in Geschichte und Gegenwart, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 56 ff., dort weitere Literatur; Duhnke, a. a. O., S. 252 u. 260 ff.; Artikel: „Trockij, Trotzkismus" in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, a. a. O., Spalte 491 f.

61 S. Anm. 51.

62 RF = „Die Rote Fahne", Zentralorgan der KPD.
Inprekorr = „Internationale Pressekorrespondenz"; die „Inprekorr" ist 1934 in *deutscher* Sprache nicht mehr erschienen (anderssprachige erschienen allerdings weiterhin, i. engl. z. B. bis 1939 als „International Press Correspondence"), als Nachfolgeorgan erschien aber „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", Basel (vgl. Theo Pirker, Komintern und Faschismus, Stuttgart 1965, S. 39 ff.). Der Verfasser des Briefes hat entweder aus – nicht zuletzt durch den Aufenthalt in der Sowjetunion verstärkter – Gewöhnung die „Rundschau" als „Inprekorr" bezeichnet, oder er hat – was höchst unwahrscheinlich – eine anderssprachige Ausgabe gemeint.
KI = „Die Kommunistische Internationale, Zeitschrift des EKKI", Basel.

63 Gemeint ist Entsendung zu einem Schulungskurs.

64 Von den genannten Organisationen sind eindeutig bestimmbar:
RGO = Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (vgl. Bahne, KPD, S. 664);
RH = dt. Sektion der Internationalen Roten Hilfe (vgl. Bahne, a. a. O., S. 666);
Sport: es gab eine ganze Reihe von KP-nahen Sportorganisationen wie z. B. „Rote Jungsportler";

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er hier. Dieser Zustand muß sofort beseitigt werden. Wir verlangen, daß sich die entsprechenden Instanzen oben etwas um ihre Leute kümmern, wir müssen es in Zukunft ablehnen, die Freunde der [Massenorganisationen] zu unterstützen. Wir können dies einfach finanziell nicht tragen.

Größere Verhaftungen wurden vorgenommen für die Berichtszeit in Solingen 80–100 (März, Apr., Mai), Remscheid 20 (März), Düsseldorf 100 (in letzten Monaten), Krefeld 25 (Ende Juni), Schwelm und Hagen (ungefähr je 20 Mann). Man hat jetzt kurz vor dem 1. August „amtsbekannte" Personen festgenommen, sie festgehalten und ohne sie zu verhören wieder freigelassen. Man hat diese Freunde scheinbar festgenommen, um sie vor einer „strafbaren" Handlung zu bewahren. Ein Teil Verhaftungen kommen auf das Konto des O.T.[65]. In Düsseldorf versuchen einige Leute an die Partei heranzukommen, indem sie erklären, sie kommen im Auftrage der Bezirksleitung. Eine Reihe Verhaftungen erfolgten auf folgende Art und Weise: Zu einem [Zellen-Kassierer] kommt ein Mann, der erklärt, er kommt von Heinz aus Wuppertal, sie sollen eine Versammlung machen und eine Parallelleitung schaffen. Unsere Freunde kriechen auf den Leim, machen die Versammlung, welche sie ungestört durchführen können; aber anderntags wird die ganze Meute verhaftet[66].

Die Verhaftung in Krefeld erfolgte durch Verrat (Spitzelei). Der Kass[ierer] von Krefeld (W.)[67] hat unseren [Bezirksleitungs-Kassierer] der Polizei in die Hände gespielt. Er hat scheinbar auch die übrigen 25 auf dem Gewissen. Die Polizei versuchte unseren [Bezirksleitungs-Kassierer] für sich zu gewinnen, er versprach, und sie ließen ihn laufen. Sie waren scheinbar so begeistert, von dem „guten Fang", den sie schon gemacht hatten (im Geist hatten sie schon die [Bezirksleitung] hinter Schloß und Riegel), daß sie ver„gaßen" [sic], die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um den Vogel nicht entkommen zu lassen – aber er ist entkommen!

Gefährdete Freunde, soweit sie brauchbar sind, werden – soweit dies möglich ist – im Bezirk ausgetauscht. Es erwächst uns hieraus natürlich eine finanzielle Belastung – und es wäre an der Zeit, den Zuschuß der E.-Reichskommission[68] anrollen zu lassen. Freunde, die gefährdet und nicht brauchbar sind, werden abgeschoben[69].

Kulturarbeit: der KPD standen auch eine Reihe von kulturellen Vereinigungen nahe, so z. B. „Arbeiter-Theater-Bund Deutschlands", „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur", die Arbeitersängerbewegung, Spielgemeinschaften, Agitpropgruppen, auch die „deutsche Sektion der Internationale proletarischer Freidenker" ist hier zuzurechnen. Im Prozeß gegen „Rudi" u. a. ist als „Mann von der Kulturarbeit" ein unter dem Decknamen „Rolf" arbeitender Thüringer Lehrer genannt worden; vgl. Traudl Kühn, Über die Teilnahme der revolutionären Arbeiterkulturbewegung an den Klassenkämpfen des Proletariats in Deutschland 1928–1933, in: BzG 1960, S. 508 ff.

Diese Nebenorganisationen der KPD waren in der Regel wie die KPD organisiert: mit ZK an der Spitze; vgl. auch Weber I, a. a. O., S. 290.

[65] O. T. = Techniker für das Obergebiet West. Der Verfasser meint hier den am 20. 4. 1934 in Essen bei einem Treff mit einem Funktionär aus dem Bezirk Ruhr verhafteten F. D.; vgl. Bludau, a. a. O., S. 97, 101 f.

[66] Bei Goguel, S. 26 ff., wird ein ähnlicher Fall erzählt. Zu den Methoden der Polizei, die illegale KPD-Organisation „aufzurollen", vgl. auch Klotzbach, a. a. O., S. 169.

[67] In der Vorlage ist der Name ausgeschrieben.

[68] In Prozessen wird gelegentlich ein „Reichskomitee der Einheitsfront" (z. B. gegen W. S., IfZ, Fa 117/235) erwähnt, gelegentlich auch: „. . . der RGO"; vgl. auch die „Resolution des ZK der KPD v. 30. 1. 1935" (abgedr. bei Horst Laschitza u. Siegfried Vietzke, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1964, S. 312 f.), wo von „schon bestehende[n] Organe[n] (Lohnkommission, Kommission für Arbeitsschutz usw.)" die Rede ist; vgl. auch Rudolf Diels, Lucifer ante Portas, Zürich o. J., S. 179.

[69] „abgeschoben" heißt hier: ins Ausland schicken.

Jahrgang 23 (1975), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de